

Übersicht über die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025

Programme: SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, AfD, BSW

Zusammenstellung: Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union

Berlin, 19. Februar 2025

Inhalt

A. Grundlagen für die Zusammenstellung	3
B. Vergleichende Übersicht der Wahlprogramme.....	5
1. Religionsgemeinschaften.....	5
SPD.....	5
CDU/ CSU.....	6
Bündnis 90/Die Grünen.....	8
FDP.....	9
Die Linke	11
AfD.....	12
BSW.....	14
2. Ethische Fragen im Blick auf Lebensanfang und -ende	15
SPD.....	15
CDU/ CSU.....	15
Bündnis 90/Die Grünen.....	15
FDP.....	16
Die Linke	16
AfD	17
BSW.....	18
3. Krieg Russlands gegen die Ukraine.....	19
SPD.....	19
CDU/ CSU.....	20
Bündnis 90/Die Grünen.....	21
FDP.....	22
Die Linke	23
AfD.....	24
BSW.....	24
4. Klima	26
SPD.....	26
CDU/ CSU.....	31
Bündnis 90/Die Grünen.....	41
FDP.....	62
Die Linke	68
AfD.....	86
BSW.....	98
5. Nachhaltige Entwicklung	108
SPD.....	108

CDU/ CSU.....	109
Bündnis 90/Die Grünen.....	109
FDP.....	110
Die Linke	110
AfD.....	112
BSW.....	112
6. Integrations- und Flüchtlingspolitik.....	113
SPD.....	113
CDU/ CSU.....	114
Bündnis 90/Die Grünen.....	116
FDP.....	120
Die Linke	121
AfD.....	123
BSW.....	128
7. Arbeitsmigration	130
SPD.....	130
CDU/ CSU.....	130
Bündnis 90/Die Grünen.....	131
FDP.....	131
Die Linke	131
AfD.....	132
BSW.....	133
8. Familienpolitik	134
SPD.....	134
CDU/ CSU.....	135
Bündnis 90/Die Grünen.....	136
FDP.....	138
Die Linke	139
AfD.....	140
BSW.....	142
9. Demokratieförderung.....	143
SPD.....	143
CDU/ CSU.....	143
Bündnis 90/Die Grünen.....	144
FDP.....	144
Die Linke	145
AfD.....	145

BSW	145
10. Menschenrechte	147
SPD	147
CDU/ CSU.....	147
Bündnis 90/Die Grünen.....	148
FDP	148
Die Linke	149
AfD	149
BSW	149

A. Grundlagen für die Zusammenstellung

SPD

Regierungsprogramm, 59 (https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf).

CDU/CSU

„Politikwechsel für Deutschland“, 81 Seiten (<https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>).

Bündnis 90/ Die Grünen

„Zusammen wachsen.“, 160 Seiten ([https://cms.gruene.de/uploads/assets/Regierungsprogramm DIGITAL_DINA5.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/assets/Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf)).

FDP

„Alles lässt sich ändern“, 52 Seiten (https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf).

Die Linke

„Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.“, 60 Seiten (https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf).

AfD

„Zeit für Deutschland“, 177 Seiten (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf).

BSW

„Unser Land verdient mehr!“, 45 Seiten (<https://bsw-vg.de/bundestagswahl2025/>).

B. Vergleichende Übersicht der Wahlprogramme

1. Religionsgemeinschaften

SPD

In Abschnitt 14 („Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert“) unter der Überschrift „Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“ (S. 40):

„Dafür stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land. Er wächst dort, wo Respekt, Solidarität und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft lebendig sind. Deshalb sorgen wir für Chancengleichheit und eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir. Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.“

In Abschnitt 15 („Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der Demokratie.“) unter der Überschrift „Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement unterstützen.“ (S. 41):

„Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wertvollen Beitrag für unser Zusammenleben. Wir fördern den interreligiösen Dialog und schützen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen.“ (S. 41 f.):

„Ausnahmsweise kämpfen wir mal nicht für etwas, sondern tatsächlich gegen etwas, und zwar gegen den Extremismus. Denn wir wissen, wie gefährlich er sein kann für eine Gesellschaft. Menschen, die aus Verunsicherung oder Frust an der Demokratie zweifeln und sich abwenden, machen wir ein Angebot: Wir wollen durch bessere Bürgerbeteiligung und nachvollziehbare Entscheidungen die demokratische Mitgestaltung unseres Landes verbessern und verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen.“

Im Kampf gegen Extremismus setzen wir zuvorderst auf Prävention, um extremistische Tendenzen und Demokratiefeindlichkeit frühzeitig zu bekämpfen. Präventive Maßnahmen werden gezielt entwickelt und umgesetzt, um solche Entwicklungen bereits im Keim zu ersticken. Die Arbeit der Task Force Islamismusprävention wird uns hier wichtige Hinweise geben. ...

Wir bekämpfen Islamismus mit ganzer Kraft und voller Härte und stärken die Islamismusprävention weiter. Wir entziehen Islamisten Räume und Finanzen und zeigen damit klar, dass Islamismus und Antisemitismus keinen Platz in Deutschland haben. Wir wollen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, der Radikalisierung vorbeugen, und zugleich die Sicherheitsbehörden mit den nötigen Mitteln ausstatten, um islamistische Netzwerke konsequent zu zerschlagen.“

In Abschnitt 16 („Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor Gewalt.“) unter der Überschrift „Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen.“ (S. 45):

„Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten, Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen.“

Wir stellen uns weiterhin entschlossen gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt sich in Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber auch in Sexismus, Antifeminismus oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese Ausgrenzung von Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.“

Anschließend unter der Überschrift „Wir kämpfen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland.“ (S. 45):

„Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir müssen vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten, egal ob er von Rechtsextremisten, Islamisten oder anderen menschenfeindlichen Bestrebungen ausgeht. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung. Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren Reihen kein Platz ist.

Wir sind dankbar für das jüdische Leben und die jüdische Kultur in Deutschland. Sie ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft und angesichts unserer Geschichte eine besondere Vertrauenserklärung gegenüber unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat.

Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung und den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ein und unterstützen engagiert die jüdische Gemeinschaft in unserem Land. Dies umfasst die Stärkung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens, das Wachhalten der Erinnerung an die Shoah sowie die Förderung von Gedenkstätten und Bildungsarbeit.

Die Sicherheit jüdischen Lebens muss sowohl im öffentlichen als auch im digitalen Raum gewährleistet sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hochschulen sichere Orte für jüdische Studierende und Lehrende sind und antisemitisches Verhalten konsequent geahndet wird.“

CDU/ CSU

In Kapitel III. („Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“) unter der Überschrift „Ja zu einer wehrhaften Demokratie“ und der Unterüberschrift „Feinde unseres Staates konsequent bekämpfen“ (S. 43):

„Den zunehmenden extremistischen Gefährdungen treten wir mit einem 360-Grad-Blick entgegen. Sie lauern nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im Netz. Wir brauchen Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Extremismus, von Gewalt und Terror – ob es sich um Rechts- oder Linksextremismus handelt oder den Islamismus.

- Klare Kante gegen Terror-Unterstützer. Wir legen umgehend ein Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus vor. Wer für Ziele und Handlungen einer Terrororganisation wirbt, macht sich künftig strafbar. Das Gesetz sieht unter anderem vor: eine zwingende Regelausweisung, das Versagen eines Aufenthaltstitels und bei Doppelstaatlern den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Dies gilt im Falle des öffentlichen Aufrufs zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zum Beispiel im Wege der Forderung eines islamistischen Gottesstaates oder bei der Verurteilung zu einer antisemitischen Straftat.
- Stoppschild für Islamismus. Islamistischer Terrorismus und politischer Islam sind unterschätzte Gefahren. Den ideologischen Nährboden dieses religiös motivierten politischen Extremismus nehmen wir intensiver in den Blick. Wir dulden keinerlei Rückzugsräume und schließen Moscheen, in denen Hass und Antisemitismus gepredigt wird. Wir bauen die Grundlagenforschung an Hochschulen im Bereich des gewaltbereiten und des nicht gewalt-sam agierenden Islamismus aus und verzahnen sie mit dem Handeln unserer Sicherheitsbehörden. Den Expertenkreis „Politischer Islam“ setzen wir wieder ein.
- Klare Regeln in Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren. Vereine und Verbände, die oder deren Mitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet werden, schließen wir von staatlichen Kooperationen und Geldern aus. Alle Einrichtungen, die Geld vom Staat erhalten wollen, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und eine Erklärung gegen Antisemitismus abgeben. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ siedeln wir künftig im Bundesinnenministerium an.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Ja zu einer wehrhaften Demokratie“ und der Unterüberschrift „Nie wieder ist jetzt – kein Platz für Antisemitismus“ (S. 44):

„Wir bekämpfen entschlossen Judenhass. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und angstfrei leben können.

- Mehr Engagement gegen Antisemitismus. Wir erwarten von Parteien, Wissenschaft, Medien, Kunst und Kultur die Klarstellung, dass es in ihren Reihen keinen Raum für antisemitische Ansichten gibt.
- Verantwortung und Dialog stärken. Alle Schülerinnen und Schüler sollen Gedenkstätten besuchen. Das ist wichtig für ihr historisches Bewusstsein. Gleichzeitig treiben wir den Aufbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks zügig voran. So kann ein aktuelles, reales Bild von Israel vermittelt werden.
- Kein staatliches Geld für Antisemitismus. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die vom Bund gefördert werden, sollen künftig ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zum Existenzrecht Israels abgeben sowie gegen Antisemitismus im Sinne der Definition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA).
- Israelhass und Antisemitismus härter bestrafen. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson. Deshalb verschärfen wir den Volksverhetzungs-Paragrafen im Strafgesetzbuch so, dass das Leugnen des Existenzrechts künftig strafbar ist. Außerdem führen wir einen besonders schweren Fall der Volksverhetzung ein, der Täter umfasst, die antisemitisch handeln.
- Zugewanderten Antisemitismus bekämpfen. Wir ändern das Aufenthalts- und Asylrecht so, dass eine antisemitische Straftat auch zu einem Verlust des humanitären Schutzes in Deutschland und zur Abschiebung führt. Das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels machen wir zu einer Einbürgerungsvoraussetzung.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Ja zu unserer Verantwortung in der Welt“ und der Unterüberschrift „Unser Einsatz in der Welt“ (S. 47):

„Für uns sind Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich. Unser christliches Menschenbild gebietet es, dass wir den Ärmsten und Schwächsten auf der Welt helfen. Auch deshalb treten wir entschieden allen Versuchen entgegen, Menschenrechte aufzuweichen und Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen. Mit Nachdruck setzen wir uns weiterhin für die Rechte verfolgter und bedrängter Christen ein. Religionsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht und muss mit allen Kräften geschützt werden.“

In Kapitel IV. („Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält“) unter der Überschrift „Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt“ und der Unterüberschrift „Menschen miteinander verbinden“ (S. 54):

- „Bekenntnis zu unseren Werten. Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für seine Werte und unsere freiheitliche Demokratie. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat. Wir verlangen ein eindeutiges Bekenntnis zu Israel und seinem Existenzrecht. Dazu gehört auch die Ablehnung von Antisemitismus in jeder Form.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt“ und der Unterüberschrift „Freiheit leben und Kultur fördern“ (S. 57):

- „Christliche Traditionen bewahren. Deutschland ist geschichtlich, kulturell und wertemäßig tief vom christlichen Glauben geprägt. Die Kirchen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Bildung, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zum Schutz der christlichen Feiertage und zur Sonntagsruhe sowie zur geregelten Kooperation zwischen

Staat und Kirche. Der Religionsunterricht ist unverzichtbar. Wir sprechen uns dafür aus, Religion als ein ordentliches Schulfach aufzuwerten.

- Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften schützen. Wir schätzen es, wenn Religion zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beiträgt und Orientierung gibt. Der umfangreiche Schutz der Religionsfreiheit und der Schutz religiöser und weltanschaulicher Minderheiten ist uns ein besonderes Anliegen. Unser Grundgesetz garantiert die Religionsfreiheit. Sie ist jedoch kein Freibrief zum Verbreiten von Ideologien, die sich gegen andere Religionen und unsere freiheitliche Rechtsordnung richten. Religionsfreiheit ist und bleibt auch in Zukunft die entscheidende Nagelprobe für freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Gewissensfreiheit sowie alle übrigen universalen Menschenrechte.
- Jüdisches Leben schützen und wertschätzen. Seit dem Terror-Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 bricht sich in unserem Land ein lange nicht mehr vorstellbarer Judenhass Bahn. Deutschland trägt besondere Verantwortung, dagegen vorzugehen. Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben werden wir aktualisieren und konkreten Maßnahmen umsetzen. Denn wir sind dankbar, dass es heute wieder ein lebendiges jüdisches Leben in unserem Land gibt.
- Muslime in unserer Mitte stärken. Wir dulden keine Abwertung von Muslimen. Unser Ziel ist ein lebendiges und vielfältiges muslimisches Gemeindeleben, das sich Deutschland zugehörig fühlt und fest auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung steht. Im Rahmen einer Stiftung unterstützen wir Moscheegemeinden, die diese Voraussetzungen erfüllen, und die Ausbildung von Imamen in Deutschland und in deutscher Sprache. Das erleichtert die Integration.
- Kein ferngesteuerter Islam. Es darf keine Einflussnahme ausländischer Regierungen über Moscheevereine und Islamverbände auf die deutschen Muslime unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit geben. Deshalb führen wir eine Pflicht zur Offenlegung der Finanzierung und Spender ein. Ganz generell gilt: Vereine und Verbände, die Geld von ausländischen Regierungen und mit ihnen verbundenen Organisationen erhalten, können weder staatliches Geld aus Deutschland erhalten noch Kooperationen mit unseren staatlichen Stellen eingehen.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 2 („Einfach dabei sein – fair und bezahlbar“), Abschnitt A („Starke Teilhabe: gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, faire Löhne“) unter der Überschrift „Für gute Arbeit und faire Löhne“ (S. 68):

„Wir treten dafür ein, dass das kirchliche Arbeitsrecht reformiert und die gewerkschaftliche Mitbestimmung gefördert wird sowie die Ausnahmeklauseln für die Kirchen im Betriebsverfassungsgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz aufgehoben werden. Der religiöse Verkündigungsbe-
reich bleibt hiervon unberührt.“

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern / innen und außen“), Abschnitt A („Eine lebendige Demokratie“) unter der Überschrift „Für demokratischen Zusammenhalt“ (S. 105 f.):

„Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, bei der Arbeit oder in der Schule, beim Sport oder Musik machen oder beim Einsatz für gute Zwecke oder dem gemeinsamen Feiern. Im Dorfgemeinschaftshaus, auf dem Fußballplatz oder in Kirchen, Moscheen oder Synagogen und anderen weltanschaulichen Einrichtungen kann Demokratie lebendig werden. ...

Wir würdigen ebenso das Engagement der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zum demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Auch Konfessionsfreie tragen zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und haben Anspruch auf umfassende Berücksichtigung ihrer Belange und gleichberechtigte Teilhabe. Wir wollen das bestehende Religionsverfassungsrecht so weiterentwickeln, dass es unserer gewachsenen religiös-weltanschaulichen Pluralität gerecht wird.

Wir schützen Menschen, die nicht streng religiösen Dogmen entsprechen, wie zum Beispiel Alevit*innen und Jesid*innen vor Anfeindungen.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Diskriminierung“ (S. 116 f.):

„Wir gehen entschlossen gegen den zunehmenden Antisemitismus in unserer Gesellschaft vor – egal von wem er ausgeht. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können. Besonders nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 steigt der Antisemitismus auch in Deutschland. Wir setzen uns deshalb noch stärker für die auskömmliche Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz jüdischer Gemeinden und israelischer Communities ein.

Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben setzen wir weiter um, denn wir wollen jüdisches Leben in seiner Vielfalt fördern und sichtbar machen. Antisemitische Vorfälle müssen verfolgt und dokumentiert werden. Antisemitische Gewalt bekämpfen wir konsequent mit allen Mitteln des Rechtsstaats. Dazu gehört es auch, Gesetzeslücken zu schließen. Es sollen keine Projekte gefördert werden, die Antisemitismus, Rassismus oder sonstige menschenverachtende Ideologien propagieren. Wir setzen uns für die Erarbeitung einer Antisemitismusstrategie für den digitalen Raum ein. Antisemitismus hat komplexe Erscheinungsformen: Wir setzen daher auf eine umfassende Bildungsstrategie, die von Kindesbeinen bis ins Erwachsenenalter reicht und die Förderung von interkonfessionellem Dialog beinhaltet. Wir stärken die jüdische Gegenwartsforschung.

Die älteren jüdischen Generationen wollen wir stärker sozial absichern. Die Benachteiligung jüdischer Einwander*innen gegenüber den eingewanderten (Spät-) Aussiedler*innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wollen wir beenden.

Mit einer Nationalen Strategie gegen Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus gehen wir gegen die zunehmende Diskriminierung von Muslim*innen und muslimisch gelesenen Menschen vor. Grundlage dafür sind die Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Kommission Muslimfeindlichkeit. Wir wollen vielfältiges muslimisches Leben in Deutschland schützen. Islamfeindliche Vorfälle müssen konsequent verfolgt und sorgfältig dokumentiert werden. Die Imam*innenausbildung in Deutschland treiben wir voran und stärken damit die Unabhängigkeit der islamischen Gemeinden. Wir wollen die Deutsche Islam Konferenz weiterentwickeln und in unserem politischen Handeln auch progressive, liberale muslimische Vertretungen einbinden.“

Im selben Kapitel, Abschnitt B („Ein Leben in Sicherheit“) unter der Überschrift „Für ein entschiedenes Vorgehen gegen Extremismus und Terror“ (S. 136 f.):

„Die größte Gefahr für unsere Demokratie geht weiterhin vom Rechtsextremismus aus. Diese Einschätzung wird auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geteilt. Ausdruck hiervon ist auch ein Höchststand an festgestellten rechtsextremen Straftaten. Hinzu kommt die weiterhin sehr konkrete und ernste Bedrohungslage durch den Islamismus. Die wehrhafte Demokratie muss den aktuellen Bedrohungen für die freiheitlich demokratische Grundordnung konsequent entgegenreten.

Mit frühzeitiger Prävention verhindern wir, dass sich Menschen radikalieren. Wir brauchen Programme wie „Demokratie leben!“, die über Rechtsextremismus und Islamismus im analogen und digitalen Raum aufklären. Wir brauchen Angebote für Opfer von rechter und rassistischer Gewalt. Wir brauchen Angebote für Aussteiger*innen aus den extremistischen Szenen oder Deradikalisierungsprogramme für den Justizvollzug. Diese Arbeit wollen wir finanziell stärken und dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz gesetzlich absichern.“

FDP

In Kapitel IV („Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“), Abschnitt b. („Offene Gesellschaft und liberale Demokratie“) unter der Überschrift „Religionspolitik in der liberalen Bürgergesellschaft“ (S. 24 f.):

„Wir Freie Demokraten stehen für die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit. Wir wollen ein friedliches und von gegenseitiger Akzeptanz geprägtes Verhältnis aller religiösen und nicht-religiösen Menschen in Deutschland erreichen. Das bisherige Staatskirchenrecht wollen wir zu einem Religionsverfassungsrecht weiterentwickeln – als gleiche rechtliche Basis für alle Religionsgemeinschaften, die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer Mitglieder anerkennen. Darüber hinaus müssen Bund und Länder dem Verfassungsauftrag nachkommen, die Staatsleistungen abzulösen. Wir wollen die Islamverbände einer kritischen Prüfung unterziehen. Wir müssen klarstellen, welche Verbände Partner des 25 deutschen Staates sein können und welche nicht. Verbände, die den Islamismus beschönigen, verharmlosen oder Antisemitismus nicht verurteilen, können hierzulande keine Partner in der Religionspolitik sein. Es braucht auch eine Reform der Islamkonferenz (DIK), bei der unsere Wertepartner unter den Verbänden deutlich mehr Raum erhalten. Die Ausbildung von Imamen und islamischen Religionslehrer an deutschen Universitäten muss ausgebaut werden, um nicht mehr von der Entsendung von Imamen durch Verbände, die von Autokraten kontrolliert werden, abhängig zu sein. Islamischer Religionsunterricht muss frei von Einflüssen islamistischer oder aus dem Ausland gesteuerter Organisationen angeboten werden.“

Es folgt unter der Überschrift „Extremismus aus der Mitte der Gesellschaft heraus bekämpfen“:

„Wir Freie Demokraten lehnen jede Form des politischen und religiösen Extremismus strikt ab. Die Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer Einrichtungen kümmern. Die wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss ausgebaut werden. Für Menschen mit erwiesenen verfassungsfeindlichen Einstellungen ist im öffentlichen Dienst kein Platz.“

Dann unter der Überschrift „Islamismus konsequent bekämpfen und Prävention und Deradikalisierung stärken“:

„Wir Freie Demokraten wollen die Gefahr des Islamismus aktiv bekämpfen. Die Radikalisierung von Muslimen in der deutschen Gesellschaft führt zu gesellschaftlicher Spaltung, Gewalt und Terrorismus. Insbesondere die Radikalisierung durch islamistische Influencer über das Internet hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Hier müssen neben den Mitteln des Strafrechts auch alle ausländerrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus erwarten wir eine selbstkritische Debatte in muslimischen Communities, um einen besseren Schutz von Jugendlichen vor extremistischem Gedankengut zu gewährleisten. Alle bestehenden Präventions- und Deradikalisierungsprogramme müssen auf ihre Effektivität hin überprüft werden. Auch muss der Bereich des so genannten legalistischen Islamismus besser durchleuchtet werden als bislang.“

Unter der Überschrift „Deutschland als sicheres Land für Jüdinnen und Juden“ folgt:

„Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher fühlen können. Um das vielfältige jüdische Leben in Deutschland zu erhalten, muss Antisemitismus angesichts wachsender Gewalt gegen Jüdinnen und Juden noch konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, ob es sich um rechts- oder linksextremen Antisemitismus, um islamischen Antisemitismus, um Judenhass durch Zugewanderte oder um einen Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft handelt. Dafür müssen Behörden alle Formen von Antisemitismus frühzeitig erkennen. Es ist inakzeptabel, dass Jüdinnen und Juden antisemitische Übergriffe immer seltener anzeigen, weil Verfahren zu oft eingestellt werden. Wir treten dafür ein, die Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) umfassend in den staatlichen Behörden zu etablieren und diese insbesondere zur Grundlage von Fortbildungen von Beamtinnen und Beamten und bei der Vergabe staatlicher Gelder zu machen. Es dürfen keine staatlichen Gelder für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Auch die Nutzung öffentlicher Räumlichkeiten muss untersagt werden, wenn Veranstaltungen den friedlichen Verlauf der öffentlichen Diskussion gefährden. Die Verbote des extremistischen Netzwerks Samidoun oder des

Islamischen Zentrums Hamburg waren überfällig. Wir wollen deshalb weitere Betätigungs- und Organisationsverbote prüfen, wie beispielsweise gegen die rechtsextremen 26 türkischen Grauen Wölfe, die antiisraelische Organisation Masar Badil oder die antisemitische BDS-Bewegung. Strafbarkeitslücken wollen wir konsequent schließen.“

In Kapitel VII. („Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit“), Abschnitt c („Deutschland und Israel“) unter der Überschrift „Konsequent gegen Antisemitismus“ (S. 50):

„In Deutschland ist jüdisches Leben verstärkt durch antisemitische Gewalt gefährdet. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Jüdinnen und Juden überall in Deutschland sicher fühlen können. Jüdisches Leben gehört in die Öffentlichkeit und muss dort angstfrei gelebt werden können. Antisemitismus muss deshalb konsequenter bekämpft werden – unabhängig davon, aus welcher Richtung dieser kommt. Dafür müssen Behörden alle Formen von Antisemitismus frühzeitig erkennen. Es dürfen zudem keine staatlichen Gelder für Organisation und Projekte ausgegeben werden, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen. Wir wollen zudem mehr Betätigungs- und Organisationsverbote für antisemitische Organisationen.“

Die Linke

In Kapitel 7. („Arbeit, die zum Leben passt“) unter der Überschrift „Fachkräfte sichern mit guten Arbeitsbedingungen“ (S. 28):

„Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des Sonderarbeitsrechts bei Kirchen und den kirchlichen Trägern wie Diakonie oder Caritas. Die Mitbestimmung in öffentlichen und kirchlichen Einrichtungen muss an das Betriebsverfassungsgesetz angepasst werden. Das Streikrecht verteidigen wir gegen alle Angriffe. Es muss auch bei Kirchen und für Beamte gelten – und Streiks für politische und gesellschaftliche Anliegen müssen erlaubt sein.“

In Kapitel 15. („Für ein Land, in dem alle mitbestimmen können“) unter der Überschrift „Religionsfreiheit“ (S. 50):

„Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit: das Recht der Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses. Wir verteidigen jüdische Menschen, Muslim*innen und alle anderen religiösen Minderheiten, wenn sie wegen ihrer Religion diskriminiert werden. Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Religion sowie für die Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen ein. Wir sind gegen eine staatliche Bevorzugung der christlichen Glaubensgemeinschaften und Kirchen.“

- Die Linke unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Kirchen für einen erwerbsarbeitsfreien Sonntag.
- Wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften die Abschaffung des Sonderarbeitsrechts in den Kirchen sowie bei der Diakonie und Caritas.
- Das Menschenrecht auf freie Religionsausübung schließt das Recht auf öffentliches Bekenntnis zu einer Religion ein. Die Linke verteidigt das Selbstbestimmungsrecht von muslimischen Frauen, spricht sich gegen ein Verbot religiös motivierter Bekleidung aus und lehnt eine Einschränkung von Beschäftigtenrechten auf dieser Grundlage ab.
- Zur Religionsfreiheit gehört genauso das Recht, nicht zu glauben. Wir setzen uns ein für die Gleichberechtigung und Freiheit von Atheist*innen, und zwar in allen Staaten und Gesellschaften.
- Wir wollen einen Ethikunterricht, in dem alle Schüler*innen mit ihren unterschiedlichen weltanschaulichen, kulturellen und religiösen Hintergründen gemeinsam über ethische Fragen diskutieren können.

- Die Militärseelsorge in der jetzigen Form wollen wir durch einen Seelsorgevertrag für alle Angehörigen der Bundeswehr ersetzen, der eine gleichberechtigte Betreuung durch alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften garantiert.
- Die Kirchen sollen in Zukunft ihre Steuern bzw. Beiträge selbstständig einziehen. Wir treten für den seit 1919 bestehenden Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen ein. In einer weltanschaulich und religiös vielfältigen Gesellschaft müssen alle die gleichen Möglichkeiten der Finanzierung haben. Wir treten für die Gleichstellung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als gleichberechtigte Körperschaften des öffentlichen Rechts ein.
- Im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus fordern wir einen Beauftragten für muslimisches Leben.
- Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften. Das muslimische Zuckerfest und der höchste jüdische Feiertag Yom Kippur sollen gesetzliche Feiertage in Deutschland werden, denn der Islam und das Judentum gehören zu Deutschland.“

In Kapitel 17. („Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft, Asylrecht verteidigen“) unter der Überschrift „Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft – und müssen das auch sein.“ (S. 53):

- „Wir fordern die Schaffung eines Beauftragten für muslimisches Leben und Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus (Kapitel 15).“

AfD

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Innere Sicherheit“, Abschnitt „Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen“ unter der Überschrift „Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus“ (S. 121):

„Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der politische Islam stellt allerdings in seiner teils gewaltbereiten Ausprägung die größte Gefahr für die christlich-abendländische Kultur in Deutschland dar. Wenn in einer liberalen westlichen Gesellschaft vor den Gefahren, die der politische Islam für die innere Sicherheit mit sich bringt, die Augen verschlossen werden, dann werden diese Gefahren nicht kleiner, sondern zunehmend existenzbedrohend für die freiheitliche Gesellschaft. Dem werden wir entgegentreten.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Strafbarkeit der Forderung nach einem Kalifat“ (S. 121 f.):

„Die von Teilen der in Deutschland lebenden Muslime auf Veranstaltungen und Demonstrationen erhobene öffentliche Forderung nach der Einrichtung eines Kalifats läuft der freiheitlich demokratischen Grundordnung diametral entgegen und ist verfassungsfeindlich; sie ist unter Strafe zu stellen. Hinsichtlich ausländischer Teilnehmer sind die gesetzlichen Voraussetzungen für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu schaffen und durchzusetzen; sie sind abzuschieben.“

Der Betrieb von sogenannten Koranschulen, die verfassungsfeindliche Inhalte lehren, ist einzustellen und zu verbieten.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen“ (S. 123 f.):

- Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechts zu verleihen, da der Islam – anders als z. B. die evangelische und katholische Kirche –

grundsätzlich keine besonderen Strukturen und Organisationsformen, sondern in erster Linie die alle Gläubigen umfassende islamische Gemeinschaft „Umma“ kennt.

- Die AfD fordert, islamistische Vereine bzw. Moscheegemeinden konsequent zu verbieten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.
- Eine Kritik des Islams ist wie jede andere Religionskritik legitimiert durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Es ist inakzeptabel, die Kritik am Islam durch den Vorwurf der „Islamohobie“ oder des sogenannten antimuslimischen Rassismus zu unterdrücken.
- Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von jüden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht. Angriffe auf Juden sowie antisemitische Beleidigungen müssen konsequent strafrechtlich geahndet werden. Die Al-Quds-Tage in Berlin, wo Demonstranten die Zerstörung Israels fordern, sind dauerhaft zu verbieten.
- Die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen sowie Organisationen in Deutschland durch ausländische Staaten wollen wir gesetzlich verbieten.
- In Deutschland predigende Imame sollen sich zu unserer Verfassung bekennen, möglichst in deutscher Sprache predigen und in Deutschland ausgebildet sein. Sie müssen bei der Zulassung ein Zertifikat C1 für die deutsche Sprache des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen vorweisen können.
- Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen, und die Stellen sind der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.
- Den Jobcentern sind die Personenstandsregister der Standesämter zugänglich zu machen, um missbräuchliche Inanspruchnahme von Bürgergeld durch Zweit- oder Drittfrauen zu verhindern.
- Eheverträge zu güter- und unterhaltsrechtlichen Angelegenheiten sollen nur nach deutschem Recht geschlossen werden dürfen.
- Der Bau von Minaretten und der Muezzinruf sind zu untersagen.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen“ (S. 124):

„Ehen von in Deutschland lebenden Muslimen, die auf Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen beruhen, laufen der deutschen Rechtsordnung und der öffentlichen Ordnung entgegen. Sie sind zu annullieren. Hierfür sind die gesetzlichen Normen zu schaffen, welche die Folgen einer solchen Annullierung unter den Beteiligten regeln.“

Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“

Es folgt unter der Überschrift „Körper- und Gesichtsbedeckung“ (S. 125):

„Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen – ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Das Vermummungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.“

Wir fordern ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen und insbesondere in Schulen nach dem Vorbild anderer europäischer Länder.“

Im Teil „Zeit für Zusammenhalt“, Kapitel „Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit“, Abschnitt „Migration und Bildung“ unter der Überschrift „Einfluss des politischen Islam an Schulen konsequent unterbinden“ (S. 162):

„Dem politischen Islam darf an deutschen Schulen kein Vorschub geleistet werden. Muslimischen Schülern dürfen keine Sonderrechte aufgrund ihres Glaubens wie z. B. die Befreiung vom Schwimm- und Sportunterricht gewährt werden.“

Den Islamunterricht lehnt die AfD ab.

Nur so können wir der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegenwirken.“

BSW

In Abschnitt 3. („Für eine gerechte Leistungsgesellschaft“) unter der Überschrift „Gesellschaftliche Akteure im Fokus – Vielfalt leben, Zusammenhalt stärken“ (S. 32):

„Wir erkennen die bedeutenden Beiträge von Kirchen, Religionsgemeinschaften sowie weltanschaulichen Vereinigungen an. Dazu zählen insbesondere ihre Leistungen im sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereich. Ob christliche Kirchen, jüdische, islamische oder andere Glaubensgemeinschaften – sie leisten wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl, den sozialen Frieden und die kulturelle Vielfalt unseres Landes. Darüber hinaus sind auch säkulare und weltanschauliche Vereinigungen wichtige Akteure in der Gesellschaft, die unser demokratisches Zusammenleben bereichern. Ihre Perspektiven und ihr Engagement tragen ebenso zur Förderung von Toleranz und gesellschaftlichem Fortschritt bei.“

In Abschnitt 4. („Sicherheit gewährleisten, Freiheit schützen“) unter der Überschrift „Sichere Grenzen: Unkontrollierte Migration stoppen“ (S. 36):

„Auch viele gut integrierte Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten und ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft geworden sind, verlangen eine Kehrtwende in der Migrationspolitik, denn sie haben Angst, dass fehlgeschlagene Integration, islamistische Gewalt und durch Nicht-Deutsche verübte Straftaten das gesellschaftliche Klima in eine ausländerfeindliche Richtung kippen lassen. Bereits heute erleben sie vermehrt Anfeindungen und Übergriffe.“

2. Ethische Fragen im Blick auf Lebensanfang und -ende

SPD

In Abschnitt 17 („Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung“) unter der Überschrift „Wir wollen Frauenrechte und Gleichstellung bis 2030 verwirklichen.“ (S. 48):

„Wir werden Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren und außerhalb des Strafrechts regeln – außer, wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung machen.“

CDU/ CSU

In Kapitel IV. („Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält“) unter der Überschrift „Ja zu Familie und Verantwortung“ und der Unterüberschrift „Elternrechte stärken – Kinder- und Jugendschutz sichern“ (S. 62):

„Paragraf 218 bleibt. Die geltende Rechtslage zum Schwangerschaftsabbruch bildet einen mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss ab, der das Selbstbestimmungsrecht der Frau und den Schutz des ungeborenen Kindes berücksichtigt. Zu dieser Rechtslage stehen wir.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Ja zu guter Gesundheit und Pflege“ und der Unterüberschrift „Pflege zukunftsfest machen“ (S. 72):

„Schutz und Würde des Lebens. Wir bauen die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung aus und wollen so einen würdevollen Abschied aus dem Leben ermöglichen. Die aktive Sterbehilfe lehnen wir ab. Für einen wirksamen Lebensschutz beschließen wir ein umfassendes Suizidpräventionsgesetz.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 2 („Einfach dabei sein – fair und bezahlbar“), Abschnitt C („Mitten im Leben – in jeder Lebensphase“) unter der Überschrift „Für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter“ (S. 87):

„Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Das Recht auf selbstbestimmtes Leben schließt – nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts – selbstbestimmtes Sterben frei von Druck ein. Unser Ziel ist es, dass dieses Urteil in der Praxis umgesetzt werden kann.“

In Kapitel 2 („Einfach dabei sein – fair und bezahlbar“), Abschnitt D („In jeder Lebensphase abgesichert“) unter der Überschrift „Für eine gute Gesundheitsversorgung überall“ (S. 90):

„Zu einer guten medizinischen Versorgung gehört, dass jede Frau Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen bekommt, um eine selbstbestimmte Entscheidung zu treffen.“

In Kapitel 2 („Einfach dabei sein – fair und bezahlbar“), Abschnitt D („In jeder Lebensphase abgesichert“) unter der Überschrift „Für eine vorausschauende Gesundheitspolitik“ (S. 95):

„Seelische und körperliche Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein Fundament für eine hohe Lebensqualität. Es ist nicht hinzunehmen, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf passende Hilfe warten müssen und die Suizidzahlen wieder steigen. Unser Ziel sind mehr Hilfen und weniger Stigma. Wir brauchen ein Suizidpräventionsgesetz.“

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt A („Eine lebendige Demokratie“) unter der Überschrift „Für Selbstbestimmung“ (S. 120):

„Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht, das für alle gelten muss. Dazu gehört das Recht auf Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen. Wir wollen, dass selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr in § 218 des Strafgesetzbuches kriminalisiert, sondern grundsätzlich außerhalb des Strafrechts geregelt werden. Entsprechend den Empfehlungen der Fachkommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, soll in der Frühphase einer Schwangerschaft der Abbruch rechtmäßig sein und für die mittlere Phase ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Wir treten dafür ein, dass eine freiwillige Beratung durch ein Recht auf Beratung und ein abgesichertes Angebot von Beratungsstellen in vielfältiger Trägerschaft garantiert sind. Eine verpflichtende Wartefrist zwischen Beratung und Abbruch lehnen wir ab. Zudem muss es genügend Einrichtungen geben, die den Eingriff möglichst wohnortnah mit der gewünschten Methode vornehmen, denn das Angebot für Abbrüche hat sich in den vergangenen Jahren halbiert. Die Kosten sollen von den Krankenkassen übernommen und telemedizinische Betreuung ausgebaut werden.“

FDP

In Kapitel IV („Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“), Abschnitt d. („Liberale Politik für selbstbestimmte Frauen“) unter der Überschrift „Körperliche Selbstbestimmung besser schützen“ (S. 28):

„Ungewollt Schwangeren möchten wir bestmöglich helfen und die unzureichende Versorgungslage verbessern. In allen Bundesländern soll in die Ausbildung der Gynäkologinnen und Gynäkologen der Schwangerschaftsabbruch in die Ausbildung integriert werden. Allen Frauen soll die Kostenübernahme des Abbruchs ermöglicht werden. Existierende Möglichkeiten medikamentöser Abbruchmethoden sollten Schwangeren besser zugänglich gemacht werden und z.B. medizinisches Personal und Hebammen begleitet werden können. Eine Reform der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§§218, 218a StGB) soll im Wege von sog. fraktionsübergreifenden Gruppenanträgen mit Gewissensfreiheit für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten im nächsten Bundestag beraten werden.“

Im selben Kapitel, Abschnitt e. („Modernes Recht und faire Chancen für Familie und Senioren“) unter der Überschrift „Ein modernes Familienrecht“ (S. 30):

„Wir fordern ein modernes Fortpflanzungsmedizingesetz. Dies soll die Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist, beinhalten. Wir wollen außerdem die nicht-kommerzielle Leihmutterchaft ermöglichen mit einem klaren Rechtsrahmen und eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen, unabhängig von Familienstand oder sexueller Orientierung.“

Im selben Kapitel, Abschnitt g. („Beste Gesundheit und Pflege für die Zukunft sichern“) unter der Überschrift „Selbstbestimmung bei Tod und Organspende“ (S. 33):

„Für uns Freie Demokraten ist die körperliche Selbstbestimmung ein zentraler Aspekt einer liberalen Gesellschaft. Wir wollen die Organspendezahlen steigern und dabei gleichzeitig die selbstbestimmte Entscheidung des Einzelnen wahren. Wir setzen uns außerdem dafür ein, Regelungen zur Lebendorganspende zu liberalisieren. Zu einem freien Leben gehört auch die Selbstbestimmung am Lebensende. Wir stehen fest zum Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Sterbehilfe rechtssicher in Anspruch zu nehmen. Zugleich muss der Staat jedem, der Suizidgedanken hat, die helfende Hand reichen. Die Suizidprävention wollen wir deshalb spürbar ausbauen.“

Die Linke

In Kapitel 14. („Geschlechtergerechtigkeit herstellen – Arbeit umverteilen, Selbstbestimmung erwirken“) (S. 46):

„Körperliche und reproduktive Selbstbestimmung für alle sind zentrale Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Familien- und Lebensplanung. Deshalb muss die Entscheidung gegen eine Schwangerschaft frei von Zwängen, Hindernissen und Stigmatisierung möglich sein. § 218 StGB muss

ersatzlos gestrichen werden. Die Versorgungslage ungewollt Schwangerer muss deutschlandweit verbessert werden. Beratungsangebote müssen freiwillig statt verpflichtend sein. Der Schwangerschaftsabbruch muss als medizinischer Eingriff gelten, der zur gesundheitlichen Versorgung dazugehört.“

AfD

Im Teil „Zeit für Wohlstand“, Kapitel „Soziale Marktwirtschaft und Gesundheit“, Abschnitt „Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik“ unter der Überschrift „Organspende“ (S. 30):

„Die Bereitschaft zur Organspende ist deutlich zurückgegangen. Deshalb wird zunehmend eine „Widerspruchsregelung“ ins Spiel gebracht, bei der im Falle eines „Hirntodes“ grundsätzlich und ohne Rücksprache mit den Angehörigen Organe entnommen werden können, sofern nicht ein ausdrücklicher Widerspruch des Betroffenen zu Lebzeiten beurkundet wurde. Die Entscheidung zur Organspende kann aber nur beim Betroffenen liegen, der diese in voller Kenntnis der hiermit zusammenhängenden Abläufe treffen muss. Dies beinhaltet auch eine Aufklärung über das Kriterium des „Hirntodes“, welches nicht unumstritten ist. Insofern lehnen wir die Widerspruchsregelung und jede Form eines direkten oder indirekten Zwanges entschieden ab.“

Im Teil „Zeit für Wohlstand“, Kapitel „Soziale Marktwirtschaft und Gesundheit“, Abschnitt „Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik“ unter der Überschrift „Sterbehilfe“ (S. 31):

„Die Sterbehilfe in der Form der „Tötung auf Verlangen“ ist in Deutschland aus gutem Grunde verboten. Ein „Rechtsanspruch“, wie er auch durch die Gerichte immer wieder thematisiert wird, ist strikt abzulehnen. Denn hierdurch könnte ein bestimmter Personenkreis (Ärzte, Pfleger) entgegen des individuellen Gewissens zur Vornahme entsprechender Handlungen verpflichtet werden. Stattdessen sind alle Möglichkeiten der palliativmedizinischen Behandlung zu nutzen. Mit der Sterbehilfe kann der Druck zur Selbsttötung auf schwerkranke Menschen erhöht werden.“

Im Teil „Zeit für Wohlstand“, Kapitel „Soziale Marktwirtschaft und Gesundheit“, Abschnitt „Unser Konzept für eine funktionierende Gesundheitspolitik“ unter der Überschrift „Willkommenskultur für Kinder“ (S. 148 ff.):

„Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht. Ohne dieses Recht kann kein anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Durch die Befruchtung wird aus der Eizelle ein menschlicher Embryo. Das Lebensrecht des ungeborenen Kindes steht aber einem Wunsch der Mutter auf Abtreibung diametral entgegen.“

Aus Sicht der AfD sind die Regelungen der §218 ff StGB ausgewogen und bedürfen keiner Änderung, lediglich einer konsequenten Umsetzung. Insbesondere ist vor der Abtreibung eine rechtskonforme Beratung lt. §219 StGB erforderlich.

Bei jährlich etwa 100.000 (davon nur 3.000 aufgrund kriminologischer und medizinischer Indikation) gemeldeten Abtreibungen in Deutschland ist weder das Lebensrecht der Kinder ausreichend geschützt, noch kann davon ausgegangen werden, dass die Schwangeren hinreichend über schwere Abtreibungsfolgen und über Hilfsangebote aufgeklärt wurden.

Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zu einem formalen Verwaltungsakt verkümmert und befördert eine Bagatellisierung dieses schwerwiegenden Eingriffs. Sie muss stattdessen dem Schutz des ungeborenen Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Trotz der weiterhin extrem hohen Abtreibungszahlen ist das bis heute nicht erfolgt. Die Beratungspraxis wird somit aktuell nicht mehr durch das Grundgesetz gedeckt (Untermaßverbot lt. Az. 2 BvF 2/90).

Die hohe Zahl der Abtreibungen zeigt, dass diese im Laufe der Jahre für viele Menschen zu einer Normalität geworden sind. In vielen Fällen wird von außen Druck auf die Mütter ausgeübt. Angst um die Zukunft, Angst vor der Verantwortung und die Sorge, dass ein Kind oder ein weiteres Kind die Partnerschaft überfordern könnte, veranlassen viele Frauen zu diesem gravierenden Schritt.

Forderungen der AfD:

- Wir setzen uns dafür ein, dass Mütter umfangreiche Unterstützung in der Schwangerschaft und nach der Geburt erhalten, insbesondere in schwierigen Lebenslagen.
- Die Gewissensfreiheit für Ärzte, Abtreibungen zu verweigern, muss erhalten bleiben.
- Es darf keine Werbung von Ärzten für Schwangerschaftsabbrüche geben.
- Während der Schwangerschaftskonfliktberatung sollen den Müttern Ultraschallaufnahmen des Kindes gezeigt werden, damit sie sich über den Entwicklungsstand des Kindes im Klaren sind.
- Wir wollen die Möglichkeiten der anonymen bzw. vertraulichen Geburt weiter ausbauen und stärken sowie die Verfügbarkeit von Babyklappen sicherstellen und Adoptionen erleichtern.
- Die AfD lehnt jede Förderung von Organisationen oder Maßnahmen ab, durch die Abtreibungen forciert oder verharmlost werden.
- Wir lehnen alle Bestrebungen ab, Abtreibungen zu einem Menschenrecht zu erklären.
- Bezahlte Leihmutterschaft ist eine Form von Kinderhandel. Dies lehnen wir ab.“

BSW

In Abschnitt 3. („Für eine gerechte Leistungsgesellschaft“) unter der Überschrift „Frauenrechte statt Gender-Ideologie“ (S. 34):

„✓ Die freie, selbstbestimmte Entscheidung über den eigenen Körper und darüber, ein Kind zu haben oder nicht, muss garantiert sein. Das BSW fordert die grundsätzliche Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 12. Woche.

✓ Empfängnisverhütung ist meist Frauensache, d.h. dass Frauen in der Regel auch die Kosten hierfür tragen. Daher fordert das BSW, dass verschreibungspflichtige Verhütungsmittel von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen und Frauen und Mädchen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.“

3. Krieg Russlands gegen die Ukraine

SPD

In Abschnitt 21. („Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.“) unter der Überschrift „Wir unterstützen die Ukraine.“ (S. 58 f.):

„Die SPD bekennt sich klar zur diplomatischen, militärischen, finanziellen und humanitären Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrem Kampf gegen die völkerrechtswidrige russische Aggression – so lange wie nötig. Wir unterstützen die bilaterale Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit der Ukraine ausdrücklich. Die Ukraine muss mögliche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland führen können. Einen russischen Diktatfrieden zulasten der Ukraine werden wir nicht akzeptieren. Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg darf es nicht geben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewahrt bleiben. Zur Verteidigung der Ukraine und zur Sicherung des Friedens in Europa unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung von Waffen und Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß. Denn für uns gilt, dass Deutschland und die NATO nicht selbst zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper Taurus aus den Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.“

Die zivile Unterstützung für die Ukraine ist unverzichtbar. Denn die Frage, ob sich die Ukraine im russischen Angriffskrieg behaupten kann, hängt auch davon ab, wie widerstandsfähig ihre Zivilbevölkerung ist. Eine starke Gesellschaft braucht eine funktionierende Stromversorgung und funktionierende Krankenhäuser. Das weiß auch Putin, wenn er bewusst die zivile Infrastruktur beschießen lässt. Hier wollen wir also weiterhin unterstützend vorgehen und den Menschen in der Ukraine helfen, durch diese harte Zeit zu kommen.

Wir begrüßen ausdrücklich Friedensinitiativen, wie sie vom ukrainischen Präsidenten Selenskyj angestoßen wurden. Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens zu Beendigung des Kriegs bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. Diese Initiativen erhöhen den Druck auf Putin und halten das Völkerrecht hoch. Es müssen alle Möglichkeiten für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgelotet werden. Die Souveränität der Ukraine und ihr legitimes Sicherheitsinteresse müssen in Verhandlungen dauerhaft garantiert werden. Deutschland muss bereit sein, eine konstruktive Rolle bei der Vermittlung und Umsetzung einzunehmen. Unser langfristiges Ziel ist eine funktionierende Sicherheits- und Friedensordnung für Europa. Für uns bietet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.

Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen einsetzen. Eine Welt ohne Atomwaffen bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung von strategischen Nuklearwaffen ein.“

In Abschnitt 22. („Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.“) unter der Überschrift „Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.“ (S. 60):

„Auch die Ukraine und Moldau sollen ein Teil der EU werden. Beide Länder lassen keinen Zweifel daran, dass sie sich schon heute an den gemeinsamen Werten der EU orientieren und sich nach dem Schutz der Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können, sehnen. Mit der Erweiterung nach Osteuropa setzen wir ein klares Zeichen gegen den Versuch der einseitigen Grenzverschiebungen durch Russland, bekennen uns zum gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen den Zugang zu unserer Wertegemeinschaft. Auch die Kräfte in Georgien, die für Freiheit,

Demokratie und Wohlstand eintreten und eine Zukunft in Europa fordern, unterstützen wir. Klar ist, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für uns unverhandelbar sind. Die Kopenhagener Kriterien müssen immer erfüllt sein.“

CDU/ CSU

In Kapitel III. („Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“) unter der Überschrift „Ja zum Stopp der illegalen Migration“ und der Unterüberschrift „Illegale Migration stoppen“ (S. 41):

- „Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen. Neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine sollen kein sogenanntes „Bürgergeld“ mehr erhalten, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden. Wir vereinfachen die Verfahren zur Berufsankennung und stärken das Erlernen der deutschen Sprache „on the job“.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Ja zu unserer Verantwortung in der Welt“ und der Unterüberschrift „Für europäischen Frieden in Freiheit und Sicherheit“ (S. 45 f.):

„Für Deutschland und Europa sind Frieden und Sicherheit nicht selbstverständlich. Der russische Angriffskrieg hat die Europäische Sicherheitsarchitektur schwer erschüttert. Das Regime von Wladimir Putin verachtet Demokratie, Menschenrechte, das Völkerrecht und die Regeln des internationalen Zusammenlebens. Sein Ziel ist eine neue Weltordnung nach seinen Regeln. Sicherheit für Deutschland und Europa, in Frieden und Freiheit: Das hat für uns überragende Bedeutung. Entscheidend dafür ist eine entschlossene und geschlossene Haltung gemeinsam mit unseren Partnern.

- Die Ukraine verteidigt auch uns. Denn fällt die Ukraine, droht der Angriff auf ein weiteres europäisches Land. Daher unterstützen wir die Ukraine mit allen erforderlichen diplomatischen, finanziellen und humanitären Mitteln sowie mit Waffenlieferungen. Sie muss ihr Selbstverteidigungsrecht ausüben können.
- Kontaktgruppe Ukraine. Gemeinsam mit Frankreich, Polen und dem Vereinigten Königreich wollen wir in enger Abstimmung mit den USA eine gemeinsame Strategie entwickeln, um die Ukraine in ihrem Streben nach Frieden, Freiheit und Sicherheit zu unterstützen. Dazu gehört auch die Frage nach glaubhaften Sicherheitsgarantien für die Ukraine und in diesem Zusammenhang die Frage der Rolle der NATO. Unser Ziel ist ein Friedensprozess, der von der Ukraine aus einer Position der Stärke und auf Augenhöhe geführt werden kann.
- Die Sanktionen gegen Russland erweitern wir zielgerichtet und engmaschig. Der hohe wirtschaftliche Preis dieses Angriffskrieges soll Putin zu einem Umdenken und dann zu einem Ende der Feindseligkeiten führen.
- Der Ukraine eine Perspektive aufzeigen. Ihr EU-Beitritt liegt im sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschlands und Europas. Vor einem Beitritt müssen alle Kriterien vollständig erfüllt sein.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Ja zu einem starken Europa“ und der Unterüberschrift „Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik neu ausrichten“ (S. 53):

- „Länder auf ihrem Weg in die EU unterstützen. Der Beitritt der Länder des westlichen Balkans, der Ukraine und der Republik Moldau liegt in unserem sicherheits- und geopolitischen Interesse. Deshalb schlagen wir Zwischenstufen für Kandidatenländer vor, die noch nicht alle Beitrittsanforderungen erfüllen, aber die Reformen hin zu einer Mitgliedschaft beherzt umsetzen.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern / innen und außen“), Abschnitt B („Ein Leben in Sicherheit“) unter der Überschrift „Für die Verteidigung von Frieden und Freiheit“ (S. 141 f.):

„Russlands Überfall auf die Ukraine verdeutlicht, dass Frieden, Freiheit und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Frieden erfordert gerade in diesen Zeiten Diplomatie und Kooperation, ebenso wie Widerstands- und Wehrfähigkeit. Dafür braucht es eine europäische Anstrengung. Es braucht eine umfassend angelegte Herangehensweise, um dem Spektrum an Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen. Sicherheitspolitik ist mehr als die Summe aus Diplomatie und Militär; sie muss alle Stränge unserer Politik zusammenführen. Integrierte Sicherheit für Deutschland heißt: innere und äußere Sicherheit zusammenzudenken sowie den Schutz unserer Demokratie, unseres Sozialstaates und unserer Lebensgrundlagen zu sichern – im Einklang mit einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik sowie einer starken internationalen Klimapolitik. All diese Elemente einer integrierten Sicherheit brauchen eine verlässliche Finanzierung.

Mit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 sind wir in einer anderen Welt aufgewacht. Millionen Ukrainer*innen verteidigen seither Tag für Tag ihr Leben, ihre Freiheit und die europäische Friedensordnung gegen die brutale Aggression Russlands. Dabei stehen wir fest an ihrer Seite – mit diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung. Die Ukraine muss in der Lage sein, sich zu verteidigen und eine starke Position für einen möglichen Friedensprozess sicherzustellen. Dafür wollen wir sie auch weiter in ihrem Recht auf Selbstverteidigung deutlich stärken und ihre Verteidigungsfähigkeit verbessern. Das ist auch unser bester Eigenschutz hier im Herzen Europas. Russlands hybride Angriffe richten sich längst auch gegen uns. Die Souveränität der Ukraine in europäischer Solidarität muss sichergestellt sein. Wir unterstützen die vielfältigen diplomatischen Friedensbemühungen der Ukraine, ihrer Partner und aller Staaten, die glaubwürdig an Frieden interessiert sind, unter dem Grundsatz: „Nichts über die Ukraine, ohne die Ukraine“. Zudem bekräftigen wir das Recht auf freie Bündniswahl und unterstützen die Ukraine auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft in der EU und NATO. Putins Zermürbungskrieg gegen die Zivilbevölkerung setzen wir außerdem unsere Unterstützung beim Wiederaufbau entgegen und tragen zur Herstellung grundlegender Infrastruktur wie Wärmeversorgung, Schulen und Krankenhäuser bei.“

Im selben Kapitel, Abschnitt C („Eine starke Europäische Union“) unter der Überschrift „Für eine handlungsfähige EU“ (S. 143):

„Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem geopolitischen Interesse. Wir unterstützen den Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Ukraine, Moldaus und der Georgier*innen, sofern alle Beitrittskandidaten die notwendigen Kriterien erfüllen.“

Im selben Kapitel, Abschnitt D („Außen- und Sicherheitspolitik in Verantwortung“) unter der Überschrift „Für eine aktive Außenpolitik“ (S. 145 f.):

„Die EU ist Garantin für Frieden und Freiheit, Wohlstand und Demokratie. Die EU als weltpolitische Akteurin steht im Zentrum unserer Außenpolitik. Denn wir haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir mit unseren europäischen Partnern geeint auftreten und mit einer Stimme sprechen. Gemeinsam stehen wir an der Seite der Ukraine – so lange und so entschlossen, bis die Ukrainer*innen wieder in Frieden leben können. Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde. Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, eine dauerhaft stabile Friedensordnung in Europa zu gestalten und dabei insbesondere die an Russland grenzenden Partnerländer berücksichtigen.

Putins Russland stellt derzeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa dar. Es braucht eine neue strategische Auseinandersetzung mit diesem autoritären und zunehmend

totalitären Russland von heute. Das gewaltsame Verschieben von Grenzen darf nicht erfolgreich sein. Denn wenn sich die imperialen Bestrebungen eines Aggressors gegenüber dem Völkerrecht durchsetzen, ist auch der Frieden weltweit in Gefahr. Wir setzen auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Maßnahmen, die Russlands militärischen Sieg verhindern, den ökonomischen Druck auf das Regime erhöhen und unsere eigene Handlungsfähigkeit wahren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionen gegen Russland zur Eindämmung der Aggression ausgeweitet werden, etwa auf die Atomwirtschaft. Gegen Sanktionsverletzungen müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten entschieden vorgehen und dabei auch internationale Partner in die Pflicht nehmen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, inwieweit neben den Erträgen auch die stillgelegten russischen Vermögenswerte rechtssicher für die Unterstützung der Ukraine nutzbar gemacht werden können. Wir reichen denjenigen Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit einsetzen. Auch die belarusische Demokratiebewegung werden wir vor Ort und im Exil in ihrem Kampf gegen die Lukaschenko-Diktatur bestmöglich unterstützen.“

FDP

In Kapitel VII („Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit“), Abschnitt a. („Verteidigungsfähigkeit ausbauen“) (S. 46):

„Spätestens durch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist klargeworden: Deutschland muss mehr für seine Verteidigung tun. Wir brauchen dafür eine sicherheitspolitische Zeitenwende, die diesen Namen auch verdient, denn der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt.

Umfängliche Unterstützung für die Ukraine

Für uns Freie Demokraten steht fest, dass die Verteidigung der Ukraine nicht am Geld und an Waffenlieferungen scheitern darf, da ein russischer Sieg teurer sein wird und in der Ukraine auch unsere Freiheit verteidigt wird. Echten Frieden in Europa wird es nur geben, wenn Putin mit seinem aggressiven Kurs keinen Erfolg hat. Die Ukraine muss in die Lage versetzt werden, sich jederzeit gegen russische Angriffe verteidigen zu können. Dazu zählt für uns auch die Verteidigung gegen Abschussbasen und Nachschublinien auf russischer Seite mit weitreichenden Waffen. Daher fordern wir die unverzügliche Lieferung des Marschflugkörper Taurus. Wir Freie Demokraten setzen uns zudem dafür ein, eine auskömmliche, dauerhafte und gerecht verteilte Finanzierung der Unterstützung der Ukraine innerhalb der NATO/EU/G7-Staaten insbesondere auch durch die Nutzung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu erreichen, soweit dies rechtlich möglich ist. Unser Ziel ist die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine. Gleichzeitig unterstützen wir perspektivisch ihren Beitritt zu EU und NATO.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit Putins Russland“ (S. 48):

„Wladimir Putin hat den Krieg zurück nach Europa gebracht. Wir Freie Demokraten verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste. Wir fordern, dass russische Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Aggressionsverbrechen strafrechtlich verfolgt werden. Ferner setzen wir uns konsequent für Wirtschaftssanktionen inklusive eines möglichst umfangreichen Handelsembargos, diplomatische Maßnahmen, Visaentzüge gegen die russische Führung und weitere Verantwortliche ein. Wir unterstützen zudem Sekundärmaßnahmen gegen Drittstaaten, die Sanktionen gegen Russland umgehen. Putins Russland ist unser Gegner.

Es gibt kein Zurück zum Status Quo vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dies betrifft insbesondere die Abhängigkeit von russischer Energie. Wir Freie Demokraten einen EU-weiten Ausstiegsplan aus russischen Energiekäufen. Die Nord-Stream 1 und 2 Pipelines waren von Anfang an ein geopolitisches Instrument Putins.

Die russische Zivilgesellschaft und alle Menschen, die sich für ein freies, ein demokratisches, ein friedliches Russland einsetzen, möchten wir unterstützen. Russlands Destabilisierungsversuche in seinen europäischen Nachbarstaaten verurteilen wir scharf.“

Im selben Kapitel, Abschnitt d. („Deutschland in der Europäischen Union“) unter der Überschrift „EU-Erweiterung anhand klarer Kriterien“ (S. 51):

„Institutionelle Reformen sind auch notwendig, um die EU auf die nächste Erweiterungsrunde vorzubereiten. Denn der Beitritt der westlichen Balkanregion, der Moldau und der Ukraine in die EU gemäß der Kopenhagener Kriterien ist im deutschen und europäischen Interesse.“

Die Linke

In Kapitel 6. („Entspannung statt Aufrüstung und Militarisierung: Eine friedliche Welt ist möglich“) (S. 21 f.):

„Die Drohungen Putins und die Wahl von Donald Trump zeigen, dass Demokratie und Sicherheit auch in der EU großen Herausforderungen ausgesetzt sind. Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen stellt — wie etwa in der ökonomischen Süd-Süd-Zusammenarbeit oder Kubas internationale Arbeit im Gesundheitsbereich. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu werden, wir streiten für eine Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte, um eine weltweite Friedensordnung. Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft, zerstört die Demokratie von innen und nutzt nur den Rüstungsriesen und Finanzkonzernen.

Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Er muss unverzüglich beendet werden, die russischen Truppen haben in der Ukraine nichts zu suchen. Wir achten das Selbstverteidigungsrecht der ukrainischen Bevölkerung. Aber wir fordern einen Strategiewechsel: Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen Staaten des Globalen Südens, um Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bringen. Gezielte Sanktionen, die sich nicht gegen die Bevölkerung, sondern gegen Putins Machtapparat und den militärisch-industriellen Komplex und damit gegen die Fähigkeit zur Kriegsführung richten und die im Einklang mit der UN-Charta verhängt werden, können ein wichtiges Druckmittel sein, um einen gerechten Frieden für die Ukraine zu erreichen. Auch gezielte Sanktionen gegen Personen, die sich direkt oder indirekt an Kriegsverbrechen beteiligt haben, können dabei helfen, diplomatischen Druck aufzubauen.

Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke wie die BRICS-Staaten infrage gestellt. Dabei versuchen mächtige Akteure, mit allen Mitteln mehr Einfluss zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen. Wir verurteilen dieses Denken und Handeln, in der Ukraine, im Nahen Osten und in allen Krisengebieten der Welt. Deutschland spielt in diesem Kontext eine Doppelrolle: Als Akteur innerhalb der NATO treibt es Militarisierung und Konfrontation voran. Als wirtschaftliche Macht verstärkt Deutschland soziale Ungleichheit und Abhängigkeiten im Globalen Süden durch seine Handels- und Finanzpolitik. Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen, indem die Politik an den Bedürfnissen der Mehrheit der Weltbevölkerung ausgerichtet wird und nicht an den Interessen der Eliten. Wir wollen, dass die Menschen überall selbstbestimmt, demokratisch und souverän über ihr Zusammenleben entscheiden können. Wir begrüßen und unterstützen den Aufbruch des Globalen Südens gegen koloniale Ausbeutung und Kriege, Blockaden und Sanktionen – für radikale Entschuldung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und Frieden in allen Ländern.“

Im selben Kapitel (S. 23):

- „Um endlich einen Friedensprozess für die Ukraine zu ermöglichen, muss die Bundesregierung Friedensinitiativen wie die von China und Brasilien endlich aufgreifen und sich aktiv für eine gemeinsame diplomatische Verhandlungsoffensive einsetzen, unterstützt durch gezielte Sanktionen, die nicht gegen die allgemeine Bevölkerung gerichtet sind. Wir treten für eine regelmäßige Überprüfung der Sanktionspraxis ein. Wir lehnen Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Eine internationale Kontaktgruppe soll Verhandlungen vorbereiten, indem sie konkrete Themen bearbeitet und Kompromissvorschläge entwickelt. Ein Ergebnis des Friedensprozesses müssen belastbare Sicherheitsgarantien sein.“

AfD

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Äußere Sicherheit“, Abschnitt „Deutschland in Europa und der Welt“ unter der Überschrift „Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten“ (S. 91 f.):

„Russland

Russland war über Jahrzehnte ein zuverlässiger Lieferant und Garant einer erschwinglichen Energieversorgung, die aufgrund unserer energieintensiven Industrie die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Zur Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzung der Nord Stream-Leitungen.

Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut werden.

Ukraine

Der Krieg in der Ukraine hat die europäische Friedensordnung aus den Angeln gehoben. Die Zukunft der Ukraine sehen wir als neutralen Staat außerhalb von NATO und EU.“

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Äußere Sicherheit“, Abschnitt „Deutschland in Europa und der Welt“ unter der Überschrift „EU: Entrechtung von Nationalstaaten und Bürgern“ (S. 139 f.):

„Die Dauerkrise des Euro ist auch Folge der mangelnden Durchsetzung der Stabilitätskriterien im Euroraum und vertragswidriger Schuldenaufnahmen. Auf wichtigen Politikfeldern wie Gemeinschaftswährung, Sicherheit, Migration und Kohäsion der Einzelstaaten hat die EU versagt.

Beispiele dafür sind:

- ...
- die Waffenfinanzierung der Ukraine durch die „Europäische Friedensfazilität“ und den „speziellen Unterstützungsfonds“,
- ...“

BSW

In Abschnitt 1. („Frieden“) unter der Überschrift „Den Ukrainekrieg durch Verhandlungen beenden“ (S. 6 f.):

„In der Ukraine tobt ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den Vereinigten Staaten, der sich jederzeit zu einem Weltkrieg ausweiten kann. Wir verurteilen den russischen Angriff auf die Ukraine aufs Schärfste. Zugleich sind wir überzeugt, dass dieser schreckliche Krieg vermeidbar war und längst auf dem Verhandlungsweg hätte beendet werden können.

Täglich sterben Menschen, die Ukraine wird mehr und mehr zerstört. Fast die Hälfte der Deutschen befürchtet eine Ausweitung des Krieges auf unser Land. Die Entscheidung des abgewählten

amerikanischen Präsidenten Biden, Angriffe auf Russland mit westlichen Raketen zu genehmigen, hat eine neue gefährliche Eskalationsdynamik eingeleitet, die große Risiken für ganz Europa birgt. Ob Trump sein Versprechen wahr macht, den Ukraine-Krieg schnell zu beenden, lässt sich derzeit nicht sagen. Auf jeden Fall sollten Deutschland und Europa sich darauf nicht verlassen, sondern eigene Friedensinitiativen ergreifen.

✓ Wir fordern ehrliche Bemühungen um einen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen. Die künftige deutsche Regierung sollte die diplomatischen Bemühungen Chinas und der Länder des globalen Südens unterstützen und alles dafür tun, Verhandlungen über einen realistischen Friedensplan auf den Weg zu bringen.

Stattdessen wollen Merz, Lindner und Habeck der Ukraine Taurus-Raketen liefern, damit sie mit ihnen Ziele tief in Russland angreifen kann. Ein solcher Schritt wäre praktisch eine Kriegserklärung Deutschlands an die Atommacht Russland. Olaf Scholz hat sich dem bis jetzt verweigert, ist aber bisher immer umgefallen, sobald es Druck aus Washington gab. Auf ihn ist kein Verlass, zumal andere in der SPD den gefährlichen Taurus-Planspielen offen gegenüberstehen.

✓ Wie die Mehrheit der Bundesbürger lehnen wir die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern ab. Nur ein starkes BSW im nächsten Bundestag kann und wird verhindern, dass die Kriegsfalke und Taurus-Befürworter in der SPD nach der Wahl die Oberhand gewinnen.

Wir müssen verhindern, dass deutsche Soldaten wieder Raketen auf den Weg bringen, die nach Russland zielen.

Selbst wenn eine Ausweitung des Krieges abgewendet werden kann: Waffenlieferungen werden das Sterben nicht beenden. Kaum ein anderes Land belastet seine Bürger so stark wie Deutschland, um diesen sinnlosen Krieg zu finanzieren. Auch in diesem Jahr stehen wieder Milliarden bereit. Es ist auch in unserem eigenen Interesse, dass der Krieg in der Ukraine schnellstmöglich endet.

✓ Wir wollen, dass kein weiteres deutsches Steuergeld bereitgestellt wird, um diesen sinnlosen Krieg zu verlängern.

Bemühungen um einen Waffenstillstand wurden bislang sabotiert oder nicht ernsthaft vorangetrieben. Eine bessere Verhandlungsposition hat die Ukraine durch die Fortsetzung des Krieges nicht gewonnen, im Gegenteil. Es sollte versucht werden, die Verhandlungen da wieder aufzunehmen, wo sie im Frühjahr 2022 in Istanbul von der Ukraine auf westlichen Druck hin abgebrochen wurden, und sie dann zum Erfolg zu führen.“

4. Klima

SPD

Unter RP03 „Beschäftigte und ihre Familien entlasten“, Unterpunkt 12. „Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann“ (S. 28):

„Mittlerweile wissen es alle: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kosten. Alles so lassen, wie es ist, kostet mehr. Eine große Mehrheit hat den Wunsch, etwas für unser Klima zu tun. Unsere Überzeugung ist: Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen, Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. Niemand kann alleine ein Wärmenetz bauen, neue Bahntrassen legen oder eine E-Ladesäule aufstellen. Wir sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können. Konkret bedeutet das für uns: Die klimafreundliche Alternative muss für die Bürgerinnen und Bürger besser, bequemer und vor allem günstiger sein.

- Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann (S. 28)

Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Klimapolitik, der öfter auf gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel, wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: Klimaneutralität ist auch Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds, als auch die Reform der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen können. Da wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg leisten können.

Die von uns eingeführte kommunale Wärmeplanung ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

Wir bekennen uns klar zu den Klimazielen für Deutschland und die EU. Wir müssen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den europäischen Green Deal, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land, unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.

Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO₂ besonders belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von

55 Euro in 2025 und maximal 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion. Ihr konsequenter Ausbau und die Einbindung von Speichern macht unsere Energieversorgung sicher und dauerhaft bezahlbar. Damit diese geringen Kosten auch bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht weiter steigen. Bis es so weit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des Strom-Spar-Checks für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen. Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir eine bundesweite Preisaufsicht für Fernwärme einsetzen.

An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer, sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum die dezentrale Versorgung mit Energie weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen Land.

- Wir wollen unsere Kommunen klimafit machen (S. 30)

Wir wollen eine Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel, um den Städten zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.“

Unter RPO3, Unterpunkt 13. „Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für alle“ (S. 30):

„(...) Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind. (...) Wir haben entschieden reagiert und Milliardeninvestitionen in unsere Infrastruktur auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. (...) Eine Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt, schafft und sichert Jobs und erweitert die Freiheit der Menschen, so mobil zu sein, wie sie es wollen.“

Unter RPO3, Unterpunkt 13, Unterunterpunkt „Wir wollen, dass die Bahn wieder pünktlich fährt“ (S. 30):

„Wir machen unser Schienennetz durch Digitalisierung, Elektrifizierung und Lärmschutz wieder leistungsfähig und zukunftsfest. Mit gezieltem Aus- und Neubau erweitern wir es im Sinne eines Deutschland- und Europapaketes. (...) Kurze Bahnfahrzeiten sind die erste Alternative zum Kurzstreckenflug. (...) Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg, den wir erhalten wollen. Priorität hat dabei Verlässlichkeit: Wir wollen das Deutschlandticket dauerhaft anbieten. Der günstige Preis und die einfache Nutzung sind das Erfolgsrezept des Tickets – wir wollen, dass der Preis dauerhaft auf aktuellem Niveau bleibt. Dazu werden wir das Ticket gemeinsam mit den Ländern auskömmlich finanzieren. (...)“

Wir werden die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs gemeinsam mit Ländern und Kommunen dauerhaft stärken. (...) In Ballungsräumen soll der öffentliche Verkehr, wo immer möglich, Vorrang erhalten. Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem Land als auch in der Stadt.“

Unter RPO3, Unterpunkt 13, Unterunterpunkt „Wir wollen gute Mobilität für alle“ (S. 31):

„Immer mehr Menschen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Im Sinne einer nachhaltigen Zukunft ist das eine großartige Entwicklung.

Aber: Für viele ist das Auto ein unverzichtbarer Begleiter. Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir beim nächsten Autokauf oder Leasing den Umstieg auf ein E-Auto attraktiv machen. Den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin zielgerichtet voran. Neben der neuen Förderung für E-Autos wollen wir das Fahrerlebnis mit Stromern rundum stärken: Unser Ziel sind Schnellladesäulen auf jedem Supermarktparkplatz und an jeder Tankstelle. Wir wollen ein kontaktloses und einheitliches Bezahlsystem an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher zu Hause ermöglichen. Das Tanken an der öffentlichen Ladesäule darf nicht mit hohen Preisaufschlägen bestraft werden.

Für eine echte Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden werden wir das Straßenverkehrsrecht weiter reformieren und die Vision Zero fest verankern. Im Sinne der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie des Bundes weiter. Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen. Wir stärken ein innovatives Taxigewerbe als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sorgen für die Einhaltung von sozialen Standards durch Fahrdienstleister.

Das deutsche Autobahnnetz muss aber dringend saniert werden, insbesondere die Brücken. Wir bringen einen neuen Bundesmobilitätsplan auf den Weg. Auch künftig sollen Engpässe auf der Straße beseitigt werden. Dabei denken wir Infrastruktur integriert: Wo möglich, soll über Schiene oder Wasserstraße entlastet werden.

Wir wollen ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen. Ein Tempolimit bringt so viele Vorteile, dass man fast gar nicht begründen kann, es nicht einzuführen. Wir hinken hier im europäischen und internationalen Vergleich massiv hinterher. Wenn ein Tempolimit Menschenleben schützt, warum tun wir das nicht? Wenn ein Tempolimit Stress, Staus und Unfälle massiv reduziert, warum tun wir das nicht? Wenn ein Tempolimit gut für die Natur, das Klima und die umliegende Wohngegend ist, warum führen wir es nicht ein? Es ist Zeit.

Die Beschaffung von klimafreundlichen Lkw und Nahverkehrsbussen werden wir fördern: Hier können besonders schnell CO₂-Emissionen eingespart werden. Wir treten dem Mangel an Fahrerinnen und Fahrern im Straßengütertransport aktiv entgegen und setzen menschenwürdige, faire und attraktive Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrerinnen und -fahrer inner- und außerhalb ihres Fahrzeugs durch (...).

Den Weg zu einem klimaneutralen Luftverkehr wollen wir im Sinne eines fairen Wettbewerbs (Level-Playing-Field) für unsere Flughäfen und Airlines gestalten. Wir streben EU-weit einheitliche Regelungen an, die die Verlagerung von CO₂-Emissionen (Carbon Leakage) vermeiden. Wir wollen die Luftverkehrsteuer in eine EU-Klimaabgabe umwandeln, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas. Wir werden die Wasserstraßeninfrastruktur ertüchtigen, die Nationale Hafenstrategie zügig umsetzen und die Modernisierung der Schiffsflotten unterstützen. Forschung und Markthochlauf für nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels sind besonders für Luftverkehr und Schifffahrt zentral.“

Unter RPO4, „Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“, Unterpunkt 19. „Wir kämpfen für starke Kommunen, gleiche Chancen in Land und Stadt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft“, Unterunterpunkt „Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum stärken“ (S. 45):

„Wir wollen, dass Menschen frei wählen können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben – mit gleichen Chancen überall. Wir stärken den ländlichen Raum und sichern die Daseinsvorsorge vor Ort. Klimagerechte Städte, lebendige Dörfer und moderne Infrastruktur sind der Schlüssel für ein gutes Leben überall in Deutschland.

Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik und soziale Stabilität. Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben, Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden. Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir Breitbandinternet ausbauen und nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern. (...)

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allem in ländlichen Regionen unverzichtbar ist.

Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine umfassende Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum. Durch gezielte Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden, leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln. Mehr denn je erfüllen die Kleingärten heute eine wichtige ökologische Ausgleichsfunktion in den Städten und Gemeinden, unterstützen die Biodiversität und sind überdies Orte sozialer Integration, die wir weiter unterstützen werden.“

Unter RPO4, „Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“, Unterpunkt 19. „Wir kämpfen für starke Kommunen, gleiche Chancen in Land und Stadt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft“, Unterunterpunkt „Wir wollen Natur und Ökosysteme schützen“ (S. 46):

„Um Natur und Ökosysteme im Einklang mit europäischen und internationalen Verpflichtungen zu schützen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden Schutzgebieten und die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen. Wir wollen eine Flächenplanung, die Wildnis- und Kulturlandschaften und heimische Arten schützt und ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie, Wohnen und Naturschutz ermöglicht. Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün zu schützen. Wir wollen Meeresschutzgebiete, die echte Rückzugs- und Erholungsräume für Arten sind.

Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement, Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen deshalb dem Grundsatz „CO₂-Vermeidung vor CO₂-Abscheidung“.

Die Atomkraft in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so. Jetzt braucht es die sichere Endlagerung der radioaktiven Stoffe. Wir werden das Endlager-Suchverfahren konstruktiv begleiten und beschleunigen, ohne die Sicherheit zu gefährden.“

Unter RPO4, „Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen“, Unterpunkt 19. „Wir kämpfen für starke Kommunen, gleiche Chancen in Land und Stadt und eine zukunftsfähige Landwirtschaft“, Unterunterpunkt Wir wollen eine moderne Land- und Forstwirtschaft sowie ökologische Vielfalt stärken (S. 46):

(...)

„Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirte durch die Reform der Agrarförderung Rückendeckung geben, denn sie stehen am Anfang der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen, die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem Tierschutz zugutekommen. Unsere Maßnahmen zur Stabilisierung wettbewerbsfähiger Energiepreise werden auch die Landwirtschaft entlasten.

Mit der neuen GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir all jene stärker unterstützen, die die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen.

Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir wollen es leichter machen, das zu tun und Planungssicherheit schaffen.

Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, um die vielfältigen Ökosystemleistungen unserer Wälder auch für kommende Generationen zu sichern.

Wir wollen die Fischerinnen und Fischer dabei unterstützen, sich durch eine stärkere Kombination ihrer Einkünfte zukunftsfähig aufzustellen.“

Unter RPO5 „Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“, Unterpunkt 24 „Wir kämpfen für eine gerechte Welt“, Unterunterpunkt „Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung“ (S. 55):

(...)

„Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten.“

Unter RPO5 „Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“, Unterpunkt 24 „Wir kämpfen für eine gerechte Welt“, Unterunterpunkt „Wir wollen strategische Partnerschaften“ (S. 56):

(...)

„Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz miteinander verbindet. Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und unseren fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung bereitstellen. Für die finanziellen Herausforderungen der globalen Klima-Transformation setzen wir auch verstärkt auf die Mobilisierung von privaten Mitteln. Es gilt, die sozial-ökologische Transformation umzusetzen und dabei die Bedürfnisse unserer Partner nach verlässlichen Kooperationen für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu dienen beispielsweise die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sowie die Klima- und Entwicklungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht um ganzheitliche Ansätze, bei denen die betroffenen Menschen und Regionen im Zentrum stehen. Dafür werden wir noch stärker Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit einbeziehen. Für ein Vorgehen bei den Transformationsaufgaben sind wir aber auf internationale Vertrauensnetzwerke wie den internationalen Klimaclub angewiesen, der bereits wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt hat. Wir wollen weitere Formate initiieren und unterstützen.“

CDU/ CSU

Unter Kapitel II. „Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft, Unterkapitel „Ja zu Freiräumen für die Wirtschaft“, dort Unterunterkapitel „Freien Handel und Exporte unterstützen“ (S. 18 a. E.):

„Rohstoffe von hier. Wir sichern die Versorgung auch durch einen verantwortungsvollen, heimischen Abbau. Zudem verstehen wir die aus Recycling entstandenen Wertstoffe als Rohstoffe 2.0. Sie erfüllen die höchsten Ansprüche und sind zugleich nachhaltig. Wir reizen das privatwirtschaftliche, nicht-spekulative Anlegen von Vorräten durch eine Rohstoffbevorratungsrücklage an.“

Unter Kapitel II., Unterkapitel „Ja zu bezahlbarer, sicherer und sauberer Energie“, Unterkapitel „Für bezahlbare Energie sorgen“ (S. 19):

„Die Energiekrise hat unser Land verändert. Höhere Preise bei steigendem Energiebedarf verunsichern Millionen von Menschen sowie Unternehmen gleichermaßen. Die Politik darf die Augen vor der Realität nicht verschließen. Für uns ist klar: Energie muss bezahlbar, sicher und sauber sein. Alle Kostentreiber müssen auf den Prüfstand, gleichzeitig ist Energieeffizienz wichtig. Dafür treten wir ein, im engen Schulterschluss in der EU und mit unseren internationalen Partnern.

- Ideologiefrei und technologieoffen zu bezahlbarer Energie.

Wir bringen alle Kapazitäten ans Netz, die klimafreundlich und systemdienlich sind, angefangen bei einem zielgerichteten weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir nutzen die Erneuerbaren konsequent, und zwar alle: Windenergie an Land und auf See, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft, Bioenergie und den nachwachsenden Rohstoff Holz. Die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung müssen konsequent genutzt werden.

- Versorgung absichern.

Wir erhöhen die Versorgungssicherheit durch eine pragmatische Kraftwerkstrategie, die einen technologieoffenen Kapazitätsmarkt etabliert und damit wettbewerblich für Absicherung der gesicherten Leistung sorgt.

- Neuer Strommarkt.

Wir setzen ein Strommarktdesign um, das die neuen Realitäten anerkennt und die notwendigen Investitionen absichert. Für mehr Preisstabilität entwickeln wir die Terminmärkte weiter. Versorgungsunternehmen müssen ihre Lieferverträge besser und preisgünstiger absichern können.

- Infrastruktur ganzheitlich denken.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den integrierten und grenzüberschreitenden Netzausbau sowie auf eine effiziente Verknüpfung des Ausbaus von Erneuerbaren Energien, Netzen und Speichern. Dafür wollen wir mehr privates Kapital gewinnen. Für einen schnellen und günstigen Ausbau von Stromnetzen nutzen wir verstärkt Freileitungen. Bei Strom-, Wärme-, Gas-, Wasserstoff- und CO₂-Infrastruktur setzen wir auf Standardisierung und gemeinsamen Ausbau.

- Strukturwandel, aber verlässlich.

Wir stehen zum Kohlekompromiss und zum vereinbarten Kohleausstieg. Auf dem Weg darf es kein weiteres endgültiges Abschalten von Kohlekraftwerken geben, solange als Ersatz keine neuen Gaskraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen gebaut sind. Die Zusagen aus dem Strukturstärkungsgesetz und die Vereinbarungen zwischen dem Bund und den betroffenen Ländern halten wir ein.

- Option Kernenergie.

Gerade auch mit Blick auf die Klimaziele und die Versorgungssicherheit hat diese eine bedeutende Rolle. Dabei setzen wir auf die Forschung zu Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerken. Gleichzeitig streben wir schnellstmöglich eine fachliche Bestandsaufnahme an, ob angesichts des jeweiligen Rückbaustadiums eine Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke unter vertretbarem technischem und finanziellem Aufwand noch möglich ist.

- Echte Europäische Energieunion.

Ein echter europäischer Energiebinnenmarkt schafft Resilienz und ist mit mehr Angebot gut für die Verbraucher. Für notwendige Energieimporte und -exporte mobilisieren wir europäische Potenziale und intensivieren internationale Partnerschaften.

- Abgaben auf den Prüfstand.

Bei den Steuern und anderen Abgaben auf Energie nutzen wir Entlastungsspielräume. Wir senken die Stromsteuer für alle und reduzieren die Netzentgelte.

- Smarte Energie.

Verbraucher sollen flexibler auf den Strompreis reagieren können. Dazu muss die Stromnutzung durch Smart Meter und Digitalisierung intelligenter werden. So erreichen wir eine bessere Lastverteilung. So sinken Verbrauch und Kosten.

- Netzentgelte neu regeln.

Wir sprechen uns für die Beibehaltung einer Stromgebotszone und einen entschlossenen Netzausbau aus. Statt unterschiedlicher Strompreiszonen muss der Strom für alle in Deutschland günstiger werden. Mit einer Reform der Netzentgelte sinkt die Belastung und steigt die Akzeptanz. Eine zusätzliche Netzentgeltbelastung für industrielle Großverbraucher, die nicht flexibel produzieren können, lehnen wir ab.

- Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen.

Die Menschen brauchen Entscheidungsfreiheit. Sie wissen am besten, welche Heizungsart zu ihrem Wohneigentum und zu ihrem Geldbeutel passt. Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen zu fördern und zu nutzen. Dazu gehört für uns auch das Heizen mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Das Heizungsgesetz der Ampel schaffen wir ab.

- Verlässliche Dekarbonisierung im Gebäudebereich.

Dabei setzen wir auf CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich, verlässliche Förderung und technologieoffene Lösungen. So berücksichtigen wir unterschiedliche Gegebenheiten im Bestand.

- Mehr Markt, weniger Staat.

Wir setzen auf Pioniermärkte, mit denen über Quoten für Grüngas im Gasnetz, Grün-Heizöl oder beispielsweise klimaneutralen Stahl ein effizienter Markthochlauf gelingen kann. So entscheidet nicht der Staat durch Förderung, wer am Markt teilnehmen darf. Auf diesen neuen Märkten setzen sich die besten Anbieter durch.“

Unter Kapitel II, Unterkapitel „Ja zu bezahlbarer, sicherer und sauberer Energie“, Unterunterkapitel „Bei Energieinnovationen Spitze sein“ (S. 20 f.):

„Unsere Energieforschung ist weltweit Spitze. Wir setzen auf Zukunftstechnologien „Made in Germany“. Wir starten eine Offensive für Energieinnovationen, die Wachstum und Wohlstand schafft und Vorbild für andere Länder ist.

- Energetisch voran.

Für klimafreundliche Energie stellen wir eine technologieoffene Energieforschung sicher. Forschungsk Kooperationen bauen wir auch über die Energieunion hinaus aus.

- Technologieoffen und zukunftsfähig.

Das bedeutet für uns, breit zu forschen für die beste Form der Energieerzeugung: Brennstoffzelle, Kraftwerke mit klimaneutralen Gasen, Geothermie, Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerke. Gleiches gilt für die Forschung zu Transport und Speicherung.

- Wasserstoff zum Erfolg führen.

Dazu schaffen wir Planungssicherheit und die notwendige Infrastruktur. Klar ist: Alle Wirtschaftsregionen müssen vom Wasserstoffkernnetz erreicht werden, es darf keine Benachteiligung einzelner Regionen geben. Wir brauchen auch eine große Portion Pragmatismus bei heimischer Erzeugung und internationalen Wasserstoffpartnerschaften. Der Wasserstoffhochlauf wird nur im europäischen Kontext erfolgreich sein.“

Unter Kapitel II., Unterpunkt „Ja zu marktwirtschaftlichem Klima- und Umweltschutz“, Unterunterpunkt „Klimaziele einhalten“ (S. 21 f.):

„Die Ampel hat in drei Jahren mit ihrem ideologischen und planwirtschaftlichen Ansatz gezeigt, wie es nicht geht. Deutschland erlebt eine tiefgreifende De-Industrialisierung. Wir müssen endlich verstehen: Klimaschutz braucht eine starke Wirtschaft. Klimaschutz geht nur global und gemeinsam mit den Menschen. Wir sehen uns in der Verantwortung, die Schöpfung zu bewahren. Wir verstehen Nachhaltigkeit umfassend.

- Pariser Klimaziele einhalten.

Die Klimaneutralität bis 2045 haben wir fest im Blick. Die Erderwärmung ist ein globales Problem, das die Weltgemeinschaft nur gemeinsam lösen kann. Wir verbinden dieses Ziel unbedingt mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der Notwendigkeit der sozialen Tragfähigkeit. Nur so sichern wir die Akzeptanz bei den Menschen und die Chancen auf wirtschaftliches Wachstum.

- Verantwortung für die Welt übernehmen.

Wir unterstützen andere Länder beim Klimaschutz. Dabei setzen wir auf Technologie- und Wissenstransfer mit Innovationen „Made in Germany“.

- Klimaschutz ganzheitlich denken.

Klimaschutz und Klimaanpassung sind zwei Seiten einer Medaille. In allen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens müssen wir uns an die sich ändernden Bedingungen anpassen. Das gilt etwa für den Städtebau und den Gesundheitssektor.

- Klimaanpassung ist Grundvoraussetzung.

Der nachhaltige Umgang mit dem Klimawandel ist stets im Einklang mit der Emissionsreduktion und einer Kohlenstoffkreislaufführung zu sehen. Klimaanpassung ist Querschnittsaufgabe und tut gut

daran, auf naturbasierte Lösungen zu setzen, die die Landschaft widerstandsfähiger und damit sicherer machen. Das ist auch im Hinblick auf Hochwasserschutz umzusetzen.

- Klimaschutz wird vor Ort gemacht.

Unsere Kommunen verantworten vielfach die Umsetzung der Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Für mehr Synergien stärken wir die Partnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen und klären die langfristige Finanzierung.“

Unter Kapitel II., Unterpunkt „Ja zu marktwirtschaftlichem Klima- und Umweltschutz“, Unterunterpunkt „Emissionshandel richtig umsetzen“ (S. 22):

„Der Emissionshandel kann mehr. Richtig umgesetzt, ist er als marktwirtschaftliches Instrument in der Lage, die Emissionsmenge effizient zu begrenzen und das Klima bestmöglich zu schützen. Die CO₂-Bepreisung bauen wir im Instrumentenmix zum Leitinstrument aus und geben deren Einnahmen an Verbraucher und Wirtschaft zurück. Der Markt soll darüber entscheiden, wo und wie Emissionen vermieden werden. Das ist unser Weg: CO₂ einsparen, wo es am effizientesten ist.

- Emissionshandel international voranbringen.

Wir wollen ihn in der EU durch schrittweise Einbeziehung aller Sektoren mit ihren energiebedingten Emissionen als zentrales Klimainstrument stärken.

- Globale Herausforderungen brauchen globale Partnerschaften.

Auf dem Weg zu international vergleichbaren Standards setzen wir auf Kooperationen wie Klima- und Energiepartnerschaften und den Schutz vor Verlagerungen von CO₂-Emissionen. Kohlenstoffmärkte für den internationalen Handel von Emissionsminderungen unterstützen und nutzen wir.

- CO₂-Kreislaufwirtschaft etablieren.

Wir setzen auf eine umfassende CO₂-Kreislaufwirtschaft mit natürlicher und technischer CO₂-Nutzung und Speicherung. Wir schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen, um Carbon Capture and Utilization (CCU), Carbon Capture and Storage (CCS) und Direct Air Capture (DACCS) sowie die erforderliche Transportinfrastruktur zu ermöglichen.

- Für mehr Klimateffizienz.

Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz sollen künftig steuerlich deutlich schneller und besser abgesetzt werden können.

- Menschen entlasten.

Um Verbraucher und Unternehmen schnell und effizient mit einem sozialen Ausgleich zu entlasten, schaffen wir einen Klimabonus. Wir reduzieren mit den CO₂-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte. Höhere Belastungen durch steigende CO₂-Abgaben müssen auch zu höheren Entlastungen führen.“

Unter Kapitel II., Unterpunkt „Ja zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz“, Unterunterpunkt „Ressourcen nachhaltig nutzen“ (S. 23):

„Unser Auftrag ist, mit den uns gegebenen Ressourcen schonend und effizient umzugehen. Es geht um unsere wirtschaftliche Souveränität, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, um unseren Lebensstil und Wohlstand. Wir denken in Kreisläufen und reduzieren den Ressourcenverbrauch.

- Wirtschaften ja, aber nachhaltig.

Wir wollen eine verantwortungsvolle Kreislaufwirtschaft. Unsere Aufgabe ist es, Stoffkreisläufe zu schließen – bei Stoffen, aber auch bei Wasser, Wärme oder Kohlenstoff. Gleichzeitig stärken wir die „Shared Economy“.

- Technologie- und materialoffen recyceln.

Dazu bauen wir rechtliche Hemmnisse ab, setzen auf Modularität und innovatives Produktdesign und ermöglichen einen breiten Technologiemix.“

Unter Kapitel II., Unterpunkt „ja zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz“, Unterunterpunkt „Umweltschutz gemeinsam machen“ (S. 23 f.):

„Umweltpolitik bedeutet für uns, Wasser, Boden und Luft in den Blick zu nehmen und unsere Biodiversität zu schützen. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, von Lebensräumen und Arten ist von zentraler Bedeutung.

- Arten und Lebensräume erhalten.

Wir schützen bedrohte Arten und deren Lebensräume.

Hierfür werten wir Schutzgebiete qualitativ auf und stärken die Vernetzung der Lebensräume. Moderner Artenschutz erfordert eine regelmäßige Überprüfung der geltenden Schutzvorschriften, damit das Gleichgewicht der Arten gewahrt bleibt.

- Moore schützen und wiedervernässen.

Moore sind unverzichtbare CO₂-Senken. Wir wollen den Schutz der Moore gemeinsam mit den Grundstückseigentümern intensivieren und Anreize für Wiedervernässungsprojekte geben.

- Leben von und mit dem Meer.

Wir erhalten Meere als widerstandsfähige Ökosysteme und ermöglichen eine integrierte, naturverträgliche Nutzung für Transport, Energie und Militär. Gleiches gilt für das Fangen von Fischen und Meeresfrüchten.

- Meere richtig schützen.

Wir machen uns dafür stark, dass die Meeresschutzabkommen weiterentwickelt werden. Ein besonderes Anliegen ist uns der Kampf gegen die Verschmutzung der Meere sowie gegen Munitionsaltlasten in der Nord- und Ostsee.

- Hochwasser- und Küstenschutz schützt Leben.

Um die Menschen in gefährdeten Regionen zu schützen, hat für uns der Küsten- und Hochwasserschutz Priorität. Wir wollen weg von der Ausgleichspflicht für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes.

- Für eine Pflichtversicherung.

Extremwetter-Ereignisse nehmen in Deutschland stark zu. Eine flächendeckende Pflichtversicherung für Elementarschäden ist die richtige finanzielle Schadensvorsorge. Wir werden sie deshalb einführen und so die Lasten im Sinne der Steuerzahler gerecht verteilen.

- Ökosystemleistungen honorieren.

Wir unterstützen Land- und Forstwirte, Waldbesitzer, Jäger und Fischer dabei, die Ökosysteme und ihre Leistungen zu erhalten. Ein Ansatz ist der Naturschutz auf Zeit, der im Einklang mit allen Nutzergruppen aufgesetzt wird.

- Wasser als höchstes Gut. (S.24)

Dafür erhöhen wir das Bewusstsein und sorgen mit den Ländern und Kommunen für einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer. Unsere hochwertigen und wertvollen Trink-, Mineral-, Heil- und Grundwasservorkommen schützen wir besonders. Unser Augenmerk gilt dabei besonders Regionen, die zunehmend von Trockenheit betroffen sind. Für eine sichere Ver- und Entsorgung nutzen wir auch digitale Lösungen. Zur Reinhaltung unserer Gewässer setzen wir auf das Verursacherprinzip.

- Flächen besser nutzen.

Wir nutzen Flächen an Land und Gewässer nachhaltig. Dazu reduzieren wir die Flächenversiegelung, unterstützen die kluge Flächennutzung durch Doppel- und Mehrfachnutzungen und verbessern die Ausgleichsmaßnahmen. Hier braucht es innovative Ansätze.

- Per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) nicht grundsätzlich verbieten.

Wir schützen Gesundheit und Umwelt und sichern zudem die Verfügbarkeit notwendiger Chemikalien. Dafür verfolgen wir einen risikobasierten Ansatz. Pauschalverbote von aktuell nicht austauschbaren Stoffen, die für unsere Gesundheit, unsere Daseinsvorsorge und auch für unser Wirtschaften elementar sind, lehnen wir ab. Wir investieren stattdessen in die Forschung für Ersatzstoffe und geschlossene Kreisläufe.

- Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt.

Umweltverschmutzung, illegaler Tierhandel, illegale Tötung und Qual von Tieren sind Straftaten, die genauso konsequent bestraft werden müssen. Die Regeln für den Handel mit internationalen Umwelt- und Klimazertifikaten entwickeln wir weiter.

- Endlagersuche vorantreiben.

Den Prozess der Endlagersuche beschleunigen wir durch Anpassungen und schließen geologisch ungeeignete Regionen schneller aus.“

Unter Kapitel II, Unterpunkt „Ja zu Forschung, Innovationen und neuen Technologien, Unterunterpunkt „Mit Innovationen und Technologien durchstarten“ (S. 24 f.):

- „• Große Bedeutung der Meeres- und Polarforschung für eine nachhaltige Entwicklung. (S. 26)

Deshalb stärken wir die Forschung auf diesem Gebiet. Dazu entwickeln wir die Deutsche Allianz für Meeresforschung weiter und führen die Erneuerung der deutschen Forschungsflotte konsequent fort.“

Unter Kapitel II., Unterpunkt „Ja zu einer Landwirtschaft mit Zukunft“ (S. 33 f.), Unterunterpunkt „Landwirtschaft entlasten“ (S. 34):

„Unsere Landwirtinnen und Landwirte wirtschaften umweltfreundlich und leisten einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit und Landschaftspflege. Sie verdienen Anerkennung, Respekt und Vertrauen. Wir sorgen für Entlastungen durch bessere Rahmenbedingungen und Planungssicherheit – damit ein Landwirt wieder Landwirt sein kann.

- Landwirtschaftliche Betriebe entlasten.

Wir führen die Agrardieselmückvergütung wieder vollständig ein. Alternative Kraftstoffe wie Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft befreien wir von der Energiesteuer.

- Planungssicherheit geben.

Wir sorgen dafür, dass die Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sichergestellt wird.

- Eigenständiges EU-Agrarbudget weiter gut ausstatten; GAP drastisch vereinfachen.

Wir machen uns in Brüssel dafür stark, dass das Agrarbudget gut ausgestattet bleibt. Unser Ziel ist zudem, die Gemeinsame Agrarpolitik für die Bäuerinnen und Bauern im Sinne von Bürokratieabbau, Transparenz und Effizienz massiv zu vereinfachen und praktikabel auszugestalten, was auch viele kleinteilige Kontrollen überflüssig macht. Zudem müssen Bagatellgrenzen ausgeweitet werden. Die Ziele von Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der ländlichen Entwicklung und Agrarstruktur sind für uns gleichrangig.

(...)

- Ökologische Ziele erreichen.

Wir setzen auf Anreize, Vertragsnaturschutz, die Honorierung von Natur- und Umweltschutz sowie Innovationen. Das zwangsweise Stilllegen von Flächen lehnen wir ab. Dabei sind uns konventionelle und ökologische Landwirtschaft gleich wichtig. Das Bundesnaturschutzgesetz ändern wir dahingehend, dass Pflege und Bewirtschaftung von Biotopen ausgleichsfähig sind. Die Bioökonomie stärken wir.

- Bei Bürokratie ausmisten.

Wir bauen Berichts- und Dokumentationspflichten spürbar ab, stellen uns neuen EU-Pflichten frühzeitig entgegen und setzen stattdessen auf Marktwirtschaft und Vertrauen. Europarechtliche Vorgaben setzen wir national grundsätzlich eins zu eins um und gehen nicht über das vorhergesehene Mindestmaß an Regulierung hinaus. Konkret wollen wir auf die Stoffstrombilanz im Düngerecht verzichten, ein EU-Bodengesetz dauerhaft abwenden und die EU-Taxonomie auch für die Land- und Forstwirtschaft entschärfen.“

Unter Kapitel II., Unterpunkt „Ja zu einer Landwirtschaft mit Zukunft“, Unterunterpunkt „Landwirtschaftliche Produktion sichern“ (S. 34 f.):

„Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen gemeinsam mit Gärtnern, Obst- und Gemüsebauern, Winzern und Fischern für gute und gesunde Lebensmittel. Um die landwirtschaftliche Produktion zu sichern, setzen wir auf innovative Technologien, den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen und eine nachhaltige Bewirtschaftung.

- Moderne Pflanzenzüchtung. (S. 35)

Wir sorgen dafür, dass sich Digitalisierung, Präzisionslandwirtschaft und Pflanzenzüchtung entfalten können. Die Regulierung neuer Züchtungstechnologien muss praxistauglich sein. Moderne Instrumente der Züchtung wie „Smart Breeding“ unterstützen wir.

- Für besseren Pflanzenschutz.

Wir bekennen uns zum Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel. Das sogenannte „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ schaffen wir ab. Das Zulassungsverfahren passen wir an, damit

innovative Produkte schneller verfügbar sind und die Nutzung und Förderung biologischer und risiko-reduzierter Mittel vereinfacht wird.

(...)

- Kein Ausverkauf von Ackerland.

Für Innovationen und neue Geschäftsmodelle braucht es auch Kapital. Einen Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen an Kapitalinvestoren lehnen wir jedoch ab.

- Den Wald nachhaltig bewirtschaften.

Wir unterstützen Forstwirtschaft und Jagd, die mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes seine vielfältigen Funktionen sichern. Gleichzeitig fördern wir den Auf- und Umbau klimastabiler und standortangepasster Wälder und wollen die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Holz nutzen und weiterentwickeln. Das schließt eine sinnvolle energetische Nutzung aus regionaler Forstwirtschaft ein.

- Wolfsbestand regeln.

Unser Ziel ist ein aktives Bestandsmanagement. Wölfe müssen – regional unterschiedlich – bejagt werden können, damit weniger Weidetiere gerissen werden. Dafür passen wir den Schutzstatus des Wolfs an und nehmen ihn in das Bundesjagdgesetz auf. Als Grundlage dazu übernehmen wir die Regelung der FFH-Richtlinie in das Bundesnaturschutzgesetz. Vergleichbare Regelungen streben wir für andere nicht mehr gefährdete Arten an, etwa Saatkrähen und Kormorane.

- Land und Landwirtschaft Sicherheit geben.

Wir nehmen die Ernährungssicherung als Staatsziel in das Grundgesetz auf. Das ist vor allem für Gesetzgebung und Gerichte wichtig, damit landwirtschaftliche Anliegen angemessen berücksichtigt werden.

- Bei der Ernährung auf mündige Bürger setzen.

Wir setzen auf Ernährungsbildung und gute Information, aber nicht auf unwirksame Werbeverbote oder Lenkungssteuern. Für Lebensmittel wollen wir eine verpflichtende, praxistaugliche Herkunftskennzeichnung.

- Für eine zukunftsfähige heimische Fischerei.

Dazu fördern wir die Modernisierung der überalterten Fangflotte und das Implementieren umweltfreundlicher Antriebstechniken.“

Unter Kapitel IV., Unterkapitel „Ja zu bezahlbarem Bauen, Wohnen und zukunftsfähiger Mobilität“, Unterunterkapitel „Für bezahlbares Bauen und Wohnen sorgen“ (S. 70 f.):

„Es ist die neue Soziale Frage unserer Zeit: (...) Wir brauchen mehr neue Häuser und Wohnungen, schneller und günstiger. Dafür senken wir die Baukosten durch mehr Bauland und niedrigere, sinnvolle Standards. Wir sorgen für weniger Bürokratie und mehr Digitalisierung und richten die Bau-Förderung neu aus.

(..)

- Schnell für mehr Bauland sorgen.

Für mehr Neubau braucht es auch mehr Bauland – gerade in den Metropolen und Wachstumsregionen. Notwendig ist ein Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden. In enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen wollen wir Brach- und Konversionsflächen stärker nutzen. Bundeseigene Grundstücke der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sollen für den Wohnungsbau genutzt werden.

(...)

- Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen.

Mehr Bauland und niedrige Baukosten helfen Familien bei der Eigentumbildung. Die bestehenden Förderprogramme, wie zum Beispiel die Zinsverbilligungsprogramme der KfW, richten wir neu aus, indem wir die Einkommensgrenzen anheben und den Kauf von Bestandsimmobilien einbeziehen. Den bestehenden Energieeffizienzstandard EH55 für Neubauten behalten wir bei und machen ihn wieder förderfähig.

- Energetische Sanierung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer ansetzen.

Wir machen Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig. So fördern wir die effiziente energetische Sanierung des Immobilienbestands.“

(...)

Unter Kapitel IV., Unterkapitel „Ja zu bezahlbarem Bauen, Wohnen und zukunftsfähiger Mobilität“, Unterunterkapitel „Verkehrsinfrastruktur erneuern, Mobilität frei wählen“ (S. 72):

„Deutschlands Verkehrsinfrastruktur ist in die Jahre gekommen. Das betrifft alle Verkehrsträger gleichermaßen. Zudem gibt es strukturelle Probleme, vor allem bei der Deutschen Bahn. Wir müssen entschlossen gegensteuern, damit die Infrastruktur wieder auf die Höhe der Zeit kommt. Menschen sollen ihre Mobilität frei wählen können – sie ist Ausdruck von Freiheit. Es hängt von den persönlichen Lebensumständen und dem Wohnort ab, welches Verkehrsmittel sinnvoll ist.

- Ja zum Auto, Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten.

Wir sehen in der individuellen Mobilität den Inbegriff von Freiheit und spielen deshalb unterschiedliche Verkehrsmittel nicht gegeneinander aus. Anti-Auto-Haltung, Fahrverbote für Innenstädte, das Umwidmen von Parkplätzen und ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnen wir ab. (...) Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden. Die Flottengrenzwerte müssen überprüft, Strafzahlungen verhindert werden. Für die E-Mobilität muss die Ladeinfrastruktur angemessen ausgebaut werden.

- Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten.

Die Gesamtkosten des Luftverkehrs werden auf ein wettbewerbsfähiges europäisches Niveau zurückgeführt.

- ÖPNV attraktiver und zuverlässiger machen.

Wichtig ist ein bedarfsgerechter und zukunftsfester öffentlicher Personennahverkehr. Dazu gehören auch eine zuverlässige und robuste Infrastruktur sowie ein attraktives Angebot in Stadt und Land. Bei der Finanzierung des ÖPNV wollen wir eine neue Transparenz schaffen und eine auskömmliche Finanzierung sichern.

- Deutsche Bahn zukunftsfähig aufstellen.

Dazu verschlanken wir das Unternehmen und stellen es neu auf. Für mehr Wettbewerb müssen Infrastruktur- und Transportbereich stärker als bisher voneinander getrennt werden. Für Instandhaltung, Ausbau und Modernisierung übernimmt der Bund die Hauptfinanzierung. Dem Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur, zum Beispiel in Richtung Polen, gilt unser besonderes Augenmerk.

- Transportkosten senken.

Wir reduzieren die übermäßige Belastung durch CO₂-Preis und CO₂-Zuschlag im Transportgewerbe.

- Infrastruktur solide finanzieren.

Wir sorgen für dauerhafte Finanzierungsstabilität, die unabhängig von schwankenden Haushaltsmitteln ist. Zudem müssen wir kurzfristig mehr Kapital mobilisieren, um den Investitionsstau zu lösen. Dazu setzen wir auf starke Anreize für private Investoren.

(...)

- Auf freie Mobilität setzen. (S. 73)

Individualverkehr und ÖPNV gehören zusammen und müssen barrierefrei gedacht werden. Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug und Auto, Rad- und Fußverkehr ergänzen sich sinnvoll.

- Mehr Technologie wagen.

Neben der Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Möglichkeiten für alternative Antriebe und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden. Dazu gehören beispielsweise E-Fuels, Wasserstoff und nachhaltige Biokraftstoffe. Wir stehen für Technologieoffenheit.

- Auf moderne Mobilität setzen.

Unser Ziel ist, Technologieführer beim autonomen Fahren und bei nachhaltigen Antrieben für alle Verkehrsträger zu werden. Innovative Mobilität – gerade in der Luftfahrt – hat für uns einen hohen Stellenwert.

- Das Rad mit anderen Verkehrsmitteln verknüpfen.

Dazu setzen wir auf neue Radwege, den Ausbau des Netzes und Mobilstationen, vor allem an Verkehrsknotenpunkten. „Shared Mobility“ als Zukunftsmarkt stärken wir.

- Transport weiterentwickeln.

Die Zukunft des Güterverkehrs gehört dem emissionsfreien Lastenverkehr, der Schiene und den Wasserstraßen. Wir werden dabei auch neue Technologien in den Blick nehmen.

(...)

- Wettbewerbsfähigkeit von Häfen und Wasserstraßen stärken.

Wer seine Handelsbeziehungen ausbauen will, muss seine Häfen als Tore zur Welt mitdenken und ambitioniert voranbringen. Die maritime Wirtschaft – inklusive ihrer Marine-Bezüge – ist für uns ein wichtiger Wirtschaftszweig. Wir entwickeln die Nationale Hafenstrategie weiter und stärken die Wasserstraßen.“

Bündnis 90/Die Grünen

In der Präambel (S. 8 f.):

S.9: (...) „Es geht jetzt darum, diese Kraft als Zukunftskraft aufzunehmen: ökologisch und (...).“

(...)

„Die Klimakrisen verschärfen sich – trotz des Einsatzes vieler – weiter, und die Natur, in der wir leben, wird weiter zerstört.“

(...)

S. 10: „Wir sind jetzt tatsächlich auf Kurs zum Erreichen der Pariser Klimaziele eingeschwenkt. (...)“

Wir haben auch endlich wieder in den Erhalt der Natur investiert, in eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir haben zum Erfolg des europäischen Green Deal beigetragen.“

(...)

„Nehmen wir unsere ökologische und ökonomische Zukunft in die Hand!“

(...)

„(...) Wir wollen, dass unsere Wirtschaft in die Zukunft wächst: klimaneutral, nachhaltig, innovativ (...)“

(...)

„Dabei kommt der Schutz unseres Klimas, unserer Ökosysteme mit allen Pflanzen und Tieren herausragende Bedeutung zu. Nur wenn sie intakt sind, können unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unser Wohlstand intakt sein. Verantwortung heißt, dem Rechnung zu tragen, heißt, die planetaren Grenzen einzuhalten.“

(...)

S. 11: „(...) Wir machen Strom billiger, sorgen für erschwingliche Mobilität und bezahlbare Mieten.“

(...)

S. 12: „Demokratie, Zusammenhalt, wirksamer Klimaschutz und eine starke Wirtschaft sind eine wichtige Grundlage dafür, dass wir in unserem Land frei von Angst und Unterdrückung leben können.“

Unter Kapitel 1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch, Unterpunkt A. „Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs“, dort Unterunterpunkt „Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte“ (S.21 f.):

S. 21: „Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik, die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind. Um Finanzkrisen vorzubeugen, benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.“

(...)

S. 22: „Wir wollen Finanzmarktakteuren die nachhaltige Finanzierung erleichtern und die Finanzierung der Biodiversität stärken. Sustainable Finance leistet einen wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile Energien unwirtschaftlich und Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu machen. Deutschland soll eine führende Rolle bei der Verbesserung der Sustainable-Finance-Regulierung spielen. Wir setzen uns dabei für mehr Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-Finance-Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus auf Wirkung und Effizienz. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden. Wir werden die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) in nationales Recht umsetzen und uns für eine Vereinfachung der ihr zugrunde liegenden Standards (ESRS) einsetzen, um sie für Unternehmen handhabbarer zu machen. Die Green Asset Ratio (GAR) werden wir reformieren.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt A., Unterunterpunkt „Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie (S.24 f.):

S. 24: „Unser Anspruch ist es, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt, denn Industrieunternehmen sind in ihren Regionen identitätsstiftend und wichtige Arbeitgeber. Wir wollen unsere Industrie bei der klimafreundlichen Modernisierung unterstützen, sie hier halten und verhindern, dass die Produktion in Länder abwandert, in denen es noch keinen CO₂-Preis und nur laxen Umweltschutz- und Sozialstandards gibt. In einer Welt, in der Krisen, Konflikte oder machtpolitische Bestrebungen jederzeit Lieferketten stören oder zerschlagen lassen können, brauchen wir in essenziellen Bereichen eigene Produktionsmöglichkeiten, um fatale Abhängigkeiten zu vermeiden.

Damit die klimaneutrale Modernisierung der Industrie gelingen kann, setzen wir auf einen effizienten Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie CO₂-Preis, gezielter Unterstützung vor allem bei Investitionen und – wo nötig – möglichst unbürokratischem Ordnungsrecht. Wo Investitionshürden zu Beginn zu hoch sind und über den CO₂-Preis nicht genug Anreize gesetzt werden, setzen wir auf wettbewerbsorientierte Instrumente wie die Klimaschutzverträge. Den Anwendungsbereich der Klimaschutzverträge werden wir ausweiten und so diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am meisten CO₂ einsparen. Neben einer Standortgarantie wollen wir die Klimaschutzverträge auch an eine Bezahlung nach Tarifvertrag binden. Um ausreichend Nachfrage für klimaneutral hergestellte Produkte zu garantieren, werden wir grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit etablieren. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt. Wir werden Unternehmen, insbesondere KMU, beim Umstieg von fossiler Wärme auf moderne strombasierte Wärmeproduktion gezielt unterstützen.

Die vollständige Klimaneutralität der Industrie wird aufgrund von schwer zu vermeidenden Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nur mit der Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) möglich sein. Deshalb ermöglichen wir für diesen Bereich die Anwendung dieser Technologien.“

S. 25: „Voraussetzung dafür ist, dass das abgeschiedene CO₂ in einer sicheren und stabilen Form gespeichert oder im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe genutzt wird. Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann dies unterstützt werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das Verursacherprinzip. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich eines verbindlichen Haftungsrechts, entwickeln. Dazu schaffen wir eine integrierte europäische Infrastruktur, inklusive gemeinsamer europäischer CO₂-Speicher. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen gerade auch auf dem Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von Schutzgebieten und deren unmittelbarer Umgebung. Wir erforschen und entwickeln auch negative Emissionen – also natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre CO₂

entziehen – und setzen klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels anzurechnen.

Global ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden. Die Automobilindustrie mit ihren mittelständischen Zulieferbetrieben ist der größte Industriezweig in unserem Land. Für die Unternehmen und ihre Arbeitnehmer*innen ist Planungssicherheit entscheidend: Wir bleiben dabei, ab 2035 nur noch klimafreundliche Antriebe neu zuzulassen. Wir unterstützen die EU-Flottengrenzwerteverordnung mit ihren Zielen für die CO₂-Reduktion für die Jahre 2025, 2030 und 2035. u-Mögliche Strafzahlungen sollen im Rahmen der bestehenden Regelungen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der E-Mobilität durch europäische Programme genutzt werden, damit die Automobilindustrie dringend notwendige Investitionen in die Modernisierung tätigen kann. Wir beschleunigen den Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die Ladeinfrastruktur und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize für verbrauchsarme E-Autos. Förderung wollen wir dabei nur jenen gewähren, die auch in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards produzieren: in Europa, für Europa. Mit gezielten Forschungsprogrammen und dem Ausbau der regionalen Transformationsnetzwerke unterstützen wir die Fortentwicklung von Geschäftsmodellen und berufliche Weiterqualifizierung zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Bereichen vernetztes Fahren, Batteriezellen und KI.“

S. 26: „Unser Vermögen und unsere Zukunft liegen in klugen Köpfen und einem ambitionierten Forschergeist. Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in Schlüsselbereichen wie KI, Quantentechnologie, Mikrochips, Cloud-Computing, klimaneutrale Energielösungen, Biotechnologie und Robotik wollen wir künftig nicht nur mitgestalten, sondern zu den führenden Nationen aufschließen und globale Trends setzen. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf europäische Firmen. (...) Auch der Schritt zur Klimaneutralität ist ein Innovationsmotor. Von der Herstellung von Wasserstoff durch Elektrolyseure bis zum E-Auto entstehen neue Zukunftstechnologien. (...) Dafür wollen wir den Net-Zero Industry Act der EU möglichst schnell und umfassend in Deutschland umsetzen.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt A., Unterunterpunkt „Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft“ (S. 30 f.):

S. 30: „Eine nachhaltige, unabhängige und wettbewerbsfähige Wirtschaft erfordert eine gesicherte Versorgung mit Rohstoffen und den Übergang zu einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Auch für die Herstellung wichtiger Klimatechnologien sind wir auf eine verlässliche Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist auch Voraussetzung für Klimaschutz und Artenschutz sowie ein Wirtschaften im Einklang mit den planetaren Grenzen. Unser Ansatz für mehr Rohstoffsicherheit basiert auf vier Säulen. Erstens wollen wir den Verbrauch von Primärrohstoffen senken und langfristig halbieren. Der Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energierohstoffe, Rohstoffeffizienz, Suffizienzstrategien und – wo möglich – der Ersatz von Rohstoffen sowie der gezielte Einsatz von Recyclingrohstoffen sind der Schlüssel dafür. Zweitens fördern wir Abfallvermeidung, Langlebigkeit, Wiederverwendung, Reparatur und Recycling für den Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Drittens setzen wir auf heimischen und europäischen Bergbau, auch mit einem modernisierten Bergrecht, das die Ziele Klimaschutz, Umweltschutz und Bürger*innenbeteiligung vereint, und mit beschleunigten und effektiveren Verwaltungsprozessen für den Rohstoffabbau, um – wo möglich – unabhängiger zu werden von Rohstoffimporten. Und viertens entwickeln wir eine nachhaltige und faire Rohstoffaußenpolitik und schließen neue Rohstoffpartnerschaften, die an der Einhaltung der Menschenrechte und des Umweltschutzes ausgerichtet sind. Niemand hat Lust, ständig Dinge wegzuwerfen und große Mengen an Müll zu produzieren. Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen wirtschaftliche Chancen, von Mehrwegflaschen über reparaturfähige Smartphones bis zum Wohnhaus aus ökologischen Baumaterialien. Dies schafft zudem neue Arbeitsplätze. Sie braucht dafür die richtigen regulatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, eine gute Finanzierung ihrer Infrastruktur, mehr Materialstandardisierung und gleiche

Wettbewerbsbedingungen für recyceltes Material. Die Potenziale der Digitalisierung wollen wir besser nutzen. Ein digitaler Produktpass stellt etwa bessere Informationen über verwendete Materialien bereit und schafft Transparenz. Dafür werden wir jetzt die Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen. Auf europäischer Ebene haben wir unter anderem mit Ökodesignvorgaben die gesetzlichen Grundlagen dafür erreicht, dass Produkte künftig langlebiger und reparaturfreundlicher hergestellt werden. Das wollen wir jetzt ambitioniert umsetzen und einen bundesweiten Reparaturbonus für haushaltsübliche Elektro- und Elektronikgeräte einführen sowie ökologisch vorteilhafte Mehrwegsysteme stärken.

S. 31: Zugleich sollen die abfallwirtschaftlichen Kompetenzen der Kommunen so gestaltet werden, dass insbesondere auch gewerbliche Abfälle besser vermieden, sortiert und wiederverwendet werden und Anreize für die Verbrennung wiederverwendbarer Rohstoffe wegfallen. Zur Müllreduktion geben wir den Kommunen Rechtssicherheit zum Erlassen einer Verpackungssteuer.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt C. „Ein Klima, in dem wir gut leben können“, Unterunterpunkt „Für ein stabiles und sicheres Klima“ (S. 37 f.):

S. 37: „Die Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen darauf verständigt, die Klimakrise einzudämmen. Alle großen Länder mit hohen Treibhausgasemissionen haben sich auf diesen Weg gemacht – darauf kommt es an. Die EU ist nach den USA und China aktuell der drittgrößte Emittent von klimaschädlichen Emissionen. Es kommt also auch auf unser gemeinsames Handeln an. Wir haben uns in der EU deshalb gemeinsam auf ein Ziel verpflichtet: Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

Mit dem europäischen Green Deal haben wir in den vergangenen drei Jahren große Fortschritte auf dem Weg zu einem stabilen und sicheren Klima erzielt und gleichzeitig begonnen, die europäische Wirtschaft und Industrie zu modernisieren. Das wirkt: Obwohl der Green Deal angegriffen wird, ist die EU auf Kurs, ihre Klimaziele zu erfüllen. Jetzt braucht die Wirtschaft Planungssicherheit. Wir stellen uns der Abschwächung des Green Deal und des „Fit for 55“-Pakets mit seinen Gesetzen entgegen und wollen, dass sie europaweit konsequent und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden.

S. 38: Deutschland spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Großen Koalitionen hatten hohe Klimaschutzziele beschlossen, aber keinen Plan und keine Maßnahmen entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden. Wir haben Deutschland und Europa erstmals auf einen Pfad gebracht, diese Lücke zu schließen. Es hängt vom entschiedenen Handeln der nächsten Bundesregierung ab, ob sie diese Chance nutzt und die Ziele auch erreicht – durch konkrete Maßnahmen wie die Unterstützung für den geplanten europäischen Emissionshandel für Verkehr und Gebäude und den Clean Industrial Act. Dazu gehört die Umsetzung der Emissionshandelssysteme auf europäischer Ebene wie geplant. So stärken wir den CO₂-Preis als einen zentralen Hebel für mehr Klimaschutz in Deutschland und Europa.“

Die dafür notwendigen Veränderungen sind anspruchsvoll und haben deshalb auch viele hitzige Diskussionen, Sorgen und Ängste ausgelöst und neue Fragen aufgeworfen. Es ist klar: Wir müssen noch mehr dafür tun, damit der Weg verlässlich ist und alle ihn mitgehen können. Wir machen Klimaschutz einfacher und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte bis hin zum Ordnungsrecht.

Die Anstrengungen lohnen sich: Die klimaschädlichen Emissionen sinken. Erstmals ist Deutschland auf einem Kurs hin zum Erreichen der Klimaziele. Es kommt nun darauf an, diesen Kurs zu halten, um weiterhin Verlässlichkeit und Planungssicherheit herzustellen und eine Orientierung für die klimaneutrale Modernisierung unseres ganzen Kontinents zu geben. Europa muss nach wissenschaftlichem Rat nun bis 2040 seine Treibhausgasemissionen um 90 bis 95 Prozent gegenüber 1990 verringern. Dazu wollen wir den Green Deal mutig und ambitioniert weiterführen und einen bedeutenden

Beitrag von Deutschland als größtem Mitgliedsland mit den höchsten Emissionen und einem hohen Wohlstand. Wir halten deshalb an den rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität 2045 und den verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energiewende setzen wir fort.

Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele. Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen.

Um den Herausforderungen und der Dringlichkeit der Klimakrise zu begegnen, werden wir die Rolle des Expertenrates für Klimafragen sowie die Verantwortung von Sektoren im BundesKlimaschutzgesetz stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt. Bei prognostizierter längerfristiger Zielverfehlung soll in den jeweiligen Sektoren verbindlich nachgesteuert werden, denn andernfalls drohen Deutschland teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen wir für öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden. Jedes Ministerium muss deswegen unabhängig von der Gesamtbilanz der Bundesregierung geeignete Maßnahmen umsetzen, die zur Einhaltung der Klimaziele führen sollen. Auch die Umweltauswirkungen von Ernährung, insbesondere auf das Klima und die Biodiversität, wollen wir berücksichtigen, zum Beispiel durch die Unterstützung einer attraktiven, günstigen und stärker pflanzenbasierten Ernährung.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt C., Unterunterpunkt „Für sozial gerechten Klimaschutz“ (S. 39 f.):

S. 39: „Wir gestalten den Weg zur Klimaneutralität als Weg zu einer gerechteren Gesellschaft, indem wir besonders gefährdete und belastete Gruppen und Regionen gezielt unterstützen und vor übermäßigen Belastungen schützen. Von einem erschwinglichen und flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr profitieren vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten können oder möchten. Elektromobilität sowie der Fuß- und Radverkehr tragen zu besserer Luftqualität für alle bei. Gut gedämmte Häuser und klimaneutrale Wärme schützen die Menschen vor steigenden Heizkosten.

Der Weg zur Klimaneutralität ist also mit vielen Vorteilen verbunden, aber er bedarf auch großer Investitionen – sei es bei der Installation neuer Heizungsanlagen, der Wärmedämmung, dem Einbau eines Energiespeichers oder dem Wechsel zum E-Auto. Investitionen brauchen Planungssicherheit und Vertrauen, gerade im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Fördermitteln. Dahin wollen wir mit einer berechenbaren Haushaltspolitik zurück. Viele Menschen werden diese Investitionen ohne Unterstützung nicht leisten können. Auch für Kommunen, Stadtwerke und kleine Unternehmen ist die Verfügbarkeit von passgenauen Förderprogrammen auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidend, etwa beim Kauf von E-Bussen. Die Finanzierung der Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung ist eine Generationenaufgabe, die entscheidend für das langfristige menschliche Leben auf diesem Planeten ist und die deshalb teilweise auch über Kreditaufnahme finanziert werden sollte.

Wir achten besonders darauf, dass alle die notwendige Modernisierung mitgehen können. Damit klimafreundliche Alternativen für alle Menschen erschwinglich werden, wollen wir in Zukunft Förderprogramme weiter ausbauen und noch stärker so staffeln, dass Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen deutlich höhere Förderbeträge erhalten. Erste Schritte in diese Richtung haben wir bereits unternommen, zum Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die Modernisierung von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und Häusern. Diese wollen wir fortführen. Auch den Umstieg auf die E-Mobilität wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern, gerade im ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich die europäische Automobilwirtschaft unterstützt. Hierzu gehören unter anderem eine Ladekarte für das Tanken an öffentlichen Ladesäulen und ein erschwingliches Leasing-Programm, das sogenannte Social Leasing. Ergänzt wird dies durch eine steuerliche Förderung, die Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen erreichen soll. Zudem sorgen wir für kostensenkenden Wettbewerb und stärken den Verbraucherschutz. Damit beenden wir überzogene Preise an Ladesäulen, sodass alle günstigen erneuerbaren Ladestrom

nutzen können. Wir setzen dabei auf vielfältige Preismodelle, zum Beispiel auch flexible, am Börsenstrom orientierte Preise.

S. 40: Wir geben ein Sicherheitsversprechen: Die Einnahmen der CO₂-Bepreisung von Gebäudewärme und Transport werden wir für sozial gerechten Klimaschutz ausgeben. Einen Großteil dieser Einnahmen werden wir als sozial gestaffeltes Klimageld an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen auszahlen. Für Menschen mit geringen Einkommen werden die CO₂-Kosten durch das Klimageld in den meisten Fällen mehr als ausgeglichen. Dabei soll das Klimageld gleichmäßig mit den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung steigen. Das Klimageld soll in der nächsten Legislatur so schnell wie möglich eingeführt werden und dann direkt und ohne vorherige Beantragung auf das Konto eingehen. Wir werden ein Eine-Million-Balkone-Programm starten und Menschen mit geringeren Einkommen bei der Anschaffung von Steckersolargeräten unterstützen.

Derzeit subventioniert der Staat klima- und umweltschädliches Verhalten. Das werden wir schrittweise abbauen, damit internationale Zusagen umsetzen und die freiwerdenden finanziellen Mittel für den sozialen Ausgleich sowie für den Klima- und Umweltschutz verwenden. Betroffene werden wir bei der Anpassung unterstützen, auf soziale Ausgewogenheit achten und Planungssicherheit geben. Dafür legen wir im Jahr 2025 einen Plan vor und setzen uns für dessen Umsetzung bis 2030 ein, um unseren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Als ersten Schritt werden wir das Dienstwagenprivileg so reformieren, damit es Anreize für klimaneutrale Mobilität setzt und werden uns weiterhin für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr einsetzen.

Das reichste Prozent der Weltbevölkerung inklusive der Superreichen verursacht mehr als doppelt so viele Treibhausgase wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Öl und Gaskonzerne, die maßgeblich für die weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, machen weiter gigantische Gewinne. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer einen Beitrag zum Ausgleich der Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen, Landwirt*innen und Unternehmen nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen. Auch in Deutschland gilt für uns ganz klar das Verursacherprinzip: Die Verursacher*innen von ökologischen und sozialen Schäden sollen die Kosten tragen. So müssen die langfristigen Folgekosten des Kohleabbaus durch die Kohleunternehmen abgesichert werden, um nicht die Allgemeinheit zu belasten.

S. 41: Weltweit und bei uns zu Hause: Es sind die Ärmsten, die am stärksten unter den Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit entgegen. Ausbeutung und Umweltschäden in der fossilen Lieferkette sind für uns ein weiterer Grund, für saubere, erneuerbare Energie einzutreten.“

Kapitel 1, Unterpunkt C., Unterunterpunkt „Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie“ (S. 41 f.):

S. 41: „Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft, Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden zunehmend elektrisch. Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und bauen die Infrastruktur so aus, dass sie sicher vor Angriffen ist und der günstige Strom bei Menschen und Unternehmen ankommt. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien – in Form von Strom, Wärme und Wasserstoff.

In den vergangenen Jahren sind wir auf diesem Weg einen riesigen Schritt vorangekommen: 2024 kamen circa 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren Quellen, 2021 waren es erst 40 Prozent. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent erreichen; 2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt. Eigentümer*innen, Mieter*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben können. Dazu werden wir auch in

Zukunft dezentrale Erzeuger von Solar- und Windenergie sowie Speicher und Elektrolyseure durch konsequenten Bürokratieabbau, Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützen. Mit Energy Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.

Erneuerbare Energien liefern enorm günstig, aber nicht gleichmäßig Strom. Daher müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere Netznutzung, Speicher aller Arten, die effiziente Nutzung der enormen Flexibilitätspotenziale von Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten Verbraucher*innen und eine neue Generation von möglichst bald mit grünem Wasserstoff betriebenen Kraftwerken sowie die Ertüchtigung der künftig vorrangig mit Abfall- und Reststoffen betriebenen Biogaskraftwerke. Wir setzen uns für einen leistungsfähigen europäischen Strombinnenmarkt ein und bauen die Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn aus. Außerdem setzen wir auf die konsequente Digitalisierung des Energiesektors. Mit digitalen und flexiblen Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden künftig die Bürger*innen in die Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne den Strom per Batterie oder Wärmepumpe systemdienlich zu speichern oder das E-Auto laden zu lassen. Damit kann jede und jeder Geld sparen und von den Vorteilen der erneuerbaren Stromwelt direkt profitieren. Zugleich sinken die Kosten im Gesamtsystem.

S. 42: Notwendig sind dazu auch neue Regeln, wie unser Strommarkt funktioniert. Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum effizienten Stromverbrauch einhergehen. Dazu prüfen wir Modelle regionaler Energiemärkte. Die Verteilnetze richten wir technisch und regulatorisch auf die effiziente und effektive Integration der erneuerbaren Energien in regionale Wärme- und Mobilitätsmärkte aus. Wir sorgen dafür, dass die Netzentgelte im Rahmen bleiben und fair getragen werden. Damit ermöglichen wir einen zunehmend sich selbst tragenden Ausbau von Solar- und Windenergie, Speichern sowie sonstiger Infrastruktur und entlasten Strompreise und Bundeshaushalt.

Gerade weil der Umbau zum klimaneutralen Stromsystem hohe Investitionen erfordert, achten wir besonders auf die Kosten. Wir senken die Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und intelligente Regulierung sowie durch höhere Netzauslastung und weitere Nutzung der Spitzenlastkappung. Wir werden prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine Umstellung von neu zu planenden Hochspannungsgleichstromleitungen zu einfacheren Freileitungen verzögerungsfrei und kostendämpfend möglich ist und darüber möglichst im gesellschaftlichen Konsens entscheiden. Die Erdverkabelung werden wir bei besonderen örtlichen Erfordernissen nutzen, wobei wir vor allem auf eine transparente und nachhaltige Planung achten. Mit der Gas- und Strompreisbremse haben wir die Energiepreise für Millionen Menschen bezahlbarer gemacht. Auch in Zukunft wollen wir diesen Weg weitergehen und bezahlbare Energie sicherstellen. Weiterhin achten wir bei den dazugehörigen technischen Anlagen auf eine transparente, naturverträgliche und nachhaltige Planung und nutzen die kommunale Expertise.

Wir setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu finanzieren und Strom damit für Verbraucher*innen und Unternehmen billiger zu machen. Die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde für die Verbraucher*innen bereits abgeschafft und wird nun vollständig aus dem Haushalt finanziert. Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die Netzentgelte zu senken.

S. 43: Fossile Energie ist ein Auslaufmodell. In diesem Sinne werden wir uns auch auf EU-Ebene einsetzen. Gerade damit die Kohleregionen Planungssicherheit haben und der Strukturwandel geordnet unterstützt werden kann, halten wir daran fest, alle verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht mehr zu befeuern und mit dem Kohleausstieg die Kohleförderung in Deutschland einzustellen.

Auch die Nutzung von fossilem Gas werden wir schrittweise reduzieren und so schnell wie möglich, spätestens bis 2045, um die Klimaziele sicher einzuhalten. Im Stromsektor werden wir uns in spätestens zehn Jahren vollständig erneuerbar versorgen. Wir werden einen Plan für eine Gasunabhängigkeitsstrategie vorlegen, der Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie berücksichtigt. Neue Langfristverträge für den Gasimport sind nicht mit unseren Klimazielen und auch nicht mit einer europäischen Gasunabhängigkeitsstrategie vereinbar. Denn anstatt uns mit umwelt- und klimaschädlichem Fracking-Gas erpressen zu lassen, beschleunigen wir die anlaufende Reduktion des europäischen Gasverbrauchs sowie den Umstieg auf grünen Wasserstoff und andere erneuerbare Energiequellen. Dementsprechend werden wir in Abstimmung mit unseren europäischen Partnern unsere LNG-Infrastruktur kontinuierlich auf Notwendigkeit überprüfen und Lock-in-Effekte von Gasinfrastruktur vermeiden.

Wir stehen für eine endgültige Absage an die umweltzerstörende Gewinnung von Erdöl und Erdgas in ganz Deutschland und möglichst bald auch weltweit – an Land wie auf dem Meer. Neue Gas- und Ölförderprojekte sollen nicht mehr genehmigt werden. Die Emissionen in der Vorkette werden wir berücksichtigen.

Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder für das Erreichen der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit notwendig und für uns aufgrund der ungeklärten Endlagerfrage, der Kosten und der Gefahr der Verbreitung von atomwaffenfähigem Material keine Option. Der lange geplante und parteiübergreifend beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Um ihn zu vollenden, müssen auch Brennelementefertigung und Urananreicherung in Deutschland beendet werden. Die von der russischen Firma Rosatom geplante Beteiligung in Lingen bedeutet ein zusätzliches Sicherheitsrisiko. Wir haben uns immer für eine Ausweitung der europäischen Sanktionen eingesetzt, auch um das Spionage- und Sabotagerisiko zu verringern. Die Standortsuche für ein Endlager mit bestmöglicher Sicherheit so zügig wie möglich und in einem partizipativen Verfahren umzusetzen, bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land stellen muss. Auf dem langen Weg dorthin müssen die Zwischenlager sicher betrieben werden können.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt C., Unterunterpunkt „Für verlässliche und bezahlbare Wärme“ (S. 44 f.):

S. 44: „Der Einstieg in eine verlässliche und klimaneutrale Wärmeversorgung ist jahrzehntelang verschlafen worden. Wir haben die Weichen neu gestellt. In den nächsten Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen Menschen den schrittweisen Umstieg auf klimaneutrales und bezahlbares Heizen zu ermöglichen. Der Wärmesektor ist besonders geeignet, durch die Kombination von Wärmepumpen, Solarthermie, Abwärmenutzung, Wärmespeichern und Energieeffizienzmaßnahmen die wechselnde Verfügbarkeit von Solar- und Windenergie auszugleichen und so die Energiekosten für alle zu senken. Mit einer Weiterentwicklung des Instrumentenmixes aus Förderung, Beratung und Standards bringen wir den Wärmesektor auf den notwendigen Pfad der Klimaneutralität.

Wir geben mit dem Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis zu 70 Prozent für den Einbau von fossilfreien Heizungen den Eigenheimbesitzer*innen, der Wirtschaft sowie den Mieter*innen und Vermieter*innen bis 2045 die nötige Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen klimafreundlichen Heizung wie der Wärmepumpe. Die Unterstützung auf diesem Weg werden wir ausbauen. Wir wollen Stadtwerke und Firmen unterstützen, um Wärme-Contracting, etwa mit Wärmepumpen, anzubieten. Damit entfällt für Eigentümer*innen die hohe Startinvestition. Dabei sichern wir die Rechte der Verbraucher*innen in hohem Maße. Ebenso ausbauen werden wir die Energieberatung, deren Qualität und Unabhängigkeit wir sichern. Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld weiter stärken.

Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten und als Teil integrierter Energiesysteme in ländlichen

Gemeinden an geeigneten Standorten können sie dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme zu versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen hin zu erneuerbarer Wärme wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW) absichern, Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine Senkung der Stromkosten auch die Bereitstellung von klimafreundlicher Wärme bei den Energieversorgern vor Ort stärken.

Ein gleichzeitig starker Verbraucherschutz ist dafür Voraussetzung. Durch die kurzfristige Einführung einer Preisaufsicht und langfristig einer Preisregulierung wollen wir den Verbraucherschutz bei der Fernwärme, die vor allem von Miethaushalten bezogen wird, weiter stärken. Außerdem werden wir privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken. Um die Wärmewende in Bürgerhand voranzubringen, wollen wir die Gründung von Wärmenetzgenossenschaften fördern, in denen Bürger*innen die Wärmeversorgung gemeinschaftlich finanzieren und gestalten. In der Nutzung von Wasserstoff für die Wärmeversorgung sehen wir keine Perspektive. Zudem unterstützen wir Prozesse zur Erleichterung des Drittanbieterzugangs in der Fernwärme, um Investitionen zu erleichtern und die Dekarbonisierung voranzutreiben.

S. 45: Die Wärmewende kann sich auf eine Vielzahl von Technologien stützen. Entscheidend ist für uns jedoch, dass sich Verbraucher*innen auf Klimafreundlichkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit verlassen können und sie nicht mit falschen Versprechen in Heiztechnologien investieren, mit denen sie einige Jahre später in der Kostenfalle landen. Auch eine großindustrielle Holzverbrennung in bestehenden und neuen Kraftwerken ist keine klimaverträgliche Alternative. Daher setzen wir uns dafür ein, dass bei Holzverbrennung emittiertes CO₂ im Zertifikatenhandel voll angerechnet wird.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt C., Unterunterpunkt „Für vorsorgende Anpassung an ein verändertes Klima“ (S. 45 f.):

S. 45: „Dürren und Hitzeperioden, Waldbrände, Überschwemmungen und Starkregen kosten Menschenleben, zerstören Wohnhäuser, Straßen und Brücken, schädigen die Landwirtschaft und unsere Lebensmittelerzeugung. Indem wir unser Wirtschaften und Leben klimaneutral gestalten, bekämpfen wir ihre Ursachen. Aber im Angesicht der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise müssen wir weitaus stärker Vorsorge leisten. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Im Mittelpunkt stehen dabei für uns die Menschen, die wir mit Blick auf die eigene Selbstschutzzfähigkeit unterstützen wollen.

Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir Bund, Länder und Kommunen in Deutschland verpflichtet, diese Aufgabe anzugehen. Die Kommunen tragen die Hauptlast der Anpassungen – auch über ihre sozialen Dienstleister, freien Träger und gemeinnützige Organisationen –, die uns als gesamte Gesellschaft betreffen. Deshalb wollen wir Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern machen und gemeinsam finanzieren. Förderprogramme wie das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wollen wir weiter stärken und mehr Mittel für Investitionen für Vorhaben sowie Personal für Klimaschutz und -anpassung in den Kommunen unterstützen. Unser Einsatz gegen die Klimakrise hat dabei Vorrang, da Klimaanpassung allein die Schäden der Klimakrise nicht kompensiert.

Die vernichtende Ahrtalflut 2021 oder die zerstörerischen Fluten in Osteuropa 2024 führen uns vor Augen, wie verletzlich unsere Gesellschaft besonders angesichts von Hochwasserkatastrophen ist. Deshalb werden wir den Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Insbesondere brauchen wir Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume wie Auenwälder oder Erlenbrüche. Flüsse und ihre natürlichen Auen werden wir im Interesse des Hochwasserschutzes stärken und ihnen, wo immer möglich, durch Renaturierungen mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch

Hochwasserschutzanlagen wie starke Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten Katastrophenschutz. Hochwasserschutzmaßnahmen wollen wir prioritär und beschleunigt umsetzen. Der Katastrophenschutz muss vorausschauender agieren und dafür Prognosen wie etwa zu Extremwetterereignissen stärker ins Krisenmanagement integrieren können. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir sozialverträglich ausweiten.

S. 46: Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung, Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün und öffentlichen Trinkbrunnen. Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im Sommer kühlend wirken. So werden diese Städte in die Lage versetzt, große Wassermengen besser zu nutzen, etwa für die Bewässerung von Grünanlagen. Den Austausch und die Vernetzung der Städte und Landkreise wollen wir gezielt fördern, um Strategien zur Klimaanpassung schneller auszubauen.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt D. „Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land zusammen“, Unterunterpunkt „Für schnelles, nachhaltiges und sicheres Fortkommen“ (S. 46 f.):

S. 46: „Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen, Wirtschaft und Umwelt. Denn Mobilität ist auch ein Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Zugleich ist unser Verkehrssystem noch immer sehr weit davon entfernt, seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Der Verkehrssektor muss endlich auf seinen Pfad entsprechend den Klimazielen zurückkehren. Dafür werden wir sorgen, da wir die Ideen und Konzepte dafür haben –etwa durch ein zuverlässiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren Signal hin zur klimafreundlichen E-Mobilität.

Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundsaniierung unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir stark beschleunigt. Jetzt gilt es, mit dem Deutschlandfonds eine ausreichende und überjährige Finanzierungsgrundlage für den Erhalt von Straßen und Brücken, für den Ausbau unserer Schieneninfrastruktur sowie unseres öffentlichen Nahverkehrs zu schaffen. Hierfür benötigen wir langfristig neue Finanzierungsmodelle, die gleichzeitig verkehrsverlagernde und ökologische Wirkungen beinhalten. Damit wollen wir die Finanzierung unserer Infrastruktur auf eine sichere und langfristige Basis stellen. Durch erhebliche Investitionen in umfassende Barrierefreiheit, sichere Haltestellen und attraktive Mobilitätsangebote stellen wir sicher, dass klimafreundliche Mobilität für alle zugänglich ist und der Verkehrssektor seine Klimaziele erfüllen kann.

S. 47: Während unser Schienennetz deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen integrierten Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale, flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist. Bis der Bundesmobilitätsplan beschlossen ist, werden wir den Bundesverkehrswegeplan unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Verkehrswege wollen wir erhalten und sanieren, das Schienennetz spürbar ausbauen und stärker elektrifizieren, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen – reaktivieren und modernisieren sowie bundesweit den Ausbau eines guten Radwegenetzes dauerhaft und verlässlich finanzieren.

Die Antriebswende braucht es auch bei den Lastwagen. Mit der Reform der Lkw-Maut haben wir klare Anreize für die Umstellung auf elektrische und andere klimaneutrale Antriebe gesetzt. Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu modernisieren, unterstützen wir die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin, fördern Technologien zur Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen, insbesondere

einer klimaneutralen Landstromversorgung. Die nachhaltige Entwicklung unserer Häfen untermauern wir mit einem langfristigen Finanzierungskonzept.

Der Staat kann als Ankerkunde einen Beitrag zum Hochlauf klimafreundlicher Kraftstoffe in der Schiff- und Luftfahrt spielen. Ein wichtiger Grundsatz ist jedoch: Klimafreundliche Mobilität muss günstig sein und Tickets im Schienenverkehr bezahlbar. Kurzstreckenflüge wollen wir durch eine Verbesserung der Bahn überflüssig machen. Die Privilegien für Privatjets wollen wir abschaffen und diese enorm klimaschädliche Fortbewegungsart reduzieren. Für die Schaffung neuer Start- und Landekapazitäten im Flugverkehr sehen wir nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen keinen Bedarf. Den Lärmschutz für die Bevölkerung um Flughäfen wollen wir deutlich stärken, gerade in den Nachtstunden. Für den Gesundheitsschutz schaffen wir einen Grenzwert für Ultrafeinstaub.

S. 48: Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich unterwegs sein können. Mobil auf dem Land setzt vielerorts noch immer ein eigenes Auto voraus. Wir wollen echte Wahlfreiheit und darum den öffentlichen Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine alltagstaugliche Alternative zum Auto wird. Rufbusse und andere Konzepte wie digital vernetzte Kleinbusse und Carsharing-Angebote können den Taktverkehr in der Fläche ergänzen. Einige Kommunen und Landkreise bieten solche flexiblen Konzepte bereits an. Wir möchten solche Konzepte stärken und als Modellprojekte in möglichst vielen unterschiedlichen Regionen Deutschlands verwirklichen.

Mit einem Mobilitätsgesetz wollen wir die Mobilitätswende rechtlich verankern. Statt eines Verkehrsmittels stellen wir den Menschen mit seinen vielfältigen Bedürfnissen in den Mittelpunkt. Mit der Priorisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), des Schienen-, Fuß- und Radverkehrs wird Deutschland zu einem Vorreiterland der modernen Mobilität. Wir bringen das Verkehrsrecht auf die Höhe der Zeit, um allen Menschen in Stadt und Land barrierefreie Mobilität, etwa mit E-Kleinfahrzeugen, zu ermöglichen. Weniger Stau und Luftverschmutzung, mehr Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit sind dabei unsere Ziele.

Wir wollen, dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle sicher an ihr Ziel kommen. Das ist nur erreichbar, wenn überhöhte Geschwindigkeiten reduziert werden. In der Regierung haben wir mit der Reform des Straßenverkehrsrechts für Kommunen in einem ersten Schritt die Chance geschaffen, leichter Tempo-30-Strecken einzurichten, den Fuß- und Radverkehr zu stärken sowie verkehrsberuhigte und lebenswerte Quartiere zu schaffen. In einem nächsten Schritt wollen wir unseren Kommunen noch mehr Spielräume einräumen, etwa um flächendeckend innerorts Tempo 30 zu ermöglichen. Als einziges Land weltweit erlaubt Deutschland das unbegrenzte Rasen auf Autobahnen – zum Schaden von Menschenleben und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von 130 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Für Landstraßen wollen wir die Spielräume für Tempo 80 aus ortsspezifischen Gründen deutlich erweitern, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Den Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße wollen wir auf europäisches Niveau bringen.

Um Verkehrsräume zu Stadträumen mit Aufenthaltsqualität zu entwickeln, werden wir öffentliche Räume attraktiver gestalten, Barrierefreiheit ausweiten und die Verkehrssicherheit – insbesondere von Schulwegen – erhöhen. Wir wollen den Stadtumbau stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern, etwa um Ausnahmen bei der Barrierefreiheit im Nahverkehr zu beenden. Unser Leitbild dabei ist die Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.

S. 49: Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -beruhigung sind für uns wichtige Faktoren, um lebenswerte Städte und Gemeinden zu schaffen. Deshalb setzen wir – gerade auch in ländlichen Regionen – auf angepasste klimafreundliche Konzepte wie mehr Co-Working, die unnötige Pendelfahrten vermeiden. Zudem setzen wir auf bessere Nahmobilität wie sichere Schulwege und Radwege. Auch

passgenaue Nahverkehrskonzepte wie Stadtbahnen oder klimaverträgliche Fährkonzepte werden wir unterstützen.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt D., Unterunterpunkt „Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn“ (S. 49 f.):

S 49: „Mit dem Deutschland-Ticket haben wir den Tarifdschungel im ÖPNV gelichtet, Millionen von Kund*innen entlastet und ein attraktives Angebot entwickelt: Bus und Bahn im Nahverkehr sind heute so günstig wie nie zuvor. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen. Insbesondere bei Jobtickets sehen wir noch Potenziale. Darüber hinaus begrüßen wir es, wenn Länder und Tarifverbände Regelungen treffen, um junge Menschen kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Neben dem Deutschland-Semesterticket wollen wir auch Lösungen für Auszubildende und Freiwilligendienstleistende finden und zudem ein bundesweit vergünstigtes Angebot für Menschen mit geringem Einkommen entwickeln. Solche passgenauen Angebote, entkoppelt vom Normalpreis, wollen wir bundesweit ausbauen.

Wir werden das Nahverkehrsangebot in Deutschland weiter verbessern, um die Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen bis 2040 zu verdoppeln. Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder für den Nahverkehr weiter steigern. Die Regionalisierungsmittel wollen wir so erhöhen, dass Kostensteigerungen und ein an den Fahrgastzielen orientierter Angebotsausbau gleichermaßen berücksichtigt werden. Auch wollen wir die Länder, Kommunen und Verbände dabei unterstützen, fahrscheinlosen Nahverkehr anzubieten und neue Finanzierungsquellen wie eine Beitragsfinanzierung zu erschließen.

Der öffentliche Nahverkehr soll mittelfristig im ganzen Land ein alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen Taktverkehren garantieren, mit Schwerpunkt auf die gute Anbindung von Schulen, Ausbildungsstätten und Freizeiteinrichtungen. Damit man leicht überall vorankommt, wollen wir uns für einen einfachen, anbieterübergreifenden Ticketkauf über Verkehrs- und Tarifverbände hinweg einsetzen. Unser mittelfristiges Ziel ist eine Mobilitätsgarantie, die alle Dörfer vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden mindestens einmal pro Stunde anbindet. In ländlichen Regionen wollen wir Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen aufwerten, an denen regional zugeschnittenen Lösungen für vernetzte Mobilität angeboten werden. Zudem wollen wir Busse und Bahnen zu Orten machen, in denen sich Fahrgäste wohlfühlen. Neben der Sauberkeit gehört dazu für uns auch die Sicherheit vor Übergriffen, insbesondere gegenüber Frauen.

S. 50: „Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert, barrierefrei und bequem zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der Anfang ist gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn, Takte werden verbessert und neue Züge eingesetzt. Unser Ziel ist die beschleunigte Umsetzung des Deutschlandtaktes, der Städte und ländliche Regionen regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet. Auch europäische Nachtzugverbindungen als komfortable und leicht buchbare Angebote wollen wir deutlich ausbauen. Wir setzen uns zudem für günstige, verlässliche und planbare Trassenpreise ein. Das Schienennetz, das wir marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im erforderlichen Maß ausbauen. Auch für den Schienengüterverkehr wollen wir Kapazitäten, zum Beispiel im Kombiverkehr, ausbauen und die Verlagerung von Straßentransport auf die Schiene fördern. Unser Ziel ist, den Anteil der Schiene am Güterverkehr innerhalb eines Jahrzehnts auf 30 Prozent zu steigern.

Für unsere Ausbauziele im Schienenverkehr und im öffentlichen Nahverkehr, ganz gleich ob in S-Bahn, Regionalbus, der Stadtbahn oder auf klimaneutralen Fähren, sind gute Beschäftigungsbedingungen ein wesentlicher Faktor. Wir wollen dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der

Beschäftigten im Nah- und Fernverkehr verbessert werden. Dazu gehört, dass wir uns für eine gute Entlohnung ihrer Arbeit, ob am Tag oder in der Nacht, einsetzen.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt D., Unterunterpunkt „Für gleichwertige Lebensverhältnisse“ (S. 50):

S 50: „In den ländlichen Regionen liegt viel Kraft. Hier gibt es von weltmarktführenden Unternehmen über fruchtbare Böden bis zu einzigartigen Naturschätzen vieles, was unser Land prägt. Die vielfältigen Landschaften und Siedlungen, die regionalen Kulturen und lokalen Traditionen gilt es zu schützen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu verbessern.

Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können, braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird.“

(...)

Unter Kapitel 1, Unterpunkt E. „Eine Natur, die wir schützen“, Unterunterpunkt „Für eine intakte Natur“ (S. 51 f.):

S. 51: „Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst: heute und in Zukunft. Wir schützen die Natur zudem um ihrer selbst willen. Damit schaffen wir die Grundlage für gute Lebensqualität und stärken die Demokratie mit einer resilienten Gemeinschaftsstruktur. Der Schutz von Klima und Natur soll daher im Grundgesetz verankert werden. Eine intakte Natur ist mitentscheidend, Klimaneutralität zu erreichen. Naturnahe Wälder, Moore und Auen binden billig und effizient CO₂ aus der Luft. Mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind wir diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben die Naturschutzfinanzierung in Deutschland vervielfacht. Das wollen wir verstetigen, erweitern und inhaltlich fortentwickeln und damit die Mittel für den natürlichen Klimaschutz über 2028 hinaus anwachsen lassen. Unser Anspruch ist es, dass internationale Vereinbarungen und europäisches Recht im Naturschutz konsequent eingehalten und umgesetzt werden. Europäisch ist ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Um das unter Einbeziehung einer naturverträglichen Nutzung schnellstmöglich umzusetzen, werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur gesetzlich garantiert zur Verfügung stellen. Denn auch ökosystembasierter Natur- und Artenschutz liegt in einem überragenden gesellschaftlichen Interesse. Dazu wollen wir einen Schub für den Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische und schnellere Ausweisung von Naturschutzgebieten und die Übertragung von weiteren geeigneten Flächen ins Nationale Naturerbe sowie zusammenhängende Biotopverbünde und Großschutzgebiete nach dem Vorbild des ostdeutschen Großschutzgebietsprogramms während der Friedlichen Revolution.

S. 52: Frei fließende Flüsse, naturnahe Wälder und Auen, Moore und extensiv genutzte Agrarlandschaft sowie wilde Weiden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein und müssen – wo immer möglich – erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Den unnatürlichen und unwirtschaftlichen Ausbau der Flüsse, wie er zum Beispiel an der Mittel- oder an der Grenzoder geplant ist, lehnen wir ab und wollen die rechtlichen Grundlagen der grenzüberschreitenden Flusspolitik gemeinsam mit unseren Nachbarländern naturgerecht ausrichten. Wir gestalten die Energiewende naturschutzverträglich und lösen unvermeidbare Zielkonflikte zwischen erneuerbaren Energien sowie Natur- und Artenschutz auf der Grundlage neu gewonnener Erkenntnisse und steuern dort, wo es notwendig ist, unter Einbindung des Fachverständes von Wissenschaft, Naturschutz und Planer*innen nach.

Unsere Verantwortung für besonders typische Lebensräume wie das Wattenmeer, Buchenwälder und Streuobstbestände sowie für besonders bedrohte Arten wie den Luchs oder Feuersalamander

werden wir durch Artenhilfsprogramme und spezielle Schutzmaßnahmen wahrnehmen. Den Bundesnaturschutzfonds wollen wir weiter stärken sowie digitale Tools für Biodiversitätsforschung und -schutz vorantreiben.

Um dies alles umzusetzen, braucht es mehr Unterstützung für die Zivilgesellschaft, insbesondere in ländlichen Räumen. Denn der Erfolg des Aktionsprogramms zeigt: Die Menschen, die Kommunen und viele Unternehmen wollen mehr Natur – es sind die Engagierten und Organisationen vor Ort, die sehr oft als Motor des Natur- und Artenschutzes agieren. Deshalb braucht es für einen funktionierenden Umwelt- und Naturschutz ein starkes Verbandsklagerecht.

Die Staatengemeinschaft hat vor zwei Jahren in Montreal eine globale Vereinbarung für den Schutz der Natur und Artenvielfalt mit ambitionierten Zielen beschlossen – das ist auch für uns ein klarer Auftrag, für den Erhalt und die Wiederherstellung intakter Ökosysteme zu arbeiten. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung des vereinbarten Ziels von 30 Prozent effektivem Schutz der Land- und Meeresfläche bis 2030 ein. Mit einer verbindlichen Nationalen Biodiversitätsstrategie und einem Biodiversitätsgesetz werden wir diese Ziele national verwirklichen. Bei unvermeidbaren Eingriffen setzen wir dabei weiterhin auf den Vorrang des Ausgleichs in Form von konkreten Naturschutzprojekten in der Fläche.

Wir können nur das schützen und schätzen, was wir kennen. Umweltbildung ist lebenslanges Lernen und findet durch eigene Erfahrungen und Erlebnisse in der Natur, Bildung, an Lernorten, in Kita und Schule sowie zu Hause statt. Das wollen wir fördern.

Unsere Kulturlandschaft ist Lebensraum vieler gefährdeter Arten – wir wollen Landnutzung und Naturschutz in Einklang bringen.

S. 53: Dort, wo Artenschutz wirkt, treten bei wenigen Tierarten auch Konflikte auf. Wir schaffen die Balance zwischen pragmatischen Lösungen vor Ort wie zum Beispiel schnelleren und unkomplizierteren Abschüssen von Wölfen in problematischen Ausnahmefällen, Koexistenzmaßnahmen wie Herdenschutz, unbürokratischen Entschädigungen und den Anforderungen des Naturschutzes. Das für die Biodiversität wichtige EU- Naturschutzrecht mit seinem Gebiets- und Artenschutz werden wir dabei erhalten und konsequent umsetzen. Geschützte Arten wie der Wolf gehören nicht ins Jagdrecht. Das ist auch ein Beitrag zur Bürokratievermeidung.

Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder Arten etwa mittels gentechnischer Methoden (Gene Drives) ausgeschlossen werden.

Unsere Wälder sind wichtig für die Artenvielfalt und Verbündete beim Klimaschutz. Gleichzeitig dienen sie als Erholungsräume für die Gesundheit des Menschen, als Orte der Wildnisentwicklung und Grundlage für die forstwirtschaftliche Nutzung. Aber wir erleben ein zweites Waldsterben. Die Klimakrise hat in Verbindung mit dem großflächigen Nadelholzanbau, mit Trockenheit und Schädlingsbefall dazu geführt, dass Wälder inzwischen weniger CO₂ speichern als erwartet. Wir werden deshalb naturnahe und strukturreiche Wälder mit heimischen und standortgerechten Baumarten erhalten und entwickeln.

Um das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz, das eine möglichst natürliche Entwicklung zu widerstandsfähigeren und artenreichen Mischwäldern vorsieht. Wir unterstützen die Waldbesitzenden und stärken die Forstbehörden für ein Waldmanagement, das den Anforderungen von Natur-, Klima- und Tierschutz gerecht wird. Damit eine natürliche Waldverjüngung auf der gesamten Waldfläche möglich wird, ist ein differenziertes Wildtiermanagement notwendig. Für eine nachhaltige Holznutzung setzen wir auf eine Weiterentwicklung der Holzverarbeitenden Wirtschaft hin zu langlebigen Produkten. Dafür fördern wir die Holz- und Waldforschung.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt E. „Eine Natur, die wir schützen“, Unterunterpunkt „Für eine gesunde Umwelt“ (S. 53 f.):

S. 53: „Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Mit intakten Böden, frischer Luft und Rückzugsorten, an denen man auch mal seine Ruhe genießen kann, sorgen wir für mehr Lebensqualität. Ob dreckige Luft oder Lärm – im Luftkurort genauso wie an der viel befahrenen Straße in der Stadt: Wir wollen die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes Leben in Deutschland und Europa machen. Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz und ein neues Bodenschutzgesetz bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21. Jahrhundert. Dies bedeutet weniger giftige Stoffeinträge in den Boden, weniger Pestizideinsatz – inklusive eines Komplettverzichts auf besonders schädliche Substanzen wie Glyphosat und Neonikotinoide – und einen insgesamt schonenden Umgang aller mit der Ressource Boden. So erhalten wir die Leistungsfähigkeit unserer Böden und entfesseln ihre Kraft.

S. 54: Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die Vermüllung von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen. Spätestens ab 2045 soll kein vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.

Private Feuerwerke stellen zunehmend eine unzumutbare Belastung für unsere Kommunen dar. Auch kommt es zu häufig zur missbräuchlichen Verwendung. Daher wollen wir private Feuerwerke reduzieren, um die Auswirkungen auf Menschen, Tiere und Umwelt möglichst gering zu halten: Wir stärken Städte und Gemeinden bei der Einschränkung von Feuerwerk und schaffen Rechtssicherheit bei der Aussprache von Verbotszonen für alle Kategorien von Feuerwerk. Grundsätzlich halten wir ein ganzjähriges Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten und setzen uns für eine bundesweite Umsetzung ein.

Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien (REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen und das erreichte Schutzniveau aufrechterhalten. Wir unterstützen einen Ansatz, der die Wechselwirkungen der Chemikalien berücksichtigt und die Risiken für Umwelt und Mensch im Fokus hat. Daher braucht es gerade für naturfremde Stoffe eine fundierte Prüfung und wachsame Zulassungsverfahren sowie die strikte Anwendung des Verursacherprinzips im Abwasser- und Abfallmanagement. Wichtig sind uns dabei die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der Sanktionsmöglichkeiten.

Stoffe, die Menschen und Ökosysteme dauerhaft schädigen, wie die sogenannten Ewigkeitschemikalien nehmen wir besonders in den Blick. Wir setzen uns für ein differenziertes Vorgehen ein – mit dem Ziel, nach und nach ganz aus ihrer Verwendung auszusteigen. Überall dort, wo sie nicht in kritischen Anwendungen sind oder gut ersetzt werden können, wollen wir ihre Verwendung zuerst rasch beenden.

Wir haben aber gleichzeitig im Blick, dass wir kritische Anwendungen und die Produktion wichtiger Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure oder elektrische Antriebe nicht gefährden, da noch nicht immer Alternativen verfügbar sind. Wir setzen uns für klare, sachgerechte Fristen für die Substitution ein. Dabei orientieren wir uns am neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zudem fordern wir, dass in der Übergangsphase Einträge in die Umwelt auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Wir wollen durch Anreize und eine Forschungsoffensive umweltfreundliche Alternativen fördern, damit diese schnell marktreif werden.

S. 55: Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen. Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die Verantwortung nehmen. Der Eutrophierung und der Vermüllung von Flüssen und Meeren wollen wir durch Abwassermanagement

entgegnetreten sowie Nährstoffeinträge reduzieren. Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen.

Die Verhandlungen für ein internationales Plastikabkommen wollen wir mit verbindlichen Maßnahmen zur Verringerung der Herstellung von Plastik erfolgreich abschließen. Unser Ziel ist eine Welt ohne Plastikverschmutzung. Wir wollen Technik fördern, die ein umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer ermöglicht.

Mit dem Sofortprogramm zur Munitionsbergung in Nord- und Ostsee ist uns ein Meilenstein zum Schutz unserer Meere vor giftigen Kriegsalasten gelungen. Wir werden die kontinuierliche Fortführung der Bergungsarbeiten sicherstellen, damit die Munition bis Mitte des Jahrhunderts aus unseren Meeren geborgen ist.

Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von Umweltverbrechen setzen wir uns ein für die konsequente Umsetzung der neuen EU-Umweltstrafrechtsrichtlinie in Deutschland sowie für die Ächtung von schwersten Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt E. „Eine Natur, die wir schützen“, Unterunterpunkt „Für sauberes Wasser und lebendige Meere“ (S. 55 f.):

S.55: „Sauberes Wasser ist zentral für unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und das Funktionieren unserer Ökosysteme. Verschmutzung und die Klimakrise bedrohen unsere Wasserressourcen. Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen und Meere intakt bleiben. Wir stehen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie und setzen sie gemeinsam mit den Ländern konsequent um, um den guten Gewässerzustand zu erreichen.

Mit der Nationalen Wasserstrategie haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir diese Ziele erreichen. Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen schaffen, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können. Um das ökologische Gleichgewicht in unseren Flüssen besser zu schützen, braucht es eine gleichberechtigte Zuständigkeit von Wasserstraßenmanagement und Naturschutz.

Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen, speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Insbesondere wollen wir die Wasserrückhaltefähigkeit von landwirtschaftlichen Flächen und Forsten spürbar verbessern. Durch faire Entgelte, besonders für intensive Nutzer, wollen wir die Nutzung lenken und dafür sorgen, dass Wassersparen noch stärker zur Selbstverständlichkeit wird.

S. 56: Die verletzlichen Ökosysteme unserer Meere brauchen besonderen Schutz. Deshalb setzen wir uns für ein weltweites Moratorium beim Tiefseebergbau, eine ambitionierte Umsetzung des internationalen Hochseeabkommens und Schutzgebiete in der Antarktis ein. Auch in Nord- und Ostsee werden wir substantielle Beiträge zum weltweiten Ziel leisten, ein Drittel der Meere unter wirksamen Schutz zu stellen. Wir entwickeln eine ambitionierte Meeresstrategie und schaffen echte Rückzugsgebiete für Fischeschwärme und Meeressäuger. In mindestens einem Zehntel der deutschen Nord- und Ostsee soll die Natur völlig unberührt bleiben. Damit sich die Meeresnatur erholen kann, während neue Schutzregeln auch in den übrigen Gewässern das Leben im Meer bewahren.

Die Fischerei wollen wir auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft unterstützen, unter anderem durch umwelt- und naturverträgliche Fangtechniken, wirksame Schongebiete, alternative Einkommensmöglichkeiten und eine bessere regionale Wertschöpfung. Dabei wollen wir den Einsatz öffentlicher

Gelder auf umweltverträgliche Nutzung konzentrieren, die dem Erreichen globaler und europäischer Nachhaltigkeitsziele dient.

Wir schreiben einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Ölförderung in deutschen Gewässern und der Gasförderung in Deutschland bis 2035. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Schifffahrtsrouten – insbesondere an nahen Schutzgebieten – auf den Prüfstand gestellt, schädliche Einleitungen gestoppt, die Klärwerke an Nord- und Ostsee ertüchtigt und gezielte Programme zum Schutz vor Plastikvermüllung aufgelegt werden. Ein angemessener Anteil der öffentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Meeresflächen für Windkraftanlagen soll auch künftig direkt in den Meeresschutz und die Entwicklung einer natur- und klimaverträglichen Fischerei fließen – so verbinden wir umweltfreundliche Stromerzeugung mit dem Schutz der Meere.

Wir fühlen uns dem Schutz des Wattenmeers besonders verpflichtet. Das Wattenmeer ist eines der bioproduktivsten Ökosysteme weltweit. Es ist nicht nur Lebensraum für Schweinswale und Robben, sondern auch eine unersetzliche Nahrungsquelle für zahlreiche Zugvögel und Fischpopulationen. Dieser Schatz der Natur darf durch Gasbohrungen um Borkum nicht zerstört werden.

Die Meeres- und Polarforschung liefert dafür wichtige Beiträge. Wir sorgen für die notwendigen Investitionen und setzen auf europäische Kooperationen.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt F. „Eine zukunftsfeste Landwirtschaft“, Unterunterpunkt „Für starke Landwirtinnen und Landwirte“ (S. 57):

S. 57: „Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer zukunftsfesten und klimafreundlichen Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz, den Unternehmergeist und das Wissen der Landwirt*innen, gerade auch Frauen, Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen wollen wir dabei besser unterstützen. Erste Weichen konnten wir in dieser Wahlperiode stellen, dennoch gibt es viel zu tun.

Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen.

(...)

Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts- und Klimaschutz.

Wir unterstützen Landwirt*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung und werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.

Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten Konsumgewohnheiten aus tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen Gründen. Bei stetig sinkendem Fleischkonsum sind industrielle Tierhaltung und Billigexporte keine langfristig tragfähigen Konzepte. Zukunftsfähig ist dagegen sowohl im Sinne der Unternehmen als auch der Tiere: weniger Tiere besser halten.

(...)

S. 58: Weidehaltung auf extensivem, artenreichem Dauergrünland hat sowohl positive Biodiversitäts- wie auch Klimaeffekte. Das wollen wir ebenso fördern wie die Wiedereinführung robuster Rassen,

die mit dieser Haltungsform gut zurechtkommen. Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese Kennzeichnung werden wir bürokratiearm auch auf die anderen Tierarten und die Außer-Haus-Verpflegung ausweiten.

Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Menschen gefragt. Deshalb wollen wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler Wertschöpfungsketten. Zusätzlich soll eine Lebensmittelverarbeitungsstrategie erarbeitet werden, die unter anderem die externalisierten wahren Kosten wissenschaftlich betrachtet. Dem Ausverkauf landwirtschaftlichen Bodens durch sogenannte Share Deals treten wir entschieden entgegen.

Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt*innen treiben wir etwa durch den Ausbau von Agri-Photovoltaik, Agri-Tourismus sowie die Stärkung von pflanzlichen Rohstoffen als Baustoffe wie zum Beispiel Schilf oder Hanf voran. Den Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf wollen wir gesichert straffrei ermöglichen. Und wir unterstützen Betriebe sowie die ganze Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum „Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe werden wir entsprechend weiterführen. Wir stärken die Forschungsförderung und sorgen für effiziente und zuverlässige Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel wie moderne Fermentationsverfahren und Zellkultivierung.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt F. „Eine zukunftsfeste Landwirtschaft“, Unterunterpunkt Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung (S. 58 f.):

S. 58: „Die Auswirkungen der Klimaerhitzung, des Insektensterbens und der Umgang mit unseren Böden sind zentrale Herausforderungen für unsere Ernährungssicherheit. Zukunftsfeste Landwirtschaft stellt sich diesen Herausforderungen. Dafür braucht es neben mehr Wertschätzung auch genügend Wertschöpfung. Wir unterstützen Effizienzgewinne durch die Nutzung digital gestützter Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft und setzen uns für EU-weite Standardisierung ein. Unnötige Bürokratie werden wir aktiv abbauen, ohne notwendige Standards im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz abzubauen.

S. 59: Landwirtschaft und Umwelt brauchen einen möglichst sparsamen und bedachten Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Die Einführung einer Nährstoffbilanz unterstützt den gezielteren Düngereinsatz und kann helfen, ihn zu senken. Mit der Umsetzung der EU-Farm-to-Fork-Strategie kann der Pestizideinsatz EU-weit bis 2030 halbiert werden. Hierzu fördern wir den Ökolandbau und setzen auf Innovation, Digitalisierung, Weiterbildung und die konsequente Umsetzung agrarökologischer Maßnahmen. Eine einkommenswirksame und gemeinwohlorientierte Honorierung von Umwelt- und Biodiversitätsleistungen ist für uns dabei ein wichtiges Instrument.

Und wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe, die wirksam und unbürokratisch ist und zur Förderung umweltschonender Methoden des Pflanzenschutzes genutzt werden kann. Wir kämpfen gegen das Wildbienensterben und unterstützen die Imkerschaft bei ihrem Kampf gegen das Honigbienensterben.

Außerdem schaffen wir genügend geschützte Rückzugsräume für die Natur – in Brachen, Feuchtgebieten, Feldhecken und anderen Strukturen der Agrarlandschaft. Kooperativer Naturschutz mit erfolgsabhängiger Förderung ist dabei ein interessanter Ansatz, vor Ort neue Potenziale für naturerhaltende Bewirtschaftung zu erschließen. Wir setzen uns auch für bestäuberfreundliche ökologische Pflanzenzüchtung und Permakultur ein. Wir bringen Agroforstsysteme raus aus der Nische und rein in die Fläche. Wir unterstützen die Landwirt*innen dabei, hier Bäume und Ackerkultur zu kombinieren. Damit leisten sie einen Beitrag zum Schutz der Böden und Artenvielfalt. Genetische Vielfalt wollen

wir ebenso fördern wie die Züchtung und Einführung robuster Sorten, die mit weniger Pestiziden und synthetischem mineralischen Dünger auskommen und an die Klimabedingungen angepasst sind. Die Förderung schonender Bodenbearbeitung und mechanischer Unkrautregulierung im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz führen wir weiter.

Die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ist unser Leitbild, sie spielt eine wichtige Rolle beim Schutz der natürlichen Grundlagen. Naturschonende Erzeugungsformen müssen einen Vorteil gegenüber Produktionsweisen haben, die starke Umweltfolgen nach sich ziehen. Um das Ziel 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 zu erreichen, setzen wir die Biostrategie 2030 konsequent um und stellen die notwendigen Mittel dafür bereit. Insbesondere für junge Landwirt*innen wollen wir den Einstieg erleichtern. Wir fördern die Innovationskraft der Biobetriebe und die Vermarktung. Und wir weiten die Forschung für den ökologischen Landbau deutlich aus.

S. 60: Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Daher wollen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion einführen und Agri-Photovoltaik und weitere Ansätze zu höherer Flächeneffizienz stärken. Bei der Biomasse setzen wir auf die sorgsame Kaskaden- und Mehrfachnutzung sowie auf die verstärkte Nutzung von Grüngut aus der Landschaftspflege. Um den Einsatz von fossilen Brennstoffen auch in der Landwirtschaft schnell und deutlich zu senken, fördern wir die Entwicklung und Markteinführung von alternativen Antrieben und Treibstoffen.

Übernutzte und geschädigte Böden gefährden die Neubildung sauberen Grundwassers und die Erzeugung gesunder Lebensmittel. Sie speichern weniger Wasser und verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein neues Bodenschutzgesetz vorbeugen.“

Unter Kapitel 1, Unterpunkt F. „Eine zukunftsfeste Landwirtschaft“, Unterunterpunkt „Für gute Ernährung“ (S. 60 f.):

(...)

S. 60: „Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot (...) sollen mehr Auswahl (...) liefern.

(...)

Und wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch gut sind, weggeworfen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird, dafür verpflichtende Maßnahmen im Lebensmittelhandel einführen und das Retten von Lebensmitteln entkriminalisieren.“

Unter Kapitel 2 „Einfach dabei sein – fair und bezahlbar“, Unterpunkt A. „Starke Teilhabe: Gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, faire Löhne“, Unterunterpunkt „Für schnelles, günstiges und klimaverträgliches Bauen und Sanieren“ (S. 71 f.):

S. 71: „Wir wollen gute Rahmenbedingungen für klimaverträgliches, schnelles und möglichst preiswertes Bauen und Umbauen schaffen.

Dafür braucht es eine realistische Strategie für mehr Wohnraum. Der beste Weg liegt darin, vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen, zweckentfremdete und leerstehende Gebäude wieder aktivieren. Mehrere Millionen Wohnungen könnten auf diesem Weg bereitgestellt werden. Hier muss nicht aufwendig neue Infrastruktur gelegt werden, was das Bauen einfacher und günstiger macht. (...) Der Umbau bestehender Gebäude muss attraktiver werden als Bestehendes abzureißen und neu zu bauen. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene Anforderungen an bauliche

Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen. Wo möglich, wollen wir es erleichtern, dass die energetische Sanierung von Wohngebäuden mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird. Auch seriell errichtete Wohngebäude leisten bei nachhaltigen Bauweisen einen wirkungsvollen Beitrag, um Wohnraum schnell und preiswert zu schaffen. Diese Ansätze wollen wir stärken.“

(...)

S. 72: (...) „Kleine Sanierungsmaßnahmen wie die isolierte Kellerdecke, die gedämmte oberste Geschossdecke und die Optimierung der bestehenden Heizung erzeugen eine große Wirkung bei geringem Mitteleinsatz.“

Klimaverträgliches Sanieren nützt nicht nur dem Klima, es reduziert auch zukünftige Wohnkosten. Damit diese positiven Effekte auch bei Mieter*innen ankommen, wollen wir klare Anreize dafür setzen, dass Vermieter*innen verfügbare öffentliche Fördermittel zur Sanierung auch tatsächlich nutzen. Auch ist es dringend notwendig, die jährliche Sanierungsrate deutlich zu erhöhen. Da die Investitionen der Vermieter*innen nur zeitlich befristet umgelegt werden dürfen, entlasten wir die Mieter*innen. Für klimaverträgliches Bauen und Sanieren gibt es viele Wege: Manchmal sind es neue Technologien, manchmal der Rückgriff auf bewährte Bautraditionen, die den Schlüssel dazu liefern. Über CO₂-Bilanzierungen ermitteln wir die beste Umsetzung. Die Kreislaufwirtschaft beim Bau ist ebenfalls entscheidend, damit Bauschutt vermieden, Rohstoffe geschont und Material wiederverwendet werden kann. Wir führen einen digitalen Gebäudepass für öffentliche Gebäude ein, um die Wiederverwendung von Baustoffen zu fördern. Wir reduzieren Vorschriften, die der Kreislaufwirtschaft im Gebäudesektor im Weg stehen. Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen. Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf technischer und rechtlicher Innovationen. Wir stehen für eine moderne, nachhaltige Baukultur, in der alle Formen des Zusammenlebens berücksichtigt werden. Dieses neue Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe des

Instrumentes des Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen.

S. 73: Wir wollen lebendige und zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren mit attraktiven und Nutzungsdurchmischten Quartieren schaffen. Wir bauen dabei auf eine ganzheitliche, quartiersbezogene Stadt- und Dorfentwicklung, die klimaneutrale Mobilität, mehr Grün und mehr Wasserflächen sowie Beteiligung ermöglicht. Hierfür wollen wir die Mittel für die Städtebauförderung aufstocken und die Anwendung der Innenentwicklungsmaßnahmen vereinfachen.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wächst immer mehr auf Kosten von landwirtschaftlichen Flächen und Wald. Mit Raumordnung, Stadt- und Regionalplanung allein ließ sich der Flächenverbrauch nicht wirksam reduzieren. Deshalb setzen wir auf neue Instrumente wie den Flächenzertifikatehandel oder ein Baulandabgabemodell. So setzen wir Anreize, den Flächenverbrauch bis 2030 auf 30 Hektar pro Tag und langfristig auf Nettonull zu senken.“

Unter Kapitel 3 „Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“, Unterpunkt D. „Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung“, Unterunterpunkt „Für globalen Klimaschutz“ (S. 155 f.):

S. 155: „Die Klimakrise ist eine der größten Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts: Sie zerstört Lebensgrundlagen, verstärkt Konflikte und zwingt Menschen zur Flucht. Sie birgt enorme menschliche und wirtschaftliche Kosten. Es ist in unserem unmittelbaren Interesse, die Klimakrise und ihre Folgen abzumildern.

Viele Staaten haben die Chancen ambitionierter Klimapolitik erkannt: Die Energiewende und nachhaltige Technologien stabilisieren nicht nur das Klima, sie schaffen auch massive und nachhaltige wirtschaftliche Wachstumsmöglichkeiten. Mit konsequenter Klimapolitik hierzulande und effektiver

Klimaaußenpolitik machen wir Deutschland zum Vorreiter und unterstützen gleichzeitig andere Staaten auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand.

Im Rahmen der Klimakonferenzen haben wir trotz widrigster Umstände erfolgreich für eine Abkehr von den fossilen Energien gestritten, die Energiewende beschleunigt und Klimagerechtigkeit entschieden vorangetrieben. Wir haben gezeigt: Es macht einen Unterschied, wenn Grüne am Verhandlungstisch sitzen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland und Europa ihren fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leisten, entsprechend den Beschlüssen der internationalen Klimakonferenz COP.

Dafür wollen wir innovative Finanzierungsinstrumente nutzen und gemeinsam mit unseren Partnern darauf hinwirken, dass Investitionen und Handelsbeziehungen mit den Zielen der Klimaneutralität und der Agenda 2030 in Einklang gebracht werden. Wir tragen dazu bei, dass sich multilaterale Banken aus der Finanzierung fossiler Energieträger zurückziehen. Im Sinne der Klimagerechtigkeit gilt besondere Unterstützung den vom Klimawandel besonders betroffenen Staaten und Gemeinschaften, gerade in Afrika und den kleinen Inselentwicklungsstaaten. Dabei setzen wir uns dafür ein, die Rechte und Beteiligung indigener Völker ressortübergreifend zu stärken.

S. 156: Entsprechend den Beschlüssen der Weltnaturkonferenzen und Weltklimakonferenzen wollen wir globalen Klima- und Biodiversitätsschutz enger miteinander verzahnen. Wir unterstützen unsere Partner beim Schutz bedeutsamer Ökosysteme, die große Mengen CO₂ einspeichern, und schützen so Biodiversität, Klima und unsere Lebensgrundlagen gleichermaßen. Wir nutzen die Chancen einer ambitionierten Klimapolitik auch für unsere Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik. Dabei setzen wir auf Instrumente wie die Außenwirtschaftsförderung oder das dichte Netz an Klima-, Energie- und Entwicklungspartnerschaften mit mittlerweile über 30 Ländern im Globalen Norden und Süden. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Rahmen auch Technologiepartnerschaften mit unseren Unternehmen geschlossen werden. Dazu gehört, dass Know-how transferiert wird und lokale Produktionskapazitäten aufgebaut werden, auch um zu verhindern, dass durch andere Kräfte neue, fatale Abhängigkeiten entstehen. Zugleich wollen wir von Ländern lernen, die uns bei der dezentralen Energiewende voraus sind. Klimaaußenpolitik kann auch Brücken zu Partnern bauen, die nicht alle unsere Werte teilen.“

Unter Kapitel 3, Unterpunkt D., Unterunterpunkt „Für robuste Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit“ (S. 156 f.):

S. 156: „Die große Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und Biodiversität (...).“

(...)

„S. 157: „Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer*innen und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln.

(...)

Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang

zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren. Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten internationalen Handelns.“

FDP

Unter Kapitel III. „Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft schaffen“, Unterpunkt c. „Bezahlbare Energie für Bürger und Betriebe“ (S. 16 f.):

„Deutschland benötigt dringend eine realistische und vernünftige Energiepolitik, die Menschen und Unternehmen nicht länger überfordert. Die Energiepreise müssen sinken, sonst wird das Leben unbezahlbar und wir verlieren weiter an wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit.

Wir Freie Demokraten wollen die Stromsteuer in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß absenken und werden uns auf europäischer Ebene für ihre Abschaffung einsetzen. Die EU-Mindestsätze für die Energiesteuer auf Heiz- und Kraftstoffe wollen wir angesichts des tendenziell steigenden CO₂-Preises sukzessive bis auf null abschmelzen. Damit soll der CO₂-Preis die Strom- und Energiesteuer perspektivisch vollständig ersetzen. Ebenso soll die Kfz-Steuer in diesem Zusammenhang mittelfristig abgeschafft werden. Auf diese Weise stärken wir die Rolle des CO₂-Preises und schaffen mehr Anreize für den Umstieg auf erneuerbare Energien oder klimafreundliche Kraft- und Heizstoffe.

Außerdem wollen wir die Netzentgelte umfassend reformieren. Die Netzentgelte sind einer der großen Treiber der Stromkosten. Um die Netzkosten zu senken, wollen wir die Netze durch Digitalisierung und die Nachfrage durch dynamische Netzentgelte flexibilisieren. Dadurch werden Netzengpässe im Preis abgebildet, sodass sich die Nachfrage dorthin verlagert, wo Kapazitäten vorhanden sind, und damit der Bedarf beim Netzausbau geringer wird. Wir wollen die Kosten für den Netzausbau erheblich reduzieren, in dem die neuen Leitungen in der Regel überirdisch gebaut werden. Regulatorische Hürden für einen schnellen Netzausbau wollen wir abbauen und dafür sorgen, dass nur die Netze gebaut werden, die tatsächlich gebraucht werden. Auch das spart Kosten und senkt insgesamt Preise. Gleichzeitig fordern wir eine bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien, Kraftwerke, Speichern und der Wasserstoffwirtschaft, um die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern. Wir wollen den Netzanschlusszwang abschaffen, sodass neue Anlagen nur ans Netz angeschlossen werden, wenn dies systemdienlich und rentabel ist.

S. 17: Regulierungen und Vorgaben, die Effizienz und Modernisierung hemmen, müssen vollständig abgebaut werden. Die notwendigen Anreize für den Bau neuer Gaskraftwerke wollen wir durch einen Kapazitätsmarkt schaffen, den wir möglichst einfach, schlank und unbürokratisch gestalten. Außerdem bedarf es insbesondere einer Diversifizierung der Gasversorgung, damit keine einseitige Abhängigkeit von Gasimporten entsteht. Dafür sollte die heimische Erdgasförderung ausgebaut werden, wozu sich aktuell das Gasfeld in Borkum und Fracking-Verfahren anbieten. Statt Gas teuer zu importieren, sorgt das für heimische Wertschöpfung. Wir Freie Demokraten wollen die erneuerbaren Energien vollständig in den Markt überführen. Da auf diese bereits heute mehr als 60 Prozent der Stromproduktion entfallen, sind die EEG-Subventionen für neue Anlagen nicht mehr zu rechtfertigen. Eine Vergütung am Markt würde auch gewährleisten, dass Photovoltaik- und Windkraftanlagen nur gebaut werden, wenn ausreichend Netze und Speicher vorhanden sind, um die Nutzung des produzierten Stroms sicherzustellen. Wir lehnen gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien genauso ab, wie staatlich garantierter Abnahmepreise.

Wir Freie Demokraten wollen die Nutzung klimafreundlicher Zukunftstechnologien wie Kernfusion und sicherer Kernkraftwerke ohne Subventionen ermöglichen. Das deutsche Atomrecht wollen wir von ideologischem Ballast befreien. Unser Ziel ist, dass Kernkraftwerke der neuen Generation, etwa Dual-Fluid-Reaktoren, Thorium-Flüssigsalzreaktoren oder Small Modular Reactors in Deutschland rechtssicher gebaut werden können. Für die Kernfusion wollen wir einen innovationsfreundlichen

Rechtsrahmen außerhalb des Atomrechts schaffen. Wir wollen die Wiederinbetriebnahme der vorhandenen Kernkraftwerke rechtlich ermöglichen und die Entscheidung darüber den Betreibern überlassen.“

Unter Kapitel VI. „Nachhaltigkeit, Innovation und Verkehr“ (S. 38):

„Nachhaltigkeit braucht Innovationen. Das gilt für erfolgreichen Klimaschutz ebenso wie für die Art, wie wir in Deutschland zukünftig wohnen, uns fortbewegen und Lebensmittel produzieren wollen. Der Staat ist auf die Einhaltung bestehender Regeln fixiert. Daher ist er kein guter Innovator. Weil er sich in so viele Lebensbereiche ausgebreitet hat, hat unser Land Innovationskraft verloren. Aber das lässt sich ändern. Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Klimaziele sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dabei setzen wir auf einen einheitlichen europäischen Emissionshandel. Technologieverbote braucht es dafür nicht. Im Gegenteil: Wir werden Innovation über Bedenkträgerei stellen und dafür sorgen, dass neue Technologien und Geschäftsmodelle nicht in übermäßiger Regulierung ersticken. Die Zeit der Ausreden ist vorbei: Jetzt geht es ums Möglichmachen.

(...)

Durch den Fokus auf Produktivitätssteigerung und Innovationen statt ineffektiver Subventionen machen wir Landwirte unabhängig von staatlichen Zuwendungen.“

Unter Kapitel VI. „Nachhaltigkeit, Innovation und Verkehr“, Unterpunkt a. „Umwelt- und Klimaschutz durch Innovation und Marktwirtschaft“, Unterunterpunkt „Leitinstrument EU-Emissionshandel: Effizienz statt Überregulierung“ (S. 39):

„Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Klimaziele sicher und so kostengünstig wie möglich erreichen. Dafür wollen wir einen einheitlichen europäischen Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik etablieren. Mit seiner jährlich sinkenden Obergrenze für Treibhausgasemissionen stellt der Emissionshandel sicher, dass die europäischen Klimaziele eingehalten werden. Der durch den Handel mit Emissionsrechten gebildete CO₂-Preis sorgt dafür, dass Treibhausgase immer dort eingespart werden, wo dies am günstigsten ist. Weitere Regulierungen, die aufgrund der gedeckelten Treibhausgasmenge im Emissionshandel keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben, müssen abgeschafft werden. Um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen und faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie sicherzustellen, setzen wir uns für einen internationalen Emissionshandel mit einem globalen CO₂-Preis ein.

Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien. Anlagen, die zu Wertschöpfung beitragen, können so fünf Jahre länger genutzt werden. Auch der Hochlauf und die Marktreifung neuer Technologien gewinnen mehr Zeit. Das stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen, sichert Jobs und vermeidet milliardenschwere Subventionsprogramme. Wir Freie Demokraten wollen eine Klimadividende einführen, um Einnahmen aus dem Emissionshandel direkt und pauschal pro Kopf an die Bürgerinnen und Bürger zurückzuzahlen.

Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit beim Klimaschutz. Denn wenn Politiker und Beamte vorschreiben, welche Technologien eingesetzt und welche verboten werden, wird die Innovationskraft der Unternehmen gebremst und Klimaschutz nur unnötig teuer. Deshalb setzen wir uns für eine umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots ab dem Jahr 2035 und eine innovationsfreundliche Regulierung der Entnahme, Nutzung und Speicherung von Treibhausgasen ein, denn die Nutzung dieser Technologien ist für das Erreichen der Klimaziele unabdingbar. Die

Abscheidung und Speicherung von Treibhausgasemissionen durch Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) wollen wir diskriminierungsfrei als Klimaschutz-Option ermöglichen: Wer der Atmosphäre durch Aufforstung oder technische Methoden Treibhausgase entnimmt, soll ein kostenfreies Zertifikat erhalten. Zudem wollen wir das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativemissionsziel erweitern.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt a., Unterunterpunkt „Umweltpolitik als Innovationsmotor – Erfolgreich im weltweiten Markt“ (S. 39):

„Wir wollen Umwelttechnik „Made in Germany“. Dazu müssen wir Rahmenbedingungen setzen, die Innovationen hervorbringen, welche in anderen Ländern Europas und weltweit nachgefragt werden. Dazu wollen wir die Innovationskraft unserer Unternehmen stärken, indem wir nationale Sonderwege vermeiden.

Mit der Chemieindustrie, der Automobilindustrie und dem Maschinenbau verfügen wir in Deutschland über weltweit erfolgreiche Branchen. Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit hat sich Deutschland durch restriktive Regulierungen beispielsweise bei Grenzwerten, Technikvorgaben und Quotenanforderungen deutlich über den europäischen Rahmen hinausbewegt und sich weit von weltweiter Regulierung entfernt. Die im und für den deutschen Markt entwickelten Produkte verfehlen somit die Anforderungen anderer Märkte. Wir werden die Umweltstandards in Deutschland und Europa zusammenführen und es unserer Industrie so ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt a., Unterunterpunkt „Natur- und Artenschutz effektiver und zielgenauer gestalten (S. 40):

„Wir setzen mit dem Ansatz „Populationsschutz statt Individuenschutz“ auf effektive, ganzheitliche Naturschutzmaßnahmen. Wir stellen den Erhalt ganzer Populationen und Lebensräume in den Vordergrund und vermeiden somit, dass einzelne Sichtungen von einzelnen Individuen Bauvorhaben über lange Zeit blockieren, ohne dass ihre Art überhaupt gefährdet ist. Bisher müssen Bauvorhaben, die neue Flächen nutzen, individuell genehmigte Ausgleichsflächen finden und diese ausschließlich für den Naturschutz einsetzen. Das führt oftmals dazu, dass Projekte lange Zeit nicht realisiert werden können. Hinzu kommt, dass dadurch viele kleinteilig angelegte Naturschutzmaßnahmen entstehen, die oft nicht miteinander abgestimmt sind. Ihr Nutzen für den Naturschutz ist daher begrenzt. Wir wollen Ersatzgeldzahlungen anstatt die reale Kompensation durch Ausgleichsflächen zum Standard machen. Das entlastet sowohl Behörden als auch Unternehmen. Die gezahlten Gelder können über einen Fonds von Experten koordiniert für wirklich wirksame Naturschutzprojekte eingesetzt werden. So entstehen großflächige, miteinander verbundene Schutzmaßnahmen, die Lebensräume sichern, Artenvielfalt fördern und die Natur langfristig schützen. Gleichzeitig profitieren Unternehmen von einem einfacheren Verfahren und bekommen Planungssicherheit.

Ein zentrales Instrument für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz ist die Kreislaufwirtschaft. Mit neuen, innovativen Verfahren können Abfälle der Vergangenheit zu Rohstoffen der Zukunft werden. Wir wollen moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote. Dazu werden wir den bisherigen gesetzlichen Rahmen marktwirtschaftlicher und technologieoffener ausgestalten. Damit machen wir unser Land gleichzeitig unabhängiger von Rohstoffimporten.“

Kapitel VI, Unterpunkt b. „Bessere Infrastruktur und technologieneutrale Mobilität“ (S. 40):

„Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land individuell und bezahlbar mobil bleiben. Wir Freie Demokraten lehnen ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ab. Ein faires Miteinander aller Verkehrsteilnehmer - ob Auto, Motorrad, Fahrrad, E-Scooter oder Fußgänger - erreichen wir nicht durch Verbote, sondern durch ausgewogene Regeln und gegenseitigen Respekt.“

Kapitel VI, Unterpunkt b., Unterunterpunkt „Moderne Infrastruktur – Planungsverfahren beschleunigen“ (S. 40):

(...)

„Eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur ist der Schlüssel für Wachstum und Wohlstand. Brücken, Straßen, Wasserstraßen, Schienen und Flughäfen schaffen echte Mehrwerte im Alltag der Menschen. Wir haben das Straßenverkehrsrecht vereinfacht und Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter. Ziel ist es die Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte mindestens zu halbieren, um Straßen, Schienen, Wasserstraßen und digitale Netze schneller auszubauen. (...) In einem nächsten Schritt wollen wir Ersatzneubauten von Infrastruktur generell genehmigungsfrei stellen, auch wenn diese erweitert und an den wachsenden Bedarf angepasst werden müssen. Wir Freie Demokraten wollen weniger Staus durch den Baustellen-Turbo. Dazu müssen die Ausschreibungsmodalitäten so angepasst werden, dass über Anreize schnelles und fristgerechtes Bauen belohnt wird.“

S. 41: Angesichts eines steigenden Investitionsbedarfs brauchen wir eine nachhaltige Lösung im Rahmen der Schuldenbremse für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur in Deutschland. Wir wollen den Finanzierungskreislauf Straße stärken, eigene Einnahmen für die Autobahn GmbH durch die LKW-Maut und eine Öffnung für privates Kapital, um eine auskömmliche und überjährige Planung und Finanzierung zu ermöglichen.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt b, Unterunterpunkt „Technologiefreiheit statt ideologischer Verkehrspolitik“ (S. 41):

„Alle Generationen in unserem Land vereint das Bedürfnis nach individueller Mobilität. Statt eines Verbotes des Verbrennungsmotors ermöglichen wir alternative Kraftstoffe wie etwa E-Fuels. Denn nicht die Antriebstechnik, sondern die fossilen Kraftstoffe sind das Problem. So können wir auch in Zukunft die Bestandsflotte klimaneutral betreiben. Damit sichern wir bezahlbare und nachhaltige Mobilität unabhängig von der Antriebsart. Auch der Flug- und Schiffsverkehr lässt sich mit alternativen Kraftstoffen umweltfreundlicher gestalten. Wir möchten die Emissionsvorgaben für Autos grundlegend überarbeiten. Der Fokus soll nicht nur auf den Abgasen während der Fahrt liegen. Stattdessen wollen wir den gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs betrachten. Zudem möchten wir die EU-Flottengrenzwerte abschaffen. Das schafft mehr Flexibilität für die Industrie. So kann sie auf neue Technologien setzen, die sowohl das Klima schützt als auch Arbeitsplätze sichert. Für eine technologie-neutrale, nachhaltige Mobilitätspolitik wollen wir eine Gleichstellung von Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe (z. B. aus Strom oder Biomasse) und Wasserstoff bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung. Nur durch echte Offenheit für verschiedene Technologien können wir die Mobilität der Zukunft gestalten. Diese muss den Klimaschutz voranbringen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität stärken.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt b., Unterunterpunkt „ÖPNV durch Markt und Innovation stärken“ (S. 41):

„Ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr ist eine notwendige Ergänzung zum Individualverkehr. Das Zusammenspiel von Bus, Bahn und anderen Verkehrsmitteln ist der Schlüssel zu einer modernen und flexiblen Mobilität. Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschungel gelichtet und den Zugang radikal vereinfacht. Jetzt müssen die Verkehrsverbünde und Länder ihre verkrusteten Strukturen aufbrechen und notwendige Reformen umsetzen. Starre Linienverkehre werden wir durch flexible, bedarfsgerechte Angebote ergänzen. Die Grundlage dafür sind verfügbare Daten und digitale Plattformen. Durch die digitale Vernetzung verschiedener Verkehrsträger schaffen wir nahtlose Mobilitätsketten vom ersten bis zum letzten Kilometer, „Mobility Hubs“ bilden effiziente Umstiegsmöglichkeiten.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt b., Unterunterpunkt „Für mehr Wettbewerb auf der Schiene“ (S. 42):

„Die Bahn muss ein zuverlässiges Verkehrsmittel sein. Voraussetzung dafür ist mehr Wettbewerb auf der Schiene. Wir trennen Netz- und Betrieb bei der Deutschen Bahn, um die betriebliche Effizienz zu steigern, klare Verantwortlichkeiten zu schaffen und die Instandhaltung sowie den Ausbau der Infrastruktur zu optimieren. Mit einem Mix aus verstetigter Finanzierung, reformierten Strukturen und Anreizen durch Wettbewerb auf der Schiene werden wir diese Ziele erreichen. Die Finanzmittel des Bundes werden auf den Infrastrukturbereich konzentriert mit Schwerpunkt auf eine auskömmliche und verstetigte Investitions- sowie Aufwandsfinanzierung. Im Fernverkehr wollen wir eine Öffnung hin zu mehr Wettbewerb, um den Kunden ein breiteres und besseres Angebot zu ermöglichen. Die ambitionierte Sanierung der Hauptverkehrsadern im Schienennetz werden wir überprüfen und bei nachgewiesenem Erfolg fortsetzen.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt b., Unterunterpunkt „Klimaschutz im Luftverkehr marktwirtschaftlich und wettbewerbsneutral gestalten“ (S. 42):

„Flugreisen sind für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens – sei es beruflich oder privat. Durch gute Rahmenbedingungen, Wettbewerb und Innovation wurden Flugreisen erschwinglich und für alle zugänglich. Das wollen wir erhalten. Weltweiter Passagier- und Güterverkehr durch die Luft ist Ausdruck eines starken und wettbewerbsfähigen Deutschlands. Damit das so bleibt, streichen wir die Luftverkehrssteuer und senken Luftsicherheitsgebühren auf ein wettbewerbsfähiges Niveau. Airlines und Flughäfen brauchen unternehmerische Freiheit statt staatlicher Gängelung. Die Modernisierung der Flughafeninfrastruktur darf nicht an staatlicher Bürokratie scheitern. Die "EU-Quoten für nachhaltige Flugkraftstoffe" dürfen europäische Airlines nicht einseitig belasten.“

Kapitel VI, Unterpunkt c. „Mehr Bauen und besseres Wohnen“, Unterunterpunkt „Wohnungen für alle“ (S. 42 f.)

(...)

S. 43: „Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang. Mit einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Genehmigungsstandards bringen wir das serielle Bauen voran. Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren. (...)

Neben der Nachverdichtung und Aufstockung vereinfachen wir auch die Ausweisung neuer Bauflächen. Reagiert die Behörde nicht fristgerecht, gilt der Bauantrag als genehmigt (Genehmigungsfiktion). (...) Bei der Stadtplanung wollen wir digitalen Technologien und Daten nutzen, um das Leben der Bürger zu verbessern und Städte zu Smart Cities weiterentwickeln. Ein KI-gestütztes Verkehrsmanagement soll Verkehrsströme intelligent steuern und die Infrastrukturnutzung optimieren. Die flexible Nutzung von Seitenstreifen und digitale Echtzeiterfassung von Parkplätzen sind dabei wichtige Bausteine.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt c., Unterunterpunkt „Faire Regeln für Mieter und Vermieter“ a.E. (S. 43):

„(...) Zudem werden wir die starren Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen lockern, damit die Modernisierung des Gebäudebestands vorankommt. Davon profitieren auch die Mieter. Denn solche Sanierungen senken die Nebenkosten.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt c., Unterunterpunkt „Freiheit im Heizungskeller - CO2-frei, aber bezahlbar“ (S. 44):

„Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Eine warme Wohnung mit moderner, klimafreundlicher Heizung ist möglich – wirtschaftlich und technologieoffen. Wir setzen auf innovative Lösungen, die den Klimaschutz fördern und gleichzeitig bezahlbar bleiben. Statt unzähliger Einzelvorschriften setzen wir auf eine marktwirtschaftliche Lösung – den CO₂-Zertifikatehandel. Das Heizungsgesetz mit seinen überzogenen Vorgaben muss vollständig auslaufen. Um die sozialen Kosten des Klimaschutzes abzufedern, wollen wir Freie Demokraten eine Klimadividende einführen und die Energiebesteuerung drastisch absenken. Einen Zwang zum Anschluss an Fernwärmenetze lehnen wir ab. Heizen mit Holz bleibt mit uns weiter möglich, Auflagen für Kamine und Öfen wollen wir reduzieren.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt d. Unterunterpunkt „Unternehmerische Landwirtschaft stärken, innovative Technik fördern“ (S. 44 f.):

„Landwirte und Winzer sind Unternehmer. Wir werden die Agrarpolitik stärker am unternehmerischen Handeln der Landwirte ausrichten. Durch den Fokus auf Produktivitätssteigerung und Innovationen statt ineffektiver Subventionen machen wir Landwirte unabhängig von staatlichen Zuwendungen. Zwecklose und unverhältnismäßige Dokumentationspflichten und Auflagen schaffen wir ab. Auf EU-Ebene drängen wir weiter auf die Rücknahme bremsender Regulierung. In der neuen Förderperiode der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab 2027 sollen Produktivität und Technologien stärker gefördert werden. Knappe Haushaltsmittel müssen prioritär zur nachhaltigen Intensivierung eingesetzt werden. Technologieeinsatz ermöglicht Umwelt- und Naturschutz im Einklang mit Ertragssicherung. Wer digitale Technologien nutzt, wird von Dokumentationspflichten und Auflagen befreit. Wir werden Innovationsgeist und Fortschritt belohnen, statt durch kleinteilige Vorschriften in die betrieblichen Abläufe hineinzuregieren. Die Möglichkeiten von neuen Züchtungsmethoden wie der Genschere CRISPR/Cas9 wollen wir nutzen. Solche biotechnologischen Verfahren erweitern den landwirtschaftlichen Werkzeugkasten. Mit ihnen können wir landwirtschaftliche Produktivität und Umweltschutz vereinen. Zulassungsprozesse von Pflanzenschutzmitteln werden wir vereinfachen und beschleunigen. Damit erleichtern wir die Ertrags- und Qualitätssicherung im Weinbau, Sonderkulturenanbau und im Garten- und Landschaftsbau.

(...)

S. 45: Biogasanlagen tragen zur sicheren Versorgung mit Strom und Wärme bei. Die Finanzierung von Biogasanlagen passen wir zukünftig so an, dass ihre Flexibilität zur Senkung von Stromkosten und zur weiteren Nutzung der bestehenden Biogasanlagen beiträgt.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt d., Unterunterpunkt „Ernährungsinnovationen ermöglichen und Wahlfreiheit der Verbraucher erhalten“ (S. 45):

„Für uns Freie Demokraten basiert eine verantwortungsvolle Ernährungspolitik auf Verbraucherkompetenz, Bildung und Wahlfreiheit. Wir wollen das Zulassungssystem für innovative Lebensmittelprodukte verbessern. Biotechnologische Entwicklungen, die in der Medizin bereits vielen Menschen geholfen haben, können auch in der Ernährung dazu beitragen, gesündere Produkte auf den Markt zu bringen. Innovationen verbessern die Qualität, Sicherheit und Nachverfolgbarkeit unserer Lebensmittel. Sie sorgen dafür, dass Verbraucher gesunde und vertrauenswürdige Produkte erhalten können. Eine gesunde Ernährung gelingt aber nur, wenn auch die Verbraucher selbst bereit sind, ihre Essgewohnheiten zu hinterfragen und aktiv zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen die nötigen Informationen erhalten, um selbstbewusste Entscheidungen zu treffen (...).“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt d., Unterunterpunkt „Multifunktionale Waldwirtschaft“ (S. 45):

„Wir schaffen Freiräume und Handlungsspielräume für eine nachhaltige Waldwirtschaft. Das bestehende Bundeswaldgesetz hat sich bewährt. Eigentumseingriffe und unnötige Bewirtschaftungsvorschriften wird es mit uns nicht geben. Die geplante europarechtliche Regelung zu entwaldungsfreien

Lieferketten sind praxisuntauglich. Den klimaresilienten Waldumbau mit standortgerechten, auch nicht-heimischen Baumarten unterstützen wir, denn bewirtschaftete Wälder schützen unser Klima, schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum und reduzieren Rohstoffabhängigkeiten. Sämtliche Nutzung von Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung ist klimaneutral und muss auch rechtlich so behandelt werden.“

Unter Kapitel VI, Unterpunkt d., Unterunterpunkt „Sicherung der Artenvielfalt durch den gelebten Naturschutz“ (S. 45):

„Für uns Freien Demokraten ist die Jagd ein unverzichtbarer Teil nachhaltiger Landnutzung und Schutz der Biodiversität. Durch verantwortungsbewusstes Wildtiermanagement und die Möglichkeit, neue und invasive Arten zu regulieren, schützen wir das ökologische Gleichgewicht und unsere Landschaften. Wir Freie Demokraten werden ein aktives Bestandsmanagement von unter anderem Wolf und Kormoran durch Bejagung einführen. Wir setzen uns für eine europäische Fischereipolitik ein, die Nachhaltigkeit, soziale Aspekte und wirtschaftliche Stabilität gleichermaßen berücksichtigt. Wir Freie Demokraten erkennen den gelebten Natur- und Artenschutz von Landwirten, Jägern und Anglern an.“

Unter Kapitel VII „Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit“, Unterpunkt e. „Mehr Freihandel wagen“ (S. 51):

(...)

„Das Mercosur-Abkommen öffnet unseren Unternehmen neue Märkte, stärkt Klimaschutzambitionen und (...).

Wir setzen uns für mehr wirtschaftliche Abkommen und Investitionspartnerschaften sowie Partnerschaften im Bereich Rohstoffe oder grüne Technologien insbesondere mit mittleren Mächten ein.

(...)

Den europäischen Binnenmarkt wollen wir vertiefen – vor allem für (...) Energie (...).“

Die Linke

„Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander, Präambel (S. 4 f.):

S. 4: „Wir als Linke kämpfen dafür, und wir sind überzeugt (...): Ein Leben, in dem (...) Klimapolitik nicht auf Kosten der Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen geht, ist möglich. (...)

(...)

„Heiz- und Strompreise müssen wieder bezahlbar werden.“ (...)

„Die Schuldenbremse muss weg und der Militärhaushalt muss sinken, damit wir heute und morgen in (...) Brücken, Bus und Bahn (...) investieren können. (...) Es kann nicht sein, dass wir die Heizung zu Hause runterdrehen müssen, während andere munter mit ihren Privatjets nach Sylt fliegen. Die Klimakrise bedroht unsere Zukunft und unser Leben. Die vergangenen Regierungen haben sie weder wirksam noch sozial bearbeitet. Wir wollen eine ganz andere Klimapolitik, bei der die Konzerne und alle anderen, die mit der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Profite machen, besonders in die Pflicht genommen werden (...). Reichtum für uns alle heißt auch, dass wir unsere Liebsten sehen können so oft wir wollen. Darum möchten wir mehr Busse und Bahnen zu möglichst niedrigen Preisen. Darüber hinaus brauchen wir einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien für eine günstige Versorgung und einen Umbau der Wirtschaft, der Arbeitsplätze schützt und nicht Profite.“

Kapitel I. „Leben bezahlbar machen“ (S. 6 f.):

S. 6: „(...) Wir wollen Preise, da wo nötig, regulieren und begrenzen (...). Das gilt (...) auch für Energie und Lebensmittel. (...) Wir schlagen eine Preis-Behörde und soziale Tarife für den Grundverbrauch bei Strom und Gas vor, um uns künftig vor künstlicher Preistreiberei zu schützen.“

(...)

„Lebensmittel und Energie sind viel zu teuer geworden. (...) Bus und Bahn (Regional- und Fernverkehr) wollen wir von der Mehrwertsteuer befreien. (...)

- „Darüber hinaus senken wir den Preis für das Deutschlandticket wieder auf 9 Euro. Für Schüler*innen, Azubis, Senior*innen und Studierende soll das Deutschlandticket kostenlos sein.“

(...)

„Lebensmittelverschwendung soll verboten werden. Genießbare Lebensmittel sind an gemeinnützige Organisationen weiterzugeben oder direkt kostenfrei abzugeben. Der Umfang der Lebensmittelabfälle sollen bis 2030 halbiert werden. Dafür braucht es verbindliche Vorgabe für unterschiedliche Branchen.“

Kap. I. Unterpunkt: „Wir senken die Energiepreise – gerecht und klimafreundlich“ (S. 6 f.)

S. 6: „Alle brauchen bezahlbare und stabile Energiepreise. Langfristig wird der Ausbau der erneuerbaren Energien die Preise für Strom und Wärme senken. Aber so lange können Menschen mit kleinem Einkommen, Familien und auch Kleingewerbetreibende nicht warten. Wir fordern deshalb, kleine Energieverbraucher*innen kurzfristig zu entlasten:

- Sozial gestaffelte Energiepreise: Wir wollen für den durchschnittlichen Verbrauch von Strom und Heizenergie preisgünstige Sockeltarife schaffen. Wer mehr verbraucht, zahlt mehr. Das ist sozial gerecht und regt trotzdem zum Energiesparen an.
- Zur Finanzierung fordern wir vorübergehend einen Energie-Soli für Reiche! Menschen mit sehr hohem Einkommen profitieren von preisgünstigen Sockeltarifen – brauchen aber die Entlastung nicht. Für eine sozial gerechte Finanzierung fordert Die Linke deshalb einen Energie-Soli als Zuschlag auf die Einkommen-, Lohn- und Kapitalertragssteuer, bis die Energiekrise vorbei ist und der Marktpreis stabil unter dem Preisdeckel liegt.

Die neoliberale Klimapolitik der Ampel ist zutiefst ungerecht und hat die Probleme für die Menschen noch verschärft. Der versprochene soziale Ausgleich über ein Klimageld wurde nicht umgesetzt, obwohl die CO₂-Preise weiter steigen. Das ist Betrug an den Wähler*innen.

- Die Linke will deshalb rückwirkend zum 01. Januar 2025 ein soziales Klimageld von aktuell 320 Euro jährlich pro Person als Direktzahlung einführen. Greenpeace hat berechnet, dass das aus den aktuellen CO₂-Einnahmen finanzierbar ist. Durch die Besteuerung des Klimageldes werden Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen stärker entlastet. Das Klimageld wird zukünftig an die reale Entwicklung der CO₂-Preise angepasst.“

(...)

Kap. I. Unterpunkt: „Wir sorgen für stabile Preise und verhindern zukünftige Krisen“ (S. 7):

(...)

S. 7: „Wenn Konzerne in systemrelevanten Branchen (Energie, Gebäude/Wohnen, Lebensmittelversorgung, Mobilität (...)) Preise deutlich stärker anheben, als die Kosten gestiegen sind, muss es möglich sein, kurzfristig in den Markt einzugreifen (...).

- (...) Im Energiesektor sollen ohne Genehmigung keine Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Energieversorger müssen selbst nachweisen, dass eine Preiserhöhung aufgrund gestiegener Beschaffungskosten gerechtfertigt ist.

Mit einer Übergewinnsteuer beseitigen wir Anreize für Preiserhöhungen: Beispielsweise haben Energie- und Lebensmittelkonzerne in Zeiten von Krieg und Krise durch enorme Preissteigerungen Rekordgewinne eingefahren. (...)

- Wir fordern eine Übergewinnsteuer, die die Extragewinne der Konzerne mit 90 Prozent besteuert.“

(...)

Kapitel II. „Wohnen darf kein Luxus sein“ (S. 8 f.):

S. 8: „Wir wollen die Modernisierungsumlage abschaffen! Sanierungen und Heizungstausch müssen wärmietenneutral sein. Wir wollen sozial gerechten Klimaschutz (s. Kapitel 8)“.

Kapitel III. „Umsteuern“, Unterpunkt „Die Macht der Banken und Finanzmärkte brechen (S. 14):

- „Die Linke setzt sich für strengere soziale und ökologische Kriterien bei der EU-Taxonomie ein. Investitionen in Atom- oder Gasenergie sind nicht nachhaltig, Greenwashing etwa durch das Einbeziehen von konventionellen Schiffen und Flugzeugen oder Ausgleichsmaßnahmen von Biodiversitätsverlusten lehnen wir ab.“

(...)

- „Das globale Finanz- und Währungssystem verschärft soziale Ungleichheit, die Klimakrise und Fluchtbewegungen.“ (...)

Kapitel IV. „Soziale Sicherheit für alle“, Unterpunkt „Selbstbestimmtes Altern ermöglichen“ (S. 17):

- „Um die Mobilität und soziale Teilhabe von älteren Menschen zu stärken, wollen wir ein kostenloses bundesweites Senior*innen-Ticket einführen (siehe Kapitel 9).“

Kapitel VI. Entspannung statt Aufrüstung und Militarisierung: „Eine friedliche Welt ist möglich“ (S. 21 f.):

(...)

Kap. VI., Unterpunkt „Für eine EU, die Teil der Lösung ist“ (S. 23 f.):

- S. 24: „Wir wollen massive öffentliche Investitionen in (...) den klimagerechten Umbau. Doch der „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ beschneidet die Demokratie in den Mitgliedstaaten und legt sie auf eine neoliberale Finanzpolitik fest. Wir wollen das ändern: Die EU braucht eine Investitionsoffensive ohne Handbremse. Dafür müssen auch Defizit- und Schuldenregeln in Europa angepasst werden. (...“

(...)

- „Wir wollen eine solidarisch Erweiterung der Europäischen Union, dafür ist die Einhaltung (...) ökologischer (...) Standards notwendig.“ (...)

Kap. VI., Unterpunkt „Für globale Gerechtigkeit“ (S. 24 f.):

S. 25: „Die Linke ist solidarisch mit (...) allen, die sich (...) für Umweltschutz (...) einsetzen.

- „Die finanzielle Unterstützung von Ländern des Globalen Südens für Klimaschutz, Energie- wende, Anpassung an Klimawandelfolgen sowie Entschädigungen für Klimaschäden müssen an die tatsächlichen Bedarfe angepasst und massiv erhöht werden (...).“

Kapitel VIII. „Wirtschaft für alle - sozial und ökologisch“ (S.29 f.):

(...)

S. 29: „Gleichzeitig befinden wir uns in einem Prozess, der einen zügigen, grundlegenden Umbau der Wirtschaft erfordert: Weil die Produktions- und Lebensweise klimaneutral werden muss, weil es um Innovation geht, weil die Balance zwischen Öffnung und Sicherheit auch für Lieferketten, Handels- wege und Energieversorgung neu bestimmt werden muss. Das geht nur mit einer aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik. (...) Statt neuer Fabriken für Solaranlagen boomt die Rüstungsindustrie.

Es braucht klare und langfristige Zielvorgaben, mit welchen Technologien und mit welchen Förderun- gen der Umbau erreicht werden soll, denn ohne einen klaren Rahmen können auch Private nicht in- vestieren. Dazu gehört aber auch, dass niemand beim Umbau auf der Strecke bleibt, dass Beschäf- tigte mitentscheiden können, qualifiziert und abgesichert werden und dass die untere Einkommens- hälfte von den Kosten der Transformation freigestellt wird.

Die Grenzen des fossilen Kapitalismus sind erreicht: Trotzdem halten Konzerne an ihrer Wirtschafts- weise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu schützen. Einige wenige Großvermögende werden dadurch immer reicher, indem sie andere für sich arbeiten lassen und die Natur hemmungs- los ausbeuten und das Klima anheizen. Wir wollen diese Wirtschaftsweise überwinden. Eine ökologi- sche Energie- und Wärmewende, der sozialökologische Umbau der Industrie und Wirtschaft werden nur gelingen, wenn sie sozial gerecht, demokratisch und solidarisch erfolgen. Unser Ziel ist eine ge- rechte, nachhaltige Wirtschaft, die der großen Mehrheit der Menschen ein besseres Leben ermög- licht und dabei die natürlichen Grenzen unseres Planeten respektiert. Wir wollen den demokrati- schen Sozialismus.

Die vergangenen drei Jahre waren verheerend für den Klimaschutz. In keinem Bereich gab es grund- legende Fortschritte, stattdessen wurde das sowieso schon bescheidene Klimaschutzgesetz der Vor- gängerregierung noch aufgeweicht. Alle kosmetischen Maßnahmen haben die Bedürfnisse der Men- schen ignoriert. Damit hat die Ampel-Regierung die große Bereitschaft der Bevölkerung, auch weit- reichende Klimaschutzmaßnahmen mitzutragen, zerstört. Unsere Wirtschaftspolitik richtet sich ge- gen die soziale Spaltung und die ökologische Zerstörung, hierzulande und international. (...)

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen: Ohne soziale Gerech- tigkeit hat die Mehrheit gar keine Möglichkeit, Klimaschutz im Alltag umzusetzen. Auch global be- trachtet sitzen wir nicht alle im selben Boot. Der Ressourcenverbrauch ist extrem ungleich verteilt: zwischen reichen und armen Menschen innerhalb des Landes, innerhalb der Europäischen Union und zwischen reichen und armen Staaten. Gleichzeitig sind Arme überall von Umweltveränderung und Verschmutzung am stärksten betroffen. Wer Vermögen besitzt, kann sich besser vor Hitze, Trocken- heit und Überschwemmung schützen. Die Armen können das nicht. Die Naturzerstörung bedroht un- sere materiellen Lebensgrundlagen und wird in Deutschland und global zur Klassenfrage. Zusätzlich leiden insbesondere Frauen und Kinder überdurchschnittlich unter der Klimakatastrophe und den Umweltschäden. Ohne Klimaschutz wird es keine soziale Gerechtigkeit mehr geben, denn der Klima- wandel trifft die am stärksten, die finanziell schlechter gestellt sind.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Die Industrie sozial und ökologisch gerecht umbauen“ (S. 29 f.)

S. 29: „Die vergangenen Bundesregierungen haben zugeschaut, wie massenhaft Industriearbeitsplätze in Zukunftsbranchen vernichtet wurden. Seit ihrer Hochphase ist die Zahl der Beschäftigten in der Solarindustrie um knapp 120 000 gesunken, die Branche hat sich immer noch nicht erholt. In der Windkraftindustrie sind mehr als 40 000 Stellen verlorengegangen. Ohne Importe aus China kann in Deutschland keine Solaranlage und kein Windrad mehr errichtet werden. Der Umbau der Automobilindustrie wurde verschlafen – Hunderttausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Die Entscheidung der Regierung, industriepolitisch blind auf den Markt zu vertrauen, war fatal.

S. 30: Die deutsche Industrie ist stark abhängig vom Export, allen voran die wichtigen Branchen Automobilindustrie und der Werkzeug- und Maschinenbau. Wir wollen die Industrieproduktion umbauen. So schaffen wir gute Arbeitsplätze für die Zukunft. Darum wollen wir die Produktion für den Binnenmarkt und die Herstellung nachhaltige Güter stärken. Wir setzen uns für die zivile und ökologisch nachhaltige Konversion der Industrieproduktion ein. Zentral ist (...) die Weiterentwicklung der Automobilindustrie im Rahmen einer aufzubauenden Mobilitätsindustrie, für die der Staat durch Investitionen in die Verkehrswende die Nachfrage schaffen muss. Wir wollen gute Arbeit schaffen, das Klima schützen sowie nachhaltig öffentliche bzw. kollektive Eigentumsformen wie Genossenschaften oder Belegschaftseigentum sowie Mitbestimmung stärken.

Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe aufbauen und dadurch Transportemissionen reduzieren. Wir wollen, dass Produkte möglichst nah an dem Ort hergestellt werden, wo sie gebraucht werden. Lieferketten werden kürzer, zuverlässiger und belasten weniger die Umwelt.

Anstatt Industriekomponenten um die Welt oder quer durch Europa zu schicken, um das Lohngefälle zwischen armen und reichen Ländern auszunutzen, wollen wir integrierte Produktionsabläufe stärken. Das sichert lokale Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Unser sozial-ökologisches Investitionsprogramm für den Industrieumbau“ (S. 30 f.):

S. 30: „Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder durch langfristige Kredite oder im Austausch zu Gesellschaftsanteilen beim klimagerechten Umbau unterstützt werden.“

(...)

„Darüber hinaus wollen wir den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und jährlich mit 65 Milliarden Euro ausstatten: Das Geld wird unter anderem verwendet:

- für eine Anschubfinanzierung für neue Batterietechnologien und Energiespeicher;
- für die Herstellung und den Transport von Wasserstoff, da wo er erwiesenermaßen notwendig ist und es keine praktikablen Alternativen gibt, etwa für Langzeit-Energiespeicher oder als Grundstoff für die chemische Industrie;
- für die Finanzierung eines Industriestrompreises, der die energieintensive Industrie in der Transformation unterstützt;
- für einen Rettungsschirm für die Zuliefererbetriebe in der Automobilindustrie in Höhe von 20 Milliarden Euro.

Mithilfe von Klimaschutzverträgen wollen wir klimafreundliche Technologie bei der Um- und Ausrüstung von Produktionsanlagen fördern, zusätzlich zu Aktivitäten des Investitionsfonds.

Auf europäischer Ebene setzt sich Die Linke für eine Ausweitung der Ausnahmen und Änderung des Europäischen Beihilferechts ein. Nur so wird eine echte Industriepolitik möglich.“

(...)

- „So treiben wir den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran (...).“

(...)

- „Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen durch die Gründung von Industriefondationen und anderen öffentlichen Beteiligungsformen neben dem Investitionsfonds. Finanziert durch den Bund sollen gezielt Anteile an Unternehmen erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Systemwechsel einnehmen, und damit den klimagerechten Umbau besser gesteuert werden. So schützen wir auch kritische Infrastruktur, wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen vor dem Ausverkauf an autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche Unternehmen müssen der Motor der industriellen Erneuerung werden, eine steuernde Rolle einnehmen und die Kompetenzen privater Unternehmen in Kooperationen einbinden.
- Klimafreundliche Produktion fördern: Durch die öffentliche Beschaffung, Produktstandards und Quoten können auf den Leitmärkten, zum Beispiel in der Stahlindustrie, den ökologischsten und tariflich abgedeckt produzierten Produkten Vorteile eingeräumt werden. Es werden die Unternehmen belohnt, die am schnellsten und günstigsten klimafreundliche Produkte anbieten können und gleichzeitig gute Arbeit und gewerkschaftliche Mitbestimmung garantieren.“
- S. 31: „Wirtschafts- und Transformationsräte: In den Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die über Geld aus dem Klima- und Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort mitgestalten. Neben Landesregierungen, Kommunen und Unternehmen, sollen auch Gewerkschaften, Betriebsräte, Beschäftigte sowie Umwelt- und Sozialverbände gleichberechtigtes Stimmrecht haben. Dabei sollen auch ökologische und soziale Auswirkungen entlang der Lieferkette bei der Entscheidungsfindung abgewogen werden. (...)

(...)

Kap. VIII., Unterpunkt „Transformation konkret: Automobilindustrie für die Zukunft“ (S. 31 f.):

(...)

S. 31: „Mitschuld an der Krise der Automobilindustrie sind Lobbyismus, Fehlplanungen und die falsche Produktstrategie der Manager, (...) sowie die Weigerung von Autoindustrie und der Regierung, die Weichen Richtung Verkehrswende zu stellen.“

(...)

„Anstatt an alter Technik festzuhalten, damit die Konzerne noch weiter Profite machen können, muss die Industrie so umgebaut werden, dass gute Arbeit gesichert und geschaffen wird. Das geht nur sozial gerecht (...). Weder E-Fuels noch Wasserstoff sind praktikable Lösungen für den Individualverkehr. Auch die reine Umstellung auf E-Autos ist keine tragfähige Strategie für die Verkehrswende und die Bewältigung der Krise in der Automobilindustrie. In der aktuellen Krise unterstützen wir die Beschäftigten dabei, dass ihre Standorte und Arbeitsplätze möglichst umfassend erhalten bleiben. Es braucht verlässliche staatliche Rahmenbedingungen, um die Produktion der Elektromobilität hochzufahren. Zugleich unterstützen wir den sozialökologischen Umbau und die Diversifizierung der betroffenen Unternehmen hin zu nachhaltigen Mobilitätsunternehmen, die nicht bloß auf den

motorisierten Individualverkehr setzen, sondern viel stärker für den wachsenden Bedarf an kollektiven Verkehrsmitteln produzieren. Das wird aber nicht ohne politische Steuerung dieses Prozesses gelingen.“

S. 32:

- „Wir wollen die KfZ-Steuer neugestalten und große und schwere Autos deutlich stärker besteuern.

Wir sehen keine Notwendigkeit für reguläre PKWs, die mehr als zwei Tonnen wiegen. Damit schonen wir auch die Straßen und sparen Gelder für ihren Unterhalt.

- Mit Flottenumbau und öffentlicher Beschaffung werfen wir den Motor für den Umbau der Automobilindustrie an. Die öffentliche Hand soll Vorreiter für die Elektromobilität werden. Ab sofort sollen in der Regel reine E-Fahrzeuge angeschafft werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auf EU-Ebene für gewerbliche Flottenbetreiber E-Auto-Quoten eingeführt werden. Für Handwerksbetriebe, Pflegedienste oder Menschen im ländlichen Raum, die auf ein Auto zum Pendeln angewiesen sind, wollen wir sozial gestaffelte Förderangebote für kleine E-Fahrzeuge einführen. Förderung soll es künftig nur noch für Fahrzeuge geben, die zu großen Anteilen in der EU gefertigt werden.
- Wir wollen endlich umfassende Investitionen in die öffentliche Ladeinfrastruktur, verbunden mit günstigen Tarifen und Auflagen für mehr Ladepunkte an Tankstellen, im Einzelhandel und am Arbeitsplatz.
- Durch den Ausbau des ÖPNV schaffen wir zusätzliche Bedarfe für die Produktion und Instandhaltung von Bussen, Bahnen, Carsharing und die dazugehörigen Werkstätten für Wartungs- und Reparaturarbeiten Produktionsstätten, welche die Automobilindustrie aufgeben möchte, sollen vergesellschaftet und für die Bedarfe eines kollektiven Verkehrssystems umgerüstet werden. Die Belegschaften sind dabei einzubeziehen und die Tarifbindung ist beizubehalten oder aufzunehmen. Die Finanzierung wird über den Fonds zum Umbau der Industrie bereitgestellt.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“ (S. 32 f.):

S. 32: „Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind längst auch in Deutschland zu spüren: Flutkatastrophen, mehr Dürren und Wassermangel und das Sterben unserer Wälder werden unseren Alltag prägen. Deutschland hat sein faires Budget an CO₂-Emissionen zur Erreichung der Pariser Klimaziele bereits verbraucht. Gerade deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Emissionen wirksam und schnell zu senken.

Für weitere Verzögerungen haben wir keine Zeit mehr Denn mehr Emissionen bedeuten immer mehr Klimaschäden. Wir wollen schnellstmöglich auf erneuerbare Energien umsteigen und die Energiekonzerne entmachten.

Wir machen Energie wieder bezahlbar und führen sozial gestaffelte Preistarife ein, kämpfen für eine Versorgung mit Strom und Wärme, nicht in der Hand von Konzernen, sondern von Bürger*innen, von Kommunen und Genossenschaften. Wir wollen die Strom- und Wärmeerzeugung sowie deren Verteilung so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren. Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, aus den kommunalen genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und Wärmepumpen der Bürger*innen. Wir stärken die aktive Rolle von Bürger*innen und Betrieben in der Energiewende als Prosument*innen, die selbst produzierte

Energie konsumieren, und fördern hierfür Energiemanagement- und Speichertechnik. Langzeit-Energiespeicher für die Dunkelflaute wollen wir an strategisch günstigen Orten in das bestehende Stromnetz integrieren, sodass der Netzausbau minimiert werden kann. Wir wollen Deutschland bis 2040 klimaneutral machen.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“, Unter-Unterpunkt „Runter mit den Energiepreisen“ (S. 32):

- „Wenige teure fossile Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise lehnen wir ab. Ein gerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne ausschließen. Sollten sie durch externe Schocks dennoch auftreten, müssen sie konsequent abgeschöpft werden (Kapitel 1).
- Wir fordern eine neue Netzentgeltstruktur. Die Flexibilisierung der industriellen Stromnachfrage muss angeregt werden, anstatt eine gleichbleibende Nachfrage zu belohnen. Die Stromerzeuger und der internationale Stromhandel müssen an den Kosten des Stromtransports beteiligt werden. Strom soll so möglichst erzeugungsnah eingesetzt werden, womit auch der zukünftige Netzausbau reduziert werden kann. Wir fordern die Senkung der Stromsteuer auf den europäischen Mindeststeuersatz. Mit diesen Maßnahmen lassen sich die Strompreise kurzfristig um bis zu 9 Cent je Kilowattstunde senken, das entspricht einer Entlastung von 315 Euro pro Haushalt im Jahr.
- Wir wollen einen Energie-Soli für Reiche (Kapitel 1).
- Strom- und Gassperren müssen gesetzlich verboten werden (Kapitel 1).
- Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen (Kapitel 1).
- Wir wollen ein soziales Klimageld einführen (Kapitel 1)“

Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“, Unter-Unterpunkt „Klimaschutz und Klimaanpassung beschleunigen“ (S. 32):

„Die Ampel hat den Klimaschutz in Deutschland massiv geschwächt, indem die Sektorziele im Klimaschutzgesetz abgeschafft wurden. Wir wollen das Klima schützen, weil wir es unseren Kindern schuldig sind und weil kluger Klimaschutz, der mit einer gerechteren Gesellschaft verbunden wird, keinen Verlust an Lebensqualität für die große Mehrheit mit sich bringt. Gleichzeitig müssen wir uns auf diejenigen Klimaschäden einstellen, die nicht mehr zu verhindern sind: Es wird mehr Starkregen, Hitzetage, längere Trockenzeiten und niedrige Grundwasserspiegel geben, auch wenn wir durch entschlossenen Klimaschutz Schlimmeres weiterhin verhindern können.

S. 33: Für die Klimaanpassung wurde bisher fast nichts unternommen. Wir müssen jetzt investieren, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

- ■Wir wollen verbindliche Ziele und Emissionsgrenzen und machen den Konzernen klare Vorschriften. Die Sektorziele stellen wir wieder her.
- Emissionshandel: Für Die Linke gilt: kein CO₂-Preis ohne sozialen Ausgleich (Klimageld).
- ■Wir lehnen den Emissionshandel in den Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ab: Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden Förderprogramme und staatliche Infrastrukturprogramme müssen den Umbau in den Sektoren unterstützen. In den Sektoren Wärme und Verkehr sorgt ein gesetzlich regulierter Rahmen für mehr soziale Gerechtigkeit und einen schnelleren ökologischen Umbau.
- Klimaschutz und Klimaanpassung muss als Gemeinschaftsaufgabe definiert werden, damit Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln können. Wir müssen uns jetzt an den

Klimawandel anpassen, den Katastrophenschutz massiv aufwerten und investieren, um uns auf Hochwasser, Sturzfluten, Hitzewellen und Dürreperioden vorzubereiten (Kapitel 12).

- Die finanzielle Unterstützung beim Klimaschutz und bei der Minderung von Klimaschäden von Ländern des Globalen Südens muss massiv erhöht werden. Die Finanzierungszusagen auf der Weltklimakonferenz im November 2024 liegen weit unter dem realen Bedarf. Diese Finanzierung der unterstützten Länder darf nicht zu weiterer Verschuldung führen oder mit Entwicklungshilfegeldern verrechnet werden.“

S. 33: Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“, Unter-Unterpunkt „Energiewende durchsetzen“ (S. 33):

„Der fossile Kapitalismus schlägt zurück: Unter dem Deckmantel der Technologieneutralität werden überkommene Geschäftsmodelle mit fossilen Energieträgern weiter abgesichert. Die Gaskonzerne reiben sich die Hände, der Klimaschutz kommt nicht voran. Unter Robert Habeck wurden mit Steuergeld überdimensionierte Flüssiggas-Terminals (LNG) für Fracking-Gas ausgebaut. Die Grünen sind sogar für die riskante CO₂-Verpressung unter dem Boden unserer Meere (CCS). CDU und FDP verlieren sich nicht nur in irrationalen Träumen über die Anwendungsmöglichkeiten von Wasserstoff und E-Fuels im Pkw- und im Gebäudebereich, sie wollen sogar die Atomkraft zurück. Da passt es, dass rechte und liberale Parteien in der EU-Investitionen in Gasinfrastruktur und Atomkraftwerke zu nachhaltigen Geldanlagen erklärt haben.

Die Linke will nur in echte erneuerbare Energiequellen und Infrastruktur investieren. Wir überlassen die Energiewende nicht dem Markt. Wir wollen Energieverbrauch reduzieren und die Energieeffizienz steigern.

- Energieunabhängigkeit durch öffentliches Eigentum: Der größte Teil unserer zukünftigen Energieversorgung muss erst noch gebaut werden. Staat und Kommunen sollen sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große Teile der Energieproduktion in die öffentliche Hand zurückzuholen. Das wollen wir nutzen, um Windrad- und Solarfabriken (wieder) in Deutschland anzusiedeln.
- Wir wollen eine Solarpflicht für Neubauten sowie für Bestandsbauten nach einer umfassenden Dachsanierung, wo es baulich möglich und lohnend ist, insbesondere auf den Dächern von Gewerbeflächen. Hierfür wollen wir die Förderung ausbauen und Genehmigungsverfahren vereinfachen.
- Energiewende für die Menschen vor Ort: Kommunen bekommen einen Bonus von 25.000 Euro pro 1 Megawatt-Leistung eines gebauten Windrades oder gebauter PV-Großflächenanlage. Dieser fließt direkt in die Gemeindekasse und kann für Neuanlagen als auch für Repowering genutzt werden. So profitiert die lokale Bevölkerung direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien. Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen ausdehnen und von 0,2 auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom erhöhen.
- Strom-, Wärme- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt, demokratisch kontrolliert und europäisch koordiniert werden. Für Kommunen wollen wir einen Re-Kommunalisierungsfonds schaffen. Dezentrale Lösungen der Energie- und Wärmewende wollen wir bevorzugt fördern.
- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die positive Bewertung von Atomkraft und Gas in der sogenannten Taxonomie der EU gestrichen wird. Öffentliche Gelder, inklusive Pensionsrücklagen und Mittel aus den Rentenkassen, sind umgehend aus Anlagen in Unternehmen der fossil-atomaren Energiebranche abzuziehen. Öffentliche Institutionen dürfen nicht in fossile und nukleare Energieunternehmen investieren.
- Kein Rollback, sondern Atomausstieg sofort: Wir wollen den Ausstieg aus der Atomkraft im Grundgesetz festschreiben und die Fertigung von Uranbrennstoff in den Atomfabriken in

Gronau und Lingen beenden. Die Konzerne müssen die Langzeitkosten der Atomwirtschaft tragen. Wir wollen umfassende Mitsprache und Klagerechte in allen Phasen des Endlager-suchverfahrens.

- Wir setzen uns für den Atomausstieg in Europa und überall auf der Welt ein. Es braucht einen gesamteuropäischen Plan zur Stilllegung von Atomkraftwerken. Die staatliche deutsche Förderbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) darf keine Atomkraftwerke im Ausland fördern.

S. 34:

- Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf keine neue dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir fordern ein Fracking-Verbot in Deutschland. LNG, das durch Fracking gewonnen wurde, darf nicht importiert werden. Eine umlagefinanzierte Förderung neuer Gaskraftwerke lehnen wir ab. Sie wäre sowohl klimaschädlich als auch sozial ungerecht
- Carbon Capture and Storage (CCS) – also die Abscheidung und die unterirdische Einlagerung von Kohlendioxid – ist keine Lösung für die Probleme des Klimawandels. Die Speicherung von CO₂ unter der Erde ist mit hohen Risiken verbunden. Carbon Capture and Utilization (CCU) – also die stoffliche Nutzung des entnommenen CO₂ – darf nicht dazu führen, dass die Energiewende ausgebremst und länger als nötig an fossilen Anwendungen und Produktionsprozessen festgehalten wird. Wir wollen sie beim Industrieumbau nur dann fördern, wenn es nachgewiesenermaßen kein alternatives, CO₂-freies Produktionsverfahren gibt.
- Der Kohleausstieg muss bis 2030 umgesetzt werden. Allein durch den Emissionshandel wird das nicht gelingen. Die Mittel des Bundes und der Länder für ehemalige Braunkohleregionen sollen fortgeschrieben werden und Inflation sowie eventuelle neue Bedarfe berücksichtigen.
- Dem Ausstieg aus Atom und Kohle muss ein Ausstieg aus der Verbrennung von fossilem Erdgas folgen. Die Linke will dafür ein Erdgasausstiegsgesetz mit verbindlichem Ausstiegspfad und sozialer Absicherung betroffener Beschäftigter. Bestehende fossile Kraftwerksstandorte sollen im Rahmen einer sozialökologisch sinnvollen Kraftwerksstrategie infrastrukturell weitergenutzt werden (etwa als Standort für Großspeicher) und als gewachsene Fachkräfte- und Ausbildungsstandorte erhalten bleiben. Die Nutzung von Erdgas zur Stromerzeugung wollen wir bis 2035 beenden.
- Wasserstoff ist der Champagner der Energiewende, teuer und energieintensiv. Deshalb darf Wasserstoff nur dort eingesetzt werden, wo er absolut unverzichtbar ist, vor allem in Bereichen der industriellen Produktion. Perspektivisch wollen wir, dass in allen Anwendungsbereichen lediglich Wasserstoff aus der Elektrolyse von Strom aus erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommt.
- Lichtwerbung ist nicht nur nervig, sondern kostet auch viel Energie, lenkt ab und beeinträchtigt Menschen und Tiere. Wir wollen sie einschränken. Zusätzlich fordern wir Werbeverbote für besonders klimaschädliche Produkte oder Dienstleistungen wie z. B. Stadtgeländewagen (SUVs), Kreuzfahrten oder Flugreisen.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“, Unter-Unterpunkt „Gerechte Wärmewende“ (S. 34):

„Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir CO₂-Preise im Wärmebereich ab.“

Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen ignoriert hat und den Rechten die Möglichkeit gegeben hat, Ökologie und Soziales gegeneinander auszuspielen. Wir wollen die Leute nicht allein lassen: Normalverdiener*innen sollen durch Klimaschutz keinen finanziellen Zusatzbelastungen erfahren. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Kommunale Wärmeplanung kann nur funktionieren, wenn Bürger*innen sowie Mieter*innen- und Umweltverbände stärker daran beteiligt werden.

- Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und den Heizungstausch in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die Förderung für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigem Einkommen bekommen den Heizungstausch mit bis zu 100 Prozent bezahlt, Menschen mit mittlerem Einkommen anteilig gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro zum Beispiel 82 Prozent der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42 Prozent der Kosten erstatten. Spitzenverdiener*innen mit einem Einkommen von 250.000 Euro aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst bezahlen.
- Immobilienkonzerne dürfen Sanierungen nicht nutzen, um die Miete zu erhöhen. Deshalb wollen wir die Umlage für energetische Sanierung abschaffen und das Konzept der Warmmietenneutralität verankern: Die Summe aus der Kaltmiete und der durch die Sanierung tatsächlich eingesparten Energiekosten muss gleichbleiben. Wir unterstützen das gemeinsame Drittelmodell von Mieterbund und BUND.
- Wir wollen Vermieter*innen dazu verpflichten, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und die finanziellen Vorteile weiterzureichen. Bisher nehmen nur 15 Prozent von ihnen die Fördermittel in Anspruch.
- Viel zu oft reißen Immobilienkonzerne Bestandsgebäude ab, treiben Mieter*innen aus der Wohnung, bauen neu und vermieten für das Doppelte oder verkaufen: Das ist eine ökologische Katastrophe und befördert Gentrifizierung – wir wollen das verbieten. Ein Abriss soll nur noch dann erlaubt sein, wenn die Gebäudesubstanz nicht mehr zu retten ist oder wenn durch Neubau ein Vielfaches des bisherigen Wohnraums entsteht.
- Um Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene statt Konzepte für jedes einzelne Haus zu entwickeln, braucht es eine gute kommunale Wärmeplanung: Gerade in Ballungsräumen sind kollektive Lösungen in der (S. 35:) Wärmeversorgung oft sinnvoll, deshalb wollen wir Städte und Gemeinden bei dem Ausbau von Nah- und Fernwärmenetzen unterstützen. Dazu müssen die Immobilienkonzerne spätestens bis Ende 2026 für ihre Bestandsbauten Sanierungspläne bis bei den jeweiligen Kommunen einreichen.
- S. 35: Um die Wärmepreise unabhängig von Marktschwankungen und Spekulationen zu machen, fordern wir ein Gewinnverbot bei Wärmenetzen. Der Wärmepreis darf nicht höher als die tatsächlichen Wärmeerzeugungskosten sein.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“, Unter-Unterpunkt „Ressourcen schonen“ (S. 35):

„Wir verbrauchen weltweit mehr Ressourcen, als unser Planet regenerieren kann. Der Ressourcenabbau stößt an seine natürlichen Grenzen. Grüne Technologien sind Teil des sozialökologischen Umbaus. Aber auch ihre Produktion ist abhängig von Rohstoffen, die es in Deutschland und Europa nicht in ausreichendem Maße gibt. Gleichzeitig wird immer mehr Energie verbraucht, um diese Ressourcen abzubauen. Bergbau findet oft unter nicht akzeptablen Bedingungen für Menschen und Umwelt statt. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die sparsam mit Ressourcen umgeht. Dafür braucht es ein Ressourcenschutzgesetz.

- Wir wollen keinen Bergbau in Naturschutzgebieten, Trinkwasserschutzgebieten oder der Tiefsee. Die lokale Bevölkerung muss bei Bergbauprojekten und der Wertschöpfung beteiligt

werden – und hat das Recht, nein zu sagen. Das gilt auch für den Lithiumabbau in Sachsen. Die Menschen vor Ort müssen von Bergbauprojekten profitieren. Umweltschutz und Trinkwasserschutz muss garantiert werden – egal ob in Deutschland, Europa oder anderswo auf der Welt.

- Wir wollen keinen „grünen Kolonialismus“. Grüne Technologie darf sich nicht auf Ausbeutung von Natur und Menschen im Globalen Süden stützen. Deswegen fordern wir ein stärkeres Lieferkettengesetz, das Beschwerdemechanismen für Betroffene und Haftungsregeln bei Verstößen gegen die unternehmerischen Sorgfaltspflichten enthält, und die Berücksichtigung starker sozialer und ökologischer Standards in Handelsabkommen.“

Kap. VIII., Unterpunkt „Klimagerechtigkeit und Energiewende“, Unter-Unterpunkt: „Mehr Kreislaufwirtschaft, weniger Abfälle“ (S. 35):

„Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn wir Ressourcen länger nutzen und nach der Nutzung wieder in die Produktion einspeisen – so entsteht eine Kreislaufwirtschaft. Dafür benötigen wir strengere Vorgaben für Haltbarkeit und Produkte ohne Sollbruchstellen. Wir wollen reparieren und wiederverwenden statt wegzwerfen. Was wirklich weg muss, wollen wir recyceln, damit wir wertvolle Rohstoffe wieder zurück in den Kreislauf bringen können.

- Wir fordern höhere gesetzliche Recyclingquoten und höhere Einsatzquoten für wiederverwertete Stoffe.
- Wir wollen neue Ökodesignvorgaben und eine längere Gewährleistungsdauer für nachhaltige Produkte: Wir stellen Anforderungen an Lebensdauer von Produkten Updates, Upgrades, Reparaturen und die Weiterverwendung müssen möglich sein. Für langlebige Produkte braucht es eine Gewährleistungsdauer, die sich an der Lebensdauer der Produkte orientiert. Informationen dazu sollen gut sichtbar am Produkt angebracht sein Die Beweislastumkehr beim Verbrauchsgüterkauf muss auf zwei Jahre angehoben werden. Auch das Recycling von Produkten am Ende ihres Lebenszyklus muss so einfach wie möglich sein.
- Hersteller müssen für die Kosten für Rücknahme, Transport, Wiederaufbereitung oder Entsorgung ihrer Produkte verantwortlich sein.

Rund 16 Millionen Tonnen Abfall werden jährlich aus Deutschland exportiert – oft in den Globalen Süden. Dort wird er unter verheerenden sozialen und ökologischen Bedingungen entsorgt und verarbeitet

- Wir wollen weg vom Müll und hin zur Wiedergewinnung von Rohstoffen als Teil von regionalen Produktionsketten. Das Müllaufkommen wird insgesamt reduziert: Hierfür fordern wir weitreichende Verbote bei Einwegverpackungen und in den verbleibenden Fällen Abgaben für die Hersteller. In der EU setzen wir uns für ein einheitliches Pfandsystem für Ein- und Mehrweggetränkeflaschen ein.
- Müllexporte aus der EU wollen wir verbieten. Die illegale Müllverschiffung von Elektroschrott (E-Waste) wollen wir intensiver bekämpfen.
- Abfallbehandlung und Abfallentsorgung müssen als Bestandteile der Daseinsvorsorge zurück in die öffentliche Hand. Nur so kann eine soziale und ökologische Abfallwirtschaft garantiert werden. Gesammelte organische Abfälle müssen zuerst zu Biogas vergoren werden, bevor die Gärrückstände kompostiert werden dürfen.
- Private Feuerwerke (das „Böllern“) müssen zum Schutz von Menschen, Tier und Natur reduziert werden. Das Müllaufkommen wie die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen Jedes Jahr verletzen sich unzählige Kinder und Erwachsene an den Sprengkörpern.“

Kapitel IX. „Mobilität für alle“ (S. 36 f.):

S. 36: „Staufrust für Autopendler*innen und Stress beim Bahnfahren nehmen zu – und der Verkehrssektor trägt immer noch nichts dazu bei, dass die Klimaziele erreicht werden. Das 9-Euro-Ticket kostet jetzt 58 Euro, die Bahn kommt zu spät und E-Autos sind zu teuer für Normalverdiener*innen und zu groß, um die Umwelt wirklich zu schonen. Dabei hat das 9 Euro-Ticket gerade gezeigt, dass ein gutes und günstiges öffentliches Verkehrsangebot auf große Zustimmung stößt.

Die Ampel-Regierung hat mit einem höheren CO2-Preis das Autofahren teurer gemacht. Die Alternativen, damit das Auto stehenbleiben kann, wurden aber nicht geschaffen. Vielerorts kommt der Zug zu selten, dafür sind viele überfüllt. Mehr als ein Drittel der Strecken sind nicht elektrifiziert. Aber die Bahn versenkt Milliarden Euro in Prestigeprojekte wie Stuttgart 21.

Die Autolobby ruft nach E-Fuels und dem Aus für das Verbrenner-Aus. Dabei braucht es genau das Gegenteil: eine konsequente Mobilitätswende, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Schienennetzes sowie günstige Ticketpreise, gute Verbindungen auch in der Nacht und im ländlichen Raum, Städte mit kurzen Wegen. Dann gibt es auch Planungssicherheit für die Industrie und im Schienen- und Fahrzeugbau entstehen gute Industriejobs (Kapitel 8).

Alternativen zum Fliegen und zum Autofahren müssen für alle funktionieren. Sonst kann niemand das Auto stehenlassen. Um den großen Investitionsbedarf der Verkehrsinfrastruktur vom jährlichen Bundeshaushalt unabhängig und damit längerfristig verlässlich zu machen, schlagen wir die Schaffung eines verkehrsträgerübergreifenden Infrastrukturfonds nach Schweizer Vorbild vor – mit klaren mehrjährigen Budgets für die einzelnen Verkehrsträger.“

Kap. IX, Unterpunkt „Öffentlicher Nahverkehr - rund um die Uhr, in der Fläche, barrierefrei und bezahlbar“ (S. 36 f.):

„Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt: Ein sehr viel günstigerer Nahverkehr ist möglich und wird auch nachgefragt. Die Menschen wollen und brauchen ein sehr viel besseres öffentliches Verkehrsangebot. Jede zwanzigste Autofahrt konnte durch das Ticket vermieden werden – und dabei war es nur 3 Monate lang zu kaufen. Die Erhöhung des Abopreises auf 58 Euro ist fatal und die unterschiedlichen Lösungen in den Ländern müssen bundesweit einheitlich gestaltet werden. Mit einer Mehrwertsteuerbefreiung für den öffentlichen Nahverkehr wird kurzfristig Geld für den Nahverkehr frei.

- Wir wollen das 9-Euro-Ticket sofort wieder einführen. Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen wollen wir ein sofortiges 0-Euro-Ticket. Die Mitnahme von Kindern sowie von Fahrrädern und Hunden muss inklusive sein. Für alle Abonent*innen fordern wir sechs Freifahrten pro Jahr im Fernverkehr. Perspektivisch fordern wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland. Die Pendlerpauschale wollen wir durch ein Mobilitätsgeld ersetzen.
- Das Dienstwagenprivileg für reiche Menschen, die sich Luxusautos (ob elektrisch oder nicht) damit kaufen, schaffen wir hingegen ab.
- Wir setzen uns für ein Recht auf nachhaltige Mobilität ein. Das heißt: Jede Ortschaft braucht tagsüber eine mindestens stündliche Anbindung an Bus und Bahn. Dabei können Angebote wie Bürgerbusse oder Anrufsammeltaxis einbezogen werden und die Grundversorgung ergänzen. Auch in der Nacht muss ein Grundangebot vorhanden sein, gegebenenfalls durch Rufangebote.
- Wir wollen die privatisierten Nahverkehrsunternehmen in die öffentliche Hand zurückholen und demokratisch organisieren! Unsere Busse und Bahnen sind zu wichtig, als dass wir sie dem Markt überlassen können.
- Wir wollen öffentliche und gemeinnützige Car-Sharing-Plattformen fördern, um ein Leben ohne eigenes Auto zu ermöglichen. Bei autonomem Fahren gibt es große technologische

Herausforderungen sowie datenschutz- und haftungsrechtliche Bedenken. Wir machen uns deshalb keine Illusionen, dass autonomes Fahren absehbar die Mobilitätsprobleme lösen kann.

- Um die Fahrgastzahlen bis 2030 zu verdoppeln, werden 150 000 Fahrer*innen im ÖPNV benötigt, weitere Zehntausende bei der Bahn. Mehr Personal ist nur mit besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen wie Zugang zu sauberen Toiletten und ausreichenden Pausen für die Beschäftigten zu haben.

Die Mobilität der Zukunft gehört dem Fuß-, Rad-, und öffentlichen Nahverkehr. Sogenannte E-Fuels sind äußerst ineffizient und teuer. Sie werden ebenso wie Biokraftstoffe und Wasserstoff auch zukünftig knapp bleiben und können nur da eingesetzt werden, wo es wirklich keine bessere Alternative gibt. Biokraftstoffe sind für uns überhaupt nur eine Alternative, wenn sie regional sowie aus Bioabfällen oder Reststoffen produziert sind und nicht in der Konkurrenz zu Lebensmitteln stehen.

- Importe von Biokraftstoffen lehnen wir ab. Für den Individualverkehr sind sie keine realistische Option, ebenso wie E-Fuels. Deshalb ist die Orientierung auf E-Autos richtig. Es braucht langfristige Planungssicherheit für Verbaucher*innen und Industrie, daher halten wir am Auslaufen vom Neuwagenverkauf für Verbrenner entsprechend der gültigen EU-Richtlinie 36 fest. Nach Bedarf fördern wir den Umstieg auf effiziente E-Autos für Handwerk, soziale Dienste, Taxibetriebe, Kleingewerbe und Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen
- Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und innerorts Tempo 30 – außer auf Hauptverkehrsachsen. Jede*r Verkehrstote und -verletzte ist eine*r zu viel. Die Linke bekennt sich zur Vision Zero. Wir unterstützen u. a. das Modell Schulstraße.“

Kap. IX, Unterpunkt „Bahn: Reparieren, ausbauen und gemeinnützig betreiben!“ (S. 37 f):

(...)

„Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert, elektrifiziert, müssen Strecken reaktiviert und ausgebaut werden, natürlich barrierefrei Wir halten am Ziel fest, bis 2030 den Anteil des Schienengüterverkehrs mindestens auf 25 Prozent zu erhöhen und den Schienenpersonenverkehr zu verdoppeln. Für uns ist klar: Planungs- und Baukapazitäten sind begrenzt. Wer Bahnstrecken und Brücken beschleunigt ausbauen und sanieren will, muss auf den Neu- und Erweiterungsbau von Autobahnen verzichten. Wir wollen uns beim Straßenbau auf die Sanierung des Bestands konzentrieren.

(...)

- Wir wollen bezahlbare Bahnpreise! Dazu wollen wir die Deutsche Bahn verpflichten. Trassenpreise und Bahnstromsteuer wollen wir senken und die Mehrwertsteuer für den öffentlichen Nah- und Fernverkehr abschaffen (Kapitel 1 und 3).
- Dafür braucht jede Großstadt stündliche Fern- und Nachtzughinverbindungen – quer durch Europa! So machen wir Fliegen auf vielen Strecken überflüssig
- Flüge, die kürzer sind als 500 Kilometer oder fünf Zugstunden, wollen wir verbieten. Neue Flughafenkapazitäten sind nicht nötig.
- Den sozialen und ökologischen Dumpingwettbewerb im Luftverkehr wollen wir unterbinden. Wir wollen eine einheitliche Kerosinsteuer in der EU und auf Flugtickets ins Ausland soll der volle Mehrwertsteuersatz fällig werden.“

Kap. IX, Unterpunkt: „Die Zeit für übertriebenen Luxus der Reichen, die das Klima zerstören, ist vorbei“ (S. 37):

- „Wir wollen Privatjets und Megayachten über 60 Metern Schiffslänge verbieten. Es darf keine öffentliche Förderung für Flugtaxi geben.“
- Während sich die einen den Besuch bei den Verwandten im Ausland kaum leisten können, machen andere Kurztrips zum Shoppen nach Dubai. Anstatt pauschaler Mehrbesteuerung von Flügen über den CO-2 Preis fordern wir eine Vielfliegersteuer.
- Wir wollen den Güterverkehr auf der Straße reduzieren und auf die Schiene verlagern. Tausende Autobriden sind marode, sie sind schlicht nicht für die Menge und Schwere der heutigen LKW-Transporte ausgelegt.
- Gigaliner und Oberleitungen für LKW lehnen wir deshalb ab. Wir müssen den Gütertransport neu denken. Regionale Wirtschaftskreisläufe vermeiden unnötige Transporte. Wir machen Schiene und Wasser zum Rückgrat des Güterverkehrs. Damit dies gelingt, wollen wir Gleisanschlüsse und lokale Logistikzentren fördern. Auch Güterverkehr unter 300 Kilometern Wegstrecke muss wieder stärker auf die Schiene verlagert werden.“

(...)

- Wir wollen Güterverkehr, wo möglich, auf die Binnenschifffahrt verlagern. Dies erfordert Investitionen in die maroden Wasserstraßen und dazugehörige Infrastruktur. Wo es möglich ist, müssen Schiffe mit Strom betrieben werden: küstennah, in der Binnenschifffahrt und auf Kurzstrecken.“

Kapitel XI. „Agrarwende jetzt!“ (S. 41 f.):

S. 41: „Wir brauchen eine soziale und ökologische Agrarwende, die ihren Namen auch verdient. Die Linke kämpft für eine sozial gerechte und auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont.“

(...)

- „Regionale Wirtschaftskreisläufe: Durch Aufbau regionaler Schlacht- und Verarbeitungskapazitäten, die Unterstützung regionaler Marketinginitiativen, Bürgerräten sowie täuschungssichere staatliche Regionalsiegel.“
- S. 42: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur: Das geht nur, wenn die hohen Produktionsstandards der heimischen Agrarwirtschaft vor billigen Importen aus Drittländern, die unseren Standards nicht entsprechen, geschützt werden. Freihandelsabkommen zeigen in die falsche Richtung. Es braucht eine eindeutige Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.
- Patente auf Leben verbieten, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen unterbinden. Auch die sogenannten modernen Verfahren der Gentechnik, wie zum Beispiel die Genschere, müssen den gleichen Kontrollen und Regularien unterliegen wie die älteren Verfahren.
- Glyphosat und Neonikotinoide verbieten. Bis 2030 soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um mindestens 50 Prozent verringert werden. Wir wollen Transparenz und ein strenges Regelwerk für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln. Durch eine ambitionierte Pestizidreduktions-Strategie und die Entwicklung von Düngemittelalternativen unterstützen wir die Agrarbetriebe beim ökologischen Umbau. Statt Megaställen wollen wir für das Wohl von Menschen und Tieren eine flächengebundene Tierhaltung (maximal 1.5 Großvieheinheiten pro Hektar) und damit die Reduzierung der Viehbestände in der Bundesrepublik. Das verringert Überdüngung und Gewässer werden weniger belastet.

- Bauernland gehört nicht in die Hand von Spekulanten und Investoren, die nicht aus der Landwirtschaft kommen: Wir stehen für ein Agrarstrukturgesetz, das gemeinschaftliches und öffentliches Eigentum an Grund und Boden stärkt und die Bäuer*innen schützt.
- Sozialverträglicher Umbau der Tierhaltung: Für mehr Tierwohl, Klimaschutz und Umweltschutz. (...)
- Berichtswesen und Antragstellung vereinfachen: Hohe Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in der Landwirtschaft sind uns wichtig. Sie müssen regelmäßig überprüft werden. Das Prinzip, Landwirtschaftsförderung an hohe Umweltstandards zu knüpfen, ist richtig. Landwirt*innen müssen für Fördergelder aber oftmals unnötig komplexe und teilweise redundante Anträge stellen und sie an verschiedene Landes-, Bundes- und EU-Behörden verschicken. Wir wollen die Beantragung von Fördermitteln EU-weit vereinfachen und digitalisieren, damit Landwirt*innen weniger Zeit am Schreibtisch verbringen müssen.“

Kap. XI., Unterpunkt „Bezahlbares und gesundes Essen für alle“ (S. 42):

„Gute Ernährung ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen eine Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion, die Klima und Umwelt schützt und alle Menschen mit hochwertigen Produkten versorgt. Die Linke will, dass bezahlbares, gesundes und nachhaltiges Essen für alle garantiert ist.

- Öffentliche Einrichtungen sollen ihre Lebensmittel regional und umweltfreundlich beziehen und sich an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung halten. Dies braucht staatliche Zuschüsse.

(...)

- Lebensmittel im Handel brauchen ein einheitliches staatliches Label, das Klima, Umwelt, Tierschutz, Gesundheit und soziale Aspekte berücksichtigt. Das muss überall erkennbar und transparent sein. Wir fordern mehr Lebensmittelkontrollen und die Veröffentlichung der Ergebnisse im Internet. Bei groben Verstößen sollen diese an der Ladentür veröffentlicht werden müssen.

(...)

- Pflanzliche Alternativnahrungsmittel etwa zu Fleisch oder Milchprodukten müssen als Grundnahrungsmittel anerkannt werden und damit von der Mehrwertsteuer befreit werden (Kapitel 1).“
- Lebensmittelverschwendung soll verboten werden (siehe Kapitel 1) (...).“

(...)

Kap. XI. Unterpunkt „Artensterben stoppen, Natur und Meere schützen“ (S. 42 f.):

S. 42: „Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme wiederherstellen: saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine wachsende biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für uns Menschen.

- Die Mittel für natürlichen Klimaschutz müssen verdoppelt werden. Damit investieren wir in die Wiederherstellung von Ökosystemen und verbinden Klima- mit Naturschutz. Internationale Arten- und Naturschutzabkommen müssen konsequent umgesetzt werden. Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten: Deutschland gehört in Europa zu den Schlusslichtern bei streng geschützten Flächen. Wir fordern 5 Prozent Wildnisflächen.

(...)

Die Linke unterstützt die Idee, die Natur als Rechtssubjekt anzuerkennen. Wir fordern ein einklagbares ökologisches Menschenrecht auf eine natürliche Umwelt ohne ökologische Schäden und eine Erweiterung der bisherigen Verbandsklagerechte. Jeder Mensch soll – wie in der Praxis und in der Verfassung mehrerer lateinamerikanischer Länder bereits Realität – die Interessen bzw. Belange der Natur vor Gericht vertreten können.“

Kap. XI. Unterpunkt „Wasser ist Menschenrecht“ (S. 43):

„Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wollen wir Wasser nutzen für Lebensmittelanbau und öffentliche Schwimmbäder oder für Golfplätze und private Swimmingpools? Die Linke steht in diesen Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen: Gemeinwohl vor Profitinteressen. Wasser gehört in die Hände der Bürger*inne Die öffentliche Hand muss den Zugang für alle zu fairen Preisen garantieren.

- Bei der Planung und Verwirklichung von großen Industrieprojekten wie etwa Tesla in Grünheide muss die lokale und regionale Versorgung mit Wasser garantiert werden Die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser darf nicht gefährdet werden.
- Wir brauchen eine naturnahe Renaturierung von Gewässern und einen Aktionsplan Niedrigwasserschutz, um die Wasserversorgung, aber auch das Leben in Gewässern zu gewährleisten. Dazu dient auch die Revitalisierung von Mooren und die Wiedereinrichtung von Auwäldern.

Kap. XI. Unterpunkt „Meere schützen“ (S. 43):

„Die Weltmeere machen rund 73 Prozent der Fläche unseres Planeten aus. Sie bieten Lebensräume für Tiere und Pflanzen, sind Nahrungsquellen, regulieren das Klima und produzieren Sauerstoff. Jedes Jahr gelangen 8 Millionen Tonnen Müll in die Ozeane. Die Förderung von Öl und Gas vergiftet das Wasser, Überfischung und Klimaerwärmung zerstören Lebensräume.

- Deutschland hat im September 2024 das UN-Hochseeschutzabkommen unterzeichnet, das Hochseegewässer unter Schutz stellt. Das Abkommen muss schnell ratifiziert werden. Bis 2030 müssen 30 Prozent der weltweiten Meeresflächen geschützt sein.
- Die Linke setzt sich dafür ein, dass Fischfang wirksam reguliert und der Schutz der Meere mit verbindlichen Standards und harten Sanktionen durchgesetzt wird. Fischereisubventionen sollen an nachhaltige, soziale und Tierschutzstandards gekoppelt werden.
- Die Belastung der Meere durch Müllentsorgung sowie Einleitungen vonseiten der Landwirtschaft und der Industrie muss drastisch gemindert werden. Den Tiefseebergbau wollen wir international verbieten.
- Kommerzieller Walfang muss gestoppt werden. Deutschland soll insbesondere auf Norwegen, Island und Japan Einfluss nehmen, um die Jagd nach Walen zu beenden. Verstöße gegen das internationale Walfangverbot müssen bestraft werden.

(...)

Kapitel XII. Planbares Leben und starke Kommunen (S. 44 f.):

(...)

- Wir setzen uns für autofreie Innenstädte ein – selbstverständlich mit Ausnahmen für Menschen mit besonderen Bedarfen oder für den Lieferverkehr. Ob auf dem Weg zur nächsten Haltestelle oder Bahnhof oder auch von A nach B, überall soll es angenehm und sicher sein, sich zu Fuß oder per Rad zu bewegen. Einrichtungen für die alltägliche Versorgung sollen an allen Orten in 15 Minuten fußläufig erreichbar sein. Wir setzen uns für mehr Platz auf den Straßen, für mehr sichere und intakte Rad- und Fußwege und für mehr Fahrradabstellanlagen ein. Deutschland braucht ein flächendeckendes bundesweites Radverkehrsnetz.
- Die sogenannte „Smart City“ darf kein Geschäftsmodell großer Konzerne bleiben. Neue Technologien gehören in Bürger*innenhand, um ihre Teilhabe bei der Entwicklung des Wohnumfelds zu verbessern.
- Mit zunehmender Klimaerwärmung müssen wir unsere Städte umbauen. Die Hitze wird im Sommer unerträglich und eine Gefahr für Gesundheit und Leben. Es kommt immer häufiger zu Trinkwasserknappheit. Das trifft besonders Menschen, die ihre Arbeit im Freien verrichten, aber auch Kinder auf Spielplätzen und alte Menschen. Klimaanpassung und Katastrophenschutz müssen als selbstverständliche Aufgaben der öffentlichen Versorgung definiert werden.

S. 45: Wir wollen mehr öffentliche Parks und Grünflächen, Kleingärten und Gemeinschaftsgärten gegen die Hitze, öffentliche Toiletten und Wasserspender. Hierfür ist es erforderlich, dass das Kleingartenwesen gestärkt wird. Gebäude- und Flächenbegrünung wollen wir ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben. Wir müssen die Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte müssen zu Schwammstädten werden und vor Flutkatastrophen geschützt werden. Den Luftaustausch zwischen der Stadt und dem Umland wollen wir durch eine bessere Raumplanung verbessern.

(...)

- „Pünktliche Busse und Bahnen, die auch ins Umland regelmäßig fahren und in Zukunft kostenfrei sind (siehe Kapitel 9).
- Zugang für alle zu überwiegend lokal und gemeinwirtschaftlich produzierter, preiswerter Energie zu sozial gestaffelten Preisen (siehe Kapitel 1 und 8).“

(...)

Kapitel XX. „Digitalisierung fürs Gemeinwohl – statt für Konzernprofite“ (S. 57 f.):

(...)

- S. 57: (...) „Ein einziges Netz, über das alle ihre Dienstleistungen anbieten können, spart Baukosten, Material und Umweltbelastung – und ermöglicht schnellerflächendeckendes Netz überall.“

(...)

- „Wir brauchen klare rechtliche Vorgaben, um den Energie- und Ressourcenverbrauch der Digitalisierung zu senken. Garantieplichten und Mindestupdatepflichten müssen deutlich verlängert werden, Softwareprogrammierung und Geräteeinstellung von Anfang an energiesparend sein, die Vorgaben für Rechenzentren verstärkt werden. Der Staat muss seinen Einfluss als großer Abnehmer nutzen, um soziale und ökologische Standards in den Lieferketten durchzusetzen. Einen Digitalzwang lehnen wir ab.“

S. 58: Die Bundesregierung muss Forschung zu sozialen und ökologischen Auswirkungen digitaler Technologien stärker fördern, damit wir informiert und demokratisch darüber entscheiden können, welche Technologien uns als Gesellschaft voranbringen und welche nicht hilfreich sind.“

AfD

Kapitel 1 „Zeit für Wohlstand (S. 2), Unterkapitel 1 „Wirtschaft und Infrastruktur“ (S. 8 f.),

Unterpunkt „Den Wirtschaftsstandort Deutschland wiederherstellen“ (S. 8):

„Viele Regelungen der EU schwächen Wirtschaft und Wettbewerb, statt sie zu stärken. Beispiele dafür sind der „Green Deal“ und der Einfluss auf Energiefragen.“

Unter-Unterpunkt 1: „Deutschland ist als Wirtschaftsstandort unattraktiv geworden“ (S. 8):

(...)

„Technologievorgaben, Auflagen und Verbote setzen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb in Teilen außer Kraft; suboptimale technische Lösungen und Produkte sind die Folge. Viele davon sind ohne staatliche Subventionen nicht marktfähig, zum Beispiel alternative Energien und Elektroautos. Viele Auflagen sind zudem mit den Ressourcen unseres Landes nicht zu vereinbaren. Dies gilt für den eingeschränkten Zugang zu Rohstoffen wie seltene Erden für alternative Energien und Antriebe, zu preiswerter fossiler oder nuklearer Energie genauso wie für gut ausgebildete in- und ausländische Fachkräfte.“

Unter-Unterpunkt 3: „Die deutsche Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten“ (S. 9):

„Die AfD sieht die strategische Bedeutung der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie. Gerade der für den Großteil der Arbeitsplätze zuständige Mittelstand, insbesondere der

metallverarbeitenden Industrie, ist abhängig vom Fortbestand des Verbrennungsmotors. Es ist daher die Aufgabe der Bundesregierung, auf nationaler und europäischer Ebene für eine technologieoffene Gesetzgebung zu sorgen. Die heutige einseitige Bevorzugung von Elektromobilität ist sofort zu stoppen, ebenso die Finanzierung der Ladeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln. Diese kann aus Gründen mangelnder Stromkapazitäten und Infrastruktur gar nicht flächendeckend eingesetzt werden. Die Batterieproduktion belastet die Umwelt außerdem weit stärker als der Verbrennungsmotor.“

S. 10: „Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Antriebsformen abgelöst wird oder weiter existiert, muss wieder eine Frage des technischen Fortschritts sowie des Marktes werden und darf nicht auf ideologischer Verbotspolitik basieren. Wenn die bestehende, realitätsfremde EU-CO₂-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht verhindert werden kann, sind synthetische Kraftstoffe als zukunftsfähiger Treibstoff für Verbrennungsmotoren zu berücksichtigen. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich Ihrer Abgabenlast gegenüber elektrisch angetriebenen Fahrzeugen eine Gleichbehandlung erfahren. Dies gilt sowohl für den Energieträger selbst als auch für das Fahrzeug insgesamt.“

Unter-Unterpunkt 4: „Vorrang für den Wettbewerb - für einen attraktiven Wirtschaftsstandort“ (S. 10):

„Staatliche Eingriffe in den Markt werden wir auf ein Minimum reduzieren. Wir sorgen stattdessen für Rahmenbedingungen, die Deutschland wieder attraktiv machen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Damit Unternehmer an die Zukunft des Standorts Deutschland glauben können, werden wir den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie wiederherstellen durch:

- Verlängerung der Laufzeiten der Kohlekraftwerke
- Wiedereinstieg in die Nutzung der Kernenergie
- Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Pipelines
- Aufhebung des Verbots von Gas- und Ölheizungen
- Abschaffung der CO₂-Abgabe
- Reduzierung der Energiesteuer und Senkung der Stromsteuer auf das Minimum
- Verhinderung immer höherer Netzentgelte durch Windenergie-Ausbaustopp Strangulierende Bürokratie und wettbewerbsverzerrende Vorschriften reduzieren wir durch:
 - Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie
 - Abschaffung des Verpackungsgesetzes
 - Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung

(...)

- Aufhebung des Verbrennerverbots und der unerreichbaren Flottengrenzwerte

Den internationalen Handel fördern wir indem wir:

(...)

- vorteilhafte Handelsabkommen für unser Land abschließen, die dazu beitragen, unsere Rohstofflieferketten zu sichern

(...)

Mehr kluge Köpfe und Ideen gewinnen wir durch:

- von Technologieverböten auf Technologieoffenheit umsteigen
- den CO₂-Grenzausgleich abschaffen.“

Unter-Unterpunkt 6: „Unsere Bürger im Mehltau des linken Zeitgeistes“ (S. 11):

„Die Stimmung der Bürger unseres Landes ist heute von Verunsicherung und Pessimismus geprägt. (...) Maßgeblich dazu beigetragen hat (...) die angeblich existenzbedrohende Klimakrise (...).“

Unterpunkt 2 „Wir wollen ein Volk von Eigentümern werden“ (S. 13):

(...) „Ausufernde gesetzliche Vorgaben zum Bau- und Mietrecht, wie das sogenannte Heizungsgesetz, behindern die Erstellung preiswerter Wohnungen. Wir werden den Wohnungsbau von diesen Fesseln befreien (...).“

Unter-Unterpunkt 1 „Wohn- und Baunebenkosten senken“ (S. 13):

„Ideologiegetriebene Kosten wie EEG-Umlage, CO₂-Steuer und das Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden wir abschaffen.“

Unter-Unterpunkt 3: „Bestandsschutz“ (S. 13):

„Zum Schutz von Eigentum und Bestand vor veränderten Bauvorschriften muss immer das Baurecht aus dem Erstellungszeitraum anwendbar bleiben.“

Unter-Unterpunkt 6: „„Alles wieder zurück auf Start“: Kein erleichtertes Baurecht für großflächige Energieerzeugungsanlagen““ (S. 13):

„Die meisten Deutschen wohnen im ländlichen Raum. Damit diese am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben können, muss die Infrastruktur und vor allem der ÖPNV bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausgebaut werden. (...)

Unabdingbar für den Verbleib der Menschen in ihrer Heimat ist, dass diese nicht durch den Zubau mit Windkraftgroßanlagen zu einem Industriepark verkommt. Größe und Häufigkeit solcher Anlagen und deren maßlose Anhäufung zu Windpark zerstören das Landschaftsbild ganzer Regionen,

während weiterhin selbst kleine Wohngebäude im Außenbereich keine Chance auf eine Baugenehmigung haben. Möglich wurde dies durch zahlreiche ideologiegetriebene Änderungen im Baurecht auf Bundes- und Landesebene. Wir werden die großflächigen Naturzerstörungen durch Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen in Wäldern, Feldern und auf Ackerflächen sofort beenden.

Das Baugesetzbuch und das Raumordnungsgesetz sind entsprechend auf die ideologiefreien Regelungen vor 2021 zurückzuführen. Außerdem muss Ersatz für alte Bestandsbauten genehmigungsrechtlich im Außenbereich ermöglicht werden.“

Unterpunkt 3 „Eine Infrastruktur für Deutschlands Zukunft“ (S. 14):

(...) „Die Sicherstellung einer Versorgung mit Daten ist (...) genauso wichtig, wie die Zurverfügungstellung eines umfassenden Leitungsnetzes für verschiedene Energieträger. Nur ein ausgewogener Energiemix aus unterschiedlichen Bezugsquellen kann Deutschlands energetische Unabhängigkeit garantieren. Die hierfür nötigen Leitungen sind dauerhaft sicherzustellen.“

Unter-Unterpunkt 1: „Energieinfrastruktur und Energiepolitik“ (S. 14):

„Die jahrzehntelange Fokussierung auf die ideologiegetriebene „Klimapolitik“ und die bevorzugte Behandlung der angeblich erneuerbaren Energien haben Deutschland in eine energiepolitisch prekäre Lage gebracht. Der von allen etablierten Parteien betriebene Ausstieg aus der Kern- und Kohleenergie hat diese Situation verschärft. Im Zuge der Russlandsanktionen ist die bezahlbare Energieversorgung Deutschlands zusätzlich erheblich gefährdet. Unser Land ist damit international nicht mehr wettbewerbsfähig. Während dies zu einer Deindustrialisierung und Verarmung der deutschen Bevölkerung führen wird, freuen sich die ökosozialistischen „Klimaschützer“ über sinkende CO₂-Emissionen.

S. 15: Keine der sogenannten erneuerbaren Energien oder der angestrebten neuen Anwendungen wie Wärmepumpen oder Elektromobilität können ohne Subventionen am Markt bestehen, während konventionelle Energien künstlich verteuert oder verboten werden. Diese Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien kostet die deutschen Steuerzahler enorme Summen, hat die Stromnetze destabilisiert und Deutschland zu einem Stromimportland mit einem der höchsten Strompreise aller Industrieländer gemacht. Viele Bürger müssen Wohlstandseinbußen hinnehmen und energieintensive Unternehmen wandern ab oder melden Insolvenz an.

Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.

Zukünftig müssen Anlagen zur Erzeugung „Erneuerbarer Energien“ ihre uneingeschränkte Umweltverträglichkeit sowie ihren ökonomischen Nutzen durch den Verzicht auf Vorrangspeisung und Subvention nachweisen. Die Arbeit der Bundesnetzagentur wird die AfD, wie vom Europäischen Gerichtshof gefordert, wieder auf ihre ideologiefreien Grundaufgaben – Regulierung der Strom- und Gasmärkte und Sicherstellung der Versorgungssicherheit – zurückführen. Die verbliebene und noch intakte Leitung von Nord Stream 2 (Strang B) soll so schnell wie möglich in Betrieb genommen werden. Die Reparatur des beschädigten Nord Stream 1 und 2 Stränge ist zeitnah durchzuführen und die Saboteure müssen ermittelt und zum Schadenersatz herangezogen werden. Den geplanten Ausstieg

aus der Braunkohleverstromung wird es mit der AfD nicht geben. Neben dem kurzfristig notwendigen Ausbau von Kohlekraftwerken ist der Ausbau der Kernenergie geplant. Dabei sollen bestehende Konzepte wieder aufgegriffen werden und neue Entwicklungen berücksichtigt werden. Bestehende Kraftwerke sollen so schnell wie möglich wieder in Betrieb genommen werden. Alle dafür notwendigen Techniken und Voraussetzungen sollen wieder in deutschen Firmen, Behörden, Instituten und Universitäten angesiedelt werden.

Bis Deutschland wieder Kernkraft einsetzt, werden Kohle und Gas eine sichere Stromversorgung gewährleisten müssen, da Stromgroßspeicher nicht existieren oder zu teuer sind. In einem technologieoffenen Wärmesektor werden erneut preiswertes Gas, bevorzugt aus Pipelines, oder Heizöl zur Verfügung stehen. Wasserstoff als Energieträger ist nicht wettbewerbsfähig. Im Verkehrssektor wird sich die AfD auf allen Ebenen dafür einsetzen das Verbot des Verbrennungsmotors aufzuheben.

Vertraglich zugesagte Subventionen für bestehende Anlagen bleiben bestehen. Die Technologieoffenheit wird gewährleistet und für Industrie- und Privatleute wird die Energieerzeugung zum Eigenverbrauch steuer- und abgabenfrei gehalten. Die AfD wird durch Korrektur der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ermöglichen, dass Strom wieder jederzeit in ausreichender Menge zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung steht. Teure Techniken, wie Akkumulatoren, Brennstoffzellen und Wasserstofftechnik, werden dafür nicht benötigt.“

Unter-Unterpunkt 2 „Verkehrspolitik – ideologiefrei und bedarfsgerecht“ (S. 16):

„Die AfD spricht sich für eine an den Bedürfnissen der Bürger orientierte Verkehrspolitik aus. Eine ideologisch geleitete Verbotspolitik, die bestimmte Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD ab. Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger in der Wahl des Verkehrsmittels. Individuelle Mobilität muss bezahlbar bleiben.“

Unter-Unterpunkt 3 „Den Motorisierten Individualverkehr schützen“ (S. 16):

„Die AfD unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr als beliebteste Möglichkeit der Fortbewegung. Intelligente Technik und stauvermeidende Verkehrsführung schützen die Umwelt. Wissenschaftlich mangelhaft belegte Maßnahmen, wie z.B. Dieselfahrverbote oder Tempo-30-Regelungen auf Hauptstraßen, erreichen das nicht. Gleichzeitig fordert die AfD den Erhalt und Ausbau von innerstädtischen Fahrspuren und Parkraum zur Vermeidung von wachsendem Verkehrschaos sowie zum Schutz der Attraktivität des Einzelhandels. Die AfD lehnt zudem Kollektivmaßnahmen wie Fahrverbote für Motorräder aufgrund Fehlverhaltens Einzelner ab. Grundsätzlich setzt die AfD auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürger. (...)“

Unter-Unterpunkt 4: „Bundesautobahnen entlasten – Transitverkehr auf Schiene und Wasserwege verlagern“ (S. 16):

„Die AfD lehnt ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen strikt ab. Stattdessen wollen wir die wirklichen Probleme anpacken. Viele Autobahnen und Brücken in Deutschland müssen seit langem dringend saniert und instandgesetzt werden. Das geht nur mit (...) dem Entfall der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Ersatzbauten. Zudem fordert die AfD mehr Lkw-Parkplätze sowie konsequente Anwendung bestehender Lkw-Überholverbote zur Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Die massive CO2-bezogene Erhöhung der Lkw-Maut muss zurückgenommen werden, da sie vor allem die Waren

verteuert (...). Das Konzept der „Rollenden Landstraße“ und des Containerumschlages soll für die Transitverbindungen durch Deutschland mit regelmäßigen Taktungen etabliert werden. Das Netz an Verladestellen und multimodalen Güterverkehrszentren (Straße, Schiene und Wasserwege) ist zu verdichten. Wir setzen uns für eine zukunftssichere Sanierung des stark vernachlässigten Bundeswasserstraßennetzes, die Sicherung des Hafenstandortes Deutschland (...) ein (...).“

Unter-Unterpunkt 5 „Sichererer, sauberer und verlässlicher Schienenverkehr“ (S. 16):

„Für den Schienenpersonenverkehr muss Deutschland ein besser ausgebautes und abgestimmtes öffentliches Nah- und Fernverkehrsnetz erhalten, das sich am einfachen und zuverlässigen Modell der Schweiz orientiert. Das Bundesschienennetz muss real dem Gemeinwohl dienen und effizient betrieben werden. Der Bahnkonzern muss dafür

S. 17: in eine GmbH umgewandelt und so strukturiert werden, dass der Bund seine Infrastruktursparte wirksam steuern kann. Pünktlichkeit, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine optimale Taktung von Bus-, Bahn- und Vernetzung mit dem Flugverkehr müssen gewährleistet werden. Die AfD unterstützt den Ausbau des zu lange vernachlässigten Schienennetzes -- insbesondere die Beseitigung von Engpässen und die Erweiterung des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Das Deutschlandticket muss zu einem ehrlichen Preis angeboten werden; die vorhandenen Mittel sollen für die Verbesserung des Angebots und des Schienennetzes ausgegeben werden und nicht für Subventionen. (...).“

Unter- Unterpunkt 6 „Flugverkehr als Wirtschaftsfaktor stärken“ (S. 17):

„Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden. Deutschlands Flughäfen sind als Wirtschaftsfaktor zu stärken.

(...) Die deutschen Flughäfen und Fluggesellschaften leiden (...) unter überbordenden, rein ideologisch begründeten Nebenkosten, die sie nur begrenzt an ihre Kunden weitergeben können. Viele Flüge werden dadurch unrentabel, weshalb es bereits zu erheblichen Verkehrsverlagerungen ins Ausland kommt. Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehr- und Ticketsteuer und richtet sich gegen unrealistische EU-CO2-Reduktionsziele.“

Unterpunkt 3 „Digitalisierung“, Unter-Unterpunkt 2: Datensammelkrake Staat und Social Scoring (Sozialbewertung) (S. 18):

„In China ist ein Social-Profiling (soziale Musteranalyse) und „Social-Credit-System“ (Gesellschaftliches Bonitätssystem) für Bürger installiert worden, mit dem die Bürger für wohlfeiles Verhalten belohnt und bei nicht opportunem Verhalten empfindlich in ihren Freiheiten eingeschränkt werden. Ähnliche Überlegungen sind in mehreren westlichen Ländern unter anderem in Verbindung mit sogenannten 15-Minuten-Städten zu beobachten. Die AfD lehnt jegliche derartige Bestrebungen ab.“

Unter-Unterpunkt 7: „Künstliche Intelligenz“ (S. 20):

„KI-Systeme stellen einen großen Wachstumsmarkt dar, von diesen können und wollen wir uns in Deutschland nicht abkoppeln. Deshalb sind effektive gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig, die den Einsatz zum Beispiel in Medizintechnik und Verkehrswesen ermöglichen. Voraussetzung für den Einsatz von KI ist jederzeit verfügbare kostengünstige Energie. (...).“

Unterkapitel 3 „Finanzen und Steuern“ (S. 30):

Unterpunkt 1 „Bundeshaushalt konsolidieren, Steuerverschwendung beenden, Schuldenbremse einhalten“ (S. 30):

(...) „Wir fordern Steuerverschwendung zu vermeiden. Als wesentliche Beispiele seien der Abbau von sinnlosen, der vorgeblichen „Klimarettung“ geschuldeten Ausgaben genannt sowie die Beendigung der Finanzierung von überflüssigen Prestigeprojekten (...).“

Unterpunkt 2 „Steuerrecht stark vereinfachen“, Unter-Unterpunkt 2 „Abschaffung aller CO2-Abgaben“ (S. 31):

„Die CO2-Abgaben erhöhen die Produktionskosten und führen zu einem Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. Weiterhin benachteiligen sie ländliche Regionen, insbesondere unsere Landwirte, die auf fossile Energien angewiesen sind. Ein Fahrzeug mit hohem "Emissionspotential" kann letztendlich weniger CO2 ausstoßen als ein Fahrzeug mit geringerem "Emissionspotential", wird jedoch höher besteuert. Elektrofahrzeuge, die in der Produktion die Umwelt belasten, werden einseitig bevorzugt. Wir fordern eine ersatzlose Abschaffung der CO2-Abgaben.“

Unterkapitel 4 „Währungspolitik – Das Euro-System scheitert“ (S. 34), dort:

Unterpunkt 4 „Beendigung der planwirtschaftlichen Politik der EU“ (S. 35):

(...) „Die EU betreibt (...) auch verbotene Wirtschaftspolitik – über riesige zweckgebundene Garantien und über selektive Aufkäufe von „grünen“ Anleihen. Environmental-Social-Governance-Vorschriften und Taxonomie-Vorgaben, die hoch ideologisch und bürokratisch regulieren, welche Wirtschaftstätigkeiten förderungswürdig sind, stellen eine planwirtschaftliche Makrosteuerung dar.“ (...)

Unterkapitel 5 „Landwirtschaft, Umwelt und Klima“ (S. 39):

„Reine Luft und sauberes Wasser, gesunde und verantwortungsbewusst erzeugte Lebensmittel sowie naturnahe Lebensräume sind lebenswichtige Allgemeingüter, deren Schutz zu den Prioritäten der AfD zählt. Unsere Politik orientiert sich dabei an den Zielen der Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit als konservative Prinzipien.

Die vielen bäuerlichen Familienbetriebe und Agrargenossenschaften in Deutschland sind die Grundlage für unsere Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Darüber hinaus schützen sie unsere natürlichen Lebensgrundlagen und pflegen die deutschen Kulturlandschaften. (...) Dabei muss sich Landwirtschafts- und Umweltpolitik allem voran an nationalen Gegebenheiten und Bedürfnissen orientieren. Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz unserer Natur. Eine überbordende Bürokratisierung aller Lebensbereiche zerstört dabei die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums.

Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben. Dabei kommt es uns nicht darauf an, ob sie aus biologischer oder konventioneller Produktion kommen, sondern entscheidend ist die Qualität der Produkte.“

Unter-Unterpunkt 1 „Agrarpolitik in Deutschland entscheiden“ (S. 39):

„Unter dem Deckmantel der sogenannten Klimaschutzpolitik richten sich Lobbyinteressen gegen eine vernunftgesteuerte und auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Durch Implementierung des „Green Deal“ wird eine milliarden schwere Umverteilungsmaschinerie in Gang gesetzt, die zu Deindustrialisierung und Naturzerstörung führt. Das schadet Bürgern, Umwelt und Landwirtschaft. Dabei wird das Selbstbestimmungsrecht Deutschlands weiter unterlaufen.“

Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, landwirtschaftliche Nutztierhalter und Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn geschehen. Die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) lehnen wir aus diesem Grund auch ab.“

(...)

Unter-Unterpunkt 2 „Ländlicher Raum und Familienbetriebe“ (S. 40):

„Die verschiedenen Sparten der Flächenbewirtschaftung – Ackerbau, Viehzucht, Weinbau, Forstwirtschaft, Gartenbau und Imkerei – tragen zur Pflege der Kulturlandschaft, der Schaffung regionaler Arbeitsplätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln in Deutschland. Wir setzen uns für einen realitätsbezogenen Bildungsansatz in den „Grünen Berufen“ ein. Bevor agrarpolitische Maßnahmen eingeführt werden, muss geprüft werden, wie sie sich auf das Einkommen der Bauern auswirken und welchen ökologischen Nutzen sie erbringen. Wir setzen auf Anreize statt Verbote.“

Die Agrarförderung muss die Leistungen von Familienbetrieben und Genossenschaften berücksichtigen sowie die Hofnachfolge vereinfachen. Die Landwirtschaft ist zu entbürokratisieren, um die Bauern zu entlasten. Weder deutsche noch EU-Behörden sollen sich in deren Wirtschaftsweise einmischen, wie etwa bei der Wahl der Fruchtfolge. Um unsere vielfältigen Agrarstrukturen zu erhalten, werden wir Junglandwirte besserstellen, die ihre Agrarflächen selbst bewirtschaften. Wir werden Existenzgründer steuerlich entlasten. Flankierend dazu stellen wir uns gegen die Abnahme der landwirtschaftlichen Nutzfläche und werden außerlandwirtschaftlichen Investoren den Zugang zum Bodenmarkt erschweren.“

Unter-Unterpunkt 3 „Verbraucherschutz“ (S. 40):

„Bei vielen Nahrungsmitteln, Finanzprodukten und Sachgütern fehlen den Verbrauchern (...) wesentliche Informationen über Produktherkunft und -qualität. Die AfD will die Verbraucher in die Lage versetzen, eine informierte Kaufentscheidung treffen zu können.“

(...) Dazu gehört die Aufklärung über gesundheitliche Risiken modischer Ernährungsformen und die Bewahrung unserer traditionellen Esskultur in öffentlichen Einrichtungen. Wir schätzen regionale und saisonale Lebensmittel aus Deutschland. Sie sichern unseren produzierenden und verarbeitenden Betrieben ein hinreichendes Einkommen – bei zugleich hohen Standards im Tier- und Umweltschutz.“

(...)

Unter-Unterpunkt 4 „Düngung, Pflanzenschutz und Gentechnik“ (S. 41):

„Die derzeitigen Düngeregeln verursachen erhebliche Ertrags- und Qualitätseinbußen sowie massive ökologische Probleme, darunter der Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Humus. Die AfD wird deshalb die bedarfsgerechte Nährstoffversorgung von Kulturpflanzen nach guter fachlicher Praxis wieder ermöglichen und den bürokratischen Aufwand auf das absolut notwendige Minimum beschränken. Ein wirksamer Pflanzenschutz nach guter fachlicher Praxis ist ein wichtiger Faktor der landwirtschaftlichen Produktion. Für unsere Landwirte muss dabei die Nutzung und der Handel von alten Kultursorten möglich sein, um die Sortenvielfalt für den Verbraucher zu erhöhen.

In der Forschung sind weitere Fortschritte bei neuen genomischen Techniken (CRISPR) wichtig, deshalb unterstützen wir dahingehende Bemühungen. Jedoch sollte der Einsatz von Gentechnik in der landwirtschaftlichen Praxis streng überwacht und stets auf seinen tatsächlichen Nutzen überprüft werden.“

Unter-Unterpunkt 6 „Klima“ (S. 41):

„Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist wissenschaftlich ungeklärt. Darauf lässt sich keine tausende Milliarden Euro kostende sogenannte Energiewende aufbauen. Es gibt daher auch keinen Grund, die notwendige und sinnvolle Nutzung fossiler Energien (also Kohle, Erdgas, Erdöl) zu beschränken oder gar zu verbieten (z.B. Verbrenner-Verbot). Der angebliche wissenschaftliche Konsens des „menschgemachten Klimawandels“ war schon bisher politisch konstruiert. Er fällt mit der jüngst veröffentlichten Ablehnung einer behaupteten „Klimakrise“ durch rund 2000 Fachexperten, darunter zwei Nobelpreisträger, komplett in sich zusammen (World Climate Declaration, <https://clintel.org>). Die Vorhersagen des IPCC basieren auf unzureichenden Modellen. Die Warnungen der sogenannten „Klimawissenschaft“ hat sich von der in den 1970er Jahren prognostizierten Eiszeit zu einer aktuell behaupteten „Erderhitzung“ komplett gedreht.

S. 42: Die tatsächlichen Beobachtungen der vergangenen 30 Jahre blieben weit unterhalb der damals prognostizierten Katastrophenszenarien. Im Gegenteil erweist sich CO₂ als Treiber eines verstärkten globalen Pflanzenwachstums und begünstigt damit die Welternährung.

Ein sich natürlich wandelndes Klima ist hingegen klar belegt, ebenso wie die Anpassungsfähigkeit des Menschen daran eine geschichtliche Tatsache ist. Gerade Warmperioden waren dabei meist Blütezeiten von Kulturen. Selbst die Häufigkeit von Extremwetterereignissen hat in den vergangenen Jahrzehnten nicht zugenommen, wie mittlerweile selbst das IPCC eingestehen muss. Die Schäden durch Extremwetterereignisse, wie beispielsweise im Ahrtal, gehen oft zurück auf politisches Versagen, mangelnde Instandhaltung und unzureichende Schutzmaßnahmen, wie fehlende Dämme und Kanalisationen. Historisch bekannte Überschwemmungsgebiete wurden unverantwortlich bebaut. Anstatt in die Infrastruktur des eigenen Landes zu investieren, wird Geld für ideologisch geprägte Klimaschutzprojekte wie Radwege in Peru ausgegeben, deren Umsetzung oft nicht überprüft wird. Ähnliches gilt für CO₂-Zertifikate und „Biodiesel“ aus China. Die damit verbundenen Verluste in Milliardenhöhe und die daraus resultierende Korruption werden wir politisch und strafrechtlich aufarbeiten.

Der Versuch, das Klima steuern zu wollen, bedroht deshalb nicht nur unseren Wohlstand in Deutschland, sondern lenkt auch weltweit Volksvermögen um, das für die Bekämpfung von Armut, Krankheit

und Hunger dringend benötigt wird. Dass inzwischen sogar Tiere und Kinder als "Klimaschädlinge" hingestellt werden, ist ein lebensfeindlicher moralischer Tiefpunkt. Es wird hierbei klar, dass die derzeitige "Klimapolitik" gegen das Volk gerichtet ist, Angst erzeugen soll und so unsere Freiheit bedroht. Die wegen der behaupteten „Klimakatastrophe“ bereits eingeleitete „Große Transformation“ („The Great Reset“) bedroht unsere Freiheit in erschreckendem Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau vehement ab. Dazu gehört auch der „Green Deal“ der EU, der die europäische Wirtschaft und somit unseren Wohlstand zerstört. Die aktuelle CO₂-zentrierte Politik zeigt aber auch jetzt schon verheerende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, unsere freiheitliche Lebensweise und unseren Wohlstand: energieintensive Branchen wandern ab, die Automobilindustrie strauchelt und Arbeitsplätze fallen in beängstigendem Ausmaß weg. Diese Fehlentwicklung droht sich in den kommenden Jahren noch zu beschleunigen. Währenddessen sollen der breiten Masse wohlverdiente Annehmlichkeiten wie Urlaubsflüge und bezahlbare Autos genommen werden.

Die Profiteure der derzeitigen Klimapolitik sind ausschließlich Politiker, internationale Konzerne mit Ihren Lobbys und politiknahe NGOs. Interessengruppen und ihre unterstützenden Parteien schaffen so zunehmend Tätigkeitsfelder für ihre eigene Klientel – ohne jede Wertschöpfung.

S. 43: Die AfD lehnt daher jede Politik und jede Steuer ab, die sich auf angeblichen Klimaschutz bezieht, denn das Klima kann der Mensch nicht schützen. Wir wollen zudem aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen. Die AfD wird unseren zukünftigen Generationen die Hoffnung und die Möglichkeit auf ein würdiges Leben in Freiheit und Wohlstand zurückbringen. Die ausufernde Plan- und Subventionswirtschaft der letzten Jahrzehnte werden wir in eine moderne soziale Marktwirtschaft zurückführen, mit der wir alle kommenden Herausforderungen meistern können. Es ist noch nicht zu spät, die von linksgrünen Ideologen zerstörte Leistungsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten wieder herzustellen.“

Unter-Unterpunkt 7 „Umweltschutz statt Wind- und Solarausbau“ (S. 43):

„Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen und Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar. Insbesondere der Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten wird als Kollateralschaden der linksgrünen Energietransformation in Kauf genommen. Folgen daraus sind Bestandsrückgänge, die zum Aussterben geschützter Arten führen können. Keine andere Energieform fordert einen solch hohen Blutzoll in der Tierwelt wie die Windkraftindustrie. Die weiteren Auswirkungen durch Windkraftanlagen verursachten Bodenerosionen und Windschleppen sind schnellstmöglich zu erforschen. Zudem hat diese Energieerzeugungsart massive Auswirkungen auf den Boden- und Wasserhaushalt. Weitere Schädigungen unserer Natur im Namen eines vermeintlichen Klimaschutzes müssen unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb lehnen wir den weiteren Ausbau der Windenergie ab.

Den Neubau von Photovoltaikanlagen als Agro-PV auf landwirtschaftlichen Nutzflächen lehnen wir aufgrund ihres hohen Flächenverbrauchs ab. Zudem verstärken diese die Aufheizung des Mikroklimas und intensivieren den Druck auf landwirtschaftliche Produktionsflächen. Photovoltaikanlagen führen generell zu einer Veränderung des Mikroklimas und verursachen eine Temperaturerhöhung.“

Unter-Unterpunkt 9 „Waldpflege und Forstwirtschaft“ (S. 44):

„Über ein Drittel der Gesamtfläche unseres Landes ist bewaldet. Um einen gesunden Wald mit Wild zu erhalten, braucht es waldbauliche Maßnahmen im Einklang mit Ökonomie, Ökologie und Naherholung. Die AfD setzt sich für eine Förderung des Baumaterials und Energieträgers Holz ein, um eine nachhaltige Bewirtschaftung und Sicherung der Wälder zu erreichen. Wir werden den Abbau der ausufernden Bürokratie bei der Dokumentation in der Forstwirtschaft umsetzen. Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant natürlicher Baustoffe und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige Bewirtschaftung über Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein. Die weitere Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen wir ab. Deutschland benötigt aufgrund seiner dichten Besiedlung eine vernunftorientierte Interessenabwägung bei der Waldnutzung. Für den Erhalt des Waldes ist eine professionelle Bewirtschaftung unabdingbar. In diesem Zusammenhang steht die AfD für den nachhaltigen Waldumbau.“

Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss schnellstmöglich beendet werden. Wir lehnen die Abholzung des Kulturgutes Wald für Windkraftanlagen entschieden ab, um die wildlebenden Arten zu schützen und unseren Kindern eine intakte Natur zu übergeben.“

Unter-Unterpunkt 10 „Gewässerschutz und Trinkwasserversorgung“ (S. 44):

„Der Gewässerschutz gehört nicht in die Hände der EU, sondern nach Deutschland und in die einzelnen Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich effektiver den Gewässerschutz sicherstellen.“

(...)

Kapitel 3 „Zeit für Zusammenhalt“ (S. 65), Unterkapitel 3 „Bildung, Wissenschaft und Technologieoffenheit“ (S. 77), dort:

Unterpunkt 5 „Forschung und Technik“ (S. 80):

(...) „Techniken müssen danach bewertet werden, ob sie dem Wohl unserer Bürger, der Wirtschaft und der Umwelt dienen.“

Unter-Unterpunkt 1 „Subventionen, Dirigismus und Halbleiterindustrie“ (S. 81):

„Die AfD lehnt Subvention von Techniken ab. Die staatliche Planung versagt regelmäßig gegenüber dem Markt und schadet unserer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, wie es z.B. der Niedergang der deutschen Solarindustrie, der e-Mobilität, das Verbrennerverbot und das Heizungsgesetz zeigen.“

(...)

Unter-Unterpunkt 2 „Kerntechnik“ (S. 81):

„Die AfD wird in Deutschland neue, dringend benötigte Kernforschungszentren und Kernkraftwerke schaffen, um seine führende Position in der Kerntechnik zurückzugewinnen. Nach dem Ausverkauf deutschen Fachwissens sind gezielte Investitionen notwendig, um innovative Technologien zu

entwickeln und neue Fachkräfte auszubilden. Dies dient der Energiesicherheit und dem Wohlstand künftiger Generationen, als auch dem Umweltschutz.“

Unter-Unterpunkt 3 „Rohstoff- und Kreislaufwirtschaft“ (S. 81):

„Recyclingtechnologien können ein effektives Mittel für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und Abfällen sein. Sie setzen sich durch, wenn es energetisch effizient und damit kostengünstig ist, Materialien sortenrein zu verarbeiten, und die Verwertung von Reststoffen einen Wettbewerbsvorteil bietet. Deutschland ist in diesem Bereich bereits gut aufgestellt.

Die Forschung an solchen Technologien in staatlichen Instituten, in Kooperation mit der Industrie, könnten dabei helfen, Innovationen voranzutreiben. Pauschale Verbote, wie bei Strohhalmen oder das in der EU diskutierte Verbot ganzer Stoffgruppen wie Teflon und PFAS, lehnt die AfD ab. Stattdessen fordern wir eine evidenzbasierte Bewertung der Risiken einzelner Stoffe.

Die Vermüllung der Weltmeere hat ihren Ursprung nicht in Deutschland, sondern überwiegend in Ländern mit geringem Wohlstand. Hier hat die Politik anzusetzen.“

Unter-Unterpunkt 4 „Gentechnik“ (S. 82):

„Die Verwendung von Produkten aus der gentechnischen Industrie in Nahrung, Kosmetik oder Kleidung, ist im Alltag weit verbreitet. Statt diese Realität zu leugnen, muss Deutschland, als rohstoffarmes Land, technologieoffen sein. Hemmend wirken hierzulande Gesetze wie das Gentechnikgesetz (GenTG), das strenge Auflagen für Anbau und Forschung macht, sowie die EU-Verordnung 1829/2003, die den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in Lebensmitteln einschränkt.

Die AfD wird eine offene Debatte über die Vorteile der Gentechnik führen und einen pragmatischen rechtlichen Rahmen durchsetzen. Dazu muss auch das GenTG einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Insbesondere in der Medizintechnik muss eine freiwillige und bewusste Entscheidung der Bürger möglich sein.“

BSW

Unter:

Präambel (S. 2 f.):

S. 2 a. E.: „Wir wollen die drohende Deindustrialisierung stoppen, indem wir die Energiepreise durch eine vernünftige Energiepolitik senken, Innovation technologieoffen fördern, über eine Reform der Schuldenbremse unsere marode Infrastruktur modernisieren und den Mittelstand von bürokratischen Auflagen entlasten.“

(...)

S. 3: „Wir brauchen eine durchdachte Klima- und Umweltpolitik, die den Klimawandel ernst nimmt, aber sich nicht in planlosem Aktivismus verrennt und dabei viele Milliarden Euro Steuergeld verbrennt. Allein auf stromintensive Technologien wie das Elektroauto und die Wärmepumpe zu setzen, ohne ein Konzept, wo insbesondere im Winter der Strom dafür überhaupt herkommen soll, führt nicht zu einer klimaneutralen Wirtschaft, sondern in den Blackout. Ganz abgesehen von der Frage, wie die Menschen ohne großen Geldbeutel das alles bezahlen sollen. Wir fordern die Rücknahme des Verbrenner-Verbots und des Heizungsgesetzes.“

Unter

Punkt 2. Deindustrialisierung stoppen – ein Comeback für die deutsche Wirtschaft (S. 9 f.):

„Hohe Energiekosten und bürokratische Regelungswut ersticken die Konjunktur.“

(...)

Punkt 2, Unterpunkt „Energiepreise senken, für eine durchdachte Klima- und Umweltpolitik“ (S. 9):

(...)

„Der Klimawandel ist eine ernste Herausforderung. Er verlangt durchdachte Lösungen und keinen blinden Aktivismus oder autoritäre Anmaßung. Das BSW steht zum Pariser Klimaabkommen. Klimaschutz ist allerdings eine weltweite Aufgabe und sollte nach dem Kriterium vorangetrieben werden, Mittel dort einzusetzen, wo sie die größtmögliche Wirkung entfalten. Das tägliche Leben im Land nur immer teurer zu machen, ist keine Klima-, sondern Verarmungspolitik.“

Die aktuelle deutsche Energiepolitik treibt die Preise hoch und gefährdet die Versorgungssicherheit. Während im Sommer vielfach ein Überangebot an Strom aus erneuerbaren Energien existiert, führt die unzureichende Reservekapazität seit dem Atomausstieg und der schrittweisen Abschaltung der Kohlekraftwerke bei Dunkelflauten zu extremen Preisspitzen, die für Unternehmen mit unkalkulierbaren Risiken verbunden sind und unsere europäischen Nachbarn gegen uns aufbringen. Das Problem wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, wenn der Kohleausstieg wie geplant umgesetzt wird, aber neue Kapazitäten in Form zusätzlicher Gaskraftwerke weiterhin nicht geschaffen werden. Zudem ist die längerfristige Versorgung mit ausreichend Gas, zumal zu moderaten Preisen, nicht gesichert.

✓ Eine exportstarke Industrie braucht wettbewerbsfähige Energiepreise und Versorgungssicherheit. Die nach Beginn des Ukrainekriegs verhängten Sanktionen waren ein Konjunkturprogramm für die US-Wirtschaft und ein Killerprogramm für deutsche und europäische Unternehmen.“

S. 10:

„✓ Wir brauchen wieder langfristige Verträge zu Energieimporten, die sich am Kriterium des niedrigsten Preises orientieren.“

✓ Die Bundesregierung sollte mit Russland verhandeln, um über den verbliebenen Strang der Nord-Stream-Pipeline wieder günstiges Erdgas zu beziehen. Sie sollte außerdem eine Wiederherstellung der zerstörten Stränge angehen.

Wir fordern eine Abkehr vom Wunschdenken einer schnell erreichbaren völligen Klimaneutralität. Denn es führt zu der Vorgabe, dass nur Technologien zukunftsfähig sind, die auf 100 % erneuerbaren Energien beruhen. Effiziente Mischtechnologien werden dadurch zugunsten von extrem teuren und vielfach unrealistischen „100 %-klimaneutralen“ Projekten ausgeschlossen. Die Folge sind Exzesse wie das Verbrenner-Verbot, obwohl es derzeit kein realistisches Konzept für eine klimaneutrale Stromversorgung von vielen Millionen Fahrzeugen gibt, E-Autos für Normalverdiener zu teuer sind, die Ladeinfrastruktur nicht ausreichend vorhanden ist und wichtige Fragen bis heute ungeklärt sind, zum Beispiel wie lange das teuerste Teil der E-Autos, der Akku, überhaupt hält.

Wir wollen alle Technologien nutzen, um CO₂ zu reduzieren. Das gilt für die Entwicklung verbrauchsarmer und effizienter Verbrennermotoren sowie für die Förderung alternativer Kraftstoffe. Im Bereich der E-Mobilität müssen preisgünstige Modelle angeboten werden. Zudem wollen wir die Forschungs- und Entwicklungsarbeit an Technologien wie der Feststoffbatterie intensivieren. Deutschland muss hier einen Spitzenplatz einnehmen. Kaufprämien im niedrigen Preissegment für Niedrigenergiefahrzeuge und E-Autos können darüber hinaus den Absatz ankurbeln.

Ein weiteres negatives Beispiel ist das undurchdachte Heizungsgesetz, das kaum CO₂-Einsparungen bringt, aber Hauseigentümern nicht nur hohe Anschaffungs-, sondern zumeist auch noch extrem hohe Umbaukosten beschert, wenn die Wärmepumpe das Haus halbwegs effizient beheizen soll. In Mietshäusern werden diese Kosten auf die Mieter umgelegt, was zu weiteren Mietsteigerungen führt.

Den Einbau von Wärmepumpen wollen wir fördern, ohne den Betrieb anderer Technologien zu diskriminieren. Auch hier gilt Technologieoffenheit. Habecks Heizungsgesetz wollen wir sofort abschaffen und durch sinnvolle Regelungen ersetzen.

✓ Wir fordern die Rücknahme des Verbrenner- Verbots und des Heizungsgesetzes.

Auch die Stilllegung großer Teile des Gasnetzes in naher Zukunft gehört zu den politischen Vorgaben, die in eine Sackgasse führen, weil es effiziente und bezahlbare alternative Lösungen zum Beheizen vieler Wohnungen und Häuser aktuell nicht gibt. 41 Prozent der Stadtwerke warnen, dass unter diesen Rahmenbedingungen eine bezahlbare Wärmeversorgung in Zukunft nicht gesichert ist. Das macht vielen Menschen zurecht Angst.

✓ Die Gasnetze wollen wir erhalten, sie dürfen nicht zurückgebaut werden. Auch langfristig werden wir Methan als Rückfalloption brauchen, z. B. bei einer langen Dunkelflaute.

Der Emissionshandel könnte ein sinnvolles Instrument sein, den technologischen Wandel in Richtung klimaverträglicherer Technologien zu lenken, wenn er weltweit zur Anwendung käme. Als rein europäisches Instrument motiviert er eher zu Produktionsverlagerungen als zur Anwendung klimaschonender Verfahren. Tatsächlich sinkt der Anteil der EU an der globalen Produktion seit Jahren. Dabei fallen wir nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber den Vereinigten Staaten zurück. Diesen Irrweg wollen wir verlassen. Statt auf den CO₂ Preis zu setzen, wollen wir den technologischen Wandel durch die Förderung von Innovation und gezielt gesetzte Anreize ermöglichen.

✓ Den CO₂-Preis, der alles teurer macht, ohne dass es für die meisten Menschen Alternativen gibt, wollen wir abschaffen.“

S. 11:

„✓ Der europäische Emissionshandel muss entweder globalisiert werden, oder Deutschland sollte auf EU-Ebene für seine Abschaffung werben. Ein europäischer Alleingang hilft dem Klima nicht, führt aber zum Niedergang unserer Industrie und zur Abwanderung, insbesondere der energieintensiven Branchen.

Über Netzentgelte und Ökostrom-Subventionen zahlen Verbraucher und Steuerzahler jährlich viele Milliarden für eine falsch konstruierte Energiewende. Seit der Privatisierung der Netze garantiert der Staat den Netzbetreibern steigende Eigenkapitalrenditen von inzwischen sieben Prozent, die über immer höhere Netzentgelte auf die Stromkunden abgewälzt werden. Allein die Netzentgelte machen inzwischen rund ein Viertel des Strompreises aus.

Zugleich kommt es bei den Stromversorgern immer wieder zu ungerechtfertigt hohen Gewinnen aus überhöhten Preisen. Diese planlose Politik darf nicht fortgesetzt werden. Statt an dunklen windarmen Tagen die Wirtschaft mit Extrempreisen zu belasten und bei Wind und Sonne Steuergeld zu verbrennen, muss in neue Gaskraftwerke als Reservekapazität sowie in die Netze investiert werden. Auch die dafür benötigten Investitionssummen sprechen für eine Verstaatlichung dieser Bereiche, da der Staat weit zinsgünstiger Kredite aufnehmen kann als private Anbieter und den Ausbau damit zu geringeren Kosten realisieren kann.

✓ Die Instandhaltung und der Ausbau der Energienetze sind öffentliche Aufgaben und müssen aus öffentlichen Mitteln und nicht über die Strompreise finanziert werden. Statt privaten Netzbetreibern Traumrenditen zu sichern, wollen wir die Netze verstaatlichen und die Netzentgelte auf ein Minimum reduzieren.

Intelligente Netze und Messstellen ermöglichen eine flexiblere Energieversorgung. Auch sie sollten aus Gründen des Datenschutzes in öffentlicher Hand sein. Zur Erreichung dieses Ziels wollen wir Kommunen unterstützen.

Die Möglichkeit der Energiekappung lehnen wir ab. Der Staat ist für Deutschlands Versorgungssicherheit verantwortlich. Deshalb sollten Speicher- und Reservekapazitäten nicht nach Profitinteressen, sondern im Interesse der Allgemeinheit betrieben werden.

Neben klassischen Batteriespeichern sind hier auch Hochtemperaturspeicher eine vielversprechende Möglichkeit. Sie bieten zusätzlich den Vorteil, dass sie einen Großteil der Kohlekraftwerks- Infrastruktur emissionsfrei weiternutzen. Das spart Kosten, schont Ressourcen und erhält Arbeitsplätze. Im Bereich der Speichertechnologien gibt es eine große Zahl vielversprechender Ansätze. Hier wollen wir die Forschungs- und Entwicklungsarbeit fördern.

Der Bau von Elektrolyseuren zur Herstellung von Wasserstoff sollte, parallel zu Privatanlagen, auch öffentlich erfolgen, insbesondere dort, wo erneuerbarer Strom im Überschuss vorhanden ist und gegenwärtig abgeregelt werden muss.

✓ Biogasanlagen wollen wir einvernehmlich mit unseren Landwirten betreiben und damit eine ergänzende Einnahmequelle für landwirtschaftliche Betriebe erreichen. Die entsprechende Pflanzennutzung darf dabei nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion geraten.

✓ Den Neubau konventioneller Atomkraftwerke lehnen wir ab. Dasselbe gilt derzeit für Mini-Kraftwerke (SMR), deren Betrieb bis zu 30-mal mehr radioaktive Abfälle erzeugt als konventionelle Reaktoren. Es gibt jedoch technologisch vielversprechende Ansätze im Bereich der Kernfusion. Hier wollen wir Forschung und Entwicklung intensivieren.

✓ Im Bereich der Erneuerbaren Energien fordern wir ein „Repowering“-Programm. Alte Windanlagen wollen wir durch neue ersetzen. So können wir an vorhandenen Standorten ohne neue Eingriffe in die Natur den Stromertrag erhöhen.

✓ Wir wollen die Errichtung von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, auf Parkplätzen,

S. 12:

Ställen und Werkshallen fördern. Die Beteiligung von Kommunen und Bürgern an erneuerbaren Erzeugungskapazitäten wollen wir durch Energiegenossenschaften unterstützen.

Die von der Ampel in der H2-Strategie formulierten Importziele für grünen Wasserstoff halten wir für unrealistisch und auch für die Partnerländer, die ihre erneuerbaren Energien selbst nutzen sollten, für schädlich. In den Ländern des Südens sollten erneuerbare Energien vorrangig dazu dienen, die lokale Stromerzeugung CO₂-neutral zu machen, bevor auf Exporte orientiert wird.

Statt den Einsatz ineffizienter Technologien mit hohen Summen zu subventionieren, sollte mehr getan werden, um die Erforschung und Entwicklung neuer klimaschonender Technologien zu fördern. Der größte Beitrag zum Klimaschutz, den ein Hochtechnologie- und Industrieland wie Deutschland leisten kann, besteht in der Entwicklung von Innovationen und Zukunftstechnologien für eine ressourcenschonende, klimaneutrale und umweltverträgliche Wirtschaft.

✓ Anstatt auf Verbote setzen wir auf Förderung und Anreize bei der Entwicklung von vielversprechenden Technologien. So wollen wir den Betrieb von CCS- oder CCU-Anlagen zur Abscheidung von unvermeidbaren CO₂-Emissionen und dessen Lagerung oder Nutzung weiterentwickeln und fördern. Den Bau von CCS- oder CCU-Anlagen wollen wir mithilfe von Superabschreibungen oder öffentlicher Kredite fördern.

Fernwärme wird in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, wir unterstützen ihren Ausbau und die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen. Geothermie wollen wir ausbauen. Das Potenzial liegt in Deutschland bei 300 Terawattstunden und damit bei rund einem Viertel unserer Wärmeversorgung. In einem ersten Schritt wollen wir die Erschließungsziele bis 2030 von 10 auf 100 Terawattstunden anheben. Auch die Abwärme aus industriellen Prozessen, Verbrennungsanlagen oder Rechenzentren wollen wir effizienter nutzen. Die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen muss über das Jahr 2025 hinaus fortgeschrieben werden.

Die Offenheit gegenüber vielversprechenden Technologien ist ein zentraler Bestandteil unserer Politik.

Eine große Belastung für die Umwelt und eine Quelle für unnötige CO₂-Emissionen sind Produkte, die nach zu kurzer Nutzungsdauer auf dem Müll landen. Das frisst knappe Ressourcen und Energie und ist ein erhebliches Klima- und Umweltproblem. Nicht wenige Hersteller sorgen durch minderwertiges Material oder schlechte Verarbeitung an Schwachstellen für eine verkürzte Lebensdauer ihrer Produkte. Man nennt das „Geplanten Verschleiß“. Er muss, wenn er nachweislich absichtsvoll geschieht, auch in Deutschland verboten werden.

✓ Wir wollen mit einer Kennzeichnungspflicht für die Lebensdauer den Druck auf die Hersteller erhöhen, ihre Produkte langlebiger zu produzieren. Die voraussichtliche Lebensdauer technischer Produkte soll künftig klar und gut sichtbar auf der Verpackung oder in der Produktbeschreibung stehen.

✓ Eine bewusste und gezielte Verringerung der Lebensdauer von Produkten soll verboten werden.

Wenn die Hersteller die Anzahl der Waschgänge, Rasuren oder Druckseiten angeben müssten, mit denen Kunden rechnen dürfen, bevor ein Gerät den Dienst einstellt, können Kunden ihre Kaufentscheidung danach ausrichten. Hersteller von Akku-Geräten, die einen günstigen Akku-Austausch ermöglichen, könnten eine deutlich höhere Nutzungsdauer versprechen als diejenigen, die den Akku fest verbauen.

✓ Reparaturen von defekten Geräten wollen wir attraktiver machen – durch eine niedrigere Mehrwertsteuer und einen bundesweiten Bonus für Reparaturleistungen.“

Punkt 2, Unterpunkt „Fairer Handel in einer multipolaren Welt“ (S. 13):

(...)

„Ein (...) rohstoffarmes Land wie Deutschland ist auf stabile Wirtschaftsbeziehungen mit möglichst vielen Ländern angewiesen, um die eigenen Waren zu verkaufen und die Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherzustellen.“

(...)

„Um Deutschland langfristig unabhängiger vom Ausland und von Lieferkettenproblemen zu machen, wollen wir regionale Wirtschaftskreisläufe fördern. Das setzt voraus, dass Schlüsselbranchen wie die Stahlproduktion oder die energieintensive Basischemie im Land bleiben.“

(...)

Punkt 2, Unterpunkt „Schlüsselbranchen im Land halten, Innovation fördern“ (S. 13):

(...) „Der Staat hat eine Verantwortung, Industrien aus strategischen Gründen zu erhalten und umzubauen sowie technologieoffen Innovation für gesellschaftlich erwünschte Ziele (Klima- und Umweltschutz, Einsparung an Ressourcen, Kreislaufwirtschaft) zu fördern und zu unterstützen.“

(...)

S. 14:

- ✓ „Große Unternehmen in Schlüsselbranchen, die staatliche Unterstützung erhalten, wollen wir (...) in innovationsfreundliche Stiftungsunternehmen umwandeln.“ (...)

Punkt 2, Unterpunkt „Infrastruktur modernisieren, Binnennachfrage stärken“ (S. 15 f.):

(...)

„✓ Wir wollen Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungen und Netze aus der Schuldenbremse ausklammern und den dramatischen Investitionsstau, der zum Verfall unserer Infrastruktur führt, ohne weiteren Verzug durch ein großes Investitionsprogramm beheben.“

S. 16:

(...)

„Wir wollen eine Infrastruktur-Garantie für Deutschland: Gesundheit, Wohnen, Energie und Wasserversorgung wollen wir am Gemeinwohl ausrichten und nicht am Profit. ÖPNV und (...) sind vom Staat zu gewährleisten.“

(...)

Unter:

Punkt 2, Unterpunkt „Bürokratieabbau: Schlüssel für Wachstum und Innovation“ (S. 18):

„Ein großer Teil der bürokratischen Lasten hat in den letzten Jahren ihren Ursprung im EU-Recht. Wir lehnen die Übererfüllung von EU-Standards bei der Umsetzung in nationales Recht ab.

- ✓ EU-Auflagen, die Unternehmen übermäßig belasten, deren Nutzen jedoch fragwürdig ist, sollten nicht mehr in nationales Recht übernommen werden.

Die Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (ESG) etwa führen zu unnötiger Bürokratie. Die absurden Diskussionen um die „Nachhaltigkeit“ von Atomkraft und (...) zeigen, dass der Staat keine umfassende Bewertung wirtschaftlicher Aktivität nach ethischen Maßstäben vorgeben sollte. Das führt zur aufwendigen Produktion nutzloser Berichte sowie teilweise zum Gütesiegel für fragwürdige Produkte und zu Skandalen wie den Milliardenzahlungen für nicht existente Klimaschutzprojekte in China, mit denen Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsbilanz aufgebessert haben.“

(...)

„✓ Als Sofortmaßnahme werden wir die Pflicht zur sog. Nachhaltigkeitsberichterstattung sofort aussetzen und uns für eine Reform des Lieferkettengesetzes einsetzen, um das Verhältnis von Nutzen zu Aufwand zu verbessern.“

✓ Wir wollen Schwellenwerte so gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärker von Berichts- und Dokumentationspflichten befreit werden. Ziel ist es, den unternehmerischen Freiraum zu erweitern und damit Innovationen zu fördern.“

Punkt 2, Unterpunkt „Respekt für unsere Landwirte, guter Umwelt- und Tierschutz“ (S. 19):

„Wir wollen eine Agrarpolitik, die stärker national und regional ausgerichtet ist. Landwirtschaft dient zuerst der Ernährungssicherung im eigenen Land. Es muss verhindert werden, dass Billigimporte aus dem Ausland die Lebens- und Futtermittel verdrängen, die in Deutschland produziert werden. Landwirte erwarten zu Recht stabile und auskömmliche Preise, von denen sie leben und mit denen sie planen können.

✓ Ein Mittel können gesetzlich geregelte Mindesterzeugerpreise sein.

✓ Die Streichung der Steuerermäßigung für Agrardiesel wollen wir zurücknehmen.

Es braucht eine Begrenzung der Marktmacht von Konzernen in der Verarbeitung und im Handel. Handelsabkommen, die den Konkurrenzdruck für unsere heimische Landwirtschaft erhöhen, wie das Mercosur-Abkommen, lehnen wir ab.

✓ Wir setzen auf regionale Wirtschaftskreisläufe mit kurzen Lieferwegen.

Das macht uns nicht nur unabhängiger vom Weltmarkt, sondern stärkt auch den ländlichen Raum durch die Ansiedlung und den Erhalt von kleinen und mittelgroßen Molkereien, Schlachtereien und Lebensmittelläden. So kommen Landwirte auf Augenhöhe mit den Verhandlungspartnern und klimaschädliche Transporte entfallen.

✓ Wir fordern bezahlbaren Boden zum Erhalt land- und forstwirtschaftlicher Flächen.

Unnötige Bürokratie, die den Landwirten das Leben schwer machen, muss abgebaut werden. Bei Umweltauflagen sind Landwirte einzubeziehen und Kompromisse durch angemessene Übergangszeiträume und unbürokratische Förderungen zu finden. Ziel müssen umwelt-, boden- und klimaschonende Agrartechniken und Anbausysteme sein, die die Ernährungssicherung erhalten und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht gefährden.“

S. 20:

„✓ Die Landwirtschaft als Klimakiller zu verunglimpfen, lehnen wir entschieden ab. Sie ist eine systemrelevante Branche für unsere Ernährungssicherheit.

Der Erhalt von Agrarflächen hat für uns Priorität. Wälder, Grünland und Moore sind durch schonende Nutzung zu erhalten. Ausgleichsmaßnahmen für Bauvorhaben sind mit den landwirtschaftlichen Betrieben vor Ort produktionsintegriert umzusetzen. Photovoltaikanlagen dürfen die agrarische Nutzung nicht verdrängen.

Wir wollen eine verlässliche Herkunftskennzeichnung und bezahlbare Pflanzenschutzmittel, deren Sicherheit durch ein unabhängiges und transparentes Genehmigungsverfahren ohne Einfluss der Hersteller festgestellt wurde.“

(...)

(...) „Agro Gentechnik und Patente auf Leben lehnen wir ab. Saatgut muss frei nachgebaut werden dürfen.

Saatgut muss frei nachgebaut werden dürfen. Insbesondere der Erhalt von alten und regionalen Sorten sollte dabei im Vordergrund stehen.

Zur Anpassung an klimabedingte Wetterextreme wollen wir eine vom Bund anteilig finanzierte Mehrgefahrenversicherung für landwirtschaftliche Betriebe bundesweit etablieren. Zusätzlich unterstützen wir die Bildung einer steuerfreien betrieblichen Risikoausgleichsrücklage. Kleine und mittlere Fischereibetriebe, die zum Teil in langer Familientradition stehen, wollen wir erhalten.

Bereits jetzt verursachen klimatische Veränderungen enorme Schäden durch häufigere Fluten, trockene Böden und geschädigte Wälder.

✓ Wir wollen den Katastrophenschutz stärken, Hochwasserereignisse in ihren Folgen abmildern, Mittel für Auf- und Ausbau von Deichen und Dämmen zur Verfügung stellen und Wälder mit Baumarten aufforsten, die besser mit den Klimaveränderungen zurechtkommen.“

(...)

Punkt 3 „Für eine gerechte Leistungsgesellschaft“ (S. 20 f.):

(...)

Punkt 3, Unterpunkt „Verkehrspolitik für alle statt Bevormundung und Verbote“ (S. 28):

„Das Auto ist nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel in Deutschland. Während jeder Dritte täglich das Auto nutzt, fährt nur jeweils jeder Zehnte mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Fahrrad. Das Auto ist für die meisten Menschen wichtiger Teil des Alltags und ermöglicht Mobilität, insbesondere auf dem Land.

✓ Wir wollen Schluss machen mit der Autofeindlichkeit, für die insbesondere die Grünen in der Verkehrspolitik stehen. Autofahren immer teurer zu machen, ist rücksichtslos gegenüber denen, die auf ihr Auto angewiesen sind.“

S. 29

„Wir wollen, dass jeder sein Fortbewegungsmittel selbst wählen kann. Dafür braucht es preiswerte Kraftstoffe und einen bezahlbaren und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr: sicher, sauber und günstig. Dass über Jahrzehnte unzählige Bahnhöfe im ganzen Land geschlossen wurden und in vielen Dörfern keine Busse mehr fahren, hat dem sozialen Zusammenhalt im Land massiv geschadet.

✓ Wir setzen uns für niedrigere Preise bei Bus und Bahn und für den dauerhaften Erhalt des Deutschland-Tickets zum bezahlbaren Preis ein.

Statt blind auf E-Mobilität zu setzen, wollen wir verschiedene Ansätze fördern, darunter neue Antriebstechnologien, alternative Kraftstoffe und die Entwicklung sparsamerer Verbrennermotoren.

✓ Das Verbrennerverbot wollen wir kippen.

Im Bereich der E-Mobilität müssen preisgünstige Modelle angeboten werden. Zudem wollen wir die Forschungs- und Entwicklungsarbeit an Technologien wie der Feststoffbatterie intensivieren. Auch die Herstellung und Weiterentwicklung von Batteriezellen muss wieder in Deutschland stattfinden. Unser Land muss bei Technologien für die Mobilität des 21. Jahrhunderts einen ähnlichen Spitzenplatz anstreben, wie wir ihn im 20. Jahrhundert hatten.

✓ Mit einem „Volksleasing“ für umweltfreundliche Fahrzeuge aus europäischer Produktion, einschließlich verbrauchsarmer Verbrenner (unter 5l), wollen wir Menschen in Regionen mit geringen öffentlichen Verkehrsangeboten angemessene Mobilität ermöglichen.

Denn immer mehr Bürger können sich den Kauf eines Autos nicht mehr leisten. Die Einstiegsrate für das monatliche Leasing sollte sich am Preis für das Deutschlandticket orientieren. Nach französischem Vorbild sollen Einkommensgrenzen sicherstellen, dass die Förderung bei Gering- und Normalverdienern ankommt und nicht bei denen, die sie gar nicht brauchen. Damit würden die Konstruktionsfehler vorheriger Prämien vermieden, die hochpreisige E-Autos für den großen Geldbeutel gefördert haben. Dieses Leasingprogramm würde den Absatz kleiner, verbrauchsarmer Autos fördern, Arbeitsplätze sichern und zugleich starke Anreize setzen, in kraftstoffsparende Modelle zu investieren. Ein solches Rettungsprogramm für die deutsche und europäische Autoindustrie wäre wirtschafts- und klimapolitisch sinnvoll und auch gerecht, weil es diejenigen unterstützt, die sich sonst kein neues Auto leisten könnten.

Wir werden eine Verkehrspolitik betreiben, die auf Sanierung und Ausbau der Infrastruktur setzt. Es braucht mehr Geld für den Straßenbau und für die Erneuerung von Brücken in Deutschland.“ (...)

(...)

„✓ Wo die Infrastruktur verfällt, wollen wir sie wieder in Stand setzen, wo neue Straßen nötig sind, wollen wir sie bauen.

✓ Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen.“

S. 30:

„Viele Autobahnen sind durch LKW überfüllt. Weil jahrzehntelang die Bahn kaputtgespart wurde, ist der Güterverkehr heute oft keine praktikable Alternative. Das muss sich wieder ändern. Auch hohe Trassenpreise, die 2025 noch einmal kräftig steigen, belasten die Logistikunternehmen und setzen Anreize zum Transport auf der Straße statt der Schiene. Statt viel Geld für die Förderung klimapolitischer Hobbyprojekte auszugeben, die oft sehr wenig Effekt auf die CO₂-Bilanz haben, wäre die Senkung der Trassenpreise und der Ausbau der Kapazitäten im Gütertransport ein echter Gewinn sowohl fürs Klima als auch für stauärmere Autobahnen.“

(...)

„✓ Wir wollen eine Bahn, die sich wieder auf ihre Kernaufgaben in unserem Land – den Nah- und Fernverkehr sowie den Gütertransport auf der Schiene – konzentriert. Sie muss wieder zu dem öffentlichen Vorzeigeunternehmen werden, das sie einst war.

Wir fordern ein integriertes und getaktetes Bahn- und ÖPNV-Konzept nach Schweizer Vorbild. Die Bahn muss wieder – Schienennetz und Züge – zu einer zuverlässigen und erfolgreichen „Deutschen Bundesbahn“ gemacht werden.

Wir wollen eine Verkehrspolitik, die für alle Verkehrsteilnehmer da ist – vom Autofahrer bis zum Fußgänger. Dafür braucht es sichere Radwege in der Innenstadt ebenso wie einen attraktiven öffentlichen Nah- und Fernverkehr und intakte Straßen und Autobahnen. Wir setzen auf Investitionen, Realitätssinn und Miteinander, statt auf ideologische Verbote und unrealistische Vorstellungen. Mobilität darf kein Luxus werden, sondern muss bezahlbar für alle sein!“

„Punkt 3, Unterpunkt „Lebensmittelpreise runter, Verbraucher stärken“ (S. 30 f.):

(...)

S. 31:

„Immer mehr Bürgern fällt es schwer, ihre Strom- und Gasrechnung zu bezahlen. Damit niemand im Winter im Dunkeln sitzen oder frieren muss, wollen wir ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gas-sperren einführen.“

(...)

„Lebensmittel dürfen nicht durch staatliche Abgaben wie eine Fleisch-steuer noch teurer gemacht werden. Stattdessen fordern wir eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf 0 Prozent für Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Getreide, Milchprodukte, sowie Obst und Ge-müse.“ (...)

5. Nachhaltige Entwicklung

SPD

In Abschnitt 24 („Wir kämpfen für eine gerechtere Welt“) unter der Überschrift „Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung“ (S. 63 f.):

„Unsere Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Menschen in Ländern des Globalen Südens wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Perspektiven zu schaffen. Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns. Wir werden eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik fortführen, die der Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und von sexueller Orientierung besitzen.

Wir brauchen Dialog und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und in multilateralen Foren wie den G20. Ziel ist die Überwindung von Armut, Hunger und Ungleichheit. Wir müssen auf akute Hungerkrisen reagieren können und langfristig eine Umstellung der Agrarsysteme auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit unterstützen. Soziale Sicherungssysteme sehen wir dabei als eine notwendige Investition in die Zukunft. Nur wo ein soziales Netz aufgespannt ist, kommen Gesellschaften besser durch Krisen. Im Rahmen einer globalen Gesundheitspolitik ist es wichtig, künftig schnellere, grenzübergreifende Hilfe und unbürokratische internationale Kooperationen zu ermöglichen. Schaltzentrale sollte eine breit unterstützte Weltgesundheitsorganisation sein.

Mehr für Dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025
Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon überzeugt, dass Multilateralismus ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um die Erfolgsspur zu halten, braucht es Reformen der multilateralen Organisationen – auch des UN-Sicherheitsrats und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein. Mit Brasilien, Indien und Japan treiben wir im Bemühen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat unsere gemeinsame G4-Initiative voran. Durch humanitäre Hilfe und Krisenprävention trägt Deutschland dazu bei, menschliche Not zu lindern und Krisen einzuhegen, aber auch seinen diplomatischen Einfluss zu festigen. Wir brauchen ein starkes und eigenständiges Entwicklungsministerium, das zusammen mit politischen Stiftungen, mit NGOs und kirchlichen sowie zivilgesellschaftlichen Partnern wichtige Arbeit bei der Bewältigung globaler Krisen und bei der Prävention von Konflikten leistet. Wir wollen, dass mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA-Quote) bereitgestellt werden. Diesen Anspruch haben wir nicht nur an uns, sondern auch an unsere Partner insbesondere im G7-Kreis. Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Diese Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die Einführung einer Milliardensteuer vorantreiben. Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur Klimafinanzierung, herangezogen werden. Gemeinsam mit zentralen Akteuren wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds können wir die internationale Finanzarchitektur gerechter machen. Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz müssen in den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken. Für hochverschuldete Länder setzen wir zudem stärker auf eine Schuldenumwandlung: Tausch ihrer Verpflichtungen gegen Investitionen, in die soziale und ökologische Transformation.

CDU/ CSU

In Kapitel II. („Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft“) unter der Überschrift „Ja zu Freiräumen für die Wirtschaft“ und der Unterüberschrift „Freien Handel und Exporte unterstützen“ (S. 17):

„Für unsere Interessen. Wir sorgen dafür, dass sich unsere internationale Zusammenarbeit gezielt an den strategischen Wirtschaftsinteressen Deutschlands orientiert. Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit verzahnen wir dazu besser. Wir setzen uns auch in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dafür ein, dass die deutsche Wirtschaft deutlich stärker von staatlich finanzierten Entwicklungsprojekten profitiert.“

In Kapitel III. („Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“) unter der Überschrift „Ja zu unserer Verantwortung in der Welt“ und der Unterüberschrift „Unser Einsatz in der Welt“ (S. 48):

„Klare Erwartungen formulieren. Wir verknüpfen unsere Entwicklungspolitik mit der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, dem Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem wirksamen Stopp illegaler Migration, der Bekämpfung von Terrorismus und der Zurückdrängung des geopolitischen Einflusses von Russland und China. Dabei wollen wir auch europäisch vorgehen und private Investitionen fördern.“

Humanitäre Hilfe stärken. Wir führen humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit angesichts ausgeprägter inhaltlicher Überschneidungen sowie aus Effizienzgründen wieder zusammen.

Frauen und Mädchen im Mittelpunkt. Wir setzen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein. Benachteiligungen und Diskriminierungen sind Gift für gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 3 („Frieden und Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt D („Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung“) unter der Überschrift „Für starke Partnerschaften und internationale Gerechtigkeit“ (S. 156 f.):

„Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global. Wir gehen sie an durch internationale Partnerschaften in gegenseitigem Interesse: für Klima und Biodiversität, für globale Gesundheit, für nachhaltigen Wohlstand, für menschliche Sicherheit und für Menschenrechte. Damit stellen wir nicht zuletzt ein dringend benötigtes glaubhaftes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.“

Wir stehen zu unserer historisch gewachsenen Verantwortung für die ärmsten Länder und der Verwirklichung sowie Weiterentwicklung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Es braucht einen Endspurt und ambitionierte Folgeziele. Unser Ansatz dafür ist feministisch, inklusiv und dekolonial. Wir wollen eine eigenständige Entwicklungspolitik, die strukturelle Ungerechtigkeiten abbaut und weltweit gleichberechtigte Partnerschaften gestaltet. Dazu gehören auch ein Entwicklungsministerium, das verstärkt mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Diaspora kooperiert, sowie eine starke, partizipativ orientierte entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland.

Wir unterstützen Länder des Globalen Südens bei ihrem Streben nach gerechter Repräsentation in internationalen Organisationen – nur so bleiben multilaterale Foren zukunftsfähig. Reformen bei den internationalen Finanzinstitutionen treiben wir voran und gestalten Handelsabkommen fair und nachhaltig. Wir setzen uns für regelbasierte und gesetzlich flankierte Verfahren zur Schuldenrestrukturierung und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder ein, um ihre Autonomie und Handlungsfähigkeit zu stärken. Daran arbeiten wir gemeinsam mit Partnern in der EU, den G20 und G7, internationalen Organisationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft.

Wir wollen das Recht auf Wasser und Nahrung verwirklichen. Dafür fördern wir beispielsweise agrarökologische Ansätze, beenden den Export von Pestiziden und Pestizidwirkstoffen, die bei uns aufgrund von Umwelt- und Gesundheitsrisiken nicht zugelassen oder verboten sind, schützen Landrechte von Kleinbäuer*innen und unterstützen wirksame Mechanismen gegen exzessive Finanzmarktspekulationen mit Wasser, Land und Lebensmitteln. Die Covid-19-Pandemie und weltweit zunehmende Antibiotikaresistenzen zeigen, dass Gesundheit globale und vorausschauende Zusammenarbeit erfordert. In diesem Sinne wollen wir Partnerländer im Aufbau ihrer Gesundheitssysteme unterstützen, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stärken und ein internationales Pandemieabkommen vorantreiben. Alle Menschen sollen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten, Impfstoffen und Tests erhalten. Deswegen fördern wir aktiven Technologie- und Wissenstransfer sowie – wo nötig – das Teilen von geistigem Eigentum, um diese Gesundheitsprodukte kosteneffizienter und bedarfsgerechter zu produzieren. Wir unterstützen den Aufbau sozialer Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält und mindestens die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und den Vereinten Nationen vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert und davon 0,2 Prozent für die sogenannten am wenigsten entwickelten Länder zur Verfügung stellt. Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung bereit und setzen uns für ambitionierte neue Finanzierungsziele für die Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Um zur Deckung des massiven Investitionsbedarfs beizutragen, wollen wir zusätzliche Mittel mobilisieren und dafür auch den deutschen Entwicklungsbanken einen verstärkten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, insbesondere durch die Erhöhung des Gewährleistungsrahmens des Bundes. Dabei wollen wir wirksame Anreize setzen, um neben öffentlichen Geldern auch private Mittel zu mobilisieren. Wirkungsorientierung und Kohärenz sind der Anspruch unseres gesamten internationalen Handelns.“

FDP

In Kapitel V („Für einen schlanken Staat, der funktioniert“), Abschnitt d. („Ein agiler Staat für ein modernes Land“) unter der Überschrift „Eine Bundesregierung, die mit gutem Beispiel vorangeht“ (S. 36):

„Wir Freie Demokraten wollen die Zahl von Bundesministerien und Behörden reduzieren, ihre Strukturen verschlanken und Zuständigkeiten klarer festlegen. Die Stellenzahl in der Bundesverwaltung außerhalb der Sicherheitsbehörden wollen wir deutlich reduzieren. Das Entwicklungsministerium sollte mit dem Auswärtigen Amt fusioniert werden.“

In Kapitel VII („Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit“), Abschnitt b. („Für kluge Außenpolitik im Zeitalter systemischer Rivalität“) unter der Überschrift „Entwicklungszusammenarbeit neu ausrichten“ (S. 49):

„Wir Freie Demokraten fordern eine strukturelle Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Institutionen. Im Ringen um die multilaterale Weltordnung müssen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit strategisch entlang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und der EU priorisiert werden. Bei Strafverschärfungen gegen LSBTIQ-Menschen und Menschenrechtsverteidiger und dem Abbau von Frauenrechten wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit so anpassen, dass sie die betreffenden Minderheiten und Gruppen weiter erreicht. Dazu muss Deutschland auch mit regierungsfernen Partnern arbeiten und notfalls die Streichung von Budgethilfen prüfen oder die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden.“

Die Linke

In Kapitel 6. („Entspannung statt Aufrüstung und Militarisierung: Eine friedliche Welt ist möglich“) (S. 25):

„Die Linke ist solidarisch mit den Menschen, Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen eigenständigen Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen imperialistisches Hegemoniestreben einsetzen. Sie ist solidarisch mit allen Ländern, die sich wie Kuba auf einen sozialistischen Entwicklungsweg begeben haben, sie ist solidarisch mit progressiven politischen Entwicklungsprozessen in Lateinamerika, im Globalen Süden und in der ganzen Welt – mit allen, die eine Politik des Friedens, der Völkerverständigung, der solidarischen ökonomischen Zusammenarbeit verfolgen, mit allen, die sich in ihren Ländern für Armutsbekämpfung, die Verringerung der sozialen Ausgrenzung und der Ungleichheit, für Umweltschutz und für die Rechte von Indigenen einsetzen. Wir sind der festen Überzeugung, dass jedes Land das Recht hat, seinen eigenen Entwicklungsweg selbst zu bestimmen.

- Trotz gegenteiliger Ankündigung in ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampel-Regierung bei Entwicklungspolitik und humanitärer Hilfe rigoros gekürzt. Wir wollen diese Entwicklung umkehren. Wir wollen soziale Gerechtigkeit weltweit und nehmen die UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) zum Maßstab. Wir fordern eine weltweite Milliardärsteuer, eine Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, faire Kooperationsabkommen anstelle von Freihandelsabkommen und globale Steuergerechtigkeit. Es braucht einen Schuldenschnitt für Länder des Globalen Südens und eine Stärkung von Entschuldungsinitiativen.
- Die finanzielle Unterstützung von Ländern des Globalen Südens für Klimaschutz, Energiewende, Anpassung an Klimawandelfolgen sowie Entschädigungen für Klimaschäden müssen an die tatsächlichen Bedarfe angepasst und massiv erhöht werden. Diese Gelder müssen zusätzlich sein und dürfen nicht wie bisher mit der Entwicklungszusammenarbeit verrechnet werden.
- Es braucht eine verlässliche Mindestfinanzierung der Entwicklungszusammenarbeit auf die vereinbarten 0,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung, mindestens 0,2 Prozent müssen endlich an die ärmsten Länder fließen. Zentrale Leitlinien für entwicklungspolitische Maßnahmen müssen die Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen und Angehörigen der LSBTIQ+- Community sein. Eine Verwendung von Entwicklungsgeldern für die zivil-militärische Zusammenarbeit oder die Abschottung gegen Geflüchtete oder für den Profit von Konzernen lehnen wir ab. Investitionen müssen den Menschen vor Ort zugutekommen.
- Deutschland und die EU müssen Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sicherstellen, Landraub durch Großkonzerne verhindern, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern fördern, die lokale Produzent*innen vor Preis-Dumping und Verdrängung schützen und die Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten. In Deutschland und EU verbotene Pestizide dürfen nicht weiter exportiert werden. Saatgut darf nicht durch Konzerne monopolisiert werden.
- Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt werden, müssen lizenzfrei zur Nachproduktion zur Verfügung gestellt werden. Patente für lebenswichtige Medikamente müssen (auch international) überwunden werden, um monopolartige Preisbildungen zu verhindern.
- Das Lieferkettengesetz wollen wir stärken, statt es aufzuweichen. Vereinbarungen und Regelungen zu Menschenrechten, zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu Umwelt- und Klimaschutzstandards und zur Bekämpfung von Kinderarbeit sollen gestärkt und ausgebaut werden, etwa durch verbesserte Klagemöglichkeiten, Beschwerdemechanismen und mehr staatliche Kontrollen. Unternehmen, die gegen diese Standards verstoßen, müssen stärker sanktioniert werden – auch auf internationaler Ebene.
- Die Rohstoffabkommen Deutschlands mit anderen Ländern müssen demokratisch, sozial und ökologisch gestaltet sein und sollen zum Aufbau einer nachhaltigen Wertschöpfung vor Ort beitragen.“

AfD

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Äußere Sicherheit“, Abschnitt „Deutschland in Europa und der Welt“ unter der Überschrift „Das Verhältnis zu ausgewählten Staaten“ (S. 91 f.):

„Die deutsche Entwicklungspolitik ist gescheitert. Die AfD fordert eine Entwicklungspolitik, welche deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt. Insbesondere ist die Gewährung von Entwicklungshilfe ausnahmslos an die Bereitschaft der Partnerländer zur Rücknahme ihrer aus Deutschland ausreisepflichtigen Staatsbürger und ihre schnelle und wirksame Kooperation bei der Feststellung der Staatsbürgerschaft bzw. Volkszugehörigkeit zu knüpfen.

Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein – und keine Unterstützung von korrupten Systemen. Eine lückenlose Kontrolle über die Verwendung der bereitgestellten Mittel ist die Grundlage jeder Entwicklungszusammenarbeit. Wir fordern eine Stärkung der Sachleistungen (zum Beispiel Ausbildungshilfen vor Ort, Infrastrukturprojekte) und einen Abbau von Finanzleistungen.

Die Förderung von fragwürdigen gender- und WOKE-ideologiebasierten Entwicklungsprojekten ist zu beenden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Entwicklungshilfepolitik der EU auf die Ebene der Mitgliedsstaaten zurückgeführt wird, um die Eigeninteressen der Nationalstaaten besser zu vertreten.

Entwicklungshilfe an China und Indien, oder an Atommächte wie z. B. Pakistan, ist zu streichen.

Generell sehen wir aufgrund der außerordentlich schwierigen Haushaltslage die Notwendigkeit, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu reduzieren.“

BSW

In Abschnitt 4. („Sicherheit gewährleisten, Freiheit schützen“) unter der Überschrift „Sichere Grenzen: Unkontrollierte Migration stoppen“ (S. 38):

„Deutschland muss einen Beitrag dazu leisten, damit die internationale Gemeinschaft ihr Engagement in der Beendigung von Kriegen, in der Entwicklungszusammenarbeit und im Bereich des Klimaschutzes verstärkt, um so die Lebensbedingungen in den Ländern des Globalen Südens nachhaltig zu verbessern. Dies würde nicht nur die Lebensqualität vor Ort erhöhen, sondern auch die Ursachen von Migration effektiv bekämpfen.“

6. Integrations- und Flüchtlingspolitik

SPD

In Abschnitt 20 („Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft“) (S. 54):

„Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland seine Stärken voll ausschöpfen kann. Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Vielfalt ist eine Bereicherung, und wir setzen uns dafür ein, dass Integration besser und schneller gelingt. ...

Die Zuwanderung nach Deutschland aus Asyl- und Fluchtgründen stellt uns weiter vor große Herausforderungen. Wir begegnen ihr auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit Humanität und Ordnung. Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder gehen. Doch wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz. Wer als Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Wir wollen mit humanitärer Verantwortung Migration steuern.“ (S. 55 f.):

„Wir wollen, dass in ganz Europa humanitäre Standards für Geflüchtete bestehen und Migration solidarisch gesteuert wird. Das individuelle Menschenrecht auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die Basis für das Gemeinsame Europäische Asylsystem. Grenzverfahren müssen hohe rechtliche Standards gewährleisten. Unser Ziel ist eine wirklich solidarische Verteilung, an der sich alle Mitgliedstaaten beteiligen. Dafür braucht es mehr als einen lose verabredeten Solidaritätsmechanismus in der Europäischen Union.

Grenzschießungen und Pauschalzurückweisungen an den Binnengrenzen widersprechen dem Geist eines gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Die befristete Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen muss deshalb die absolute Ausnahme bleiben.

Wir setzen auf eine deutliche Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden können.

Wir werden die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin ermöglichen, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration darstellt.

Wir wollen, dass die Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden. Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex überwachen und rechtsstaatlich stärken. Pushbacks darf es nicht geben.

Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen. Freiwillige Ausreisen bevorzugen wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern. Die Externalisierung von Asylverfahren lehnen wir ab. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in der EU erhalten.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.“ (S. 56):

„Wir stellen klar: Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden. Zudem muss Seenotrettung auch staatlich durch die EU gewährleistet werden. Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein, sowie für Resettlement- und humanitäre Aufnahmeprogramme, um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.

Wir engagieren uns für umfassende Migrationsabkommen, die Zuwanderungswege in Ausbildung und Arbeit eröffnen und vor Ort die Aufnahme von Geflüchteten unterstützen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden können.

Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.

Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir Fluchtursachen wirksam bekämpfen. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen.

Nach dem Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan im August 2021 wollen wir weiter für besonders gefährdete Personengruppen aus Afghanistan Verantwortung übernehmen. Dafür werden wir das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan fortführen.“

CDU/ CSU

In Kapitel III. („Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“) unter der Überschrift „Ja zum Stopp der illegalen Migration“ und der Unterüberschrift „Illegale Migration stoppen“ (S. 40 f.):

„Auch wir haben in unserer Regierungszeit Fehler gemacht – und daraus gelernt. Wir arbeiten in einer neuen Regierung vom ersten Tag an für eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Wir richten auch die deutsche Außen- und Europapolitik sowie die Entwicklungszusammenarbeit auf dieses Ziel aus. Wir wollen die Kontrolle über die Migration zurückgewinnen. Wir wollen die illegale Migration stoppen und die humanitären Aufnahmen auf ein Maß beschränken, das die Möglichkeiten Deutschlands nicht länger überfordert. Unser nationales Asylsystem braucht zügige Verfahren, sichere Identitätsfeststellungen und eine konsequente Umsetzung der Asylentscheidungen.

- Grenzkontrollen mit Zurückweisungen verbinden. Wir setzen einen faktischen Aufnahme-stopp sofort durch. Dazu weisen wir diejenigen an den deutschen Grenzen zurück, die aus einem anderen Mitgliedstaat der EU oder dem Schengen-Raum nach Deutschland einreisen und bei uns einen Asylantrag stellen wollen. Die erforderlichen Kontrollen an den deutschen Grenzen verlängern wir, solange es notwendig ist. Zugleich investieren wir in modernste Grenzsicherungstechnik, wie etwa in Drohnen, Nachtsicht- und Wärmebildkameras.
- Kein Nachzug. Wir setzen den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aus und beenden alle freiwilligen Aufnahmeprogramme.
- Vorrang von Sachleistungen. Ganz generell sollen Sachleistungen, wo immer möglich, Vorrang vor Geldleistungen haben. Die Bezahlkarte soll flächendeckend und restriktiv in allen Bundesländern eingeführt werden. Für Ausreisepflichtige richten wir die Sozialleistungen an dem von Gerichten aufgestellten Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ aus und sehen, wo immer möglich, einen gänzlichen Leistungsausschluss vor.
- Subsidiären Schutzstatus abschaffen. Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin, zum ursprünglichen Geist der Genfer Flüchtlingskonvention zurückzukehren.
- Ukrainerinnen und Ukrainer in Arbeit bringen. Neu ankommende Flüchtlinge aus der Ukraine sollen kein sogenanntes „Bürgergeld“ mehr erhalten, sondern Leistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz. Zugleich unternehmen wir alle Anstrengungen, dass sie unmittelbar in Arbeit kommen und unabhängig von staatlichen Leistungen werden. Wir vereinfachen die Verfahren zur Berufsanerkennung und stärken das Erlernen der deutschen Sprache „on the job“.

- Weitere „sichere Herkunftsländer“ ausweisen. Um Asylverfahren zu beschleunigen und Rückführungen zu erleichtern, stufen wir weitere Länder als „sichere Herkunftsländer“ ein. Zudem werden wir verstärkt Rücknahmeabkommen mit den Hauptherkunftsländern schließen.
- Zahl der Rückführungen erhöhen. Asylbewerber ohne Schutzberechtigung müssen unser Land wieder verlassen. Wenn dies nicht freiwillig geschieht, muss die Ausreisepflicht staatlich durchgesetzt werden. Wir erarbeiten ein umfassendes Gesetz, um die Zahl der Rückführungen zu steigern. Wir wollen die europäische Grenzschutzagentur Frontex dabei unterstützen, die Zahl der Rückführungen weiter zu erhöhen, und treten daher auch in Europa für schärfere Regeln ein. Der Bund soll die Länder auch weiterhin bei der Beschaffung von Reisepapieren und der Umsetzung von Rückführungen unterstützen und diese Unterstützung weiter ausbauen. Wir wollen zentrale Asylverfahren für beschleunigte Verfahren und Bundesausreisезentren schaffen, um Rückführungen zu erleichtern. Nach Afghanistan und Syrien wollen wir regelmäßig abschieben – vor allem Straftäter und Gefährder.
- Bundespolizei mehr Kompetenzen geben. Die Bundespolizei muss die Kompetenz erhalten, ausreisepflichtige Ausländer vorübergehend in Haft oder Ausreisegewahrsam zu nehmen, um ihre Abschiebung sicherzustellen. Wir ändern das Recht so, dass jeder ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder im Anschluss an seine Haft in zeitlich unbegrenzten Ausreisearrest genommen werden kann, bis er freiwillig ausreist oder die zwangsweise Abschiebung gelingt.“

Im selben Kapitel unter der Unterüberschrift „Zu unserer humanitären Verantwortung stehen“ (S. 42):

„Dauerhaft können wir unser Ziel nur durch einen grundlegenden Wandel des europäischen Asylrechts erreichen. Wir stoßen deshalb einen Reformprozess in der EU an, der das Konzept der sicheren Drittstaaten verwirklicht. Unserer humanitären Verantwortung werden wir weiterhin gerecht und gewähren schutzbedürftigen Menschen auch in Zukunft im Rahmen einer Kontingentlösung Schutz und Aufenthalt in Deutschland. Dabei trennen wir wieder klar zwischen humanitärer Aufnahme und der Einwanderung von Fachkräften.

- Asylverfahren in sicheren Drittstaaten. Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat überführt werden und dort ein Asylverfahren durchlaufen. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat dem Antragsteller vor Ort Schutz gewähren. Mit einem solchen Modell zerschlägt Europa das menschenverachtende Geschäft der Schlepper und Schleuser. Denn es ergibt in diesem Fall keinen Sinn mehr, sich auf den gefährlichen und auch teuren Weg nach Europa zu begeben.
- Die Schwächsten schützen. Nach der erfolgreichen Verwirklichung des Konzepts der sicheren Drittstaaten nehmen wir jährlich ein begrenztes Kontingent von tatsächlich schutzbedürftigen Menschen direkt aus dem Ausland auf. Dabei wenden wir uns gezielt an die Schwächsten. Wir sorgen damit für mehr Humanität im Asylrecht. Denn bislang entscheiden die Gefahren der Sahara und des Mittelmeers darüber, wer es zu uns nach Europa schafft. Unser Asylrecht ist heute tatsächlich ein Recht des Stärkeren.
- EU-Außengrenzen wirksam schützen. Damit nicht mehr Schlepper und Schleuser über die Einreise in die EU entscheiden, muss der europäische Außengrenzschutz weiter deutlich verbessert werden. Wir dringen darauf, dass zu einem wirksamen Schutz der EU-Außengrenzen auch verstärkt der bauliche und technische Grenzschutz gehören. Durch einen

funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Kontrollen an den Binnengrenzen perspektivisch überflüssig machen.

- Mehr Personal, mehr Befugnisse für Frontex. Frontex muss eine echte Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen und deutlich aufgestocktem Personal werden. Schrittweise sollte Frontex eigene Grenzabschnitte zugewiesen bekommen und diese eigenverantwortlich schützen. Unser Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Außengrenzen auch gemeinsam europäisch zu schützen.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt A („Eine lebendige Demokratie“) unter der Überschrift „Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft“ (S. 126 ff.):

„Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland. Menschen kommen aus unterschiedlichen Gründen zu uns. Deshalb braucht es eine echte Willkommenskultur. Einwanderung ist Teil unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Stärke. Sie ist deshalb für uns eine Gestaltungsaufgabe, der wir uns annehmen. Wir schotten uns nicht ab, schon gar nicht in Europa. Wir verbinden Humanität und Ordnung. ...

Mit der Einführung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts haben wir der Realität unserer vielfältigen Gesellschaft endlich Rechnung getragen. Die Staatsbürgerschaft stellt für Menschen, die schon lange hier leben – zum Beispiel die Generation der Gastarbeiter*innen –, ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir wollen, dass zum Beispiel auch Alleinerziehende, pflegende Angehörige und Menschen mit Behinderung und schweren Erkrankungen gleichberechtigten und unbürokratischen Zugang dazu erhalten. Es darf keine Staatsbürger*innen erster und zweiter Klasse und auch keine Staatsangehörigkeit auf Abruf geben. Wie im Grundgesetz verankert, darf die deutsche Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden und eine mehrfache Staatsangehörigkeit nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von deutschen Staatsbürger*innen führen. Wir schaffen ein rechtssicheres Anerkennungsverfahren zur Feststellung von staatenlosen Menschen und ihren Kindern. ...

Wir wollen eine funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik. Dafür wollen wir wissenschaftliche Expertise stärker in politische Entscheidungen einbeziehen und ein beratendes Gremium mit Expert*innen aus Wissenschaft, Forschung, der kommunalen Praxis und mit Betroffenen einrichten.

Eine Einwanderungsgesellschaft muss Perspektiven schaffen und Ankommen ermöglichen. Sie stellt aber auch Anforderungen wie die Bereitschaft, sich einzubringen, an die, die zu uns kommen. Die Einwanderungsgesellschaft funktioniert nur, wenn wir zusammenkommen und einen gemeinsamen Weg einschlagen. Damit das gelingt, braucht es auch dauerhafte Strukturen. Insbesondere dort, wo es schon bisher an bezahlbarem Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, haben sich die Herausforderungen verstärkt. Die Situation ist für viele Landkreise und Kommunen herausfordernd, für einige überfordernd. Wir wollen für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen und die Kommunen mit einer Integrationsoffensive stärker und verlässlicher finanziell unterstützen. Dazu zählt das Angebot von ausfinanzierten, bedarfsgerechten und qualifizierten Integrations- und Sprachkursen, die direkt nach der Ankunft zugänglich sind. Bei diesen muss sichergestellt sein, dass Barrieren für Teilhabe abgebaut werden, insbesondere für Eltern und Mütter, die beim Spracherwerb benachteiligt sind. Ergänzend wollen wir digitale Angebote zum Spracherwerb vom ersten Tag an schaffen. Wir stärken die Migrationsberatungsstellen und die Jugendmigrationsdienste, damit sie Menschen von Beginn an beraten können. Die dezentrale Unterbringung ist zu bevorzugen. Geflüchtete sollten Möglichkeiten nutzen dürfen, aus einer Unterkunft auszuziehen. Familienbezüge und individuelle Anknüpfungspunkte müssen berücksichtigt werden. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen besondere Unterstützung. Wir setzen uns gegen Standardabsenkungen und für eine kinder- und jugendgerechte Unterbringung ein. Ein Schulbesuch, psychosoziale Hilfe und die

Unterstützung vulnerabler Gruppen müssen von Inobhutnahme an schnell sichergestellt werden. Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen vulnerable Gruppen von Beginn an. Bund, Länder, Kommunen und die Zivilgesellschaft haben in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet, den Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und sie zu versorgen. Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der Kommunen sowie die vielen Freiwilligen haben dabei Unschätzbare geleistet.

Wir stehen für soziale Teilhabe. Politische Maßnahmen wie zum Beispiel die Bezahlkarte müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht – ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt. Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen Zugang ermöglichen.

Der stärkste Motor für Integration sind Spracherwerb, Arbeit und Beschäftigung. Denn dort, wo Menschen sich verständigen können und gemeinsam etwas schaffen, wächst unsere Gesellschaft zusammen. Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen. Hier haben wir in der Bundesregierung bereits erhebliche Verbesserungen erzielt und werden bestehende Arbeitsverbote abschaffen sowie die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Jetzt geht es prioritär darum, Geflüchtete tatsächlich in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Wenn sich Arbeitgeber*innen und Geflüchtete einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger Bürokratie im Weg stehen. Damit entlasten wir auch Arbeitgeber*innen. Deswegen werden wir kurze Fristen einführen, nach denen arbeitsbezogene Genehmigungen als erteilt gelten, wenn durch die Ausländerbehörde nicht aktiv Widerspruch eingelegt wird. So schaffen wir auch Planungssicherheit für Arbeitgeber*innen und Geflüchtete. Anstatt Menschen in prekäre, nicht reguläre Arbeitsverhältnisse zu drängen, wollen wir sie in gute Beschäftigungsverhältnisse bringen. Mit frühzeitiger Beratung und einem Kompetenzcheck wollen wir sicherstellen, dass Menschen gute Perspektiven bekommen und ihre Qualifikationen einbringen können. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Qualifikationen wollen wir vereinfachen.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Für ein Land, das Schutz bietet“ (S.129 f.):

„Weltweit fliehen so viele Menschen vor Krisen und Konflikten wie nie zuvor – die meisten innerhalb ihres Landes oder in Nachbarregionen. Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie wirtschaftliche und soziale Umstände, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Deswegen wollen wir Fluchtursachen bekämpfen. Mit vorausschauender Diplomatie, Krisenprävention, verlässlicher und ausreichend finanzierter humanitärer Hilfe in Krisenlagen, einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau und fairen Handelsbedingungen leisten wir hierzu unseren Beitrag und setzen uns dafür ein, dass andere Länder ebenso Verantwortung übernehmen.

Die Klimakrise ist an vielen Orten längst Realität und zwingt bereits heute Menschen zum Verlassen von ihrem Zuhause. Die westlichen Industriestaaten sind historisch die Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und tragen besondere Verantwortung. Auch neue große Emittenten müssen ihren Beitrag leisten. Gemeinsam mit den betroffenen Staaten wollen wir Maßnahmen zur Klimaanpassung und klimabedingten Migration und Flucht ergreifen, damit Menschen geschützt werden können. Sie dürfen nicht in eine Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

Deutschland bietet vielen Menschen Schutz, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und stehen zu unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dem subsidiären Schutz und der europäischen Menschenrechtskonvention. Wir wollen zügige und faire Verfahren und damit Klarheit für Betroffene und für die Kommunen

schaffen. Wir stehen weiterhin zum Kirchenasyl. Wir stellen uns gegen reine Symbolpolitik und einen Kurs der Asylrechtsverschärfungen, die nur zulasten der Schutzsuchenden gehen und Integration behindern.

Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben. Die Verfahren des Familiennachzugs wollen wir beschleunigen und von Sprachnachweisen im Rahmen der Familienzusammenführung vor der Einreise absehen.

Die Einstufung von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittstaaten darf nur parlamentarisch nach klaren grundrechts- und menschenrechtsorientierten Kriterien getroffen werden. Statt Länder politisch als sichere Dritt- oder Herkunftsstaaten einzustufen, braucht es rechtssichere, zügige und faire Verfahren.

Nicht jede bzw. jeder, die bzw. der nach Deutschland kommt, kann bleiben. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht hat und bei dem keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang. Für uns ist klar, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete verbieten sich. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den Taliban bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch legitimieren. Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Strafen prioritär zurückgeführt werden.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Für eine europäische und internationale Flucht- und Migrationspolitik“ (S.130 ff.):

„Wir wollen eine gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben – mit einer fairen, verbindlichen und solidarischen Verteilung von Schutzsuchenden in Europa. Europa geht nur gemeinsam und geordnete Migration nur europäisch.

Uns eint der Wille, uns weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der Situation für Schutzsuchende und eine bessere Organisation von Migration einzusetzen. Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir – wie jedes Recht – auf nationaler Ebene grund- und menschenrechtskonform um. Dabei werden wir uns mit all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, dass Integration gefördert wird, rechtsstaatliche Verfahren möglichst umfassend gewährleistet werden und keine zusätzlichen, unnötigen Einschränkungen des Asylrechts stattfinden.

Menschenrechte müssen überall in der EU eingehalten werden – auch an den Außengrenzen. Dafür setzen wir uns für ein effektives Menschenrechtsmonitoring und ein konsequentes Vorgehen gegen illegale Pushbacks ein. Wir wollen, dass die Überwachung der Einhaltung der Grundrechte in Deutschland gemäß den Leitlinien der EU-Agentur für Grundrechte gesetzlich geregelt wird und die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands entsprechend finanziell ausgestattet wird. Die Aufnahmebedingungen müssen europaweit auf ein menschenwürdiges Niveau angehoben werden, um Menschen nicht durch Armut, Obdachlosigkeit oder Diskriminierung zur Sekundärmigration zu zwingen. Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden. Außerdem dürfen Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Kinder müssen grundsätzlich immer unter Respekt der UN-Kinderrechtskonvention untergebracht werden. Haft ist mit dem Kindeswohl grundsätzlich nicht vereinbar.

Unsere Haltung ist klar: Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten immer und überall. Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind,

muss in der EU inhaltlich geprüft werden. Wir stellen uns der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten entgegen, denn immer wieder hat sich gezeigt, dass diese Initiativen am Ende viel Steuergeld kosten, vor Gerichten scheitern und von tatsächlichen Lösungen ablenken.

Stattdessen setzen wir auf eine menschenrechtsbasierte Zusammenarbeit mit Dritt- und Transitstaaten, denn mehr geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration. Wir wollen Migration besser ordnen bzw. steuern und hierfür weitere menschenrechtsbasierte Migrationsabkommen abschließen und bestehende zügig umsetzen. Das heißt: Wir schaffen durch Visaabkommen und Ausbildungspartnerschaften für Studierende, Auszubildende und Fachkräfte geregelte Migrationswege. Dafür nehmen die Partnerländer Staatsangehörige zurück, die bei uns kein Aufenthaltsrecht haben. Hierfür arbeiten wir stärker mit Herkunftsländern und Transitstaaten zusammen. Migrationsabkommen sollen auch bessere Lebensbedingungen vor Ort schaffen. Nur so werden wir die ungeordnete und oft lebensgefährliche Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren können. Migrationsabkommen sollen ein Gesamtkonzept aus diesen Bausteinen umfassen. Internationale Zusammenarbeit darf nicht einseitig migrationspolitischen Interessen untergeordnet werden. Wir fördern außerdem die durch Migration und insbesondere zirkuläre Migration entstehenden wertvollen Verbindungen zwischen der Diaspora in Deutschland und den Herkunftsgesellschaften.

Wir verteidigen unsere Demokratie und den Rechtsstaat gegen hybride Angriffe – dazu zählt auch die Verteidigung des individuellen Rechts auf Asyl. Putins Russland und Lukaschenkos Belarus missbrauchen das Leid von Geflüchteten für geopolitische Interessen. Wir werden alle rechtsstaatlichen und politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Instrumentalisierung von Schutzsuchenden, insbesondere durch Staaten wie Russland und Belarus, zu verhindern. Der Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen wir uns entschieden entgegen. Wer vor dem Kriegsdienst flieht, beispielsweise um nicht für Putins völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu kämpfen, sollte entsprechend der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) Schutz in Europa finden.

Das Recht auf Freizügigkeit und der Abbau von Schlagbäumen an den Binnengrenzen zählen zu den größten Errungenschaften in Europa, die durch das Schengen- Abkommen verwirklicht worden sind. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist das Miteinander mit unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen – besonders in den Grenzregionen. Der offene europäische Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft. Dauerhafte stationäre Binnengrenzkontrollen lehnen wir deshalb ab. Für Freiheit und Sicherheit in Europa müssen wir aber wissen, wer nach Europa kommt. Daher sind rechtsstaatliche Kontrollen an den Außengrenzen und eine zuverlässige Registrierung der Menschen unabdingbar.

Grenzkontrollen an der Außengrenze sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die zunehmend von europäischen Beamt*innen übernommen werden sollte. Wir wollen die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex rechtsstaatlich weiterentwickeln. Es bedarf einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Frontex darf sich nicht an menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen und muss solche Einsätze beenden. Es muss einfacher werden, Frontex und nationale Behörden für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen. Opfer solcher Rechtsverstöße, insbesondere an den Außengrenzen, brauchen juristische Unterstützung.

Seenotrettung ist eine humanitäre Verpflichtung. Das Sterben im Mittelmeer muss enden. Es braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und ausreichend finanzierte Seenotrettung. Solange dies nicht erreicht ist, wollen wir die Förderung der zivilen Seenotrettung fortführen. Der Kriminalisierung der Seenotrettung oder humanitären Hilfe stellen wir uns entgegen. Für diese Position wollen wir Rechtssicherheit schaffen und setzen uns für einen eindeutigen Tatbestandsausschluss auf allen politischen Ebenen ein.

Wir wollen, dass Menschen Schutz finden, ohne lebensgefährliche Fluchtrouten wählen zu müssen. Für besonders gefährdete Gruppen wollen wir deshalb humanitäre Aufnahme- und Resettlementprogramme – auch auf Landesebene – unterstützen. Wir wollen weiterhin Verantwortung für Afghan*innen übernehmen, die wegen ihrer Arbeit für die Bundesregierung oder ihres Einsatzes für ein demokratisches Afghanistan besondere Risiken auf sich genommen haben. Für Ortskräfte und bedrohte Frauen- und Menschenrechtler*innen, die aus Afghanistan nach Pakistan, Iran oder in die Türkei geflohen sind, müssen humanitäre Visa unbürokratisch erteilt werden. Wir wollen sichere und geordnete Migrationswege ermöglichen, denn so schützen wir Menschenleben und legen Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Dabei braucht es eine kooperative Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden.“

FDP

In Kapitel IV („Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“), Abschnitt c. („Für eine neue Realpolitik in der Migration“) (S. 26):

„Wir wollen geordnete Migration nach klaren Regeln, die auch durchgesetzt werden. Wir wollen Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen Sicherungssysteme. Und wir wollen unserer humanitären Verantwortung gerecht werden, sie aber auch an unseren realen Möglichkeiten ausrichten. Nur durch nachhaltige Integration lässt sich zudem die gesellschaftliche Akzeptanz für Einwanderung erhalten.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Einwanderung in den Arbeitsmarkt statt in die sozialen Sicherungssysteme“ (S. 27):

„Unser Land braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir haben mit dem Einwanderungsgesetz die Regeln verbessert. Als nächsten Schritt fordern wir ein Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss, in dem alle gesetzlichen Grundlagen für Einwanderung und Asyl gebündelt werden. Zudem muss jetzt eine Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration folgen. Wir wollen, dass Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern wollen, nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben. Um einen solchen One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der gesamte Visaprozess auf den Prüfstand gestellt werden. Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen wir ausweiten. Außerdem wollen wir den Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten ein einjähriges Orientierungsvisum zur Arbeitsfindung nach niederländischem Vorbild ermöglichen.“

Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, damit sie so schnell auf eigenen Füßen stehen. Ein Job ist außerdem der beste Integrationskurs. Wir Freie Demokraten wollen für alle anerkannten Flüchtlinge – dazu gehören auch die ukrainischen Geflüchteten – einen neuen sozialrechtlichen Status statt des Bezugs von Bürgergeld schaffen. Er kombiniert eine stärkere Unterstützung für die Aufnahme von Arbeit und – soweit rechtlich zulässig – geringere Sozialleistungen. Die Höhe der Sozialleistungen darf keinen Fehlanreiz darstellen. Deswegen wollen wir die Höhe der Sozialleistungen, etwa beim Asylbewerberleistungsgesetz, kritisch überprüfen und perspektivisch europäisch vereinheitlichen. Wir setzen zudem auf mehr Sach- statt Geldleistungen und fordern, dass die längst beschlossene Bezahlkarte flächendeckend und ohne unnötige Ausnahmen überall zum Einsatz kommt. Wer rechtskräftig und vollziehbar ausreisepflichtig ist und eine zumutbare Möglichkeit hat, Deutschland zu verlassen, darf in der Regel keine staatliche Unterstützung mehr erhalten. Jene, die die Identitätsfeststellungsverfahren aktiv behindern, sollen ebenfalls Sozialleistungen gestrichen werden. Für gut integrierte Schutzsuchende muss es die Möglichkeit eines Spurwechsels zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt geben, wenn sie so qualifiziert sind, dass sie und ihre Familien von eigener Arbeit ohne Transferleistungen leben können.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Migration nach klaren Regeln“ (S. 27):

„Wer die Voraussetzungen für einen Aufenthalt in Deutschland nicht erfüllt, sollte gar nicht erst dauerhaft nach Deutschland einreisen können. Wer ohne Bleiberecht hier ist, der muss unverzüglich in seine Heimat zurückkehren. Rückführungen scheitern jedoch zu oft am Vollzug durch die Bundesländer. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für Abschiebungen auf der Bundesebene zentralisieren. Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren müssen weiter beschleunigt werden. Asylverfahren sollen zudem auch in Drittstaaten stattfinden, wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtsstaatliche Verfahren gewährleistet sind. Wir fordern zudem geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr Sicheren Herkunftsstaaten. Den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wollen wir aussetzen und Aufnahmeprogramme pausieren. Als Freie Demokraten unterstützen wir die modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen, um alle rechtlichen Möglichkeiten zur Begrenzung der irregulären Migration auszuschöpfen.“

Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik sorgen. Die Rolle von FRONTEX beim Schutz der Außengrenzen sowie bei der Bekämpfung irregulärer Migration und Schleuserkriminalität muss gestärkt werden. Die EU muss außerdem durch Migrationsabkommen erreichen, dass Herkunftsländer ihre Rücknahmebereitschaft erhöhen und irreguläre Migration eindämmen. Gleichzeitig wollen wir, dass Deutschland weiter erfolgreich bilaterale Migrationspartnerschaften erarbeitet.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Integration ermöglichen und gestalten“ (S. 27 f.):

Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft ist begrenzt. Anhaltend hohe Flüchtlingszahlen überlasten die Infrastruktur in den Kommunen. Um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern, wollen wir unter anderem das Instrument der Wohnsitzauflage stärker nutzen. Die bestehenden Integrationskurse müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Insbesondere müssen wir Sprach- und Integrationskurse voneinander trennen, denn der derzeitige Ansatz hat sich als ineffektiv und kostspielig erwiesen. Sprachkurse sollen modular und leistungsdifferenziert ablaufen. Ihr primäres Ziel soll der Spracherwerb zur Integration in den Arbeitsmarkt sein. Beide Kurse müssen berufsbegleitend durchführbar sein. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit am Ende einer gelungenen Integration steht. Wir haben durchgesetzt, dass Menschen nur dann eingebürgert werden können, wenn sie ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Damit senden wir das Signal, dass sich Fleiß und eigene Arbeitsleistung auszahlen. Antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche Handlungen oder Motive stellen einen strengen Ausschlussgrund dar. Auch wer vorbestraft ist oder die Werte unseres Grundgesetzes nicht teilt, darf nicht eingebürgert werden.“

Die Linke

In Kapitel 17. („Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft, Asylrecht verteidigen“) (S. 52):

„Die Linke steht für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Pass, Herkunft, Hautfarbe, kultureller oder religiöser Zugehörigkeit die gleichen Rechte und Chancen haben. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzen Rassismus sowie jede andere Form von Rassismus und für ein Ende von struktureller wie auch institutioneller Diskriminierung Ausschlüsse durchziehen alle Lebensbereiche, insbesondere unser Bildungssystem, den Arbeits- und Wohnmarkt sowie die öffentliche Verwaltung. Jeder Mensch muss vollen Zugang zu sozialen, politischen und kulturellen Rechten erhalten. Unsere Vision ist eine gerechte und offene Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe selbstverständlich ist.“

Die Migrationsdebatte von rechts macht Migrant*innen und Geflüchtete zu Sündenböcken für die verfehlte Politik im Interesse der Reichen. Statt einer Debatte zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“, die Menschen gegeneinander ausspielt, orientiert sich Die Linke am Leitbild einer

demokratischen und sozialen Einwanderungsgesellschaft, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Um diese zu gestalten und ein gutes Ankommen für Geflüchtete zu ermöglichen, müssen entsprechende gesetzliche, finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit insbesondere die Kommunen nicht mit den Aufgaben der Versorgung, Unterbringung und integrierender Angebote allein gelassen werden.

Es braucht mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt, d. h. eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Wohnen, Gesundheit, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren (Kapitel 12).

- Wir fordern, dass alle Geflüchteten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Niemand soll darauf warten müssen, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen
- Wir wollen einen Fonds für Willkommenskommunen, die die Bedingungen für eine Willkommenskultur verbessern wollen, können damit Mittel für die Versorgung und Teilhabe von Geflüchteten beantragen. Diese Investitionsmittel können dann allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden. Außerdem muss der Bund über eine Pro-Personen-Pauschale die Unterbringungskosten für Geflüchtete vollständig erstatten
- Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sachleistungen und Bezahlkarten wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Niemand flieht freiwillig“ (S. 52 f.):

„Das Chaos an den europäischen Grenzen ist das Ergebnis von Politikversagen. Wir finden uns nicht damit ab, dass jedes Jahr Tausende von Menschen an den europäischen Grenzen sterben. Wir wollen sichere, legale Einreisemöglichkeiten in die EU. Das entzieht Schleppern die Geschäftsgrundlage. Die Genfer Flüchtlingskonvention, die UN-Kinderrechtskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen eingehalten werden.

- Menschen retten! Die EU-Abschottungsagentur Frontex muss aufgelöst und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzt werden. Bestehende Instrumente zur Überwachung des Mittelmeers und der Außengrenzen wollen wir in den Dienst der Seenotrettung stellen. Die Kriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Seenotrettung muss umgehend beendet werden.
- Pushbacks sind illegal und müssen beendet werden.
- Flüchtlingsdeals mit der Türkei, mit Milizen und Diktatoren müssen aufgekündigt werden (Kapitel 6).
- Asylrecht ist Menschenrecht. Wir lehnen alle bisherigen Asylrechtsverschärfungen ab. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende auch an den EU- Außengrenzen sichergestellt werden. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder „Hotspots“) lehnen wir ab. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden: Asylsuchende brauchen einen Zugang zu wirksamem Rechtsschutz an der Grenze. In Deutschland muss es eine unabhängige Asylverfahrensberatung durch Wohlfahrtsverbände und Vereine geben.
- Wir wollen einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau. Die Verantwortung darf nicht mithilfe von sicheren Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen verlagert werden. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem GEAS lehnen wir ab. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Systematische Binnengrenzkontrollen und Zurückweisungen von Schutzsuchenden an den Grenzen sind unzulässig.

- Niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Anerkennung von Klima- und Umweltfolgeschäden sowie Armut als Fluchtgründe und eine entsprechende humanitäre Visavergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.
- Wir wollen eine europäische Fluchtumlage. Länder, Regionen und Städte, die bereit sind, mehr Geflüchtete aufzunehmen und adäquat unterzubringen und zu versorgen, werden mit EU-Mitteln finanziell unterstützt.
- Fluchtursachen bekämpfen: Statt weiter systematisch Fluchtursachen wie Waffen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie Armut zu exportieren, wollen wir globale Ungerechtigkeiten überwinden, Demokratie und soziale Bewegungen von unten unterstützen und Menschen in Not effektiv helfen.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft – und müssen das auch sein.“ (S. 53 f.):

- „Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Es ist gut, dass die Einbürgerungsreform Mehrstaatlichkeit generell zulässt, aber die hohen Einkommenshürden wurden verschärft. Wir wollen, dass die Einbürgerung nicht mehr vom Geldbeutel abhängt. Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik soll jeder einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben. Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldungen leben müssen.
- Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Straftäter*innen müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein reguläres Strafverfahren im Inland erhalten und gegebenenfalls Haftstrafen im Inland verbüßen.
- Wir wollen ein Bundespartizipationsgesetz, um Menschen mit Migrationsgeschichte besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Migrantische Selbstorganisationen müssen im Partizipationsrat vertreten sein.
- Wir setzen uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie für ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, das sich nicht mehr am Maßstab Herkunft oder ökonomische Verwertbarkeit orientiert, sondern Teilhabe und Partizipation für alle ermöglicht. Auch Migration aus sozialen und wirtschaftlichen Motiven ist ein legitimes individuelles Bedürfnis. Bei der weiteren Ausgestaltung der Einwanderungsregeln im Aufenthaltsgesetz drängen wir vor allem auf Verbesserungen aus menschenrechtlicher Perspektive, bspw. bei Regeln zum Familiennachzug. Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten, die vor allem der Abschottung Europas und erleichterten Abschiebungen dienen sollen, lehnen wir ab.“

AfD

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Asyl- und Migrationspolitik (S. 100 f.):

„Eine existentielle Frage wie die Zuwanderung muss in freier Selbstbestimmung auf nationaler Ebene entschieden werden. Das bedeutet, allein Deutschland entscheidet, wer nach Deutschland kommen darf. Kontrollen und damit verbundene Zurückweisungen an der Grenze müssen als selbstverständliches Recht souveräner Staaten aufgefasst werden.

Die AfD wird eine deutliche Kehrtwende in der bisherigen Migrationspolitik einleiten und die Staatsgrenzen wieder kontrollieren. Die Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU bleiben davon unberührt. Einreisen darf künftig nur noch, wem dies erlaubt ist. Alle in den letzten Jahren angestoßenen migrationspolitischen Regelungen, die nicht im Interesse Deutschlands liegen, werden zurückgenommen. Wer kein Bleiberecht besitzt und sich illegal in Deutschland aufhält, wird abgeschoben.

Genau in diesem Bereich – im Bereich der Rückführungspolitik – gibt es seit Jahren ein erhebliches Vollzugsdefizit bei der Umsetzung ausländerrechtlich vorgesehener Maßnahmen. Dieses Vollzugsdefizit wird die AfD in Regierungsverantwortung umgehend beenden.

Unser Maßnahmenkatalog zur Umkehr dieses migrationspolitischen Staatsversagens heißt Remigration und umfasst folgende Maßnahmen, die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen lassen:

- Wir werden vollziehbar ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und bestehende Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberechte für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung) abstellen. Ebenso werden wir in diesem Zusammenhang Anreize zur freiwilligen Rückkehr ausbauen.
- Wenn der Fluchtgrund entfällt – wie aktuell in Syrien –, endet der Schutzanspruch, der zeitlich begrenzt ist und keinesfalls eine Anwartschaft auf eine dauerhafte Einwanderung begründet. Hierzu sind umgehend Widerrufsverfahren einzuleiten und Verhandlungen mit den Herkunftsländern aufzunehmen. Hierin sehen wir ein großes Remigrationspotential, welches auch durch die Herkunftsländer selbst eingefordert wird.
- Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter werden wir vorrangig zurückführen.
- Die Ausweisung ausländischer Straftäter insbesondere bei Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikten sowie bei der organisierten und Clankriminalität werden wir deutlich erleichtern.
- Dem Import ausländischer Konflikte auf deutschem Boden werden wir nicht länger tatenlos zusehen. Das gilt für die Ausrufung des Kalifats genauso wie für muslimischen Antisemitismus. Die Remigration ausländischer Straftäter werden wir auch in diesem Zusammenhang deutlich erleichtern.“

Im selben Kapitel, Abschnitt „Zuwanderung wieder national regeln“ (S. 102 f.):

„Deutsches Recht schließt die Einreise zum Zweck der Asylgewährung aus, sofern Antragsteller aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Entgegen dieser Rechtslage werden solche Einreisen seit Jahren jedoch geduldet. Dublin-Rücküberstellungen ins zuständige EU-Ersteinreiseland scheitern meist an der Unwilligkeit dieser EU-Mitgliedstaaten. In der Realität bleibt deshalb fast jeder auch illegal eingereiste Asylbewerber dauerhaft hier. Dieser Zustand ist untragbar. Der Verweis auf eine angeblich notwendige Zuständigkeitsüberprüfung für das Asylverfahren greift hierbei ausdrücklich nicht, da diese auch im bereits sicheren, zuvor durchquerten EU-Nachbarstaat möglich wäre.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und zum Schutz der inneren Sicherheit haben zudem Vorrang vor den europäischen Vorschriften über das Asyl- und Ausländerrecht. Hinzu kommt, dass dem Verzicht auf Binnengrenzkontrollen seinerzeit nur unter der Voraussetzung zugestimmt wurde, dass die Außengrenzsicherheit gewährleistet ist und alle EU-Mitgliedstaaten die Standards für die Durchführung der Asylverfahren und die Dublin-Vorschriften beachten. Zudem war die Massenmigration in die EU seit 2015 bei Ratifizierung des EU-Vertrages 1993 nicht vorhersehbar.

Somit ist die Geschäftsgrundlage der europäischen Asylregelung entfallen, weshalb sich für Deutschland keinerlei Verpflichtung in dieser Hinsicht mehr ergibt.

Das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS) ist vollständig gescheitert, weshalb wir diesen Irrweg nicht weiterverfolgen werden. Stattdessen werden wir uns – analog zu Dänemark – im

Rahmen eines „Opt-Outs“ nicht länger an der gemeinsamen Politik der EU im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz beteiligen.

Wir werden stattdessen unsere Grenzen wieder selbst kontrollieren und die Bundespolizei als Grenzbehörde einsetzen, um illegale Einreisen wirksam zu unterbinden und illegal einreisende Personen konsequent an der Grenze zurückweisen zu können. Dies dient auch der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung. Den Pendler-, Urlaubs- und Warenverkehr werden wir dabei weiterhin gewährleisten.

Weiterhin werden wir folgende Maßnahmen unter Beachtung rechtsstaatlicher Standards umsetzen:

- Einrichtung von Gewahrsamszentren an der Grenze zur Sicherstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen
- Aufkündigung von UN-Migrations- und UN-Flüchtlingspakt
- Anstoßen sowohl einer Reform der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Ziel der Anpassung an aktuelle Gegebenheiten seit 2015
- Umwandlung des individuellen Asylrechts hin zu einer institutionellen Garantie oder einer einfachgesetzlichen Regelung
- Der Rechtsanspruch auf Aufnahme zum Zweck des Asylverfahrens wird auf Personen, die unmittelbar und konkret bedroht sind, beschränkt.“

Im selben Kapitel, Abschnitt „Asylparadies Deutschland schließen“ (S. 103 ff.):

„Deutschland trägt aufgrund seiner Regierungspolitik und ihrer gesetzlichen Auswirkungen seit 2015 die Hauptlast der illegalen Zuwanderung nach Europa. Die AfD wird diesem Missstand mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse begegnen.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Asylverfahren und Anträge auf subsidiären Schutz zukünftig außerhalb Deutschlands gestellt und bearbeitet werden
- Beantragung von Asyl und einem sonstigen Schutzstatus nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit
- Keine pauschalen Zuwanderungskontingente und Umverteilungsquoten, egal ob im nationalstaatlichen, europäischen oder außereuropäischen Rahmen
- Einstellung der freiwilligen Aufnahmeprogramme für Afghanistan
- Aufarbeitung des „Ortskräfteskandals Afghanistan“ im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses
- Keine Aufnahme von Migranten im Rahmen einer „europäischen Lösung“, die durch Missbrauch der Seenotrettung nach Europa gelangen. Vielmehr muss gemäß dem internationalen Seerecht immer eine Ausschiffung der Betroffenen am nächstgelegenen Seehafen erfolgen
- Wir werden die Förderung für die sogenannte zivile Seenotrettung im Mittelmeer sofort einstellen und mit den Maghreb-Staaten Abkommen abschließen, welche die Verbringung von geretteten Migranten in die betreffenden Staaten sicherstellen
- Wegfall des Asylrechts bei Falschangaben zur Identität im Asylverfahren
- Deutliche Ausweitung der Zahl sicherer Herkunftsstaaten
- Bekämpfung des Missbrauchs legal erteilter Visa zum Zweck der Asylantragstellung durch eine Verschärfung der VISA-Verfahren mit den entsprechenden Staaten
- Verlust des Schutzstatus und Wiedereinreiseverbot nach Reisen von Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten in ihr Herkunftsland
- Wegfall des grundsätzlichen Nachzugsanspruches für Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter
- Jährliche Prüfung des Fortbestands von Asylgründen

- Beendigung des Wildwuchses bei der Asylverfahrensberatung und -Betreuung. Eine Verfahrensberatung darf nur nach geltendem Recht erfolgen. Die staatliche Förderung von NGOs in diesem Bereich ist einzustellen
- Keine Arbeitserlaubnis außerhalb verpflichtender gemeinnütziger Arbeitsgelegenheiten mehr für Asylantragsteller und abgelehnte Asylbewerber
- Unterbringung in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für die Dauer des Asylverfahrens
- Die Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten werden wie im Rahmen rechtsstaatlicher Möglichkeiten straffen. Zum Abbau von Altfällen werden wir das Personal erhöhen“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Ökonomische Anreize senken“ (S. 105):

„Die materiellen Leistungen für Asylbewerber in Deutschland sind, wie internationale Vergleiche zeigen, zu hoch. Sie entfalten eine Anziehungswirkung und überfordern die finanzielle Leistungskraft unseres Landes. Auch abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber verursachen durch ihren Aufenthalt Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe, die vom Steuer- und Beitragszahler getragen werden müssen. Asylanerkennung führt derzeit zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Eigenleistung. Das ist sozial- und abgabepolitisch ungerecht.

Die AfD fordert daher zur Senkung von Anreizen und zur Wahrung der sozialen Gerechtigkeit:

- Sozialleistungen für Asylbewerber sind nach Möglichkeit als Sachleistungen zu erbringen, ansonsten durch eine Bezahlkarte, sofern die Erbringung von Sachleistungen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich ist.
- Leistungen für Ausreisepflichtige sind auf ein menschenwürdiges Existenzminimum abzusenken.
- Zusätzlich darf die Anerkennung nicht länger den automatischen, sofortigen, zeitlich und inhaltlich unbegrenzten Anspruch auf alle Leistungen des Wohlfahrtsstaates bedeuten.
- Leistungskürzungen für Asylbewerber bei Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten.“

Im selben Kapitel, Abschnitt „Deutschland braucht eine umfassende Rückführungsoffensive“ (S. 106 ff.):

„... Eine AfD-geführte Bundesregierung wird dieses Staatsversagen beenden, nicht bleibeberechtigte und ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und zur Behebung der eklatanten Vollzugsdefizite in diesem Bereich folgende Maßnahmen umsetzen:

- konsequente Abschiebung aller ausreisepflichtigen Personen im Sinne einer strikten Anwendung geltenden Rechts
- Abschaffung aller Bleiberechtsregelungen für ausreisepflichtige Personen, insbesondere auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung und des Chancenaufenthaltsrechts
- Ersatz der Duldung durch eine Bescheinigung über die Ausreisepflicht
- massiver Druck auf nicht rücknahmebereite Herkunftsländer z. B. durch Wirtschaftssanktionen, Aussetzung der Entwicklungshilfe und den Visahebel
- Förderung der freiwilligen Rückkehr
- Wegfall humanitärer Aufenthaltstitel nach Entfall des Fluchtgrunds
- Unverzügliche Rückführung ausländischer Gefährder, Extremisten und Schwerkrimineller entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten
- Konsequente Ahndung der Abschiebeverhinderung durch NGOs
- Ausbau von Haft- und Gewahrsamsplätzen in Grenznähe und an den internationalen Flughäfen

- Abschaffung des Kirchenasyls, Kündigung der Kirchenasylvereinbarung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit den Kirchen

Diesen Kurswechsel werden wir ... ausdrücklich auch bei der größten seit 2014/15 eingewanderte Gruppe – den Syrern – vollziehen. ...

Vor diesem Hintergrund werden wir im Rahmen einer Rückführungsoffensive folgende Maßnahmen umsetzen:

- Einleitung der Rückführung von Straftätern, Gefährdern sowie aller nicht mehr schutzberechtigten syrischen Staatsbürger
- Einleitung von Widerrufsverfahren für bislang als subsidiär schutzberechtigt anerkannte Syrer
- Aufnahme von Verhandlungen mit der syrischen Regierung, bilateral und im Verbund der EU-Mitgliedstaaten, über die Rückkehr von syrischen Staatsangehörigen
- Offensive Bewerbung der freiwilligen Rückkehr in Verbindung mit der Ausweitung von Bundesprogrammen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr nach Syrien

Analog werden wir, wenn die Voraussetzungen vorliegen, dann auch bei Personen aus anderen Asyl-Herkunftsländern verfahren.“

Im selben Kapitel, Abschnitt „Integration“ (S. 109):

„Leistungsbereitschaft, Anpassungswille und eine bewusste Bejahung der deutschen Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen, um vollständig akzeptiert zu werden und einen Mehrwert für alle zu bilden. Es bedarf daher einer radikalen Wende der deutschen Migrationspolitik, um weiteren Schaden von unserem Land abzuwehren.

Die AfD fordert daher:

- Die Integrationsfähigkeit ist durch eine strikte Begrenzung des Zuzugsgeschehens wieder herzustellen
- Keine Integration Aufenthaltsunberechtigter um jeden Preis / Eingrenzung der Asylindustrie
- Aktive Beteiligung aller Migranten an einer gelingenden Integration. Dazu gehört der angemessene Spracherwerb, mindestens auf B2-Niveau, in angemessener Zeit, in der Regel innerhalb von 2 Jahren, in Ausnahmefällen innerhalb von 5 Jahren
- Kosten für selbstverschuldet fehlgeschlagene Integrationsmaßnahmen (z. B. abgebrochene Sprachkurse) sind zurückzuerstatten
- Die Akzeptanz der Grundprinzipien des Gemeinschaftslebens in Deutschland, welche sich in ihrem rechtlichen Kern aus der Verfassung des Landes und seiner darauf aufbauenden Rechtsordnung ergeben.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht verschenkt werden“ (S. 110):

„Die AfD wird die immer laxeren Voraussetzungen zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit umkehren und stattdessen zu dem Rechtszustand zurückkehren, wie er bis 1990 bestanden hat, also dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt als Kind zumindest eines deutschen Elternteils sowie als Ermessensentscheidung im Interesse des Gemeinwesens.

Folgende Maßnahmen sind im Zuge dessen erforderlich:

- Bei der Ermessenseinbürgerung muss die einbürgernde Behörde im Rahmen von Einzelfallentscheidungen davon geleitet sein, dass nur solche Einbürgerungen vorzunehmen sind, durch die das Gemeinwesen durch Hinzufügung eines loyalen Neubürgers gestärkt wird.
- Einbürgerungen sollten bei bester Integrationsleistung frühestens nach 10 Jahren möglich sein.
- Mehrfache Staatsangehörigkeiten, abgesehen von begründeten Ausnahmen, insbesondere des gemeinsamen Unionsrechts, bergen die Gefahr von Loyalitätskonflikten und sind daher zukünftig wieder auszuschließen.
- Den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland für Kinder ausländischer Eltern werden wir ebenso wie den Einbürgerungsanspruch wegen längeren Aufenthalts im Inland wieder abschaffen.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Migration und Wohnungsmarkt“ (S. 110 f.):

„Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten insbesondere auch für junge Familien zu begrenzen, ist die Zuweisung von Wohnungen an Asylberechtigte und erst recht an Asylbewerber in diese Wohnquartiere maximal zu begrenzen.

Ebenso sollte in Brennpunkt-Quartiere, die bereits heute über Parallel- bzw. gar Gegengesellschaften von über 25 % Nicht-EU-Migranten verfügen oder unter einer erhöhten Kriminalität leiden, in denen die Integration folglich bereits gescheitert ist, keine weitere Zuweisung von Asylbewerbern oder Asylberechtigten erfolgen, insbesondere nicht in Form von Großunterkünften.

Eine Aushebelung des Deutschen Baurechts durch Sonderregelungen wie z. B. im §246 BauGB für die Errichtung von Unterkünften für zuvor meist illegal eingereiste Migranten lehnen wir ab.“

BSW

In Abschnitt 4. („Sicherheit gewährleisten, Freiheit schützen“) unter der Überschrift „Sichere Grenzen: Unkontrollierte Migration stoppen“ (S. 36 ff.):

Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl für wirklich Schutzbedürftige. Gleichzeitig wollen wir die unkontrollierte Einwanderung beenden. Deutschland braucht für die kommenden Jahre eine Atempause. Ab sofort sollte der Grundsatz gelten:

✓ Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, hat kein Recht auf Aufenthalt. Wer kein Recht auf Aufenthalt hat, hat keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und auch keinen Anspruch auf soziale Leistungen. ...

✓ Wir fordern, Gesetze und nötigenfalls das Grundgesetz so zu ändern, dass Flüchtlinge nach schweren Straftaten ihren Anspruch auf ein Asylverfahren in Deutschland verlieren und der Schutz vor Abschiebung auf Fälle begrenzt wird, in denen klare Indizien vorliegen, dass dem Betroffenen im Herkunftsstaat die Todesstrafe droht.

✓ Zuwanderer, die in schwerer Weise mit dem Gesetz in Konflikt kommen, müssen ausgewiesen und nötigenfalls abgeschoben werden. Entsprechende Behörden- und Gerichtsverfahren sind vorrangig und zügig zu betreiben. ...

Das Asylrecht wird in großem Stil missbraucht. Recht und Gesetz müssen bei Abschiebungen endlich wieder durchgesetzt werden. Die für Asylverfahren zuständigen Behörden und Gerichte müssen vorrangig mit Personal ausgestattet und die Verfahren so gestrafft werden, dass sie im Normalfall in drei Monaten abgeschlossen werden. ...

✓ Ausländerbehörden und Gerichte sollen sich vorrangig auf diejenigen konzentrieren, die noch nicht integriert sind oder sich gar nicht integrieren wollen.

Voraussetzung für Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache und die Eingliederung in das Arbeitsleben. Dafür brauchen wir ein System der Erwachsenenbildung, in dem Schulabschlüsse nachgeholt werden können und Nachqualifikationen möglich sind, falls vorhandene Berufsausbildungen nicht dem deutschen System entsprechen und neue Berufsausbildungen erfolgen, um diesen Zuwanderern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten.

Viele europäische Länder fordern inzwischen eine Wende in der europäischen Asylpolitik. Das Prinzip, dass jeder, der die EU erreicht, unabhängig vom Schutzstatus fast immer bleiben kann, übt eine enorme Sogwirkung aus und bringt immer mehr Menschen dazu, sich in die Fänge krimineller Schleuserbanden zu begeben, die mit der Migration Milliardenumsätze machen. Wer zu arm ist, um die Schlepper zu bezahlen, oder zu schwach für die gefährlichen Fluchtrouten, den lässt die EU dagegen im Stich.

In den letzten Jahren war es vor allem die deutsche Regierung, die eine Veränderung dieser dysfunktionalen europäischen Asylpolitik verhindert hat. Diese Blockade muss aufhören. Bei allem Respekt und Mitgefühl für die Gründe, die Menschen dazu bringen, ihre Heimat zu verlassen und in Europa Schutz oder ein besseres Leben zu suchen: Das Asylrecht ist kein Recht für Verfolgte, in dem Land ihrer Wahl mit den großzügigsten sozialen Leistungen Aufnahme zu finden.

✓ Das europäische Asylrecht ist dysfunktional. Es nährt hochkriminelle, skrupellose Schleuser und tötet in letzter Konsequenz mehr Menschen, als es rettet. Es muss dringend reformiert werden. Asylverfahren sollten nach Möglichkeit außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden.

✓ Den Globalen Migrationspakt, der Deutschland zur Förderung internationaler Migrationsbewegungen verpflichtet, wollen wir schnellstmöglich aufkündigen.

Flucht- und Migrationsursachen an ihren Entstehungsorten zu reduzieren, hilft der Vielzahl der Betroffenen effektiver als die Aufnahme eines kleinen Teils in Deutschland. Zumal diejenigen, die es bis nach Deutschland schaffen, in der Regel nicht die Bedürftigsten sind. Deshalb fordern wir eine Neuausrichtung der EU-Außen- und Handelspolitik, die darauf abzielt, Lebensbedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Dies beinhaltet die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen gegen Länder mit politisch missliebigen Regierungen, weil unter den Sanktionen immer vor allem die Bevölkerung leidet. Deutschland muss einen Beitrag dazu leisten, damit die internationale Gemeinschaft ihr Engagement in der Beendigung von Kriegen, in der Entwicklungszusammenarbeit und im Bereich des Klimaschutzes verstärkt, um so die Lebensbedingungen in den Ländern des Globalen Südens nachhaltig zu verbessern. Dies würde nicht nur die Lebensqualität vor Ort erhöhen, sondern auch die Ursachen von Migration effektiv bekämpfen.

✓ Die größten Flüchtlingsströme nach Deutschland in den letzten zehn Jahren kamen aus Ländern oder über Länder, die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten destabilisiert wurden: Afghanistan, Syrien, Irak, Libyen. Deshalb ist jegliche militärische Unterstützung für Kriegs- und Bürgerkriegsparteien einzustellen.

Auch der Krieg in der Ukraine, der von Russland begonnen wurde, wäre durch eine andere US-Politik im Vorfeld vermeidbar gewesen. Unterstützung von Kriegsparteien darf nicht als Mittel zur Erlangung wirtschaftlicher oder geopolitischer Vorteile eingesetzt werden. Deutschland und die EU dürfen sich weder direkt noch indirekt an militärischen Abenteuern zum Sturz missliebiger Regierungen beteiligen. Wir setzen uns außerdem für eine stärkere finanzielle Unterstützung humanitärer Organisationen wie dem UNHCR ein, damit Flüchtlingen in Krisensituationen vor Ort geholfen werden kann.“

7. Arbeitsmigration

SPD

In Abschnitt 20 („Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft“) unter der Überschrift „Wir wollen die Integration verbessern und Fachkräfteeinwanderung vereinfachen.“ (S. 54 f.):

„Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei der Erstintegration weiterhin erfüllen können.

Wir wollen ein Partizipationsgesetz auf den Weg bringen: Durch verbindliche Regelungen soll gleichberechtigte Teilhabe in allen relevanten Bereichen – von Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden. Ziel ist es, Teilhabehürden abzubauen, Chancengleichheit zu schaffen und so Integration sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Wir wollen das Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig weiterentwickeln, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.

Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung weiter stärken. Dazu werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ausweiten und die Stelle der Anti-Rassismus-Beauftragten dauerhaft verankern. Wir nehmen nicht hin, dass Millionen von Menschen in Deutschland, die zu uns gehören und jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass unser Land erfolgreich ist, angefeindet und ausgegrenzt werden. Es schmerzt uns, dass viele von ihnen sich Gedanken machen, ob es in Deutschland noch sicher für sie ist und ob es für sie und ihre Kinder eine gute Zukunft gibt. ...

Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die Ankunftsstrukturen optimieren, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.“

CDU/ CSU

In Kapitel II. („Unser Plan für ein Land, das wieder Wohlstand für alle schafft.“) unter der Überschrift „Ja zur Agenda der Fleißigen“ und der Unterüberschrift „Arbeits- und Fachkräfte gewinnen“ (S. 13):

„Der Arbeits- und Fachkräftemangel bremst unsere wirtschaftliche Entwicklung. Aus demografischen Gründen verschärft er sich weiter und wird zu einem echten Standortrisiko. Eigentlich könnten die Unternehmen mehr produzieren, doch dafür fehlt das Personal. Mit einer Fachkräfteoffensive bekämpfen wir das Problem und sorgen für mehr Produktivität. Für ausländische Fachkräfte wollen wir ein attraktiver Standort sein und lebenswerte Heimat werden. ...

- Ausländische Fachkräfte gewinnen. Dabei ist eine gute Qualifikation von zentraler Bedeutung. So kann dauerhafte Beschäftigung erreicht werden. Den Fokus legen wir auf die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.
- Schnellere und digitale Prozesse für Erwerbszuwanderer. Dazu richten wir eine digitale Bundesagentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“) ein. Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: von der Anwerbung und Arbeitsplatzvermittlung über die Prüfung der

Einreisevoraussetzungen und Visavergabe bis hin zum Aufenthaltstitel. Wir trennen die Asylverfahren von den Verfahren zur Einwanderung in den Arbeitsmarkt.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt A („Eine lebendige Demokratie“) unter der Überschrift „Für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft“ (S. 126 f.):

„Wir sind auf die Einwanderung von dringend benötigten Fach- und Arbeitskräften angewiesen, um unseren Wohlstand zu sichern und als Wirtschaftsstandort attraktiv zu bleiben. Dabei stehen wir auch im internationalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte, weswegen es so wichtig war, endlich ein Einwanderungssystem auf der Höhe der Zeit zu schaffen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und zahlreichen Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang Geflüchteter haben wir hierfür den Grundstein gelegt. Damit sich Fach- und Arbeitskräfte für unser Land entscheiden, stellen wir nach Jahrzehnten der Abschottung unseres Arbeitsmarktes endlich die Digitalisierung der Visavergabe vom Kopf auf die Füße. Das heißt: Visa komplett zu digitalisieren und Wartezeiten zu verkürzen. Darauf wollen wir weiter aufbauen, indem wir mehr Berufs- und Bildungsabschlüsse noch leichter anerkennen sowie die Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisieren und vereinfachen – für eine echte Willkommenskultur. Die bisherigen Ausländerbehörden werden so zu Einwanderungsbehörden. Wir wollen, dass sich Menschen in unserem Land ohne Vorurteile und Diskriminierung willkommen fühlen.“

FDP

In Kapitel IV („Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“), Abschnitt c. („Für eine neue Realpolitik in der Migration“) unter der Überschrift „Einwanderung in den Arbeitsmarkt statt in die sozialen Sicherungssysteme“ (S. 26 f.):

„Unser Land braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir haben mit dem Einwanderungsgesetz die Regeln verbessert. Als nächsten Schritt fordern wir ein Einwanderungsgesetzbuch aus einem Guss, in dem alle gesetzlichen Grundlagen für Einwanderung und Asyl gebündelt werden. Zudem muss jetzt eine Neuorganisation der behördlichen Strukturen und Verfahren im Bereich der Arbeitsmigration folgen. Wir wollen, dass Menschen, die in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern wollen, nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben. Um einen solchen One-Stop-Shop für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu schaffen, muss der gesamte Visaprozess auf den Prüfstand gestellt werden. Hochqualifizierten Fachkräften wollen wir die Einwanderung in den Arbeitsmarkt weiter erleichtern. Die Europäische Blue Card wollen wir für weitere nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Das Instrument der Westbalkanregelung wollen wir ausweiten. Außerdem wollen wir den Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten ein einjähriges Orientierungsvisum zur Arbeitsfindung nach niederländischem Vorbild ermöglichen.“

Im selben Kapitel, Abschnitt g. („Beste Gesundheit und Pflege für die Zukunft sichern“) unter der Überschrift „Stärkung der Pflege“ (S. 33 f.):

„Wir wollen im Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen. Dafür wollen wir Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen.“

Die Linke

In Kapitel 17. („Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft, Asylrecht verteidigen“) unter der Überschrift „Wir sind eine Einwanderungsgesellschaft – und müssen das auch sein.“ (S. 53):

„Die großen Herausforderungen von mehr Personal in Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, von ausreichend bezahlbarem Wohnraum, funktionierendem Nahverkehr, sozialem und ökologischem Umbau der Wirtschaft werden wir nur gemeinsam schaffen. Nicht, indem wir unsere Nachbar*innen zu Sündenböcken für die Mängel der Regierungspolitik machen. Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft müssen die Hindernisse für gutes Ankommen und volle Teilhabe an der Gesellschaft beseitigt werden. Menschen mit Migrationsgeschichte sind in allen gesellschaftlichen Bereichen vertreten und leisten wertvolle Arbeit – ganze Lebensbereiche würden ohne sie sofort zusammenbrechen.

Daher braucht es Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie flächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden.“

AfD

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Asyl- und Migrationspolitik, Abschnitt „Maßvolle und ausgewählte Migration qualifizierter Fachkräfte“ (S. 111 ff.):

„Wir begrüßen die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, sofern diese zum Erfolg unseres Landes sowie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beitragen können. Das gilt für alle Berufsfelder, in denen bei uns Mangel herrscht, beispielsweise im Handwerk, im Gesundheitswesen, in naturwissenschaftlichen und IT-Berufen. Beenden werden wir dagegen den Irrweg der Vermischung von qualifizierter Zuwanderung und humanitärem Schutz.

... Indem wir die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmer und die deutsche Arbeiterschaft verbessern, bekämpfen wir den Fachkräftemangel – wo es ihn denn tatsächlich gibt – am besten.

Zuwanderung aus fremden Zivilisationen löst kein wirtschaftliches Problem Deutschlands, sondern schafft zusätzliche Probleme: Ein erheblicher Teil der Zuwanderer, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, bleibt aufgrund mangelnder Integrationsbereitschaft, fehlender Qualifikationen oder der falschen Anreize des Sozialsystems dauerhaft von staatlicher Unterstützung abhängig. ...

Vor jeglicher weiterer außereuropäischer Fachkräfteeinwanderung werden wir zunächst die heimischen Potenziale ausschöpfen. Geeignete außereuropäische Arbeitskräfte werden wir danach bedarfsgerecht nach strikten Kriterien auswählen. Folgende Maßnahmen werden wir in diesem Zusammenhang umsetzen:

- Die Abwanderung von einheimischen, meist hochqualifizierten Arbeitskräften muss genauso wie die Abwanderung ganzer Unternehmen mit aller Kraft verhindert werden. Statt solcher Abwanderungen brauchen wir Rückgewinnungsprogramme für abgewanderte Leistungsträger.
- Auch technologische Lösungen wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik und Digitalisierung oder ökonomische Produktivitätssteigerungen sind zur Bekämpfung eines etwaigen Fachkräftemangels konsequent umzusetzen.
- Bei ungelernten Personen sind in erster Linie Erwerbsfähige zu qualifizieren, die bereits heute legal in Deutschland leben.
- Für außereuropäische Fachkräfte ist das Fachkräfteeinwanderungsrecht zu reformieren. Im Rahmen eines Auswahlverfahrens werden wir ein Punktesystem mit klaren Auswahlkriterien, wie z. B. Berufserfahrung, bereits bestehende Arbeitsverhältnisse bzw. vorhandene -verträge, ausreichende Sprachkenntnisse etc. einführen und bedarfsgerecht entsprechende Branchen und Quoten festlegen.

- Für hochqualifizierte außereuropäische Bewerber wollen wir das bewährte Instrument der Blauen Karte EU fortentwickeln und zukünftig insbesondere Experten in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sowie Facharbeiter ansprechen.“

BSW

In Abschnitt 3. („Für eine gerechte Leistungsgesellschaft“) unter der Überschrift „Bessere Löhne und Renten, eine leistungsgerechte Arbeitslosenversicherung“ (S. 22):

„Statt primär auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte zu setzen und damit die Abwanderung qualifizierten Personals aus ihren Heimatländern zu fördern, wollen wir in erster Linie junge Menschen in Deutschland qualifizieren und ausbilden und ihnen damit echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt bieten.“

8. Familienpolitik

SPD

In Abschnitt 9 („Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien“) (S. 25 f.):

„Familie – das ist dort, wo Menschen aufeinander achtgeben und füreinander eintreten wollen. Familie heißt, verbunden und geborgen zu sein. ... Wir machen Familien stark. Wir setzen auf ein Maßnahmenpaket, um Kinderarmut weiter zu bekämpfen: mit der Unterstützung der Erwerbseinkommen durch Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag, mit Angeboten von Betreuung, Bildung und Pflege, auf die man sich verlassen kann.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Wir wollen den Eltern mehr Zeit für die Familie geben und Partnerschaftlichkeit fördern.“ (S. 26):

„Für ein gelingendes Familienleben brauchen berufstätige Eltern Zeit und den nötigen Freiraum, um ihren Alltag partnerschaftlich zu organisieren. Wir wollen deshalb eine Familienstartzeit einführen: Väter oder Partnerinnen und Partner sollen sich für die ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller, umlagefinanzierter Lohnfortzahlung freistellen lassen können. Wir wollen einen gestaffelten Mutterschutz bei Fehlgeburten einführen. Wir halten es zudem für richtig, dass die nächste Bundesregierung ein Konzept für einen Mutterschutz für Selbstständige entwickelt.“

Das Elterngeld und die Elternzeit bleiben eine Erfolgsgeschichte. Während andere hier kürzen wollen, setzen wir auf eine Weiterentwicklung, um noch stärkere Anreize für Väter zu setzen, deren Verhandlungsposition am Arbeitsplatz zu stärken und Familien in der frühen Phase besser zu unterstützen. Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. Damit steigt die Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Wir wollen Eltern und Familien entlasten.“ (S. 26 f.):

„Um Eltern im Alltag wirksam zu entlasten, braucht es darüber hinaus eine gute und verlässliche Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Alltagshilfen. Familien müssen sich auf die Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen verlassen können – in zeitlicher und auch in qualitativer Hinsicht. Zudem setzen wir uns für eine kostenfreie Bildung von der Kita an ein. ...“

Mit einem jährlichen Familienbudget für Alltagshelfer wollen wir sozialversicherungspflichtige hausnahe Dienstleistungen direkt fördern und einfach digital zugänglich machen. Das hilft auch im Kampf gegen Schwarzarbeit.

Wir wollen die Frühen Hilfen für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote zusammenführen, vor allem in Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien erreichen.

In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine gute und kostenfreie Verpflegung ein. ...

Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür sorgen, dass alle Kita-Kinder und alle Schüler*innen in den Einrichtungen ein gesundes und kostenloses Mittagessen erhalten.

Wir wollen die Besteuerung von Familien unter Berücksichtigung bereits getroffener Lebensentscheidungen reformieren, für Paarfamilien eine gerechtere Verteilung der Steuerlast erreichen und Partnerschaftlichkeit fördern. Die bereits eingeleitete Überführung der Steuerklassen-Kombination III/IV in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV wollen wir daher schnellstmöglich umsetzen. Die Auswirkungen dieser Neuregelung und weitere Reformschritte werden wir zu gegebener Zeit prüfen. Für

Alleinerziehende wollen wir den Entlastungsbetrag in einen Abzug von der Steuerschuld umwandeln.“

CDU/ CSU

In Kapitel IV. („Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält“) unter der Überschrift „Ja zu Familie und Verantwortung“ und der Unterüberschrift „Familien unterstützen“ (S. 60 ff.):

„Familien sind echte Leistungsträger. Sie übernehmen Verantwortung über Generationen hinweg und geben unserem Land Stabilität. Zugleich heißt Familie immer auch: Leben mit Herausforderungen, von knapper Zeit bis knappe Kasse. Unser Anspruch ist: Wir geben den Familien genug Spielraum, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

- Wir stehen zum Leitbild von Ehe und Familie. Die Ehe als rechtlich verbindliche und auf Dauer angelegte Verbindung zweier Menschen steht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Daran halten wir fest.
- Unterschiedliche Lebensentwürfe respektieren. Verantwortung und Vielfalt gehören für uns zusammen. Nicht nur in klassischen Familien, sondern auch in Patchwork- und Trennungsfamilien sowie bei Alleinerziehenden und in gleichgeschlechtlichen Beziehungen werden Werte gelebt, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.
- Auf gute Partnerschaft. Wir bekennen uns zur Elternzeit und zum Elterngeld. Sie haben sich als familienpolitische Leistung bewährt und entsprechen dem Wunsch vieler Familien, sich Aufgaben zu teilen. Wir verbessern das Elterngeld. Den Partnerschaftsbonus bei gleichzeitiger vollzeitnaher Teilzeit beider Eltern entwickeln wir weiter.
- Mehr Eltern- und Familienbildung. Wir bauen Beratungsangebote und Frühe Hilfen für Familien aus. Dafür stärken wir den Fonds Frühe Hilfen und setzen uns für eine bessere Vernetzung bestehender Strukturen ein. So erleichtern wir Familien, die auf Unterstützung angewiesen sind, den Zugang zu Familienhebammen oder ehrenamtlichen Familienpatenschaften.
- Überblick für Familienleistungen schaffen. Wir wollen ein übergreifendes digitales Portal für alle Familienleistungen, damit Familien die ihnen zustehenden Leistungen einfach und unbürokratisch erhalten können. Dabei müssen auch die Möglichkeiten des Datenaustauschs verbessert werden.
- Familien finanziell entlasten. Unser Ziel ist, den Kinderfreibetrag in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern zu entwickeln. Entsprechend heben wir auch das Kindergeld an, das künftig nach der Geburt automatisch ausgezahlt werden soll. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass das Kindergeld für im EU-Ausland lebende Kinder an die Unterhaltskosten des jeweiligen Landes angepasst werden kann. Zudem bündeln wir Familienleistungen und machen sie einfacher zugänglich.
- Ehegattensplitting erhalten. Ehepartner, die unterschiedlich verdienen, dürfen nicht benachteiligt werden. Deshalb halten wir am Ehegattensplitting fest und wollen Kinder künftig stärker berücksichtigen.
- Für eine gute Betreuung, auf die sich Familien auch verlassen können. Deshalb wollen wir, dass die Infrastruktur ausgebaut, die Qualität gesteigert und die Betreuungssituation verbessert wird. Kitas in ihrer Rolle als Bildungseinrichtungen stärken wir. Zudem verbessern wir die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.
- Alleinerziehende finanziell unterstützen. Sie sind besonders armutsgefährdet, selbst wenn sie arbeiten. Deshalb erhöhen wir den steuerlichen Entlastungsbetrag.
- Familien bei Integration unterstützen. Für Familien mit Zuwanderungsgeschichte führen wir bewährte Programme fort. Dazu zählen die speziellen Integrationskurse oder die Förderung von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte, um deren Berufseinstieg zu ebnen.

- Junge Menschen stärken. Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie ihnen bestmögliche Unterstützung bietet. Dabei setzen wir auf Strukturen, die Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen psychosoziale Unterstützungsangebote aus.
- Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe: Nein zu Altersdiskriminierung! Wir wollen ein Deutschland, in dem alle Generationen gleichberechtigt und respektvoll zusammenleben. Wir bringen daher ein umfassendes Paket zur Bekämpfung von Altersdiskriminierung auf den Weg. Dazu gehören Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen, die Förderung altersfreundlicher Arbeitsmodelle und klare Regelungen, um Diskriminierung im Berufsalltag entgegenzutreten. Auch digitale Angebote müssen für Seniorinnen und Senioren handhabbar sein.
- Einsamkeit bekämpfen. Das wird in einer alternden Gesellschaft noch wichtiger. Wir unterstützen die gute Arbeit bestehender Netzwerke weiter: Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliches Engagement, Beratungsstellen und Telefonseelsorge. Ziel muss zugleich eine möglichst abgestimmte Unterstützung durch Gesundheitsdienste, soziale Einrichtungen und Bildungseinrichtungen sein.“

Im selben Kapitel unter der Unterüberschrift „Elternrechte stärken – Kinder- und Jugendschutz sichern“ (S. 62):

„Familie ist nicht immer heile Welt. Deshalb heißt für uns Familienpolitik auch: Wir lassen niemanden allein mit Sorgen und Problemen. Gerade wenn es darauf ankommt, muss unser Staat Verantwortung übernehmen. Das Kindeswohl hat für uns oberste Priorität. ...

- Kindeswohl schützen, Elternrechte stärken. Aus Gründen des Kindeswohls werden wir bei Partnerschaftsgewalt das Sorge- und Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils ausschließen. Rechte des biologischen Vaters dürfen nicht durch Vereinbarung der Mutter mit Dritten ausgehebelt werden.
- Kein Aufenthalt durch Scheinvaterschaften. Sie sind ein Betrug an der Gemeinschaft und am Kind. Die missbräuchliche Vaterschaftsanerkennung stellen wir unter Strafe. ...
- Kinder- und Jugendschutz statt beliebiger Identitätspolitik. Das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel erlaubt bei Kindern und Jugendlichen, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen auch ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidung zu ändern. Das lehnen wir entschieden ab. Gerade in der altersbedingt volatilen Lebensphase der Pubertät muss ausgeschlossen werden, dass Persönlichkeitszweifeln mit einem leichtfertigen Geschlechtswechsel begegnet wird. Es braucht in jedem Fall unabhängige psychologische Gutachten. Operative Eingriffe vor der Volljährigkeit lehnen wir grundsätzlich ab.
- Kein leichtfertiger Geschlechtswechsel bei Erwachsenen. Der Wechsel des Geschlechtseintrags darf nicht der Beliebigkeit hingegeben werden. Auch gilt: Jeder geschlechtsangleichenden Operation muss eine ausführliche unabhängige Zweitberatung vorausgehen.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 1 („In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch“), Abschnitt A („Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs“) unter der Überschrift „Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen“ (S. 20):

„Betreuungskosten sowie Kosten für Haushaltshilfen und haushaltsnahe Dienstleistungen sollten umfangreicher von der Steuer absetzbar sein. In der jetzigen Form stellt das Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits verheiratet sind, ändert sich nichts – außer sie entscheiden sich freiwillig für das neue Modell.“

In Kapitel 2 („Einfach dabei sein – fair und bezahlbar“), Abschnitt C („Mitten im Leben – in jeder Lebensphase“) unter der Überschrift „Für starke Familien“ (S. 81 ff.):

„Kindergeld und Kinderfreibetrag sind die Basis für die Unterstützung von Familien. ... Um der Ungleichheit der Entlastung zwischen Kinderfreibetrag und Kindergeld entgegenzuwirken, wollen wir zunächst die Höhe des Kindergeldes gesetzlich an die regelmäßige Erhöhung des Kinderfreibetrages koppeln. Perspektivisch gleichen wir die Entlastung von Familien über Kindergeld und Kinderfreibetrag an, denn alle sollen das gleiche Maß an finanzieller Unterstützung erhalten – egal wie viel ihre Eltern verdienen.

Familienplanung ist ein Menschenrecht. Damit alle Frauen und Männer frei entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen, setzen wir uns für einen unbürokratischen und kostenfreien Zugang zu ärztlich verordneten Verhütungsmitteln für Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen und für Geringverdiener*innen ein. Perspektivisch soll der kostenfreie und leichte Zugang zu Verhütungsmitteln für alle gelten. Mit dem Start ins Familienleben stellen viele Paare bereits die Weichen für die spätere Aufgabenteilung. Teilen sich Eltern ihre Elternzeit gerecht auf, setzt sich das häufig später auch in der familiären Aufgabenverteilung fort. Nehmen sich Väter Zeit für ihre Kinder, kehren Mütter früher und mit höherem Stundenumfang zurück in den Beruf. Das verschafft ihnen finanzielle Freiheit und sichert Fachkräfte. Die Elternzeit möchten wir deshalb so gestalten, dass mindestens jeweils ein Drittel der Zeit von jedem Elternteil genutzt werden kann. Damit setzen wir Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung. Auch Pflegeeltern sollen Elterngeld erhalten. Den Mindest- und Höchstbetrag, der seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 unverändert ist, wollen wir auf 500 bzw. 2.400 Euro erhöhen. Zusätzlich werden wir die Ersatzrate für geringe Einkommen anheben.

Wir werden mit einer Familienstartzeit entsprechend den Regelungen der Europäischen Union (EU) Vätern und Co-Müttern die Möglichkeit geben, sich die ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes mit einer Lohnersatzleistung von der Arbeit freizustellen. Diese Möglichkeit soll es auch für Alleinerziehende geben und möglichst unbürokratisch bezogen werden können. So können Eltern gemeinsam ins Familienleben starten. Durch die Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes wollen wir Frauen, die eine Fehlgeburt erleiden, besser unterstützen, wenn sie dies möchten.

Für selbstständige Frauen ist der Sprung in die Familiengründung oft mit besonderem Wagnis verbunden. Doch auch sie brauchen Sicherheit und Schutz bei der Familiengründung. Wir setzen uns dafür ein, dass auch für Selbstständige die Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden. Hierzu sollen sich künftig auch Selbstständige an der dafür vorgesehenen Umlagefinanzierung beteiligen.

Wir wollen Eltern vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt besser schützen, zum Beispiel auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Auch über 2025 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen. Die Altersgrenze wollen wir auf 14 Jahre anheben.

Allein- und getrennt erziehende Familien leben in vielfältigen Konstellationen. Viele Alleinerziehende stemmen Kinderbetreuung, Job und Haushalt und kommen finanziell kaum über die Runden. Wir wollen Alleinerziehenden den Rücken stärken und ihre Armutsrisiken minimieren. Dafür bauen wir den bestehenden Freibetrag für Alleinerziehende zu einer Steuergutschrift aus, wovon besonders kleine und mittlere Einkommen profitieren. Das Kindergeld rechnen wir nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss an. So unterstützen wir Alleinerziehende und ihre Kinder gezielt. Insbesondere für junge Alleinerziehende mit kleinen Kindern wollen wir die Arbeitsmarktchancen verbessern – mit Ansprüchen auf Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen. Wächst ein Kind in einer Trennungsfamilie bei beiden Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen. Eine Festlegung auf ein Betreuungsmodell nach Trennung der Eltern als Regelfall lehnen wir ab. Vielmehr muss dieses dem Einzelfall angemessen und am Kindeswohl orientiert sein.

Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich füreinander sorgen zu können, indem wir das Modell der Verantwortungsgemeinschaft einführen – in gleicher Weise wie im bisherigen Koalitionsvertrag vorgesehen.“

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt A („Eine lebendige Demokratie“) unter der Überschrift „Für queeres Leben: sicher und selbstbestimmt“ (S. 122):

„Familie ist, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das gilt auch für Regenbogenfamilien. Wir passen deshalb das Familienrecht an, beenden schnellstmöglich die Diskriminierung von Regenbogenfamilien, insbesondere von lesbischen Müttern und ihren Kindern, im Abstammungsrecht und berücksichtigen dabei die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen. Wir verbessern die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern. Außerdem ermöglichen wir es Menschen, jenseits einer Ehe rechtlich verbindlich füreinander sorgen zu können. Wir werden zudem queeres Leben im Alter stärker in den Mittelpunkt rücken. So wollen wir die Bedürfnisse von älteren LSBTIQ*- Personen auch in der Altenhilfe und in der Pflege besser berücksichtigen, damit sie auch im Alter diskriminierungsfrei teilhaben können. Auch junge queere Menschen wollen wir stärken und Beratungsstrukturen weiter ausbauen.“

FDP

In Kapitel IV („Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“), Abschnitt e. („Modernes Recht und faire Chancen für Familie und Senioren“) (S. 29):

„Familienmodelle sind vielfältig, aber sie alle beruhen auf Werten und Fürsorge. Als Freie Demokraten wollen wir Familien in ihren unterschiedlichsten Konstellationen entsprechen und stärken. Die politischen Rahmenbedingungen müssen ein selbstbestimmtes Leben und eigenverantwortliche Entscheidungen ermöglichen.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Zeit für Familien“ (S. 29):

„Viele Paare streben heute eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit an. Das darf nicht an politischen Entscheidungen scheitern. Auch Eltern müssen selbstbestimmt sein. Das volle Elterngeld (14 Monate) soll voll ausgezahlt werden, wenn beide Partner je mindestens vier Elterngeldmonate in Anspruch nehmen. Die restlichen Monate können Eltern frei unter sich aufteilen.

Das Elterngeld sowie weitere Familienleistungen müssen entbürokratisiert, digitalisiert und automatisiert werden, z. B. durch eine KI-basierte Beantragung und einem Kinderchancenportal. Für selbstständige Frauen und Männer sind die aktuellen Regelungen oft unzureichend, da sie häufig keine ausreichenden Einkommensersatzleistungen erhalten. Die Vorschriften müssen die Arbeitsrealität von Selbstständigen besser abbilden. Der Mutterschutz gehört reformiert. Wir setzen uns für einen flexiblen und freiwilligen Mutterschutz für selbstständige Frauen ein. Eine Schwangerschaft soll nicht zum Hindernis oder Hemmnis für eine Gründung werden.

Bisher besteht ein Anspruch auf Mutterschutz bei Totgeburten erst ab der 24. Schwangerschaftswoche. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Frauen, die eine Fehlgeburt vor der 24. Schwangerschaftswoche erlitten haben, einen gestaffelten Mutterschutz in Anspruch nehmen können. Keine Frau soll am Tag nach der Fehlgeburt zur Arbeit gehen müssen.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“ (S. 30):

„Eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung fördert Chancengleichheit und ermöglicht Frauen gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt. Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf soll der Ausbau von Betriebskindergärten unterstützt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Der steuerliche Abzug von Kinderbetreuungskosten soll verbessert werden. Für eine verbesserte

Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen setzen wir uns dafür ein, dass die Kurz- und Tagespflege für pflegebedürftige Menschen ausgebaut werden. Das veraltete Arbeitszeitgesetz schaffen wir ab, um flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing, bzw. Topsharing und Homeoffice soll es Frauen wie Männern ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.“

Im selben Abschnitt unter der Überschrift „Ein modernes Familienrecht“ (S. 30):

„Wir fordern ein modernes Fortpflanzungsmedizinengesetz. Dies soll die Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist, beinhalten. Wir wollen außerdem die nicht-kommerzielle Leihmutterchaft ermöglichen mit einem klaren Rechtsrahmen und eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen, unabhängig von Familienstand oder sexueller Orientierung. Ein modernes Familienrecht soll die den heute vielfältigen Familienkonstellationen gerecht werden, etwa indem wir Elternschaftsvereinbarungen gerade in Regenbogenfamilien vor der Empfängnis ermöglichen, das Abstammungsrecht modernisieren, auch unverheirateten Paaren Adoptionen erlauben und die Verantwortungsgemeinschaft gesetzlich verankern. Gleichermaßen wollen wir einvernehmliche Scheidungen beschleunigen und Scheidungstermine auch per gerichtlicher Videokonferenz erlauben. Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte Wechselmodell zum gesetzlichen Leitbild bei der Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern machen, wobei stets das Kindeswohl oberster Maßstab der Entscheidung bleibt. Beide Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantziellen Anteil zu sorgen. Die Rechte der Großeltern im Umgang mit diesen Kindern wollen wir stärken.“

Die Linke

In Kapitel 4. („Soziale Sicherheit für alle“) unter der Überschrift „Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit verbessern“ (S. 16):

„Für Die Linke ist Familie dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig von Trauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Oft muss sie Lücken im System der sozialen Sicherheit ausgleichen. Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Verantwortung stärken und allen Menschen ermöglichen, ein gutes Leben ohne Zukunftsangst zu führen, und materielle Nachteile ausgleichen. Die soziale Absicherung – besonders von Alleinerziehenden – muss sicher vor Armut schützen und Familie und Beruf müssen leichter zu vereinbaren sein.

- Eltern brauchen qualitativ gute und verlässliche Betreuungseinrichtungen, damit eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Es muss deshalb massiv in den Ausbau der öffentlichen und gebührenfreien Kindertagesbetreuung für alle Altersgruppen investiert werden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung muss umgesetzt werden, dazu gehört die Schaffung von ausreichend Kitaplätzen ▪ Um eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Elternteilen zu fördern, wollen wir für den zweiten Elternteil 28 Tage Elternschutz (ab Geburt des Kindes) einführen.
- Den Mindestbetrag beim Elterngeld wollen wir auf 420 Euro anheben. Mindest- und Höchstbetrag sollen an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest-Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.
- Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen, wobei das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.
- Berufstätige Alleinerziehende wollen wir durch die konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz entlasten. Außerdem fordern wir eine Steuergutschrift, die

mindestens der maximalen Wirkung des heutigen Entlastungsbetrags von 2.028 Euro im Jahr entspricht und die regelmäßig erhöht wird.

- Den Unterhaltsvorschuss machen wir gerechter, indem u. a. das Kindergeld nicht mehr voll angerechnet u das Bezugsalter bis zum 25. Lebensjahr ausgeweitet wird. Im Sorge- und Umgangsrecht wollen wir den Gewaltschutz verankern. Die Gleichwertigkeit aller Betreuungsmodelle muss im Familienrecht und in der Beratung deutlich werden.
- Wir setzen uns für Arbeitszeitmodelle mit einer geringeren Wochenarbeitszeit (z. B. 32 Stunden oder Vier-Tage-Woche) bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich ein. Das soll insbesondere Alleinerziehenden ermöglichen, Beruf, Familie und Privatleben besser zu vereinbaren. Begleitet wird dies durch den Ausbau von flexiblen Betreuungsangeboten und Homeoffice-Optionen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich lediglich an betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitautonomie. Wir wollen den Kündigungsschutz für Eltern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Die Situation von Berufsrückkehrer*innen nach der Elternzeit stärken wir u. a. durch ein ausdrückliches Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.
- Regenbogenfamilien müssen gleichgestellt werden. Das Abstammungsrecht muss reformiert werden, denn es diskriminiert queere Familien.“

AfD

Im Teil „Zeit für Zusammenhalt“, Kapitel „Familie und Demografie“ (S. 144 f.):

„Die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, ist die Keimzelle der Gesellschaft. Sie wird gem. Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz vom Staat geschützt und muss gefördert werden. ... Die Familienpolitik der AfD ist darauf ausgerichtet, diese Art des Zusammenlebens zu ermöglichen, zu unterstützen und gezielt zu fördern. Zur Realität gehört leider auch, dass nicht jede Familie harmonisch zusammenlebt und dass Beziehungen scheitern. Die AfD unterstützt ausdrücklich auch alle, die nicht das Glück haben, in einer lebenslangen, tragfähigen Beziehung zu leben, und alle, die in ihrer Familie Leid erfahren haben. Das gilt insbesondere für alleinerziehende Mütter und Väter sowie deren Kinder, für Stieffamilien (Patchworkfamilien) sowie Pflege- und Adoptivfamilien. Auch für diese Gruppen sieht das familienpolitische Programm der AfD umfassende Unterstützungen vor. Eines der wichtigsten Ziele der AfD-Familienpolitik ist es deshalb, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Beziehungen und Familien sich gut entwickeln und Belastungen gut verkraften können. ...“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Starke Familien für eine starke Gesellschaft“ (S. 145 f.):

„Familien sollen ein sicherer Hafen sein und müssen wieder wirtschaftlich und sozial im Mittelpunkt der Gesellschaft stehen. Der Staat darf nicht in die Familien hineinregieren, sondern muss für gute und gesunde Rahmenbedingungen sorgen.

Forderungen der AfD:

- Kinderrechte sollen nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, da Kinder bereits Träger aller Grundrechte sind. Letztlich stellen „Kinderrechte“ auch Durchgriffsrechte des Staates gegen die Erziehungsrechte der Eltern dar. Genau davor soll das Grundgesetz jedoch schützen.
- Kinder sollen in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt unterrichtet werden, um später stabile Familien gründen zu können.
- Der generationenübergreifende Zusammenhalt mit Großeltern und Urgroßeltern soll gefördert werden.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Demografische Wende für Deutschlands Zukunft“ (S. 147 f.):

„... Forderungen der AfD:

- Zur Herstellung der Lastengerechtigkeit soll bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung von 20.000 € an Rentenbeiträgen oder eine entsprechende Freistellung von künftigen Zahlungen erfolgen. Die spätere Leistung wird nicht gekürzt.
- Mit einem Betreuungsgehalt bis zum 3. Geburtstag sollen Eltern echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Selbstbetreuung erhalten. ... Das Betreuungsgehalt für Eltern bzw. Großeltern soll etwa dem durchschnittlichen Nettolohn vor Geburt des ersten Kindes entsprechen.
- Eine kinderfreundliche Gesellschaft soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden.
- Durch soziales Marketing sollen Paare ermutigt werden, ihre Kinderwünsche zu erfüllen.
- Die AfD möchte mit dem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des Kinderfreibetrages insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen entlasten.
- Die Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs soll auf 7 % reduziert werden.
- Junge Paare erhalten für die Erstanschaffungen bei Familiengründung unter bestimmten Voraussetzungen einen Ehe-Start-Kredit. Mit jedem Kind wird ein Teil des Kredits erlassen.
- BAföG-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung nach erfolgreichem Abschluss erlassen werden.
- Für Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu 6 Semester verlängert werden.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache“ (S. 151):

„Die Realität der Zweigeschlechtlichkeit muss wieder anerkannt werden, auch wenn das Geschlecht bei einer verschwindend geringen Anzahl von Menschen nicht eindeutig zugeordnet werden kann. Weiblichkeit und Männlichkeit sind mit ihren unterschiedlichen Potenzialen etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend ergänzen.

Forderungen der AfD:

- Es darf keine Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch Trans-Kult, Frühsexualisierung und Genderideologie geben. Jede staatliche Förderung dafür muss eingestellt werden.
- Die Behandlung hinsichtlich einer Geschlechtsumwandlung darf nur unter strenger ärztlicher Betreuung und erst ab Volljährigkeit stattfinden. Zuvor müssen psychologische Beratungsgespräche erfolgen.
- Die Verwendung von Pubertätsblockern zur Einleitung einer Geschlechtsumwandlung muss verboten werden.
- Die Benennung der Wirklichkeit darf nicht strafbewehrt sein. Jeder hat das Recht, sich auf wissenschaftliche Tatsachen zu berufen.
- Das Selbstbestimmungsgesetz, welches am 01. November 2024 das Transsexuellengesetz von 1980 abgelöst hat, ist vollumfänglich zurückzunehmen.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Verantwortungsvolle Kinderbetreuung“ (S. 152):

„... Forderungen der AfD:

- Kitas und Schulen sind von Angst und Hysterie freizuhalten; den Kindern ist eine positive Lebenseinstellung zu vermitteln. Auch bei der Ausbildung zum Erzieher muss jede Indoktrination in Bezug auf Gender-Mainstreaming und andere Ideologien unterbunden werden.
- Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der bestehende Fachkräftemangel kann vor allem durch das von uns geforderte Betreuungsgehalt reduziert werden, das die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich senken wird.

- Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationshintergrund muss Deutsch als verpflichtende Sprache in Kitas durchgesetzt werden. In den Ländern sind entsprechende Fachaufsichten einzurichten.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sind Betriebskindergärten stärker als bisher zu fördern.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Trennungsfolgen mindern“ (S. 154):

„... Forderungen der AfD:

- Vor Familiengerichtsverfahren soll Mediation verpflichtend sein, die das Kindeswohl in den Vordergrund stellt und bei Verweigerung zeitnah wirksame Sanktionen vorsieht.
- Nach Trennung sollten Kinder möglichst abwechselnd bei beiden Eltern leben und den Alltag mit beiden Eltern teilen (Wechselmodell als Regelfall), unter der Voraussetzung, dass sich die Eltern einig sind und im gleichen Schulbezirk wohnen.
- Beim Wechselmodell muss das Existenzminimum von Eltern und Kindern in beiden Haushalten gesichert werden.
- Unbewiesene Behauptungen dürfen nicht zu einem Kontaktabbruch führen, der dann Tatsachen für eine Entfremdung schafft.
- Eine Umgangsverweigerung muss zeitnah und wirkungsvoll sanktioniert werden. Bei Wiederholungsfällen muss das Sorgerecht in Frage gestellt werden.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Inobhutnahmen einheitlich regeln und Familien schützen“ (S. 155):

„... Forderungen der AfD:

- Es müssen einheitliche Kriterien für Inobhutnahmen auf Bundes- und Länderebene definiert werden.
- Die Anforderungen an Gutachten und Gutachter müssen klar und einheitlich definiert und durch ein Zulassungsverfahren sichergestellt werden.
- Kompetente Familienmitglieder – zum Beispiel die Großeltern – sind der Übergabe an Pflegefamilien oder stationäre Einrichtungen immer vorzuziehen.
- Inobhutnahmen sollen so kurz wie irgend möglich sein, die Bindung an die Eltern und Geschwister ist zu pflegen.“

BSW

In Abschnitt 3. („Für eine gerechte Leistungsgesellschaft“) unter der Überschrift „Familienfreundliches Deutschland“ (S. 31 f.):

„Das BSW will Deutschland zu einem kinderund familienfreundlichen Land machen. Eine Familie zu gründen, darf nicht länger ein Armutsrisiko sein. Wir wollen finanzielle Rahmenbedingungen schaffen und zu einer Kultur beitragen, in der Menschen sich gerne für Kinder entscheiden. ...

Wir treten an für eine Sozial- und Familienpolitik, die betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien gezielt aus der Armut holt und ihnen Chancen auf Teilhabe, Talentförderung und gute Bildung – unabhängig von der Herkunft – eröffnet.

✓ Wir stehen ein für gute Bildung und Chancengleichheit von der Kita über die Schule und Ausbildung bis zur Hochschule.

Familienpolitik muss den Fokus auf die Bedürfnisse von Gering- und Normalverdienern richten. Kinderarmut ist immer auch Elternarmut und lässt sich nur durch höhere Löhne und eine bessere soziale Absicherung im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit bekämpfen.

✓ Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein: Der steuerliche Freibetrag des Chefarztes für seine Kinder sollte genauso hoch sein wie das Kindergeld, das eine Krankenschwester für ihre Kinder erhält.

Mit einem Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ wollen wir in eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur investieren. Wir fordern einen niedrighschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Angeboten wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten oder Musikschulen. Die Mittel des Investitionsprogramms sollen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastuktur in Städten und Gemeinden fließen, deren teils marode Einrichtungen unter dem langjährigen Sanierungs- und Investitionsstau leiden. Das gilt besonders für die Orte und Gegenden, wo arme Familien leben.

Unternehmen sollen stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Bereitstellung von Kita-Plätzen geht. Im Gegenzug soll es für diese Unternehmen steuerliche Vorteile geben.

✓ Gute Kita- und Ganztagschulplätze müssen überall ausreichend zur Verfügung stehen, auch um Frauen in ihrer Erwerbsarbeit zu unterstützen und gleichwertige Lebensverhältnisse zu fördern. Zudem wollen wir die Sozial- und Erzieherberufe aufwerten.“

9. Demokratieförderung

SPD

In Abschnitt 15 („Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der Demokratie“) unter der Überschrift „Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement unterstützen.“ (S. 40 f.):

„Wir fördern Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. ...

Geschichtsverfälschungen und Desinformation gefährden die Demokratie im Kern. Deshalb brauchen wir eine bessere historische Bildung zur Stärkung des kritischen Geschichtsbewusstseins. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und Erinnerungsorten stärken. ...

Wir wollen Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren. Geloste Bürgerräte beraten zu schwierigen Themen und stärken das Vertrauen in die Demokratie. Sie machen Demokratie erlebbar, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Positionen zum Austausch einladen, zur Kompromissfindung ermutigen und erreichen, dass der Interessenausgleich als Kern der Demokratie verstanden wird. Ihre Empfehlungen fließen in die parlamentarischen Beratungen ein, während die Entscheidungen bei den gewählten Institutionen bleiben.

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen, die durch Programme wie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden, nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren. ...

Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wertvollen Beitrag für unser Zusammenleben. Wir fördern den interreligiösen Dialog und schützen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit.“

CDU/ CSU

In Kapitel III. („Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“) unter der Überschrift „Ja zu einer wehrhaften Demokratie“ und der Unterüberschrift „Feinde unseres Staates konsequent bekämpfen“ (S. 43):

„Klare Regeln in Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren. Vereine und Verbände, die oder deren Mitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet werden, schließen wir von staatlichen Kooperationen und Geldern aus. Alle Einrichtungen, die Geld vom Staat erhalten wollen, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und eine Erklärung gegen Antisemitismus abgeben. Das Bundesprogramm „Demokratie leben“ siedeln wir künftig im Bundesinnenministerium an.“

In Kapitel IV. („Unser Plan für ein Land, das wieder zusammenhält“) unter der Überschrift „Ja zu Leitkultur und Zusammenhalt“ und der Unterüberschrift „Menschen miteinander verbinden“ (S. 54):

„Bekanntnis zu unseren Werten. Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für seine Werte und unsere freiheitliche Demokratie. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat. Wir verlangen ein eindeutiges Bekenntnis zu Israel und seinem Existenzrecht. Dazu gehört auch die Ablehnung von Antisemitismus in jeder Form.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt A („Eine lebendige Demokratie“) unter der Überschrift „Für eine starke demokratische Gesellschaft“ (S. 109 f.):

„Durch eine verlässliche Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft stärken wir unsere demokratische Kultur. Die Demokratie zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist der Staat auf die breite Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen. Deswegen wollen wir Programme wie „Demokratie leben!“ finanziell stärken und dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz absichern. ...

Mit Bürgerräten besteht die Möglichkeit, den Rat der Menschen als „Expert*innen des Alltags“ in einem repräsentativen Verfahren einzuholen. Auch das gilt es zu stärken und gesetzlich abzusichern, inklusive demokratischer Verfahren zu einzelnen Beratungsergebnissen. Dafür wollen wir beispielsweise die Einführung einer Volksinitiative prüfen. Das Petitionsrecht wollen wir weiterentwickeln und stärken.

Wer in Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben, hier an allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen gleichberechtigt teilzunehmen. Im Ausland lebenden deutschen Staatsbürger*innen wollen wir die Teilnahme an Wahlen erleichtern.“

FDP

In Kapitel IV („Selbstbestimmt in allen Lebenslagen (S. 20 f.):

„Eine freiheitliche Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie gehören zusammen. Wir verteidigen die Institutionen der liberalen Demokratie gegen Angriffe von 21 Extremisten und gegen die Unterwanderung durch autoritäre Regime. Wir bekämpfen politischen und religiösen Extremismus.“

Im selben Kapitel, Abschnitt b. („Offene Gesellschaft und liberale Demokratie“) (S. 24):

„Eine offene Gesellschaft mit freien Bürgerinnen und Bürger und eine liberale Demokratie mit starken und funktionierenden Institutionen gehören zusammen. Wir setzen uns für eine demokratische Streitkultur ein, bei der auch in der digitalen Welt Meinungen nicht niedergebrüllt oder gar zensiert, sondern respektiert und gehört werden.“

Im selben Kapitel, Abschnitt f. („Freude an Erfolg und Verantwortung durch Sport und starkes Ehrenamt“) (S. 31):

„Eine funktionierende Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft – Menschen, die sich gesellschaftlich oder politisch engagieren, sei es im Sport, in der Kultur oder in politischen Parteien.“

Die Linke

In Kapitel 15. („Für ein Land, in dem alle mitbestimmen können“) (S. 48):

„Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen, dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur Verteidigung unserer Demokratie, von Weltoffenheit und sozialer Gerechtigkeit entgegen. Wir halten aber auch nicht still, wenn Parteien der sogenannten „Mitte“ die Parolen und Rhetorik der Rechtsradikalen übernehmen, sondern wehren uns lautstark gegen diese Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts.“

In Kapitel 16. („Extreme Rechte stoppen!“) (S. 51):

- „Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse, Migrant*innen-Selbstorganisationen sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten, wirksamen Demokratiefördergesetz stärker unterstützt und langfristig finanziell abgesichert werden. Die politische Bildung wollen wir stärken.“

AfD

Im Teil „Zeit für Wohlstand“, Kapitel „Bauen, Wohnen, Infrastruktur, Energie, Verkehr und Digitales“, Abschnitt „Digitalisierung“ unter der Überschrift „Kampf gegen Desinformation“ (S. 48 f.):

„In letzter Zeit wird jedoch durch öffentlich-rechtliche sowie „nicht-staatliche“ Akteure versucht, die Meinungsfreiheit durch direkte Verbote oder Delegitimierung kritischer Meinungen einzuschränken. Immer mehr öffentlich-rechtliche sowie nicht-staatliche Akteure, sogenannte „NGOs“, wie zum Beispiel „Faktenchecker“ oder „Correctiv“, werden über staatliche Beauftragung und Finanzierung für Desinformationskampagnen eingespannt. Beispielhaft sei hier an die Kampagnen für die Corona-Impfung erinnert. ...

Wir fordern die Beendigung jeglicher Finanzierung von nichtstaatlichen Akteuren, die auf die freie Meinungsbildung einwirken oder diese zu unterdrücken versuchen. Die Finanzierung von NGOs muss offengelegt werden. Deshalb lehnen wir auch die Implementierung des europäischen „Digital Services Act (DSA)“ in Deutschland entschieden ab und werden das NetzDG rückabwickeln. Eine Demokratie braucht kein „Wahrheitsministerium“ und muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen – sonst wird sie zur Diktatur.“

Im Teil „Zeit für Sicherheit“, Kapitel „Innere Sicherheit“, Abschnitt „Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen“ (S. 120):

„Die AfD bekennt sich zum antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland. Die streitbare Demokratie muss sich ihrer Feinde erwehren – egal, welcher Herkunft sie sein mögen.“

BSW

In Abschnitt 4. („Sicherheit gewährleisten, Freiheit schützen“) unter der Überschrift „Meinungsfreiheit stärken“ (S. 38 f.):

„Ohne Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gibt es keine Demokratie.

✓ Wir wollen wieder ein gesellschaftliches Klima herstellen, in dem jeder Bürger das Gefühl hat, seine Meinung frei äußern zu können. ...

✓ Wir fordern die Beendigung aller Formen der Zusammenarbeit von Staat und Medien zur Beeinflussung der freien Meinungsbildung.

✓ Wir fordern die Beendigung der Finanzierung von Projekten, Programmen und Organisationen, die den öffentlichen Diskurs beeinflussen sollen und für bestimmte politische Meinungen stehen. Ein sogenanntes Demokratiefördergesetz lehnen wir ab. ...

✓ Wir fordern, dass diese Grenzen der Meinungsfreiheit nicht durch die Verwendung unklarer und undefinierter Begriffe aufgeweicht werden.

✓ Wir fordern die Abschaffung von Meldestellen und deren Finanzierung mit Steuergeldern. Die strukturelle Erfassung und Auswertung von Meinungsäußerungen durch den Staat lehnen wir ab.“

In Abschnitt 4. („Sicherheit gewährleisten, Freiheit schützen“) unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen“ (S. 44):

„Eine Stärkung der Demokratie darf nicht nur in den öffentlichen Diskussionen stattfinden. Wir brauchen vor allem einen stärkeren Einfluss der Bürger auf politische Entscheidungen. Gerade in existenziellen Fragen sollte der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden, direkt zu entscheiden.

✓ Wir werden uns um die notwendigen Mehrheiten bemühen, um eine Verfassungsänderung auf den Weg zu bringen, die in wichtigen Fragen Volksentscheide ermöglicht, zum Beispiel über eine Rentenreform wie in Österreich oder die Frage der EU-Erweiterung.

✓ Per Volksbegehren soll es auch auf Bundesebene möglich werden, eine verbindliche Volksabstimmung über Gesetzesvorschläge bzw. Gesetzesrücknahmen (Heizungsgesetz) herbeizuführen.“

10. Menschenrechte

SPD

Unter der Überschrift „Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende“ (S. 57):

„Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für ein verlässliches, stabiles und sicheres internationales Umfeld zu sorgen und die internationale regelgebundene Ordnung mit ihren multilateralen Institutionen zu schützen, zu reformieren und damit zu stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der Sozialdemokratie. Wir werden Frieden und Freiheit verteidigen.“

In Abschnitt 22 („Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa“) unter der Überschrift „Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.“ (S. 60):

„Darüber hinaus sind wir für einen Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Wir werden den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken sowie die konsequente Umsetzung seiner Gerichtsurteile einfordern. Wir schützen mit dem Europarat und seiner Parlamentarischen Versammlung die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent.“

In Abschnitt 24 („Wir kämpfen für eine gerechte Welt“) unter der Überschrift „Wir wollen strategische Partnerschaften.“ (S. 64 f.):

„Von klaren Regelungen und gleichen Voraussetzungen für alle in Europa profitieren insbesondere deutsche Unternehmen, die schon jetzt auf starke Standards setzen. Auf weltweit verbindliche Regeln pochen wir auch bei den Verhandlungen zum UN-Vertrag für Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für die internationale Solidarität und für die universelle Geltung der Menschenrechte. Dafür braucht es starke Institutionen wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Internationalen Strafgerichtshof.“

Europas Wohlstand und auch die Entwicklungsperspektiven vieler Staaten des Globalen Südens hängen stark von einem regelbasierten, diskriminierungsfreien globalen Handelsregime ab. Der Abschluss von weitreichenden Handels- und Investitionsabkommen (beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen oder die Freihandelsverträge der EU mit Indien und Australien) sind wichtige Meilensteine, um robuste Allianzen und Partnerschaften zu etablieren. Solche Abkommen müssen mit unseren sicherheitspolitischen Zielen übereinstimmen, soziale Rechte wie auch Menschenrechte stärken, Umwelt und Klima schützen sowie langfristige Perspektiven für Wachstum und Wohlstand für alle Vertragsparteien schaffen.“

CDU/ CSU

In Kapitel III. („Unser Plan für ein Land, das frei und wieder sicher ist“) unter der Überschrift „Ja zu unserer Verantwortung in der Welt“ und der Unterüberschrift „Unser Einsatz in der Welt“ (S. 47 f.):

„Für uns sind Menschenrechte universell, unteilbar und unveräußerlich. Unser christliches Menschenbild gebietet es, dass wir den Ärmsten und Schwächsten auf der Welt helfen. Auch deshalb treten wir entschieden allen Versuchen entgegen, Menschenrechte aufzuweichen und Menschenrechtsverteidiger mundtot zu machen. Mit Nachdruck setzen wir uns weiterhin für die Rechte verfolgter und bedrängter Christen ein. Religionsfreiheit ist ein elementares Menschenrecht und muss mit allen Kräften geschützt werden. Autokratische Staaten versuchen, Demokratie und Freiheit weltweit

zurückzudrängen – diesen hybriden Bedrohungen sind auch wir ausgesetzt. Gemeinsam in Europa und mit unseren Partnern und Verbündeten setzen wir uns diesem Streben entschlossen zur Wehr. Verbunden damit muss auch humanitäre Hilfe verlässlich, gezielt und vorausschauend geleistet werden.“

Bündnis 90/Die Grünen

In Kapitel 3 („Frieden in Freiheit sichern – innen und außen“), Abschnitt D („Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Verantwortung“) unter der Überschrift „Für Menschenrechte und demokratische Entwicklung“ (S. 150 f.):

„Eine starke Zivilgesellschaft ist das Rückgrat einer wehrhaften Demokratie und eines nachhaltigen Friedens. Menschen, die sich weltweit für eine nachhaltige Entwicklung, Demokratie, Frauen- und Menschenrechte einsetzen, geraten zunehmend unter Druck. Autoritäre Regime und autokratische Tendenzen schränken die Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit ein, unterdrücken zivilgesellschaftliches Engagement, gefährden Aktivist*innen und verfolgen Dissident*innen – auch im Ausland und im digitalen Raum. In dieser systemischen Auseinandersetzung setzen wir uns entschlossen für die liberale Demokratie ein und machen uns dafür stark, dass Menschenrechte in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden. Dadurch stärken wir auch unsere Sicherheit, unsere Freiheit und unseren Wohlstand. Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrem Kampf für Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gezielt und unkompliziert unterstützen. Dazu gehören auch Schutzprogramme für verfolgte Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Studierende vor Ort oder notfalls im Exil. Auch Deutschland ist ein sicherer Zufluchtsort für viele Verfolgte. Wir wollen die Aufnahme von besonders gefährdeten Aktivist*innen durch humanitäre Visa und beschleunigte Verfahren weiter unterstützen sowie den Schutz vor transnationaler Repression durch gemeinsame europäische Ermittlungen und Sanktionen gegen die Verantwortlichen verbessern. ...

Wir wollen unseren Einsatz gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt verstärken, Überlebende besser unterstützen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie den Schutz von queeren Menschen vor Diskriminierung und Gewalt weltweit vorantreiben, Geschlechtergerechtigkeit in allen Projekten der internationalen Zusammenarbeit stärker verankern und mehr Mittel für Frauen- und Menschenrechtsorganisationen bereitstellen.“

FDP

In Kapitel VII („Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte weltweit (S. 46):

„Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Realpolitik und der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit keine Gegensätze sein müssen.“

Im selben Kapitel, Abschnitt b. („Für kluge Außenpolitik im Zeitalter systemischer Rivalität“) (S. 47 f.):

„Wir stehen für eine regelbasierte internationale Ordnung, die für alle gilt. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte. Wir fordern daher, dass Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Diskriminierungen konsequenter geahndet werden.“

Im selben Kapitel, Abschnitt unter der Überschrift „Diplomatie statt moralischer Zeigefinger – für mehr Realismus in der Außenpolitik“ (S. 49):

„Realpolitik und der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte müssen keine Gegensätze sein – davon sind wir fest überzeugt. Dazu braucht es allerdings eine deutsche Außenpolitik, die mehr auf Zusammenarbeit und weniger auf den moralischen Zeigefinger setzt. Wir stehen deshalb für eine kluge Balance zwischen einer wertegeleiteten Außenpolitik und einem interessenorientierten Ansatz. Durch einen respektvollen Ausbau der Zusammenarbeit mit konkreten Angeboten kann eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland attraktiver werden.“

Die Linke

In Kapitel 3. („Umsteuern“) unter der Überschrift „Schlupflöcher für die Reichen schließen: Erbschaft- und Schenkungssteuer“ (S. 12):

„Wir brauchen eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Klarstellung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke. Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Organisationen, denen die Gemeinnützigkeit für ihre selbstlose politische Arbeit entzogen wurde, müssen sie zurückerhalten (z. B. Attac oder Campact).“

In Kapitel 6. „Entspannung statt Aufrüstung und Militarisierung: Eine friedliche Welt ist möglich“ (S. 21):

„Wir stehen für eine Außenpolitik, für die Menschenrechte unteilbar sind und bei der keine doppelten Standards gelten. Unsere Perspektive ist nicht die des Generals, sondern die der betroffenen Menschen. ... Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu werden, wir streiten für eine Stärkung des Völkerrechts und der Menschenrechte, um eine weltweite Friedensordnung.“

Im selben Kapitel unter der Überschrift „Für globale Gerechtigkeit“ (S. 25):

- „Das Lieferkettengesetz wollen wir stärken, statt es aufzuweichen. Vereinbarungen und Regelungen zu Menschenrechten, zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, zu Umwelt- und Klimaschutzstandards und zur Bekämpfung von Kinderarbeit sollen gestärkt und ausgebaut werden, etwa durch verbesserte Klagemöglichkeiten, Beschwerdemechanismen und mehr staatliche Kontrollen. Unternehmen, die gegen diese Standards verstoßen, müssen stärker sanktioniert werden – auch auf internationaler Ebene.“

AfD

BSW

In Abschnitt 2. („Deindustrialisierung stoppen – Ein Comeback-Plan für unsere Wirtschaft“) unter der Überschrift „Fairer Handel in einer multipolaren Welt“ (S. 13):

„Wir wollen fairen Handel in einer multipolaren Welt und keine neue Blockkonfrontation.“

✓ Freihandels- und Investitionsschutzabkommen, die in erster Linie darauf abzielen, im Interesse multinationaler Konzerne soziale Rechte oder andere nationale Regeln außer Kraft zu setzen, lehnen wir ab. Was wir brauchen, sind internationale Abkommen, die die Versorgungssicherheit und den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten gewährleisten sowie soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards sichern, damit heimische Anbieter nicht von weniger regulierten ausländischen Billigproduzenten vom Markt verdrängt werden.“